

...UND STRECKE
MICH AUS
NACH DEM
WAS DA
VORNE
IST

25 Jahre OFFENE KIRCHE

Themen für die
Evangelische Landeskirche
in Württemberg

Herausgegeben von Eva-Maria Agster



Für die finanzielle Unterstützung der Herausgabe dieses Buches danken wir herzlich – neben anderen, die nicht genannt werden wollen – den folgenden Spenderinnen und Spendern:

Klaus Aichele, Stuttgart – Walter Blaich, Stuttgart – Christian Buchholz, Dürnau – Marlies Cremer, Boll – Eckhard Dehlinger, Neuenbürg – Friedrich Fischer, Kirchheim/Teck – Christian Gehring, Schwäbisch Hall – Hans und Elisabeth Gessmann, Stuttgart – Walter Gölz, Kirchheim/Teck – Hans Haag, Birkenfeld – Hans Hermann, Kirchheim/Teck – Klaus Hauser, Dörzbach – Hildegard Huppke, Heilbronn – Helmut Köble, Unterlenningen – Lisa Krautter, Stuttgart – Hellmut Kuby, Nürtingen – Werner Lindenmaier, Heilbronn – Erwin de Pay, Göppingen – Irmgard Reiz, Esslingen – Manfred Richter, Berlin – Barbara Riethmüller, Stuttgart – Hermann Rothfuß, Heilbronn – Rüdiger Schloz, Hannover – Burkhardt Schöffner, Langenau – Dr. Werner Simpfendörfer (†), Boll – Maria Wenger, Schorndorf – Werner Winter, Heilbronn – Lisbeth Wurst, Stuttgart – Ulrich Zimmermann, Göppingen

Im Auftrag des Leitungskreises der OFFENEN KIRCHE
herausgegeben von Eva - Maria Agster, Vorsitzende der OFFENEN KIRCHE

Redaktion:

Kathinka Kaden, Wolf-Dietrich Hardung,
Renate Lück, Michael Seibt, Jan Dreher-Heller

Titelgestaltung:

Andrea Burk, Leutenbach

Satz und Herstellung:

SAGRAL – Satz, Grafik, Layout
Kommunikationsagentur im Bereich der Kirchen
Reutlingen-Wannweil

Druck:

Offsetdruck Eberle
Reutlingen-Wannweil

1. 2. 3. 4. Auflage

Vorwort	Seite 6
Grußworte	Seite 8

Geschichte der OFFENEN KIRCHE

Geburt(swehen)	Seite 12
<i>Fritz Röhm</i>	
Konflikte und Streit in den 70er Jahren	Seite 20
um ein unterschiedliches Kirchenverständnis	
<i>Dr. Anne-Lore Schmid, Reinhard Hermann</i>	
OFFENE KIRCHE in den 80er Jahren	Seite 25
<i>Hansjürgen Thomann</i>	
Von der Lust und von der Pflicht, anstößig zu sein –	Seite 33
OFFENE KIRCHE 1997	
<i>Eva-Maria Agster</i>	

Frieden

Leben im Gleichgewicht des Schreckens	Seite 40
<i>Elfriede Dehlinger</i>	
Krieg' dich nicht ein – Friedensdienste	Seite 47
<i>Dr. Christoph Jäger</i>	
Friedensbewegung als Teil der Ökumene	Seite 53
<i>Wolf-Dietrich Hardung</i>	

Ökumene

Dem Osten näherkommen	Seite 59
<i>Adelheid Reininghaus und Miroslava Holubová in Prag im Gespräch</i>	
Zusammenspiel des ganzen Spektrums	Seite 66
<i>Beate Schäfer</i>	
Theologie der Befreiung – noch längst nicht am Ende	Seite 68
<i>Ralf Häußler-Ebert</i>	
Kirche sein – Gemeinschaft werden	Seite 75
<i>Dr. Irmgard Kindt-Siegwalt</i>	

Bibel

Gotteswort in Menschenmund.....	Seite 82
<i>Klaus Sattler</i>	
Schatzsuche.....	Seite 85
Vom Gewinn, die Bibel feministisch-kritisch zu lesen	
<i>Eva-Maria Agster</i>	
Frauen - Gott - Macht.....	Seite 91
<i>Renate Ganzhorn-Burkhardt</i>	

Menschenwürde

Abschiebung des Gewissens.....	Seite 96
<i>Werner Baumgarten</i>	
Arbeiten darf er, bleiben nicht.....	Seite 103
<i>Renate Lück</i>	
„Unseren Glauben kann uns niemand nehmen...“.....	Seite 107
<i>Horst Oberkampf</i>	
Wie war das doch damals mit dem Südafrikaboykott?.....	Seite 114
<i>Nachfragen an Marie Dilger von Renate Lück</i>	
Vom Wert der Arbeit.....	Seite 119
<i>Bärbel Danner</i>	
Grundbausteine des Lebens –.....	Seite 125
Baumaterial für Gentechnologen?	
<i>Elfriede Dehlinger</i>	
Leben, lieben, Gott loben – Christliche Lebensformen.....	Seite 132
<i>Christa Maier- Johanssen</i>	
Schwäche – geistlicher Kraftquell?.....	Seite 138
Psychologische Beratung als Glaubens- und Lebenshilfe	
<i>Dr. Helmut Elsässer</i>	

Bildung

- Hoffentlich heftig mutig – (Offene) Kirche und Jugendarbeit .. Seite 146
Reinhard Mayr
- Praxis der Befreiung in kirchlichem Kontext Seite 153
Michael Hauser
- „Zum Gespräch geboren ...“ Seite 156
Christian Buchholz
- Umweltbildung durch praktische Ökologie Seite 162
Gotlind Bigalke

Schritte nach vorn

- Geld – solidarisch eingesetzt Seite 166
Gebhard Böhm
- Ehrliches Ehrenamt Seite 172
Heidi Fritz
- Kirche für Distanzierte Seite 176
Michael Seibt
- Kirche kommunizieren!? Seite 182
Jan Dreher-Heller
- Alles gesehen, aber nichts mitbekommen? Seite 186
OFFENE KIRCHE in der Mediengesellschaft
Kathinka Kaden
- Baden-Württembergische Landeskirche Seite 191
Martin Dolde
- Der Prozeß LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN Seite 195
Vom Unbehagen über die Erstarrung
Albrecht Bregenzer
- Die evangelische Kirche auf dem Weg in 21. Jahrhundert Seite 200
Dr. Jörg Zink

AutorInnenverzeichnis

- Seite 206

Vorwort

„Die Offene Kirche ist die Stimme der Sensiblen, die das Zeitgeschick tiefer erleiden als andere und darum andere Visionen vertreten, auch wenn das unbequem ist.“ Paul-Gerhard Seiz

25 Jahre, ein Vierteljahrhundert OFFENE KIRCHE in Württemberg – was löst dieses Jubiläum bei uns aus? Verwunderung über die Verhältnisse, die damals zu diesem Prozeß führten? Erschrecken darüber, daß sich inzwischen gar nicht so viel geändert hat? Stöhnen über die Mühsalen innerkirchlicher Auseinandersetzungen? Oder sind wir stolz, daß die OFFENE KIRCHE erfolgreich Kirchenpolitik trieb und heute Verantwortung trägt? Zum Jubiläum gehört auch ein Rückblick, um zu dokumentieren, was sich entwickelte.

Der Anfang entstand aus Empörung, war Kritik und Forderung und wurde Protest. Daraus entstand Opposition mit jahrelangen Re-Aktionen auf die von der Mehrheit in Synode und Kirchenleitung vorgegebenen Themen. Ein kontinuierlicher fruchtbarer Meinungsbildungs- und Lernprozeß führte zur Mitgestaltung und Verantwortung. Die Erfahrung zeigt: Im Aufbruch und in der Opposition fällt es leichter, Ziele und Forderungen zu formulieren und dafür Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen, gleichgültig, ob es um theologisches Verständnis, um kirchliche Strukturen oder um Stellungnahmen in der Öffentlichkeit geht. Mit zunehmender Verantwortung differenziert sich diese Aufgabe. Die OFFENE KIRCHE war immer schon selbst differierend, differenziert und deshalb darin auch eine Herausforderung. Im Rückblick bestätigt sich manche Haltung und Aktion, manches sieht man aber auch kritischer.

Deshalb ist dieses Buch kein „Jubiläumsband“, sondern eine Beschäftigung mit den Themen, die die OFFENE KIRCHE bewegt haben, und mit Fragen, die uns weiter gestellt sind. Entscheiden und Handeln in eine offene Zukunft hinein ist ohne Mut zum Risiko nicht möglich.

Das Konzept dieses Buches und die Inhalte der Beiträge spiegeln eine offene Kirche wieder. Was die Menschen wirklich angeht, weiß nicht Eine/r allein. Nur gemeinsam und in einem offenen Diskurs kommen wir weiter. Engagement und Mut zum Risiko gehören zu „anstößigen“ Aktionen und Äußerungen. Anstöße, die sich im Rückblick als fruchtbar erweisen, machen Mut für die Zukunft.

Für die OFFENE KIRCHE einzutreten, heißt auch künftig: Den Menschen eine frohe Botschaft nahebringen; darüber ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben, wie das Leben gelingen kann, wie Befreiung und Gerechtigkeit möglich und erfahrbar werden. Konflikte in der Kirche offenlegen, Tabus ansprechen, Wahlkampf wagen, Position beziehen.

Auch die OFFENE KIRCHE selbst wird sich weiter anstrengen, das zu leben, was sie fordert: Verständlich von Gott und Jesus reden. Ökumenisch denken und handeln, Streitkultur entwickeln, demokratischere Strukturen bilden, Visionen wagen – in der Kirche sowie als selbstverständlicher und selbstbewußter Teil der Gesellschaft.

Dabei hat es die OFFENE KIRCHE längst nicht mehr nötig, ihre Identität aus der Abgrenzung von anderen kirchenpolitischen Richtungen zu gewinnen. Die theologische Berechtigung ihrer Positionen muß sie nicht mehr wie vor 25 Jahren gegen eine andere Mehrheit verteidigen. Der immer wieder geäußerte Vorwurf, das "Eigentliche" fehle bei der OFFENEN KIRCHE, wird nicht zuletzt durch die Beiträge in diesem Buch widerlegt.

Ein erster Anstoß zu diesem Buch kam vom Redaktionskreis der OFFENEN KIRCHE–INFORMATIONEN. Im Auftrag des Leitungskreises waren für die Konzeption und Durchführung verantwortlich: Kathinka Kaden (Koordination), Wof-Dietrich Hardung, Jan Dreher-Heller, Renate Lück, Michael Seibt. Neben diesem Team gilt ein ausdrücklicher Dank allen Autorinnen und Autoren für die Beiträge zur Zukunft unserer Kirche.

Wir wünschen uns, daß die Gedanken dieses Buches aufgegriffen und weitergeführt werden, eben daß wir uns weiter ausstrecken nach dem, was da vorne ist.

Eva-Maria Agster
Vorsitzende der OFFENEN KIRCHE

Fritz Röhm
Stellvertretender Vorsitzender

Im Juli 1997

Grußwort

Zum 25jährigen Bestehen der OFFENEN KIRCHE möchte ich sowohl den synodalen Gesprächskreis wie die Evangelische Vereinigung OFFENE KIRCHE in unserer Landeskirche persönlich und im Namen der Landessynode herzlich grüßen. Dieses Jubiläum zeigt auch, wie lange es schon Gesprächskreise als Form der synodalen Zusammenarbeit gibt. Für ihre Entstehung gab es verschiedene Gründe. Es ist spannend, sich an den Beginn und den Weg durch die Jahre zu erinnern, sich im Rückblick mit den Ideen und Ansätzen von damals zu befassen und von dem geschichtlichen Hintergrund her den weiteren Weg in unserer Zeit zu bedenken.

Viele in der Kirche engagierte Menschen treibt heute die Frage um, wie die Botschaft des Evangeliums verkündet werden kann, daß sie die Menschen in ihren vielgestaltigen Lebenssituationen erreicht und sie zum Glauben kommen läßt. Es ist die Frage nach dem Auftrag und der Gestalt der Kirche, und nach ihrem Beitrag in einer differenzierten, sich immer schneller wandelnden Gesellschaft. In unserer Landeskirche gibt es eine spannungsreiche Vielfalt von Glaubensprägungen und Einsichten, wie Glaube, Liebe und Hoffnung sich im Alltag und im Leben der Christen auswirken und bewähren sollen. Diese Vielfalt stellt einen Reichtum dar, den wir nicht als Belastung sehen dürfen, sondern als Chance für unsere Kirche begreifen müssen. Diese Vielfalt an Einsichten zu dem Weg der Kirche spiegelt sich auch in den landeskirchlichen Gruppierungen und in den synodalen Gesprächskreisen. Sie zeigt sich in deren Bemühen, in der kirchlichen Arbeit durch eigene Schwerpunktsetzung für bestimmte Fragen und Herausforderungen Aufmerksamkeit zu gewinnen, Bewußtsein zu schärfen und handlungsbereit zu machen. Die Synode verdankt der OK viele wichtige Impulse, ihren unermüdlichen Einsatz für eine inklusive, niemanden ausgrenzende Gemeinschaft in unserer Kirche, für ihre Anstöße und das Wachsen des Konziliaren Prozesses um Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, für ihr Bemühen um „eine Kultur des Erbarmens“, um Hilfe und soziale Gerechtigkeit, die Option für die Schwachen und Ausgegrenzten. 25 Jahre OFFENE KIRCHE, das heißt mit Dank an Frauen und Männer zu denken, die mit Mut, Liebe und Phantasie sich einsetzten und die offen für Korrektur und Austausch und mit einem Blick für das Ganze sich um die Einheit im Glauben bemühten. Bei allem Unterschied der Gesprächskreise sind wir miteinander bemüht, daß Kirche auf dem Evangelium gegründet bleibt und ihren Auftrag erfüllt. Darüber darf das Gespräch untereinander nicht abreißen, die Bereitschaft nicht aufhören, voneinander zu lernen, aufeinander zu hören und sich in der Unterschiedlichkeit anzunehmen. Nach der Kirchenverfassung und Geschäftsordnung der Synode sind die Gesprächskreise zwar nicht vorgesehen, sie sind aber zur sachkundigen Vorbereitung der Tagungen und zur Meinungsbildung wichtig. Sie nehmen durch ihren Bezug zu den Gemeinden, Initiativen und Aufgabenfeldern vor Ort vieles von dem auf, was die Menschen

bewegt und bringen es in die synodalen Auseinandersetzungen um den Weg der Kirche ein. Bei unterschiedlichen Erkenntnissen und Erfahrungen muß im Gespräch miteinander gerungen werden; sich nur mit einfachen Mehrheiten durchzusetzen, wäre der falsche Weg. Spannungen bleiben nicht aus, sie müssen im Einzelfall auch ausgehalten werden, doch bin ich sehr dankbar, daß wir in unserer synodalen Verantwortung ein vertrauensvolles gutes Miteinander haben.

Ich wünsche der OFFENEN KIRCHE für ihre Arbeit vor Ort und in der Synode Gottes Segen. Möge es ihr und uns allen zusammen gelingen, die Menschen unserer Zeit mit der frohmachenden Botschaft des Evangeliums zu erreichen, ihnen daraus Hoffnung und Zuversicht zu geben und nach Dietrich Bonhoeffer auf ihre Weise als Kirche für andere dazusein, dazu erbitten wir Gottes Geleit und seine Geistesgegenwart.

*Dorothee Jetter
Präsidentin der Synode
der Evangelischen
Landeskirche in Württemberg*

Grußwort

Liebe Schwestern und Brüder
der OFFENEN KIRCHE,

zum 25jährigen Bestehen Ihrer Vereinigung gratulieren wir Ihnen vom
Gesprächskreis EVANGELIUM UND KIRCHE sehr herzlich.

Die entscheidende Zeitspanne des Beginnens liegt hinter Ihnen. Engagiert und mutig haben die Gründerinnen und Gründer der OFFENEN KIRCHE die drängenden Fragen aus Gesellschaft und Politik zu Themen der Kirche gemacht und ihre Bearbeitung immer wieder angemahnt. Dafür steht beispielhaft der jüngste, beachtenswerte Entwurf zu Status und Zukunft der Volkskirche, der Antworten insbesondere aus Kreisen unserer Landessynode einfordert.

So verfolgt der Gesprächskreis EVANGELIUM UND KIRCHE interessiert, was in der OFFENEN KIRCHE geschieht, wie aktuelle Fragen aufgegriffen und in breiter und intensiver Diskussion Lösungen gesucht werden, gemeinsam von Basis und Leitung.

Mit Ihrem Jubiläum wird auch eine erneute Standortbestimmung nötig sein. Damit in der OFFENEN KIRCHE die Kraft zu neuen und ungewohnten Wegen bleibt, wünsche ich den Vordenkern und allen Aktiven vor allem: Bleiben Sie oder werden Sie wirklich offen im Sinne von 1.Thessalonicher 5,21: „Prüft aber alles, und das Gute behaltet“. Das Gute ist für uns Christen das Evangelium vom Leben und Sterben Jesu Christi für jeden von uns.

Von diesem Standort aus kann sich die OFFENE KIRCHE auch in Zukunft für die Menschen in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft unkonventionell und engagiert einsetzen.

Gottes gutes Geleit bei Ihrer weiteren Arbeit!

*Gertrud Dorn
Sprecherin
des Gesprächskreises
EVANGELIUM UND KIRCHE*

GESCHICHTE DER OFFENEN KIRCHE

Geburt(swehen)

Fritz Röhm

Für die OFFENE KIRCHE gibt es keine „Gründung“. Als am 8. Juli 1972 rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arbeitstagung der „Aktion Synode 71“ eine neue Organisationsform beschlossen und sich den Namen „OFFENE KIRCHE - Evangelische Vereinigung in Württemberg“ gaben, ging es um die Fortsetzung bereits laufender Arbeit. Was ging voraus ?

Die Anfänge liegen etwa eine Generation zurück. Dies ist noch kein geschichtlicher Zeitraum. Die Akteurinnen und Akteure sind noch unter uns. Prägungen und Erfahrungen aus der Entstehung spielen noch eine Rolle. Der Generationswechsel ist aber im Gang. Mein Bericht ist also keine objektive historische Darstellung, sondern ein persönlicher Rückblick.

„Kritische Kirche“ war eine Sturzgeburt, wenn ich im Bilde bleibe. Ein ungeplantes, ungewolltes und ungeliebtes Kind - von der „Mutter Kirche“ nicht angenommen, bis heute nicht. Ohne das Bild weiter zu strapazieren: Ein Konflikt hat sich verkörpert. Was tat damals „weh“ ?

„Wehen“ entwickelten sich in den 60er Jahren aus einem Unbehagen am Konformismus des öffentlichen Lebens, auch des kirchlichen Lebens. Das Fehlen einer politisch-parlamentarischen Opposition, das „Unter-den-Teppich-Kehren“ der Probleme führte zu den Studentenunruhen, zur 68er-Bewegung. Das Bemühen um die Auflockerung erstarrter Strukturen im gesellschaftlich-politischen Bereich hatte seine Parallele in Kirche und Gemeinde, im Streit um den Glauben. Beides stand in Wechselwirkung. Das Entstehen der Aktion, die zur OFFENEN KIRCHE führte, versteht man nur im Zeithorizont. Titel aus meinem Bücherschrank, aus dem eines theologisch interessierten und kirchlich engagierten „Laien“, zeigen die Themen:

Frömmigkeit in einer weltlichen Welt, 1959, Sendereihe des SDR

Kritik an der Kirche, 1960, Sendereihe des SDR

Umstrittene Bibel, Claus Westermann, 1960

Gott ist anders, John A.T. Robinson, 1963

Die Zukunft der Kirche und die Kirche der Zukunft, Joh. Chr. Hoekendijk, 1964

Jesus Christus und die Mythologie, Rudolf Bultmann, 1964

Die Kirche für andere und die Kirche für die Welt, Strukturen missionarischer Gemeinden, ÖRK, 1967 (Vorlage für die ÖRK-Vollversammlung Uppsala 1968)

Stadt ohne Gott, Harvey Cox, 1967

Fantasie für die Welt, Gemeinden in neuer Gestalt, Kirchenreformprojekte, 1967

Der Ruf der Freiheit, Ernst Käsemann, Kirchentag 1967

Theologische Diskussion und Auseinandersetzung in der Kirche waren zunehmend geprägt von den Entmythologisierungsthesen Rudolf Bultmanns. Funda-

mentalistisch-pietistische Kreise werteten existenziale Interpretation biblischer Texte als zentralen Angriff auf Bibel und Bekenntnis. Sie warfen den theologischen Fakultäten vor, dort würden die Grundlagen des Glaubens systematisch untergraben. Durch allgemein verständliche Publikationen, Sendereihen des Rundfunks, Akademietagungen und Kirchentagsgruppen wurden theologisch interessierte Kirchenmitglieder und Gemeinden vertraut mit den Methoden und Ergebnissen historisch-kritischer Forschung. Was sie zu Bibelverständnis und Gottesbildern gegenüber Bekenntnisaussagen wie Auferstehung, Jungfrauengeburt, Himmelfahrt lernten, waren für viele Aha-Effekte.

Kirchenreform war angesagt. Seit Dortmund 1963 hatte der Kirchentag eine Arbeitsgruppe Kirchenreform. Beim Kirchentag Hannover 1967 wurden in der „Aktion Kirchenreform“ Gemeindeprojekte vorgestellt, darunter auch das württembergische Modell Leonberg-Ramtel mit der Dienstgruppe „Kolonie im Ramtel“. Vor allem in Neubausiedlungen ohne gewachsene Strukturen erkannte man Notwendigkeiten und Chancen für neue zukunftsgerichtete Ansätze. Hier war die „Tagesordnung der Welt“ das Bestimmende. Hier wurde traditionelles kirchliches und theologisches Denken hinterfragt. Es war ein breites Spektrum von Pfarrern und Gemeindegliedern, die mit der historisch-kritischen Methode und der dialektischen Theologie Ernst machen wollten. Es war in das Bewußtsein gedrungen, daß die Gemeinde eine „missionarische Struktur“ braucht.

Diese wachsenden Begegnungen zwischen Gemeinden und moderner Theologie und das zunehmende Interesse an Auseinandersetzungen über Glaubensfragen verstärkten in pietistischen Kreisen Ängste und Widerstände; Ängste vor der Zersetzung des „biblischen Glaubens“ und vor der Zerstörung der Kirche sowie Widerstände, die zur Gründung der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ 1966 in Dortmund führten, einer militanten Abwehrformation, die über den Kirchentag Hannover 1967 den Bann verhängte, weil dort „Ketzer“ wie der Tübinger Neutestamentler Ernst Käsemann zu Worte kamen.

Wenn auch die württembergische Ludwig-Hofacker-Konferenz sich nicht auf die radikal-fundamentalistische Linie des westdeutschen Pietismus festlegen ließ, war doch auch bei uns das Gesprächsklima unversöhnlich geworden. Über die Position des „Offenen Briefes“ von 50 Männern des Pietismus an die württembergische Kirchenleitung und an die Evangelisch-Theologische Fakultät in Tübingen (Neujahr 1961) kam das Gespräch nicht hinaus, was nicht verwundert, wenn man im „Offenen Brief“ Standpunkte wie diese liest:

„Ich bin überzeugt, daß der Grundschaten unserer Kirche die Ausbildung der Theologen auf der Universität ist.“

„Der kritische Verstand löst die Grundlage des Glaubens, die Schrift, ohne wirklichen Grund immer weiter auf und macht daraus eine Sammlung von Mythen und Symbolen, von Märchen, Dichtungen und Sinnbildern, die durch kunstgerechte Deutung wunschgemäß zurechtgelegt werden.“

„Die Schrift stellt eindeutig die Vernunft unter den Gehorsam des Glaubens.“

„Es ist ein untragbarer Widerspruch, in der Gemeinde um vollmächtige Zeugen des Evangeliums zu beten, deren Ausbildung aber an Stätten zu binden, in denen das Fundament des Glaubens planmäßig zerstört werden darf.“

Der Eltinger Kreis, eine Gruppe von Theologiestudenten, versuchte mit den Unterzeichnern des „Offenen Briefes“ in theologischem Gespräch eine Verständigungsbasis zu finden. Leider ohne Erfolg, wie einige Antworten der Pietisten zeigten:

„Von der liberalen Theologie will ich nichts wissen. Nur Geistesmenschen können einander verstehen. Unsere Vernunft, unser Verstand ist nicht imstande, im Wort Gottes alles zu verstehen. Auch der größte und schärfste Verstand kann unmöglich die ganze Bibel fassen. Aber eines können wir: Wir können alles glauben. Ich kann jedes Wort, auch wenn ich es gar nicht verstehe, glauben - 2.Korinther 10.5“

„Wer an die Bibel herangeht nur mit seinem Menschenverstand, so wie man an den Universitäten andere Fachgebiete betreibt, dem antwortet die Bibel nicht, dem schließt sie sich nicht auf; das ist das äußerliche Bibelstudium. Wer haben will, daß sich ihm die Bibel aufschließt, der muß eine Wiedergeburt oder Bekehrung erlebt haben.“

„Bei dem menschlichen Wissen ist es so, daß man es erst verstehen muß, um es glauben zu können; bei dem göttlichen Wissen ist es so, daß man es zuerst glauben muß, um es verstehen zu können.“

Offiziell machte die Kirche die Gemeinde nicht vertraut mit der neueren Theologie. Angst vor Kirchenspaltung und vor einem Auszug der Pietisten aus der Kirche verhinderten wohl auch ein deutliches Wort der Kirchenleitung gegenüber Verketterungen durch den Pietismus. So blieb es einzelnen überlassen - modernen Exegetinnen und Exegeten, „Laien“, Publizisten – die Ergebnisse neuerer Theologie unters Volk zu bringen.

Dafür setzten sich auch verschiedene Gruppen von Theologen ein. Bibellesenden Gemeindegliedern dürfe man Erkenntnisse der wissenschaftlich-theologischen Arbeit nicht verschweigen, aus Furcht, es könne dadurch Glauben zerstört werden.

In der Evangelischen Landessynode bemühte sich deren Präsident, Landrat Dr. Oskar Klumpp, erfolgreich um eine bessere Gesprächsatmosphäre und Verständigungsmöglichkeiten. Eine Sondersynode diente der Verbesserung der theologischen Arbeit (Erstes Reichenau-Gespräch, April 1967). Um die Meinungsbildung und die Klärung von Standpunkten zu fördern, wurden in der Synode Gesprächskreise gebildet: Bibel und Bekenntnis (später LEBENDIGE GEMEINDE), Evangelium und Kirche, Evangelische Erneuerung (später OFFENE KIRCHE) und für die noch nicht Festgelegten der Offene Gesprächskreis, zu dem auch manche spätere OK-Mitglieder gehörten. Diese besonnene und faire Strategie wurde durch ein Ereignis überrollt, das von außen in das schwäbische Milieu hineinwirkte.

Bischof Eichele und Synodalpräsident Klumpp verbanden mit der Einladung des Kirchentages 1969 nach Stuttgart die Erwartung, eine gemeinsame Basis für das besondere württembergische Erbe des Pietismus zu finden. Als nach aussichtsreichen Vorverhandlungen in einer Pressekonferenz durch Synodalpräsident Klumpp und den dem Pietismus nahestehenden Vizepräsidenten Heiland zum Ausdruck kam, daß mit einer Beteiligung des Pietismus am Kirchentag in Stuttgart zu rechnen sei, auch wenn die nichtschwäbischen fundamental-pietistischen Gegner fernblieben, wurde dies das „Signal zur Kriegserklärung“: Ludwig-Hofacker-Vereinigung und Bundesvorstand der Bekenntnisbewegung veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der Präsident Klumpp vorgeworfen wurde, vertrauliche Informationen aus den Vorverhandlungen an die Presse weitergegeben zu haben. Präsident Klumpp wies die Vorwürfe als kränkend, unrichtig, leichtfertig, unsachlich und unfair zurück. Er wies auf weitere Vorfälle und Erlebnisse hin, die ihm die Arbeit in der Synode in wachsendem Maße schwer gemacht haben und die er nur als Musterbeispiele für falsche Selbstsicherheit, Intoleranz und Verketzerung Andersdenkender bezeichnen könne. Der pietistische Standpunkt habe sich in den Vorverhandlungen zunehmend verhärtet. „Hier wurden zum Beispiel zwei Bekenntnisse unterschieden, ein richtiges und ein falsches. Das richtige Bekenntnis der schon Erweckten wurde mit letzter Deutlichkeit von den Herren für sich in Anspruch genommen, während andere, zum Beispiel auch ich, zu den noch nicht Erweckten gerechnet wurden“ (Klumpp am 28.10.1968 an die Mitglieder der Württ.-Landessynode).

Klumpp hielt es für ein Versäumnis und gefährlich, daß „viele von uns solche unverschämten Unterstellungen ... beinahe schweigend hinnehmen und sich darauf beschränken, traurig zu sein, anstatt ... deutliche Zeichen zu setzen, daß es mit uns so nicht weiter gehen kann.“ Ein solches Zeichen setzte er dann mit seinem Rücktritt als Synodalpräsident und Synodaler am 17. Oktober 1968.

Dieser Rücktritt war ein Signal und löste eine Fülle von öffentlichen Reaktionen aus: Ein ungewöhnliches Presseecho, zahlreiche auch spontane Gruppen meldeten sich zu Wort. Die konsequenteste Initiative ging von einer Gruppe von Pfarrern aus, die in der Tradition der Sozietät und der Kirchlichen Bruderschaft standen. Diese hatten bisher schon mit Eingaben und Veröffentlichungen versucht, eine theologische Diskussion anzustoßen. Auch aus der „Arbeitsgemeinschaft der Siedlungspfarrer“ engagierten sich viele: Am 7. November 1968 wurde in Leonberg-Ramtel von etwa 100 Theologen, Nichttheologinnen und Nichttheologen verschiedener Herkunft die „Aktion Kritische Kirche“ gegründet, darunter auch solchen, die sich dem Pietismus zugehörig fühlten.

In kürzester Zeit wurden folgende Aktionen gestartet:

► Die "Kiritische Kirche" wandte sich am 7. November 1968 an Landesbischof und Oberkirchenrat mit der Aufforderung, während der Synodaltagung am

10. November für ein unmittelbares öffentliches Gespräch mit Gemeindegliedern zur Verfügung zu stehen.

► Die Kritische Kirche trat an demselben Tag mit dem Memorandum an die Öffentlichkeit, das so lautete:

Memorandum Kritische Kirche:

Eine Aktionsgruppe „Kritische Kirche“ hat sich gebildet. Sie hat ihre Arbeit am 7. November 1968 in Leonberg mit etwa 100 Laien und Theologen aufgenommen. „Kritische Kirche“ sieht die Landessynode vor die Notwendigkeit gestellt, jetzt folgende Konsequenzen zu ziehen:

- 1. Es darf kein neuer Präsident gewählt werden, ehe die Vorgänge, die zum Rücktritt des bisherigen Präsidenten geführt haben, aufgearbeitet sind. In diesem Zusammenhang sollte Herr Vizepräsident Heiland zurücktreten.*
- 2. Der Landesbischof ist aufzufordern, seine Rolle bei den bisherigen Verhandlungen, besonders am 17.9.1968, zu erläutern.*
- 3. Ein Synodalausschuß ist als Ehrengericht einzusetzen, das die Formen der Auseinandersetzungen in der Kirche überwacht und von jedem Mitglied der Landeskirche angerufen werden kann.*
- 4. Eine Dokumentation über alle Vorgänge, die zum Rücktritt von Präsident Klumpp geführt haben, einschließlich der Verhandlungen zur Vorbereitung des Kirchentages 1969, und deren Veröffentlichung bis spätestens Jahresende 1968, ist in Auftrag zu geben.*
- 5. Eine radikale Änderung der seitherigen Informationspraxis ist zum Zweck der aktuellen Unterrichtung der Öffentlichkeit über kirchliche Vorgänge sicherzustellen. Dazu gehört unter anderem die grundlegende Reorganisation des Evangelischen Gemeindeblattes für Württemberg mit seiner Auflagenhöhe von 240 000 Exemplaren.*
- 6. Jedem Pauschalurteil gegen den Pietismus ist dadurch zu begegnen, daß die Synode sich weiterhin für eine Beteiligung des Pietismus am Kirchentag 1969 einsetzt, die der Bedeutung des württembergischen Pietismus entspricht.*

Darüber hinaus:

- 1. Der unter Präsident Klumpp eingeleitete Demokratisierungsprozeß in der Landeskirche muß fortgesetzt werden.*
- 2. Dazu gehören:*
Einführung des Verhältniswahlrechts vor der nächsten Synodalwahl, zeitliche Befristung und Wählbarkeit aller kirchlichen Ämter, Umwandlung des Landeskirchenausschusses in einen größeren Personalausschuß der Synode.
- 3. Das Verhalten von Oberkirchenrat und Synode darf in Zukunft nicht mehr den Eindruck entstehen lassen, es werde von der Furcht vor einer Kirchenspaltung diktiert.*

► Die Synodaltagung vom November 1968 wurde kritisch begleitet. Drei Redaktionsteams jeweils aus einem Laien, einem Theologen und einem Theologiestudenten arbeiteten im rollierenden Verfahren durch Zuhören in der

Synode, Verfassen von Texten, Herstellen von Flugblättern und Verteilen an die Synodalen. In direkter, kritischer und unerschrockener Sprache wurde ohne Umschweife nachgehakt, wo Synodale und Kirchenleitung pauschal, nicht konkret und unverbindlich redeten.

➤ „Kritische Kirche“-Delegationen führten während der Synode Gespräche mit allen Gesprächskreisen.

- „Kritische Kirche“ führte ein öffentliches Hearing durch zu den Themen:
- Struktur und Zusammensetzung des Landeskirchenausschusses
 - Fraktionsbildung in der Synode
 - Beteiligung und Schutz von Minderheiten in Kirche und Synode
 - Verantwortung für Randsiedler der Kirche
 - Struktur und Zusammensetzung des Landeskirchenausschusses

Nach der Synode arbeitete die Kritische Kirche weiter: In kurzen Abständen fanden Vollversammlungen statt. Es bildeten sich Bezirksgruppen. Arbeitsausschüsse wurden eingesetzt für „Öffentlichkeit“, „Kirchenreform“ und „Kirche und Gesellschaft“.

Auch die folgenden Synoden bis 1971 wurden kritisch begleitet.

Zur Synodalwahl 1971 beschloß die Kritische Kirche, nicht selbst als Partei im Wahlkampf aufzutreten, sondern für Sachlichkeit und Durchsichtigkeit des Wahlkampfes und der Wahl zu sorgen: Die „Aktion Synode 71“ wurde gegründet, die in allen Wahlkreisen geeignete Kandidaten suchte.

Das Wahlergebnis lautete:

Lebendige Gemeinde	= 41 % der Stimmen und 56 % der Sitze
Mitte	= 24 % der Stimmen und 18 % der Sitze
Aktion Synode 71	= 31 % der Stimmen und 26 % der Sitze

Der Oberkirchenrat hatte – vergeblich – versucht, die Entwicklung zur „Fraktionsbildung“ zu verhindern. Ihre Entstehung in Form von „Gesprächskreisen“ war ein erster Schritt in dem von der „Kritischen Kirche“ geforderten Demokratisierungsprozeß. Ihn hatte der Oberkirchenrat als „ungeistlich“ abgelehnt. Doch mit der kirchenpolitischen Formierung der Synode erwuchs ihm jetzt ein demokratisches Gegenüber, in dem sich die Meinungsvielfalt der Gemeinden artikulieren konnte.

„Zu viele Stimmen fielen unter den Tisch,“ stellte die „Aktion Synode 71“ zum Wahlergebnis aufgrund des Persönlichkeitswahlrechts fest. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Am 9. Mai 1972 berichtete die Stuttgarter Zeitung:

„Aktion Synode 71“ arbeitet weiter. Die kirchlichen Gruppierungen, die sich unter diesem Namen zusammengeschlossen haben, wollen ihre gemeinsame Arbeit fortsetzen und sich einen neuen Namen geben. Sie wollen evangelischen

Christen, die sich durch die pietistisch orientierte Lebendige Gemeinde sowie durch Gruppen der kirchlichen Mitte nicht repräsentiert fühlen, eine konstruktive Alternative anbieten.“

Dieser Weg von der Kritischen Kirche zur OFFENEN KIRCHE war schon vorausgedacht, besonders durch das Buch von Werner Simpfendörfer (OFFENE KIRCHE - Kritische Kirche, Kirchenreform am Scheideweg, Kreuzverlag Stuttgart 1969). Trotzdem gab es noch einmal eine ausführliche Diskussion auch über andere Namen, bevor die Vollversammlung der Aktion Synode 71 am 8.7.1972 fast einstimmig den Namensvorschlag des Leitungskreises annahm: „OFFENE KIRCHE - Evangelische Vereinigung in Württemberg“.

Im August 1972 schrieb Manfred Fischer, der erste Geschäftsführer der OFFENEN KIRCHE, im ersten Rundbrief: „Bis jetzt haben wir viel Zustimmung zur Konstituierung der OFFENEN KIRCHE erhalten. Natürlich auch Kritik. Manche Vorwürfe gingen so weit, in unserer Vereinigung die Ursache einer verschärften Polarisierung zu sehen. Aber das waren nur wenige Ausnahmen; es überwog die positive Sicht.

Freilich konnten wir bisher keine geschlossene Konzeption unserer Arbeit vorlegen. Sie wird das Ergebnis eines Prozesses sein, an dem möglichst viele beteiligt sein sollten. Mit der Nr. 0 der „Informationen“ und mit unserem neuen Namen wollten wir einige Impulse und Anregungen geben, die zusammen gesehen langfristige kirchenpolitische Wirkungen haben könnten. Es wird wichtig sein, den Gedanken der Offenheit immer wieder zu betonen:

Offenheit als ein Anteilnehmen an den Problemen der Zeit

Offenheit als Toleranz im Geiste Jesu

Offenheit als dialogische Fähigkeit

Offenheit als missionarische Kraft kirchlicher Arbeit

Offenheit als Widerspruch zu einer Gemeinde oder Kirche im Ghetto

Offenheit als Versuch, das Evangelium neu und verständlich zu formulieren.

...

Wenn wir aus möglichst vielen Gemeinden einige Mitglieder gewinnen, dann wird es uns gelingen, die Restauration aufzuhalten und für eine Kirche zu arbeiten, die nicht ängstlich ihren Bestand und ihre Ordnungen hütet, sondern in erster Linie das Evangelium zu transformieren sucht „für Gemeinde und Gesellschaft“, wie es ein Vorschlag für den Untertitel unserer Gruppe forderte.“

Die Geburt der OFFENEN KIRCHE vollzog sich also in drei Schritten:

- Herausforderung zur „Aktion Kritische Kirche“ (1968)
- Offene Einmischung in die Synodalwahl mit der „Aktion Synode 71“ (1969 - 1971)
- Kirchenpolitische Gruppenbildung durch die „OFFENE KIRCHE“ (1972)

In der Betrachtung der Kirchenreform kommt Werner Simpfendörfer 1969 zu folgenden Schlußfolgerungen:

„Es könnte die geschichtliche Aufgabe der kirchlichen Gruppen sein, im gegenwärtigen rapiden Wandlungsprozeß der Kirche da und dort Modelle kirchlichen Lebens zu entwickeln, die eines Tages für das Ganze der Kirche relevant werden könnten. ... Für alle kritischen Gruppen gilt, daß sie an ihre Zielvorstellungen und kritisch formulierten Aufgaben einen selbstkritischen Maßstab anspruchsvoller Qualität legen müssen ... Es kann nicht um Schönheitsreparaturen der Gemeindepraxis oder des Kirchenrechts gehen. Die kritischen Gruppen haben Alternativen zu entwickeln, in denen damit Ernst gemacht wird, daß die Kirche für alle da ist – auch unter völlig veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen etwa einer Gesellschaft, von der diese Kirche keine Privilegien mehr zu erwarten hat. Sollte es wenigstens einigen kritischen Gruppen gelingen, ihr kritisches Engagement in dieser Radikalität zu konkretisieren, dann wäre der bis jetzt recht diffuse Ausbruch der kritischen Welle in der Kirche doch in der Sache gerechtfertigt.“ (S.81 a.a.O.)

Sind wir heute weiter ?

Konflikte und Streit in den 70er Jahren um ein unterschiedliches Kirchenverständnis

Dr. Anne-Lore Schmid / Reinhard Hermann

Die am Ende der sechziger Jahre bestimmenden Aufbrüche in Land und Kirche - Kritische Kirche, APO, Weltkirchenkonferenz von Uppsala 1968, Evangelischer Kirchentag in Stuttgart 1969, Rücktritt von Synodalpräsident Dr. Klumpp und so weiter - wirkten kräftig in die Gesprächskreise hinein und bestimmten den Wahlkampf im Dezember 1971. Es waren engagierte, geprägte Persönlichkeiten, zum Beispiel Werner Simpfendörfer, Paul-Gerhard Seiz und andere, die das Ziel hatten, für eine ökumenisch offene, zukunftsorientierte Kirche die unterschiedlichen Individualisten vom Offenen Gesprächskreis und der Evangelischen Erneuerung samt anderen zu sammeln und zu ermutigen.

Die Enttäuschung war groß und reichte tief, als das Ergebnis jämmerlich ausfiel und eine Reihe von wichtigen Persönlichkeiten das Synodenziel nicht erreicht hatte. Der Gesprächskreis „Bibel und Bekenntnis“ hatte mit seinen rigiden Ordnungen und Strukturen einen fest gespurten Weg für seine Anhänger gewiesen, um „das schlingernde Kirchenschiff“ wieder in das ihm gemäße Fahrwasser zu bringen. Das hatte sich ausgezahlt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse waren bereits vorherbestimmt – zumeist aus ihren Reihen, als sich das kleine Häuflein der übrigen erst wieder zu sammeln begann und lernen mußte, sich zu behaupten.

Wir lernten: Wer weiß, was er will, und das Ziel konsequent verfolgt, ist immer jenen voraus, die erst in längeren Debatten eine gemeinsame Lösung suchen. So begannen die Jahre des Kampfes, der verschleiern den Kompromisse, der Gewalttätigkeiten „mit dem Scheckbuch“, der gesperrten oder versagten Etatmittel, der vergeblichen Anträge, der beleidigenden Vereinbarungen und der Diskriminierung nicht genehmer Personen, Gruppen und Kreise. Von außen sah es oft so aus, als verstrickten wir uns in kleinlichen innerkirchlichen Streitereien, während doch für uns viel mehr auf dem Spiel stand: der Erhalt oder das Erreichen einer der Welt und den Menschen zugewandten Kirche mit offenen Fenstern und Türen „unter dem offenen Himmel Gottes“ (Eugen Stöffler).

In heftigen Auseinandersetzungen um das vom Ökumenischen Rat der Kirchen verabschiedete Antirassismusprogramm hatten wir zu beweisen, ob wir bereit waren, auch ungewohnte Fragen und Probleme als die unsrigen zu begreifen: Dürfen/können Christen Gewalt unterdrückter Menschen bejahen, wenn diese sich zur Befreiung gegen die Gewalt der Machtausübenden wendet? Am Beispiel Rhodesiens (heute Simbabwe) und Süd-Afrikas versuchten wir Theorie

und Praxis zu verstehen und erkannten doch nur schwer unsere eigene Verflochtenheit mit dieser Frage. Hierbei unsere Solidarität mit dem ÖRK in Gemeindekreisen zu verteidigen, war nicht einfach. Die „Frauen für Südafrika“ haben in den folgenden Jahren mit ihrem Banken- und Früchteboycott mutig erreicht, was wir nicht durchbrachten.

Die Fronten gegen die weltweite Ökumene verfestigten sich, als sei die Württembergische Kirche der Maßstab für den Frömmigkeitsstil und die Glaubenserfahrung der Christenheit in aller Welt! Eine Delegation wurde zusammengestellt, um den Generalsekretär, Dr. Philipp Potter, mit Fragekreisen zu konfrontieren, die von der Mehrheit der Synode als nicht glaubensgemäß betrachtet wurden: Einheit der Kirche – Struktur und Zusammensetzung des Landeskirchenausschusses - Einheit der Welt, ist Toleranz den anderen Religionen gegenüber nicht Synkretismus? Dürfen Heil und Wohl so vermischt werden? Inwieweit finden gruppendynamische Manipulationen bei Konferenzen oder Versammlungen des Ökumenischen Rats der Kirchen statt? Für die OFFENE KIRCHE konnte die deutliche Überheblichkeit nach dem Motto „Steht uns Rede und Antwort!“ so nicht mitgetragen werden. Ein eigenes Minderheitenvotum wurde nicht im ganzen Konzept aufgenommen, so daß Anne-Lore Schmid als Vertreterin der OK nicht mitreiste. Philipp Potters Klage (dem Sinn nach) gegenüber der Delegation gibt sein Empfinden wieder: Ich komme mir vor wie ein Arbeiter, dem das Wasser bis zum Hals steht, und Ihr verlangt Antworten auf theoretische Fragen. Die Diskussion um die Ökumene mit der Drohung: „Wir verlassen diese Ökumene“ blieb jahrelang erhalten und wurde erst 1983 abgeschlossen mit einer Erklärung der Landeskirche zur Gestaltung der Mitgliedschaft im ÖRK.

Auch das Thema Mission gehört in diesen Zusammenhang. Die „Bibel und Bekenntnis“-Gruppe (jetzt „Lebendige Gemeinde“) wollte es als ihr eigenstes Anliegen besetzen. Besonders das Evangelische Missionswerk in Hamburg als Schaltstelle zwischen dem ÖRK in Genf, der EKD und den Landeskirchen war ein ständiges Angriffsziel, dem Gelder beschnitten beziehungsweise dessen Themen und Personen diskriminiert wurden. Daß Mission keine Einbahnstraße mehr sein durfte, daß aus jungen Kirchen und selbständigen Völkern Anfragen an uns gerichtet wurden und wir nun selbst ein Missionsfeld geworden waren, gab zu immer neuen Konfrontationen Anlaß. Im Haushalt wurden fünf Prozent für Entwicklungshilfe angesetzt. Das wurde gegen das Votum der OK nach und nach abgebaut, indem einfach die Missionsausgaben mitgezählt wurden. Wir haben uns immer dagegen gestemmt, aber es war nicht durchzuhalten.

Das gehört ins Stimmungsbild. Wir waren eine Minderheit, offen dafür, was aus der Ökumene und von Jugendlichen sowie von der kritischen Wissenschaft kam. Die Mehrheitsgruppe empfanden wir als arrogant, manchmal gewalttätig. Sie hat in einer Weise ihre Wahrheit vertreten, die bis ins Verletzende ging. Unsere Rolle war ein gegenseitiges Stützen und Tragen und nach außen Abmildern. Der Konflikt war: Was können wir tun? Müssen wir Flagge zeigen? Wir

haben uns entschlossen, mitzuarbeiten und zu hoffen, das Schlimmste zu vermeiden, also Kompromisse geschlossen. Manche im Land haben uns dafür kritisiert: Warum entscheidet ihr nicht deutlicher?

Im Februar 1975 wurde in Freudenstadt über „Mission und Ökumene“ unter Anwesenheit des Genfer Gastes Dr. Hans Ruedi Weber diskutiert. Beim Umgang mit nicht-christlichen Religionen wurde noch von der Synode der Absolutheitsanspruch vertreten. Das Freudenstädter Papier, damals von der OK mit unterschrieben, könnte heute wohl von uns nicht mehr akzeptiert werden, aber der Austausch war für uns alle wichtig und bedeutete ein Hinterfragen des eigenen Glaubens, der sich im Fortschreiten der Zeit wandeln und verändern muß.

Ein mühsames, enttäuschungsreiches Konfliktthema ergab sich durch die notwendige EKD-Reform, der die verschiedenen Landeskirchen zustimmen mußten. Als sich 1970 die DDR-Kirchen zu einem eigenen Kirchenbund zusammenschlossen, stellte sich auch für die EKD die Frage, ob sie als Bundeskirche weiterarbeiten oder den Kirchenbund erneuern sollte. Viele übergeordnete Aufgaben waren von der EKD besser wahrzunehmen als von den einzelnen Landeskirchen, zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit, Pfarrerdienstrecht, Vertretung gegenüber dem Staat. Nur die Württembergische Kirche verteidigte ihre Eigenständigkeit und hielt „Provinzialität“ für ein Gütesiegel. „Zentralismus“, wie er vermeintlich vom ÖRK in Genf ausgeübt wurde, schien ihr ein triumphalistisches Gehabe zu enthalten. In Wirklichkeit steckte ein großer Teil Angst um den Verlust der Einflußnahme dahinter, denn nur in Württemberg gab es durch die Urwahl der Kandidatinnen und Kandidaten eine größere Anzahl pietistischer und evangelikaler Synodaler. Das württembergische „Nein“ ließ schließlich viele mühevolle Synodaldebatten in Württemberg und in der EKD-Synode (fast) vergeblich erscheinen. Da halfen auch die Beteuerungen der „Bibel und Bekenntnis“ (BB)-Gruppierung nicht mehr, man stehe treu zur EKD.

Auch über die Konfirmationsordnung gab es heftige Auseinandersetzungen. Die BB-Gruppierung forderte, „den Wildwuchs zu beschneiden“ und suchte verbindliche Ordnungen für ihre verschiedenen Positionen. Der OK ging es weniger um die Kirche als Gesetzgeberin, sondern darum, die jungen Menschen als Betroffene in ihren unterschiedlichen Situationen und Existenzen im Mittelpunkt zu sehen und ihnen gerecht zu werden. Als es uns gelang, von der vorliegenden Kurzform zu einer Liturgie mit eigenen Texten der Konfirmandinnen und Konfirmanden als Alternativentwurf zu gelangen, war das ein Anlaß der Erleichterung und Freude. Heute scheint diese damals gewonnene Freiheit wieder reduziert zu sein.

Ein anderer Streit entzündete sich 1977 an einem mißbilligenden Bericht des Oberkirchenrats über eine Studentengruppe in Tübingen: „Christen für den Sozialismus“. Trotz heftigen Kampfes der OK wurden im Haushaltsplan die Gelder

für die Studentengemeinden gestrichen. Manche (zum Beispiel Prof. Käsemann) drohten daraufhin, aus der Kirche auszutreten, wenn es bei der bevorstehenden Wahl nicht zu einer Änderung der Mehrheitsverhältnisse kommen würde. Mit der Wahl von Eugen Stöffler, OK, und seinem Vorsitz im wichtigen Ausschuß „Kirche und Gesellschaft“ wurde das beanstandete Thema aufgegriffen und eine Klausurtagung mit Professor Helmut Gollwitzer aus Berlin und zwei weiteren Referenten vorbereitet. Gollwitzer sprach zum Thema: „Warum ich als Christ Sozialist bin“. „Das muß unter unserem Dach Platz haben“, war die Meinung der OK. „Wenn Christen die Verhältnisse unterschiedlich sehen und darüber diskutieren und arbeiten, dann kann man nicht sagen: „Das dürft ihr nicht.“ Und Helmut Gollwitzer legte uns zum Abschluß ans Herz: „Und nun solltet ihr 'Christen und Kapitalismus' untersuchen“.

Jugendgruppen und Studentengemeinden hatten es schwer, wenn sie nicht mit der Mehrheit in der Synode konform waren, oder wenn aus Gremien unliebsame, sprich „aufmüpfige“ Beschlüsse ans Ohr von BB drangen. Vorbei war die Zeit der Jugenddelegierten, die als Impuls von Uppsala zugewählt waren und mit ihren kritischen Fragen die Synodalarbeit bereicherten und uns mit ihren ungewungenen Formen erfreuten oder aufregten.

Wir empfanden es als Aufgabe der OK, die Randgruppen - Ausländer, vom Paragraphen 218 betroffene Frauen, solche, die in der Leistungsgesellschaft nicht mithalten können - im Auge zu behalten, denn nach unserer Meinung gehören sie zur Mitte der Kirche. Aber in der Synode waren wir gezwungen, auf die Vorgaben der Mehrheit einzugehen. Wir waren zu wenige Personen, und die Mittelgruppe „Evangelium und Kirche“ tendierte jeweils zur einen oder anderen Seite, empfand sich als Brückenbauer und beschloß gern Kompromisse, die uns wehtaten. Unsere Anträge wurden oft mit einem Federstrich von der Mehrheit weggewischt oder in die Ausschüsse verwiesen, wo sie lange ruhen konnten - in der Hoffnung, sie würden sich von allein erledigen.

Schade, daß der nach Uppsala gebildete Ökumene-Ausschuß nur bis 1971 bestand und dann im überlasteten Ausschuß „Diakonie – Ökumene – Mission“ aufging. Da blieb kaum Zeit zum Umsetzen der von Genf ausgehenden Beschlüsse und Entscheidungen, die für Kirchen und Gemeinden wichtig waren. So setzten sich leicht bei uninformierten Gemeinde- und Synodalgliedern Feindbilder fest, die der Wirklichkeit nicht entsprachen.

Der Druck auf die Synodalen in den 70er Jahren war schon gewaltig. Versöhnen durch Neigung zu Übereinkünften oder Glaubwürdigkeit beweisen und Konflikte austragen? – Das trieb uns oft um und wurde von vielen Außenstehenden nicht verstanden. Wir hätten manchmal Rückenstärkung gebraucht, aber die Angst vor einem Zerbrechen der Kirche ließ verantwortliche Kirchenleute verstummen. Wir kamen uns dann vor wie glaubenslose Heiden, die es zu missionieren galt (Süsse). Oder wir riskierten, beim Aussprechen unbequemer

Wahrheiten die (Wort-)Prügel einstecken zu müssen, die eigentlich den Verursachern gelten mußten. Nur nichts in der Öffentlichkeit laut werden lassen und lieber eine Decke über Unangenehmes breiten, war die Devise des Oberkirchenrats.

"Wieviele Persönlichkeiten wurden nicht verstanden und deshalb als glaubenslos angesehen! Wieviel Unbekümmertheit wurde mundtot gemacht und hatte dann unter finanziellen Ausfällen zu leiden! Wieviele Synodale verließen halb krank und psychisch angeschlagen die Sitzungen! Aber trotz allem: Ich habe in jenen Jahren unheimlich viel gelernt." (Dr. Schmid)

OFFENE KIRCHE in den 80er Jahren

Hansjürgen Thomann

Die OFFENE KIRCHE kenne ich seit 1972, als ich Mitglied wurde, und näher ab 1982. Ich möchte sie aus meiner Perspektive im Leitungskreis beschreiben, erzählend und subjektiv gefärbt. Die Geschichte der OFFENEN KIRCHE und das kirchenpolitische Umfeld müssen andere genauer aufarbeiten. Meine aktive Zeit bei der OFFENEN KIRCHE hatte eine Vorgeschichte, die mir auch im Blick auf meine Tätigkeit im Leitungskreis nicht unwichtig ist. Deshalb will ich einiges wenigstens andeuten.

I. Vorgeschichte

Als ich nach dem 2. Examen in den frühen 70er Jahren als Pfarrverweser (Pfarrvikar bzw. Pfarrer zur Anstellung) in Isingen, Dek. Sulz, einem kleinen Dorf bei Balingen, über die Konfirmandenunterrichts-Debatte (Stichwort „Wildwuchs“) die OFFENE KIRCHE und ihr Anliegen kennenlernte, bestand sie für mich aus Manfred Fischer und aus den OK-INFORMATIONEN.

Ich wußte nicht, wer die Gründungsmitglieder waren, wer als OK - Mitglied in der Synode saß oder daß es einen Leitungskreis gab. Ich wußte nur, daß es eine junge Bewegung gab, die etwas vom Geist der 68-er atmete und sich innerkirchlich nicht alles gefallen lassen wollte. Die dogmatischen Rechthaber lockten mich nicht, auch nicht die Verteidiger der Tradition – mich zog die kleine Gruppe derer an, die die Unzufriedenheit weiter Teile meiner Generation artikulierte und Veränderungen in Kirche und Gesellschaft wollte. So wurde ich Mitglied der OFFENEN KIRCHE.

Erst in der Zeit meines ersten ständigen Pfarrdienstes in Beuren, einem großen Dorf im südlichen Bereich des Dekanats Nürtingen, lernte ich Leute kennen, die zu der aktiven, um nicht zu sagen lebendigen OK-Bezirksgruppe in den Dekanaten Nürtingen und Kirchheim gehörten. Und ich lernte Leute kennen, die aktiv in der Lebendigen Gemeinde waren.

Es war nur eine Frage der Zeit, die mir Pfarramt und Familie ließen, bis ich den Einladungen zu den regelmäßigen Treffen der OFFENEN KIRCHE im Wahlbezirk Kirchheim/Nürtingen gefolgt bin. Ich habe die Leute dort interessant gefunden und mich auf Antrieb wohlgeföhlt. 1983 – in der Zeit der Nachrüstung und Stationierung der Atomraketen in unserem Land – kandidierte ich mit Unterstützung der OFFENEN KIRCHE als Theologe mit oder besser gegen Dekan Dr. Walker für einen Sitz in der Synode. Mit Helmut Köble stand mir ein erfahrener OK-Mann als Nichttheologe zur Seite.

Die gemeinsamen Erfahrungen haben uns auch menschlich verbunden, und zu einigen Mitstreiterinnen und Mitstreitern pflegen meine Frau und ich noch heute

freundschaftliche Beziehungen.

Aber von den Strukturen der landesweiten OFFENEN KIRCHE wußte ich immer noch nicht viel. Den eher schlichten Bezirks – Wahlprospekt 1983 haben wir in Eigenarbeit erstellt. Die Erfahrungen aus dieser Zeit waren mir später in mehrfacher Hinsicht nützlich.

Ich habe die Wahl gegen Dekan Dr. Walker, den Nachfolger von Dekan Theo Braun, - beide zählten sich zur LEBENDIGEN GEMEINDE - relativ knapp verloren. Damals waren Dekane bei Synodalwahlen noch unschlagbar. Es gab in der Landeskirche nur einmal eine Ausnahme. Soviel ich weiß, gewann der spätere Dekan Zeeb gegen einen amtierenden Dekan die Synodalwahl. In Dr. Walker hatte ich einen streitbaren Partner, aber immer auch einen fairen, ja fast wohlwollenden Dekan.

Helmut Köble aus Unterlenningen wurde wieder in die Synode gewählt, und als Mitglied im Leitungskreis der OFFENEN KIRCHE argumentierte er danach charmant und unwiderlegbar: „Du hättest in der Synode viel Zeit für die Kirchenpolitik gebraucht. Das bleibt dir erspart. Aber wir brauchen einen Geschäftsführer im Leitungskreis. Ein Teil der gesparten Zeit genügt, um diese Arbeit zu tun.“

Die ersten Begegnungen im Leitungskreis 1984 verliefen zur allseitigen Zufriedenheit, und ich übernahm die Funktion, die vor mir - auf je ihre Weise - Manfred Fischer und Dr. Jochen Vollmer versehen hatten. Ich verstand mich als Sekretär des Leitungskreises.

II. Einblicke

Jetzt erst lernte ich die OFFENE KIRCHE in ihrer Vielgestaltigkeit kennen. Der Leitungskreis tagte in der Regel monatlich. Die Mitglieder kamen teilweise von weit her angereist. Deshalb waren wir Gäste in verschiedenen Gemeindehäusern, die per Bahn und PKW gut zu erreichen waren. Ruth Schepperlen, Pfarramtssekretärin bei Manfred Fischer in Hohenheim und über seine Zeit dort hinaus ehrenamtlich tätig, war die unermüdliche und sachkundige Organisatorin der Geschäftsstelle der OFFENEN KIRCHE und des Leitungskreises. Sie war für mich eine außerordentlich beeindruckende Gestalt, selbstbewußt, kritisch und in dem, was sie tat, perfekt.

Der Leitungskreis hatte bei seiner Arbeit stets verschiedene Zielgruppen im Blick:
- Da gab es die Wähler/innen, Sympathisantinnen und Sympathisanten der OK-Bewegung, die aber nicht Mitglieder waren und außerhalb der Wahlen mit der OFFENEN KIRCHE nichts zu tun haben wollten. Das waren aus der Sicht des Leitungskreises diejenigen, die wir zwischen den Wahlen über Veranstaltungen und das OK-Heft werben und aktivieren wollten.

- Daneben gab es Mitglieder mit tragenden Funktionen in den Bezirken, die viel Zeit und Energie, nicht selten auch Spenden einbrachten. Ich lernte sie bei

öffentlichen Veranstaltungen und anderen Treffen der OFFENEN KIRCHE schnell kennen und schätzen.

- Dann gab es Mitglieder, die nicht aktiv in Erscheinung traten, die sich gelegentlich als interessierte Leser der OK-Informationen zu erkennen gaben. Die Zahl dieser Menschen war so etwas wie ein kirchenpolitisches Akzeptanz-Barometer. Es waren damals 500 bis 600 Mitglieder, in der Mehrzahl sogenannte „Laien“, aber eben auch viele Theologen und etliche Theologinnen. In dieser Zeit warben wir noch nicht planmäßig, sondern setzten darauf, daß die Mundpropaganda und das OK-Heft Leute zur Mitgliedschaft bewegen würden. Wir hatten nicht viel, aber genug Geld aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, um das Heft und die Materialien im Wahlkampf zu finanzieren.

- Ganz wenige Mitglieder, die einmal eingetreten waren, aber ein eher distanziertes Verhältnis bekamen, sind im Laufe der Zeit ausgetreten.

- Einige bekannte und profilierte Mitglieder wie Dekan Eugen Stöffler, Paul - Gerhard Seitz und Ruth Konz haben wir durch zu frühen Tod verloren.

- Die Synodalen, die den Gesprächskreis OFFENE KIRCHE in der Synode bildeten, waren einerseits in einer Persönlichkeitswahl gewählt worden, andererseits wurden sie natürlich von den Mitgliedern der OFFENEN KIRCHE unterstützt. Das OK - Bewußtsein der einzelnen war unterschiedlich. Die meisten verstanden sich als Leute der OFFENEN KIRCHE und hatten entsprechenden Basisbezug in ihrem OK-Bezirk. Manche aber waren und blieben kritisch und abweisend gegen den Leitungs- und den Redaktionskreis der OFFENEN KIRCHE, die für sie möglicherweise zu offensiv und zu konfliktbereit waren.

Es war eine Art Vertrauensbeweis, daß ich jederzeit bei den Sitzungen der Synodalgruppe dabei sein durfte und dort auch zu Wort kommen konnte.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht doch nicht überflüssig zu sagen, daß es weder in der Synodalgruppe noch auf einer anderen Ebene der OFFENEN KIRCHE Fraktionszwang oder gar ein imperatives Mandat gab. Pluralität und positive Wertung von Pluralität, nicht aber Harmonie um jeden Preis, waren erklärte Ziele der OFFENEN KIRCHE.

- Eine ganz wichtige Arbeitsebene war der Redaktionskreis um Gottfried Lutz und später um Christian Buchholz. Die OK-~~INFORMATIONEN~~ HATTEN eine Auflage von nahezu 7000 Exemplaren. Im Leitungskreis und bei den jährlichen Mitgliederversammlungen konnte Helmut Köble immer wieder, ohne daß es je Widerspruch gegeben hätte, sagen, daß das grüne Heftle etwas vom Besten sei, was die OFFENE KIRCHE habe. In der Tat, man legte das OK-Heft nicht auf den Stapel zum späteren Lesen, sondern blätterte es, sobald es einem in die Hände kam, neugierig durch und las die kurzen Artikel noch im Stehen. Für manche Synodale der anderen Gesprächskreise war der erste Blick vor Beginn der Synode, ob und wo das frische OK-Heft auflag und was diesmal für eine

Überraschung drinstand. Die Redaktion nahm mutig Konflikte auf, druckte querliegende Meinungen ab und bot Grundsatzartikel von hohem Anspruch an. Diese gute, aber oft brisante Mischung fand man sonst in keiner kirchlichen Veröffentlichung aus Württemberg.

Jetzt erst als Geschäftsführer im Leitungskreis lernte ich also das breite Spektrum von Personen und die vielgestaltige OK-Bewegung kennen. Und das war interessant und schön. Bei den Treffen auf allen Ebenen gab es ein Grundwohlwollen und Zusammengehörigkeitsgefühl, wie in einer großen Familie. Die Jahrestagungen mit aktuellen und strittigen Themen waren gut besucht, die anschließenden Mitgliederversammlungen ebenfalls. Der Versuch, einmal nicht in Stuttgart, sondern in Tübingen zu tagen, wurde mit Teilnehmerschwund quittiert und künftig unterlassen.

Was motivierend positiv auf mich wirkte, war die überall spürbare, unerschütterliche Zuversicht, daß wir an einem wichtigen Prozeß arbeiteten, und der konzentrierte Wille, unsere Kirche offener, gesprächs- und konfliktfähiger zu machen. Und wir waren uns unausgesprochen und ausgesprochen einig: Wir wollen und werden das durchsetzen und es auch erleben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an Punkte wie „Haltung zum Kirchentag“, „Umgang mit der Schrift“, „das Verhältnis der Württembergischen Kirche zum Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf“, „Friedensbewegung“, „konziliarer Prozess“ oder „Frauen in der Kirche und Gesellschaft“.

Noch wurden die Leute, die sich mit der OFFENEN KIRCHE identifizierten, bis auf wenige markante Figuren von den kirchenleitenden Persönlichkeiten als nobodies oder als Störenfriede in der Kirche eingeschätzt, für leitende Ämter eigentlich undiskutabel. Für die Partnerinnen und Partner in den Listenverbindungen bei den Kirchenwahlen waren die Personen wohl akzeptabel, aber ihre offene Zugehörigkeit zur OFFENEN KIRCHE war ein Problem oder lästig, weil die OFFENE KIRCHE als extrem und parteiisch galt.

Noch war die Gruppe der OK - Synodalen wesentlich kleiner als die der Lebendigen Gemeinde, die die Mehrheit hatte, und die von Evangelium und Kirche.

III. Erfolg

Ohne Zögern würde ich die drei Jahre der Vorbereitung der Synodalwahl 1989, die Erstellung des OK-Wahl-Prospekts und den Erfolg in dieser Wahl als Hoch-Zeit der OFFENEN KIRCHE bezeichnen.

Da ich 1984, lang genug vor der Wahl 1989, die Funktion des Geschäftsführers übernommen hatte und Erfahrungen aus der Wahl 1983 mitbrachte, konnte ich mich gut einarbeiten. Weil eine Vision von Kirche und ein starker Wille, sie zu gestalten, da war, weil der Leitungskreis intern keinerlei Probleme und gute

Beziehungen zum Redaktionskreis und zur Synodalgruppe hatte, waren wir ausgesprochen motiviert und leistungsfähig.

War die OFFENE KIRCHE früher eher eine Vereinigung mit herausragenden Einzelpersonlichkeiten, so wandelte sich das Profil nach meiner Einschätzung in Richtung teamorientierter Leistungsträger/innen, bei denen in versöhnter Verschiedenheit keine/r dominierte. Die OFFENE KIRCHE verbreiterte sich, die Mitgliederzahl ging gegen 1000, der Transparenz und Kommunikation wurde zunehmend mehr Platz eingeräumt, und wir nahmen im verstärkten Maß professionelle Hilfe und professionelle Methoden in Anspruch.

Als exemplarisch dafür nenne ich das Zustandekommen des Wahlprospekts der OFFENEN KIRCHE zwischen 1987 und 1989. Wir haben früh angefangen, gemeinsam zu fragen, was der Prospekt leisten solle und was nicht, wen wir damit ansprechen und wen wir über andere Schienen ansprechen wollten. Das geschah auf einer Tagung mit ausgewogener Beteiligung aller in der OK aktiven Ebenen und Personengruppen, Frauen und Männern, älteren erfahrenen und jüngeren engagierten Leuten, Theologen und Nichttheologen, Synodalen und Bezirksvertreter/innen.

Das Ergebnis dieser Tagung wurde von Mitgliedern des Leitungskreises mit Hilfe einer Werbeagentur diskursiv weiterentwickelt, die Zwischenergebnisse immer wieder auch vor den Bezirksvertreter/innen zur Diskussion gestellt. Das war aufwendig, aber nötig, weil die Bezirke für eine Lösung gewonnen werden sollten, die ein gemeinsames Profil der Landes-OK neben dem Eigenprofil der Wahlbezirke zuließ.

Aus meiner Erfahrung beim Wahlkampf 1983 empfand ich das als einen wesentlichen Fortschritt. Jetzt nahm eine OFFENE KIRCHE Konturen an, die nicht nur von herausragenden Personen oder von einzelnen aktiven Bezirken (Stuttgart, Cannstatt /Zuffenhausen, Kirchheim/Nürtingen, Waiblingen u.a.) her ihr Profil bekam.

Eine mutige und lang diskutierte Entscheidung war die „Ärgernis-Seite“ im Wahlprospekt. Ein Innenteil des Prospektes war Problemen gewidmet, die uns immer wieder konflikthaft beschäftigten: Ansehen und Bedeutung der Evangelischen Akademie, Liturgie für den Weltgebetstag der Frauen, „idea“ und Parallelstrukturen wie „Hilfe für Brüder“ oder Pläne für eine evangelikale Vikarsausbildung, die Ablehnung des Kirchentags oder die Unterstützung der Landeskirche für das Institut „Wort und Wissen“.

Mit diesem Impuls hatten wir es endlich geschafft, nicht nur defensiv zu reagieren, sondern offensiv die Themen zu bestimmen, über die in der Wahl zu streiten war. Diese Aktion nötigte uns auch zu einem Krisengespräch mit dem Landesbischof und den Vertretern der Lebendigen Gemeinde, welches wir

aufrechten Ganges verließen. Solche offenen Worte war man nicht gewöhnt. Aber sie waren unseres Erachtens nötig. Es ging aus unserer Sicht um eine Richtungsentscheidung in unserer Kirche. Das wollten wir deutlich machen. Und wir waren damit erfolgreich.

Im Prospekt selbst hatte diese Seite die Funktion, zum Weiterlesen zu motivieren, denn diese „Skandal“ - Seite weckte natürlich die Neugier von Freund und Feind. Deshalb stand in der Mitte des auffaltbaren Prospekts ausführlich, was uns positiv wichtig war. Dies herauszukristallisieren und elementar zu formulieren, war eine Aufgabe, die nicht mehr von einem, einigen wenigen oder ausschließlich von Theologen bewältigt wurde oder bewältigbar war, sondern auch das wurde in einem breiten Konsensverfahren geleistet und gelang.

Ein weiterer Faktor war gespeist von meinen Wahlkampf Erfahrungen. In der für viele Kandidaten/innen neuen und aufregenden Situation der Kandidatenvorstellung haben nicht alle auf Anhieb die rechten Worte und das präzise Wissen parat. Im Blick darauf entwickelten wir Workshops für unsere Kandidaten/innen, in denen wir die Situation spielten und mit Hilfe von Videos Eigenwahrnehmung anboten.

Inhaltlich erarbeiteten wir eine schriftliche Argumentationshilfe mit aktuellen Themen und kurzen, aber präzisen Informationen und Argumentationslinien. Auch hier hat nicht einer gearbeitet, sondern sehr viele kompetente Leute haben über ihr Thema in aller Kürze informiert. Die Aufgabe des Geschäftsführers war außer einem eigenen Artikel nur die Koordination.

In diesem Gesamtklima war es möglich, viele Kandidaten und Kandidatinnen zu gewinnen und selbstbewußt Konstellationen anzustreben, die vorher aus (vielleicht berechtigter) Sorge vermieden worden war. Bis auf zwei oder drei wurden alle aufgestellten Kandidaten/innen der OFFENEN KIRCHE gewählt. Die OK-Gruppe in der Synode, die nie Fraktion sein wollte oder war, wurde zweitgrößter Gesprächskreis. Die absolute Mehrheit der Lebendigen Gemeinde war gebrochen. Von nun an mußte in der Synode ein breiterer Konsens unter Einbeziehung des OK-Gesprächskreises für strittige Punkte gesucht werden, und Absprachen waren nötig. Das tat dem Klima in unserer Kirche gut. Aber viele Synodale waren das nicht gewöhnt. Darauf führe ich u.a. auch die vielerorts mißglückt genannte und sicherlich für alle Beteiligten beschwerliche Bischofswahl von 1994 zurück.

Aber der Wahlerfolg von 1989 war ein Durchbruch für die OFFENE KIRCHE und ein Meilenstein im Selbstbewußtsein der aktiven OK-Mitglieder. Endlich waren die OFFENE KIRCHE und Leute, die ihr angehörten, hoffähig. Und in der Folge gab es auch Personalentscheidungen, die dem Rechnung trugen.

IV. Übergangsschwierigkeiten

Eine Folge des Erfolgs war ein interner Veränderungsprozeß. Es kamen schon

während der Vorwahlzeit erfreulicherweise neue, junge und hochmotivierte Frauen und Männer in den Redaktionskreis. Das OK-Heft bekam auf Betreiben von Jan Dreher-Heller nicht nur äußerlich eine neue Form. Auch der Stil und das Selbstbewußtsein der jungen Leute schlugen sich nieder. Im Redaktionsteam wechselten die Verantwortlichen von Ausgabe zu Ausgabe. Das verwirrte. „Wer ist eigentlich verantwortlich?“, war die Frage im Konfliktfall. Der Umgang mit Personen inner- und außerhalb der OFFENEN KIRCHE wurde teilweise hemdsärmeliger, und es wurden Themen in einer Weise aufgegriffen, wie es manchen in der OFFENEN KIRCHE nicht gefiel. Der Leitungskreis, der die OK-Informationen herausgibt, saß nicht nur einmal zwischen allen Stühlen, nämlich denen von Synodalmitgliedern und Redaktion und denen der Beobachter aus anderen Gesprächskreisen. Die staunten fast hämisch über die Art, wie man bei uns miteinander umging.

Wieder einmal tauchte das Problem auf, wer eigentlich für die OFFENE KIRCHE spricht, der Leitungskreis, der Redaktionskreis oder der Sprecherkreis der Synodalen. Die Redaktion hatte das Selbstbewußtsein, im kirchlichen Blätterwald eine eigene Stimme zu sein. Von vielen OK-Leuten wurde das Heft aber als loyales Organ der OFFENEN KIRCHE in Pflicht genommen.

1990 wurde - einmalig in der Geschichte der OFFENEN KIRCHE – eine Nummer der OK-Informationen, nachdem sie vor der Synode ausgelegt, aber noch nicht an die Bezieherinnen und Bezieher ausgeliefert war, wegen unhaltbarer Behauptungen nach hartem Ringen und trotz hoher Kosten eingestampft und neu gedruckt.

In dem Streit um das Lehrzuchtverfahren gegen Jutta Voß eskalierte dieser Konflikt. Innerhalb der OFFENEN KIRCHE bildete sich der „Ludwigsburger Kreis“, mit OK-Mitgliedern, die sich in der Tradition der dialektischen und historisch-kritischen Theologie Sorgen um das theologische Profil der OFFENEN KIRCHE machten. Die Laien empörten sich über die Art, wie (vorwiegend männliche) Theologen bestimmen wollten, was die rechte Lehre sei. Viele Frauen in der OFFENEN KIRCHE hatten noch eine ganz andere Sorge, nämlich wie man (Männer) mit einer radikalen Vertreterin feministischer Herkunft umging. Und viele, die sich weder der Person Jutta Voß und ihrem Auftreten noch ihrem Anliegen verpflichtet fühlten, waren über das Verfahren und die Verfahrensweise empört. Eine gänzlich neue und verfahrenere Situation – nicht nur für unsere Kirche, sondern eben auch für die OFFENE KIRCHE, deren Flügel sich in den Haaren lagen. Die Satzungsänderung 1993 reagierte u.a. auf diese Problematik: Die jährliche, notfalls auch eine außerordentliche Mitgliederversammlung, entscheidet letztlich über die Stellungnahme der OFFENEN KIRCHE.

Innerhalb der OFFENEN KIRCHE gibt es seitdem eine Vorsitzende / einen Vorsitzenden der OFFENEN KIRCHE, der/die auf keinen Fall mehr nur Sekretär/

in des Leitungskreises ist, sondern eine eigene Legitimation und eine Verantwortung gegenüber der Mitgliederversammlung hat.

Die überall diskutierte Quotenregelung für Frauen in den Gremien mündete, auch auf dem speziellen Hintergrund der Konflikte um Jutta Voß, in einer entsprechenden Regelung in der neuen OK-Satzung: Ein Mann und eine Frau müssen Vorsitzende der OFFENEN KIRCHE sein, und 40 Prozent der Mitglieder im Leitungskreis müssen Frauen sein.

Vieles hatte sich geändert in diesen beinahe zehn Jahren, in denen ich im Leitungskreis die Geschäfte führte. Nach der Wahl 1989 und vor dem Ende meiner Zeit in der Ev. Akademie Bad Boll 1994 wollte ich 1993 meine Aufgabe in der OFFENEN KIRCHE weitergeben. Es war an der Zeit, daß eine Frau die OFFENE KIRCHE repräsentierte, und es war nötig, daß die nächste Wahlvorbereitung für 1995 nicht mit dem Problem des Wechsels in dieser Funktion belastet war. So betrachte ich es als Glücksfall, daß Eva-Maria Agster, die nicht nur mir schon länger bekannt war und uns allen im Leitungskreis als Vorsitzende geeignet erschien, bereit war, dieses Amt zu übernehmen, und von der Mitgliederversammlung auch gewählt wurde.

So endete meine aktive Zeit im Leitungskreis glücklich und ohne den Verdacht, ich würde mich aus taktischen Gründen aus diesem Amt zurückziehen. Eine neue Epoche für die OFFENE KIRCHE war angebrochen. Die OFFENE KIRCHE hatte sich gewandelt und ich habe – durchaus nicht mit allem einig – dazu beigetragen. Ich denke gern an diese zehn Jahre zurück. Ich habe vieles probieren können, Wichtiges gelernt und viele Menschen kennen und schätzen gelernt. Den Weggefährten und Weggefährtinnen jener Jahre aus dem Leitungs-, Redaktions- und Synodalkreis, aber auch weit darüber hinaus, bin ich noch heute dankbar für viel Freundlichkeit, menschliche Wärme, Unterstützung und Respekt, die sie mir entgegenbrachten.

Seit 1993 hat sich die Situation unserer Landeskirche weiter gravierend verändert. Es ist nichts leichter geworden. Der OFFENEN KIRCHE wünsche ich auf allen Arbeitsebenen für die nächsten 25 Jahre allezeit Männer und Frauen, denen die Balance zwischen Bewahren und Erneuern gelingt und die so das Wohl unserer Kirche als einer regionalen Konkretion des Reiches Gottes in, mit und unter den Bedingungen dieser Welt fördern.

Von der Lust und von der Pflicht, anstößig zu sein – OFFENE KIRCHE 1997

Eva-Maria Agster

Wo kommen wir her? Wohin gehen wir? Das sind zwei der ersten Sätze des Vorworts zu „Das Prinzip Hoffnung“ von Ernst Bloch. Diese Fragen sind unausgesprochenes Leitmotiv der ersten Kapitel dieses Buches, die sich mit Geschichte und Gegenwart der OFFENEN KIRCHE auseinandersetzen. Die Frage nach dem, was war und die Wahrnehmung und Beschreibung dessen, was Gegenwart ist, an der sich ständig vollziehenden Schnittstelle von Gegenwart und Zukunft, verortet sich nicht allein in der Frage: „Wer sind wir, was ist unser Profil, unser Markenzeichen?“ Diese Fragen stellen sich vielmehr angesichts der teils nüchternen, teils müde glimmenden, teils brennenden Hoffnung, daß Zukunft sei. Mehr noch: daß Zukunft von Christinnen und Christen nicht zu fürchten und mit Untergangsstimmung und düsteren Bildern zu belegen sei, vielmehr mit zuversichtlicher Hoffnung im wahrsten Sinn des Wortes „angegangen“ werden kann und soll. Bevor ich in Blick nehme, was ich zur Gegenwart sagen kann und das von der Frage her: „Wo gehen wir hin?“, möchte ich zunächst bei der Frage „Wo kommen wir her?“ verweilen und mit einigen Schlaglichtern auf wichtige Stationen die noch verbliebene Lücke der OK-Geschichtsschreibung für die neunziger Jahre schließen.

1990 fand die Jahrestagung unter dem Motto „Leben im Jahr 2000 - Haben wir Modelle für Männer und Frauen?“ statt. Mehrfach wurde dieses Thema in der OK aufgegriffen. Die Synodalen bearbeiteten das Thema „Lebensformen“ bei einer Klausurtagung, die innerkirchlich damals umstritten war. Die gewählte Form einer Klausur geriet schnell in den Verdacht der falschen Scham, und es wurde vermutet, daß man in der Kirche wieder einmal nicht den Mut fände, über Sexualität öffentlich zu reden. Mit dieser Einschätzung lagen die KritikerInnen m.E. falsch. Weit wesentlicher allerdings ist, daß bei der Abstimmung des aus der Klausurtagung hervorgegangen Papiers, in dem die unterschiedlichen Positionen zu Sexualität und Homosexualität nicht harmonisiert worden waren, in der Frühjahrsynode 1995 nicht verhindert wurde, daß ein von der Lebendigen Gemeinde beantragter Zu-Satz wie dieser mitverabschiedet worden ist: „In der Württembergischen Landeskirche ist eine Segnung von homophilen Paaren nicht möglich“. Das war enttäuschend nach allem Bemühen der OK, schwule und lesbische Lebensweise als Thema zu reklamieren, zu dem in der Kirche Stellung bezogen werden muß. Jahrestagung 1991: „Diakonische Gemeinde. Kirche für Andere – Lückenbüßer für den Staat?“ Es gab im Umfeld dieser Jahrestagung heftige kontroverse Diskussionen um ein Thema, das uns in den letzten Jahren erneut beschäftigt hat: Diakonie – flächendeckend oder

exemplarisch?

Jahrestagung 1992: „Die Christenheit in Europa – Vom Heiligen Reich zum Offenen Haus“. Sie fand in einem Umfeld verschiedenster ökumenischer Initiativen der OK statt: Die Themenstellungen der Jahrestagungen waren auch Zeitansagen: Was ist jetzt dran? Womit muß sich unsere Kirche momentan vordringlich beschäftigen, wenn sie eine zukunfts offene, öffentliche und nicht lediglich bewahrende Kirche sein will?

Zukunftsoffenheit ist auch das Kennzeichen dafür, wie in der OK die immer neu notwendige Auseinandersetzung um die Bedeutung der Bibel geführt wurde. In ihrem Wahlprogramm 1989 hatte sie sich klar zu einer Selbstverständlichkeit bekannt: „Wir vertrauen der Lebenskraft des Biblischen Wortes“ und Themen aufgegriffen, die danach fragen, wie die Kraft des biblischen Wortes Wirksamkeit entfalten kann: Unter anderem verdankte sich ein überaus spannender Arbeitstag der Synode über Befreiungs- und Feministische Theologie 1992 der beharrlich in der Sache engagierten OK-Synodalgruppe. Dieser Studientag führte zu einer Stellungnahme des Sonderausschusses: „Feministische Theologie“, als Informations- und Gesprächshilfe für die Gemeinden.

Ich habe noch das Wort eines OK-Theologen im Ohr, der erbost damals sagte: „Die sollen nicht so viel Theologie in der Synode machen, sondern ihre Arbeit tun.“ (Er meinte: Gesetzgebung und Beratung und Verabschiedung des Haushalts) Ich bin nicht dieser Ansicht: Natürlich soll die Synode die ihr obliegenden Geschäfte mit Sachverstand und Blick fürs Wesentliche führen, aber sie ist als das demokratisch gewählte, öffentliche Gremium unserer Landeskirche auch gefragt, öffentlich zu machen, was in der Kirche zu lebenswichtigen Fragestellungen gedacht wird. Es ist wichtig, daß öffentlich wird, wer welche Positionen vertritt und was Mehrheit findet und was nicht. Nicht, weil nur gelten kann, was mehrheitsfähig ist und weil das immer „richtig“ ist. Jesus war bekanntlich auch nicht mehrheitsfähig, und dennoch ist in der Kirche undenkbar zu sagen, es sei nicht wahr und richtig, was er zur Sprache brachte über Gott und die Welt, über Gott und die Menschen.

Die Kirchenöffentlichkeit hat jedoch ein Recht darauf zu erfahren, was ihre gewählten VerteterInnen denken und aufgrund welcher – bewußt eingenommener und nicht zufälliger – Haltungen Haushaltsstellen beschlossen oder nicht beschlossen werden.

In das Ernstnehmen des Wahlslogans: „Wir vertrauen auf die Lebenskraft des biblischen Wortes“ und in den Zusammenhang des verstärkten Bemühens um Handlungsleitlinien wie „Gerechtigkeit“ und „Transparenz“, gehörte auch die öffentlich in der OK geführte Diskussion zum „Lehrzucht“-Verfahren gegen Jutta Voss. So hatten OK-Menschen schon lange nicht mehr kontrovers miteinander gestritten, manche meinten, überhaupt noch nicht. Streitkultur, durchweg zur erwünschten Kultur in der OK gehörend, die seit ihrem Bestehen faden

Harmonisierungen abhold war, mußte nun nicht in der Auseinandersetzung mit „der Kirchenleitung“ oder den kirchenpolitischen „Gegnern“ geübt werden, sondern untereinander. In dieser Hinsicht war das Jahr 1993 ein Meilenstein. Es führte zu Desillusionierungen, weil wir einander besser kennenlernten und zu manchen irritierenden Selbsterkenntnissen.

Bevor 1995 mit: „Die evangelische Kirche auf ihrem Weg ins 21. Jahrhundert“ (Jörg Zink) und 1996 mit „Opfer oder Hingabe“ (Elisabeth Moltmann-Wendel) zwei weitere zukunftsorientierte Themen die Jahrestagungen prägten, gab es für zwei Jahre keine Jahrestagungen, deren Themen durch ReferentInnen zur Diskussion gestellt wurden, sondern die OK trat 1993 in einen intensiven Diskussionsprozess untereinander ein: „Kommunikation“ war angesagt, Kommunikation ist weiterhin angesagt. So wurde Kommunikation ein wichtiges Thema und ist es bis jetzt geblieben. Was wir damals zunächst einfach miteinander betrieben, ist rasch in ein Stadium der Reflektion getreten: In der OK wird an den Kommunikationsstrukturen gearbeitet. Um welche Kommunikation geht es? Zunächst um die Kommunikation zwischen den „Säulen“ der OFFENEN KIRCHE: Der Mitgliederversammlung der etwas über 1000 Mitglieder, der OK-Synodalgruppe, den Bezirksarbeitskreisen und dem Leitungskreis, dem in loser Form die Redaktion angegliedert ist und zum anderen unabhängig von strukturell geprägter Kommunikation auch um die Kommunikation zwischen NichttheologInnen und TheologInnen. Dieser Prozeß wäre mißverstanden, würde er als Signal in die Richtung „Wir beschäftigen uns am Liebsten mit uns selbst“ gewertet. Er trägt vielmehr der Erkenntnis Rechnung, daß nur, wer gut miteinander kommuniziert, gemeinsame Willensbildung gestalten und voranbringen kann.

Die Leitlinien „Transparenz“ (Durchsichtigkeit) und „Partizipation“ (Teilhabe) sind in diesem Zusammenhang unverzichtbar. Die OFFENE KIRCHE leistet an diesem Punkt auch eine Arbeit, die beansprucht exemplarisch zu sein für eine Kirche, die auf dem Weg zu durchgängiger Demokratie zügig vorwärtsgehen muß. Dies bedeutet die beharrliche Aufdeckung und Benennung hierarchischer Strukturen und die ebenso beharrliche Arbeit an ihrer Beseitigung. Darum hat die OK in ihrem Wahlprogramm eine Novellierung der aus den Zeiten von Königtum und Obrigkeitendenken stammenden Verfassung gefordert und arbeitet daran, dieses Ziel auch zu erreichen. Schön ist, und das gehört auch zur Gegenwart 1997, daß die OFFENE KIRCHE daran mit einer so starken Synodalgruppe wie noch nie vorwärts denken kann: Die OK war die Gewinnerin der Synodalwahl 1995.

Die Arbeit der reflektierten Kommunikation über Inhalte und Ziele bedarf innerhalb der OK der weiteren Einübung, und die OK ist darauf angewiesen, daß ihre Mitglieder an diesem Prozeß teilnehmen, wenn sie nicht in Gefahr kommen will, eine FunktionärInnen-OK zu werden.

Der Blick auf die jüngste Geschichte und auf die Gegenwart der OK wurde von mir vielfach mit dem Begriff „Arbeit“ verbunden. OFFENE KIRCHE-Sein bedeutet 1997 wie seit ihrem Entstehen: Arbeit. Denn es ist Arbeit, sich in Gegen-

wart und Zukunft einzumischen, gemeinsam begründete und darum vertretbare Ziele zu formulieren und die Wege aufzuzeigen, die diese Ziele erreichbar machen. Es ist eine Arbeit, die viel Spaß machen kann, wenn auch Ermüdungserscheinungen nicht ausbleiben, vor allem dort, wo der OK wie vielen politischen und fürs Gemeinwesen engagierten Organisationen, sich der Alterungsprozeß ins allerdings noch immer jugendlich lebendige Gesicht zeichnet. Es ist Arbeit, von der ich immer wieder feststelle, daß sie phasenweise leidenschaftlich, leidenschaftlich gern und teilweise auf hohem Niveau getan wird.

Solche Leidenschaft war auch bei der Mitgliederversammlung 1993 am Werk, als wir in Arbeitsgruppen zum Thema „So wollen wir Kirche“ Aussagen erarbeiteten, eine neue Satzung erstritten, und – weil wir da nichts ausließen – nicht fertig wurden und eine weitere Mitgliederversammlung brauchten, um sie vollends zu verabschieden. Leidenschaftlichkeit ist für mich eines der Merkmale der OFFENEN KIRCHE, die auch ihre Zukunft prägen sollte, Leidenschaft, die für eine lebendige Kirche steht, in der es nicht vorrangig um das Bewahren geht, sondern darum, daß wir beflügelt von unseren Visionen, gleichwohl mit Bodenhaftung, der Gegenwart von unserer Zukunftshoffnung her Qualität zu geben versuchen. Diese Leidenschaft ist nicht immer da und nicht überall. Wohl darum, weil in ihr der Heilige Geist wirkt, der bekanntlich nicht verfügbar ist. Ich spüre sie aber immer wieder am Werk, und wenn sie schier mit Händen zu greifen ist, dann freue ich mich und denke: Es ist uns wieder einmal gelungen, exemplarisch Kirche zu sein. Gerade darum ist ein ungeliebtes, 25jähriges nun erwachsen gewordenes Kind wie die OK unverzichtbar für unsere Kirche. Ich habe diese Leidenschaft am Werk gespürt beim Streiten auf der Mitgliederversammlung 1994 um das Wahlprogramm „So wollen wir OFFENE KIRCHE“ auch 1996, als wir in Winnenden über das vom Leitungskreis einer Arbeitsgruppe in Auftrag gegebene Papier „LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN – Ein Beitrag zur Auseinandersetzung um die Zukunft der Kirche“ heftig diskutierten, und bei mancher lebhaften Debatte im Leitungskreis oder in der Synodalgruppe. Ich spürte sie am Werk in der Art, wie in manchen Bezirken Synodal-Wahlkampf geführt wurde, z.B. dort, wo das in Crailsheim unter dem Motto „fromm – fröhlich – frei heraus“ geschah oder in Auseinandersetzungen, die in unseren OK - INFORMATIONEN geführt wurden. Von denen könnte die OFFENE KIRCHE noch mehr vertragen, mehr Einmischung der Mitglieder in die laufende Arbeit. Die Informationen sind hier der richtige Ort, fortwährend zu partizipieren und Anteilhabe zu ermöglichen.

1993 markiert noch einen weiteren Einschnitt: Nach zehn Jahren gab Hansjürgen Thomann sein Amt als Geschäftsführer ab. In den Überlegungen um seine Nachfolge war sich der Leitungskreis einig: Es ist an der Zeit, daß eine Frau an dieser Stelle steht. So wurde – noch nach alter Satzung und weil Wahlen erst 1994 auf der Tagesordnung standen – per Akklamation – eine Frau zur Geschäftsführerin, wie es damals noch hieß, erklärt.

Auch hier OFFENE KIRCHE als exemplarische Kirche: Eine Frau als Vorsitzende beinhaltet den erklärten Willen, daß Frauen auf allen Ebenen Anteil an der Macht haben und ihre Fähigkeiten an leitender Stelle einbringen können sollten, und wohl auch die unausgesprochene Hoffnung, daß nicht erst in ferner Zukunft in Württemberg eine Frau Bischöfin wünschenswert ist. Die OFFENE KIRCHE hat beschlossen, daß in ihren gewählten Gremien mindestens je 40 Prozent Frauen und Männer sein müssen. In ihrem Wahlprogramm von 1995 fordert sie für die gesamte Landeskirche diese Quotierung, bis es selbstverständlich geworden ist, daß Frauen in allen Gremien und Führungsämtern tätig sind.

1997: Punktuell wahrgenommene Schnittstelle der sich ständig ereignenden Berührung von Gegenwart und Zukunft. In diesem Sommer ist eine Broschüre erschienen, die der Leitungskreis der OFFENEN KIRCHE herausgegeben hat. Sie trägt den Titel: „LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN – ein Beitrag zur Auseinandersetzung über die Zukunft unserer Kirche“ – bis dahin nichts Neues - weiter geht es mit: „Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge.“ Der Prozeß, der mit dem Papier LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN begonnen hatte, ging weiter, obgleich ihm ein schnelles Ende von vielen Seiten vorhergesagt war, und er wird noch weitergehen. Dieser Prozeß macht den Willen und den Anspruch der OFFENEN KIRCHE sichtbar, eine unverzichtbare kirchenpolitische Kraft in unserer Kirche zu sein. Unverzichtbar, weil sie Zukunftsfragen benennt und reflektiert, was auch die Themenstellung der diesjährigen Jubiläumstagung deutlich macht: „Kirche für die Menschen oder Kirche mit den Mächtigen? – Einmischung in die Zukunft“. Unverzichtbar, weil sie als kirchenpolitisch denkende Gruppierung die Zukunft unserer Landeskirche im Kontext der Kirche in Deutschland wie auch im ökumenischen Horizont nicht dem Zufallsspiel überlassen will. Nicht daß Zufälle als Zukunftsträgerinnen ausgeschlossen werden sollen, das hieße theologisch ja Wirkungen des Heiligen Geistes zur Bedeutungslosigkeit herabzuwürdigen. Jedoch sollte dieses Argument nie zur Verschleierung der Tatsache herangezogen werden, daß es sich bei der Diskussion um die zukünftige Gestalt der Kirche auch um die Frage einer verfaßten Institution handelt, die als solche Verantwortung für ihre Zukunft übernehmen muß. Verantwortung für die Zukunft, von der Zukunft her denkend, Gegenwart kirchenpolitisch mitzugestalten, das wird Aufgabe der OK in den nächsten Jahren in verstärktem Maße sein.

Sie wird diese Aufgabe im fortlaufenden Prozeß transparent und öffentlich machen, wie sie in den letzten Jahren vermehrt daran arbeitet, Öffentlichkeit herzustellen, sich bemerkbar und hörbar zu machen – mit unterschiedlichem Erfolg. Und ich denke, sie wird sehr viel Wahrnehmungsfähigkeit benötigen für das, was in unserer Gesellschaft geschieht, wenn sie diese Aufgabe erfüllen will. Wahrnehmung gehört – obwohl der Begriff unscheinbar ist – zum Schwierigsten, was wir von uns verlangen können. Wahrnehmen, die Wirklichkeit wie sie in ihrer Komplexität ist, und nicht so, wie wir sie gerne hätten, das ist sehr schwierig. Die OFFENE KIRCHE muß, denke ich, noch mehr zu einer Vereinigung derer

werden, die einander anleiten, wahrnehmende, aufdeckende und dadurch weiterhin kritische Kirche zu sein – innerhalb der OK und außerhalb, damit Kirche „Kirche im Volk“, Kirche mit den Menschen ist, denen die Liebe Gottes zugesagt ist. Diese Liebe soll ja leibhaftig werden, weil wir zunächst nicht anders als in Leiblichkeit Menschen sind, sie soll Fuß und Hand bekommen, Augen und Ohren und noch viel mehr. Unter dieser Liebe verstehe ich eine innere Haltung. Eine Haltung, die mit Respekt Menschen wahrnimmt, wie sie sind, und nicht, wie wir sie vielleicht gerne hätten. Zu diesem Respekt, zu dieser Liebe – das habe ich bei Jesus von Nazareth gelernt – gehört auch über das Wahrgenommene hinausgehend, Perspektiven zu entwickeln, sichtbar und hörbar zu machen. Die OK könnte zu einem öffentlichen Marktplatz für Perspektiven werden. Ein Marktplatz, auf dem Angebote für eine Orientierung nach vorne gemacht und miteinander kommuniziert werden. Niemand kann die Zukunft voraussagen, aber wahrnehmen, wie sie sich hier und dort andeutet, das können wir. Wir werden irren und Fehler machen. Aber in der Kirche Jesu Christi sollten solche Fehler nicht zur Schande reichen. Wir brauchen Mut, auch Fehler zu machen. Aus Angst vor Fehlern sollte Not-Wendiges nicht unterlassen werden. Ich hoffe, daß die OFFENE KIRCHE radikal bleibt oder wieder wird, wo sie ihre Radikalität verloren hat. Radikale OFFENE KIRCHE – Kirche, die so versucht zu leben, wie es ihren Wurzeln, den Wurzeln der Verkündigung und des Lebens Jesu Christi entspricht: Wesentlich, liebevoll, überwiegend ohne Angst, Intelligenz und kulturelle Weite suchend, Grenzen öffnend, Schwachheit nicht verurteilend und Stärke nicht verleugnend, Spiritualität schätzend, Leiblichkeit achtend. Zu dieser Radikalität wird gehören, eine alte Tradition der OFFENEN KIRCHE immer neu zu beleben: Anstößige Kirche sein. Kirche, der es gut ansteht, anstößig zu sein. Andere stoßen sich an uns, aber etwas anstoßen heißt auch: mit Kraft und Zuversicht, mit Ausdauer und mit kirchenpolitischem Augenmaß Zukunftsträchtiges, Fälliges, Steine ins Rollen zu bringen. Anstößig sein heißt: Visionen im Geist Jesu Christi sind erwünscht und werden nicht belächelt. Das vordergründig Mögliche oder möglich Erscheinende ist nicht das Kriterium unseres Handelns. Wir werden die Spannung nutzen und aushalten müssen, die entsteht, wenn wir von unseren Visionen wie auf Flügeln weitergetragen werden und gleichzeitig uns Schritt für Schritt einbinden in demokratische Prozesse.

Wo gehen wir hin? Es wird darauf ankommen, daß wir nicht müde werden, uns genau darüber immer neu mit Leidenschaft und brennendem Interesse für die Zukunft – nicht allein der binnnenkirchlichen – zu verständigen und darüber, was das konkret in der Gegenwart von uns verlangt. Auf diesen Prozeß leidenschaftlicher Verständigung sollten wir gespannt sein. Weil die OFFENE KIRCHE Stein des Anstoßes, Ärgernis im paulinischen Sinn bleiben will, dürfen wir etwas von uns erwarten, müssen wir etwas von uns erwarten.

In unserer Kirche darf etwas von uns erwartet werden.

FRIEDEN

Leben im Gleichgewicht des Schreckens

Elfriede Dehlinger

Mit mir im Kreis sitzt eine Gruppe junger Menschen, Erst- und Zweitsemester der medizinischen Fakultät an der Universität Ulm. Sie kommen an diesem Wochenende zusammen, um sich mit ethischen Fragen im ärztlichen Alltag zu befassen. Heute geht es um das Arzt-Patienten-Verhältnis, und ich bin da, um ihnen eine dramatische Krankengeschichte zu erzählen, die sich im Jahr 1982 zugetragen hat. Um diesen Zeitpunkt näher zu illustrieren – und weil dies in der Geschichte auch eine gewisse Rolle spielt – schiebe ich in meinen Bericht ein: „Das war damals, als die Pershing II stationiert werden sollten, und uns die Friedensbewegung in Trab hielt.“ Aber schon, wie ich dies sage, spüre ich, wie ich ins Leere rede. In den Gesichtern keine Reaktion, kein Erkennen, kein Aha. Während ich mit meinem Bericht fortfahre, rechne ich zurück: Vor 15 Jahren waren meine Zuhörerinnen und Zuhörer in der 1. oder 2. Grundschulklasse. Das ist kein Alter, in dem man sich mit weltpolitischen Fragen befaßt, und für die Geschichtsbücher liegt die Sache noch nicht weit genug zurück. Mich erschreckt meine Beobachtung. Da leben und studieren diese jungen Erwachsenen in einer Welt, in der unsere Gedenkstätten dicht an dicht liegen: Die Stätten äußerster Gefährdung, wie z. B. die Wiley-Barracks in Neu-Ulm, das Raketenlager in Kettershausen und die Waldstücke im Alb-Donau-Kreis, in denen von Zeit zu Zeit die Atomraketen startbereit gemacht wurden. Und nur eine Autostunde entfernt: Mutlangen, ein weiterer Stützpunkt der Pershing II, oder auf der Alb Großengstingen, ein Stationierungsort für die kleineren Lance-Raketen, von denen ja auch jede mehr Sprengkraft hat als die Hiroshima-Bombe. Ihre Reichweite ist gering, und so hätte sie im Konfliktfall unser eigenes Land verwüstet.

Rundum aber auch die Stätten des Widerstandes: Das Lonetal und die Straßen in Ulm, durch die sich die Menschenkette zog, der Platz vor dem Kasernentor in Neu-Ulm, Ort mehrerer aufregender Blockadeaktionen, das Gemeindehaus in Blaubeuren, in dem Jugendliche vor Ostern Fastenwochen gestalteten, der Kirchplatz dort, wo Woche für Woche und bei jedem Wetter am Freitagabend ein Schweigekreis den Frieden anmahnte, die Kirchen alle, in denen zu Friedensgebeten eingeladen wurde.

Beim Stöbern in meinen Erinnerungsstücken kommt mir ein Zettel in die Hand: „Wer die Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie neu zu durchleben“, steht da. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, der nachfolgenden Generation zu erzählen, wie das damals war, als der „Kalte Krieg“ weltweit die Köpfe mit absolutem Wahnsinn besetzte. Und so will ich für diese jungen Menschen berichten, wie sich Anfang der achziger Jahre an vielen Orten kleine Gruppen bildeten, Junge, Alte, Menschen aus allen Schichten, die nicht tatenlos zusehen wollten, wie unsere Heimat zum Land mit der größten Atomwaffendichte der Welt gemacht

werden sollte. Wir wollten uns wehren mit friedlichen Mitteln und hofften dabei auf die Vernunft und Einsicht derer, die die Macht hatten.

Visionen des „Kalten Krieges“

Wir kannten damals die Reichweiten aller Raketensysteme in Ost und West, ob sie nun SS 20 oder Pershing hießen, Cruise Missiles oder Lance. Wir wußten, daß allein die bei uns stationierten Kurzstreckenraketen mehr Vernichtungskraft hatten als alle Bomben und Granaten des 2. Weltkrieges zusammen. Wir waren entsetzt, als wir hörten, da sei nun eine Neutronenbombe entwickelt, die zwar mit ihrer Strahlung alles Lebendige zerstöre, aber die Gebäude weitgehend verschone.

Und ich möchte berichten, wie weit dieser menschenverachtende Zynismus ging. Eines Tages erfuhren wir - ein amerikanischer Offizier hatte seine Unterlagen irgendwo herumliegenlassen - daß es für den Fall eines Krieges mit Rußland eine strategische Planung gab mit dem Namen „Fulda -Gap“, die vorsah, durch den Einsatz von Atomwaffen einen nuklear verseuchten und deshalb unüberwindlichen Todesstreifen zwischen Ost und West zu schaffen. Östlich des „Eisernen Vorhangs“ sollte dieser Bereich liegen, in Sachsen-Anhalt und Thüringen also. Wobei sicher nicht bedacht worden war, daß sich atomarer Fallout nicht an Ländergrenzen hält.

Ein ermutigendes Erlebnis: Wir sind viele

Erzählen möchte ich auch, wie eine erste gewaltige Demonstration die vielen Gruppen der Friedensbewegung in Bonn zusammenführte. Es war im Oktober 1981. Über 300 000 Menschen bekundeten im Hofgarten unseres Regierungssitzes ihren Willen, für den Frieden zu handeln, doch es kam nicht zum Durchbruch. Die Volksfront habe sich versammelt, reagierte die CDU an jenem Abend in den Nachrichten von Rundfunk und Fernsehen. Das Ziel der Politik war ganz eindeutig, ein Gleichgewicht des Schreckens zu errichten. Aber jede Seite war bestrebt, stets einen Vorsprung vor der anderen zu haben, und so drehte sich die Rüstungsspirale immer schneller. Weltweit wurden für diesen Wahn täglich drei Milliarden Mark ausgegeben. Die Akzeptanz verschafften sich die Regierungen, indem sie ein Feindbild aufbauten, das bedrohlicher erschien als jeder Atomkrieg. Schließlich mußte man die Bereitschaft zum Einsatz von entsetzlichen Massenvernichtungsmitteln einsichtig machen. Dazu brauchte es eines unmenschlichen Feindes, der es rechtfertigte, wie Ungeziefer vernichtet zu werden. Vom „Sitz des Bösen“ im Osten war die Rede im Weißen Haus in Washington. Allzuvielen bei uns haben dies voll übernommen und die Vorbereitung des Schlachtfeldes Europa mit vorangetrieben.

Mit einem Vortrag, der das Ziel hatte, über diese Zusammenhänge aufzuklären, auf die Gefahren hinzuweisen und den Widerstand zu mobilisieren, reiste ich in die Dörfer unseres Kirchenbezirks. Auch in der Bezirkssynode hielt ich dieses Referat und löste dort heftige Reaktionen aus. Neben viel Zustimmung erntete

ich auch harsche Kritik: Ob dies nun unsere Aufgabe sei, uns solcherart in die Politik einzumischen? Eine Pfarrfrau im Schweigekreis, Woche für Woche am Freitagabend auf dem Kirchplatz, war auch für manche Gemeindeglieder schwer zu verkraften. Wir würden mit unserem Einsatz gegen die Atomwaffen den Versuch machen, Gott in den Arm zu fallen. Wir sollten lieber für den Frieden beten. Aber wie könnte dies besser geschehen, als schweigend im Kreis mit anderen, die das gleiche Ziel hatten?

Die Friedenskette

Inzwischen hat sich die Friedensbewegung gut organisiert. Ihr nächstes Ziel ist eine Friedenskette. Über 108 km soll sie den geplanten Standort der Pershing II in Neu-Ulm mit der US-Einsatz-Zentrale Eucom in Stuttgart verbinden – eine Aktion, die auch die letzten Gleichgültigen aufwecken soll.

Im ganzen Bundesgebiet wird zu dieser Kette aus lebendigen Gliedern eingeladen, und das Pfarrhaus in Urspring hat die Organisation einer langen Strecke auf der Alb übernommen. Bei der Auftaktkundgebung auf dem Sportplatz zwischen Lonsee und Urspring soll ich zum Thema „Feindbild“ reden.

Der 22. Oktober 1983 ist ein kalter, klarer Herbsttag. Als ich, auf der Pritsche eines Lastwagens stehend, an die Reihe komme, ist der ganze Platz schon ein einziges Meer von Menschen. Ich rufe dazu auf, das Feindbild im Osten abzubauen und erinnere an die Erbfeindschaft mit Frankreich, die innerhalb eines Jahrhunderts dreimal entsetzlichen Blutzoll gekostet hat. Zwei riesige Lautsprecher tragen meine Stimme über den Platz hinweg als ich rufe: „Feindbilder können überwunden werden! Der Westwall hat ausgedient!“

Immer noch strömen vom Bahnhof her breite Kolonnen, Menschen aus Hessen, deren Sonderzüge hierher geleitet sind, es sind weit über 20 000. Ich drücke Wolfgang Wagner, der nach mir reden soll, das Mikrofon in die Hand und enteile Richtung Ulm. Auf der alten B 10 parkt eine endlose Reihe von Omnibussen aus dem ganzen Bundesgebiet.

Für 100 Meter der Kette am Michelsberg sind wir aus Blaubeuren eingeteilt, aber wir sind weit mehr, als für diese Strecke gebraucht werden. Um 12.45 Uhr geben wir einander die Hände. Jubel bricht auf als bekannt wird: „Die Kette ist geschlossen!“ Doch dann wird es für einige Minuten ganz still, bis oben an der Straße ein Trompeter das Lied anstimmt: „We shall overcome“.

Viele sind noch mit dabei, als dieser aufrüttelnde Tag mit einem Ökumenischen Friedensgebet am Abend im Münster beschlossen wird. In uns hat er Hoffnungen geweckt: 200 000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet hatten in der Kette gestanden - über die Alb hin reichte es zu großen Wellenlinien – und die Bilder waren in allen Zeitungen. Aber die Vorbereitungen zur Stationierung der Pershing II sind schon weit vorangetrieben, obgleich dies dauernd bestritten wird. Der Wald ist gerodet, die Bunker sind nahezu fertiggestellt.

Die Wiley-Barracks

Noch heute komme ich nicht am Tor der Wiley-Kaserne in Neu-Ulm vorbei, ohne mit Beklemmung an den Karfreitag 1983 zu denken. Eine kleine Gruppe junger Menschen hatte damals, nachdem sie in der Karwoche gemeinsam gefastet hatten, am Kasernentor einen Passionsgottesdienst gefeiert und sich anschließend auf die Zufahrt dieses Raketenstützpunktes gesetzt. Die Polizei war mit Hundeführern gekommen, und das Gebell dieser Tiere hatte eine aufgeheizte Atmosphäre der Angst und Aggression geschaffen. Sechs oder sieben Mannschaftswagen, aus denen Polizisten sprangen, ausgerüstet mit weißen Helmen und Gesichtschutz, gehören zu diesem Bild, ein großer Schäferhund, der sich am Handgelenk eines Blockierers festgebissen hat, ein Polizist, der plötzlich mit der chemischen Keule vor mir steht, mich zwar nicht trifft, aber neben mir etlichen Menschen mitten ins Gesicht schießt.

Hier war die Staatsmacht mobilisiert und ließ keinen Zweifel über ihre Entschlossenheit zu.

Das Raketenlager bei Kettershäusen

Eigentlich wäre die Fahrt nach Kettershäusen geeignet für einen Nachmittagsausflug. Man fährt von Neu-Ulm aus auf der A 7 bis Illertissen, wendet dann nach Osten zu einem Ort, der Buch heißt und erreicht, südlich davon, einen Weiler mit Namen Ritzisried. Dahinter mündet die Fahrstraße in einen asphaltierten Feldweg. Doch unvermutet schließt sich wieder eine breite Straße an, die auf keiner Landkarte verzeichnet ist. Folgt man ihr hinauf durch den Wald, so tut sich plötzlich eine Lichtung auf, etwa 500 x 500 m groß und wie mit dem Messer aus dem Hochwald herausgeschnitten.

Es war im Januar 1985, als ich zum erstenmal, zusammen mit meinen Söhnen, hier war. Eine Einwohnerin von Kettershäusen hatte uns auf den Platz hingewiesen. Enorme Gruben seien dort ausgehoben worden, und man rede, hier seien die Pershing II verbunkert worden. Wir wollten uns vergewissern.

Wir hatten das Auto unten im Wald noch nicht abgestellt, da standen schon zwei Polizisten da, wollten Fahrzeugpapiere und den Führerschein sehen und prüften, einschüchternd, unser Reifenprofil. Die Zufahrt nach oben bewachte ein Soldat, der sich mit seiner Waffe hinter Gebüsch verborgen hielt. Wir fuhren ein Stück weiter und nahmen den Weg durch den nassen Schnee, quer durch den Wald.

Und dann standen wir oben vor dem Gelände, das man uns vage beschrieben hatte. Ein schweres Gittertor, dahinter ein Wachhaus, umgeben mit einer Mauer aus Sandsäcken. Sofort kamen zwei Soldaten mit Maschinenpistolen heraus. „Sperrgebiet“ stand am Zaun. Dahinter ein quergestellter Lastwagen, der nur wegfuhr, wenn ein Militärauto durchs Tor mußte. Dann wurde die Stahl-

schiebewand sichtbar, die auch eine gewaltsame Zufahrt unmöglich gemacht hätte. Einige Gebäude waren zu sehen. In kurzen Abständen standen hohe Wachtürme.

Wir stapften an den drei Sicherheitskreisen entlang. Ganz außen ein niedriger Zaun, hinter dem alle paar Meter Radargeräte oder Lichtschranken im Boden verankert waren. Und immer wieder ein Warnschild: „Es wird scharf geschossen!“ Dahinter ein zweiter, höherer Zaun, oben gegabelt und mit zwei Reihen Stacheldraht versehen. Auf hohen Pfählen Beobachtungsgeräte und Lautsprecher, dazwischen Lampenmasten, alles nach außen gerichtet. Auf der Krone des dritten Zaunes liefen Natodrahtrollen entlang. Eine vier bis fünf Meter hohe Wand versperrte die Sicht nach innen. Von dort kam lautes Motorengeräusch, das unentwegt in den Ohren dröhnte.

Nachdem man uns vom ersten Wachturm aus gesehen hatte, wurden wir telefonisch von Turm zu Turm weitergemeldet. Einer von diesen Wachleuten mußte sogar hinaus in den Schnee. Er hat uns innerhalb des Zaunes auf dem ganzen Weg begleitet. Doch wir konnten umkehren. Wir wußten nun, man hatte uns die Wahrheit gesagt. Die Raketen waren da. Hier lagerten sie in langen Bunkern. Ort der Gefahr und zugleich Ziel für den Gegner.

Heute stellt dieser Platz nur noch ein Stück zerstörter Natur dar. Jahrelang wurde hier nicht gemäht, und all die Sicherheitsanlagen verrotten zwischen dürem Gras. Unkräuter sprengen den Asphalt, und die Zäune rosten vor sich hin. An den Gebäuden sind die Fenster eingeworfen, Fassadenplatten hängen herab. Manchen Wachtürmen fehlen die Treppen, an ummauerten Eingängen bröseln die Beton. Die Türe am einst so bedrohlichen Wachhäuschen steht offen, Schaltkästen sind aufgerissen. Man kann überall hingehen, denn hier paßt keiner mehr auf. Nur die Raketenbunker sind mit mehreren riesigen Stahltüren verschlossen. Es sind lange Hügel, deren Ausgänge günstig zu den betonierten Abschußrampen gelegen sind. Sie allein lassen noch ahnen, welche Gefahr von diesem Orte ausgeht.

Das Wäldchen Buch bei Blaubeuren: Ein Raketenstartplatz

Auf der Höhe über Blaubeuren liegt das Jugendheim „Himmelreich“. In den Sommerferien findet hier „Waldheim“ statt. Die für die Alb hier typische Wacholderheide ringsum bietet ideales Spielgelände, und in dem Wäldchen dahinter bauen die Kinder ihre Laubhütten. Sie fühlen sich wohl in dieser grünen Umgebung.

Auch wir spazieren oft durch diesen Wald. Doch heute empfängt uns lauter, gleichmäßiger Motorenlärm. Wir gehen dem Geräusch nach und stehen plötzlich vor schwer bewaffneten amerikanischen Soldaten, die uns mit vorgehaltener Hand am Weitergehen hindern. Ein Seitenweg ist mit alten Ölfässern provisorisch abgesperrt. Dahinter eine lange Kolonne großer Militärautos unter

Tarnmatten. Von dort donnert das Motorengeräusch und wir wissen, der Generator, der nötig ist, um Raketen startklar zu machen, ist am Arbeiten.

Angst und Wut erfüllen mich. Ich steige über die Fässer, überhöre den Warnruf meines Sohnes und gehe auf einige Soldaten zu, die mir entgegenkommen. „What do you do here?“, überschreie ich den Lärm in halb vergessenem Schulenglisch: „That’s our forest, and here is no war!“ Sie schauen über mich hinweg, als wäre ich Luft, und schieben mich hinter die Sperre zurück. Ein Schütze mit geschwärztem Gesicht sitzt im Gebüsch und droht mit seiner Waffe.

Von der Straße her kommen Leute aus Berghülen. Mutlangen hatte über die Telefonkette gemeldet: „Die Pershing II sind unterwegs“, und nun gehen sie rasch, ja sie laufen fast, als könnten sie es nicht glauben, was ihnen doch das Geräusch der Motoren schon lange bestätigt hat.

Barbara, an jeder Hand eines ihrer Kinder, eilt allen voraus. Tränen laufen ihr über das Gesicht. „Nun sind sie da“, bricht es aus ihr heraus, „und ich kann von meinen Fenstern aus hier herübersehen!“ Ich nehme sie in den Arm. Auch mir ist nach Heulen zumute. Da stehen Barbaras Kinder und begreifen nicht, was sich hier abspielt. Dort dröhnt noch immer der Generator. Leben und Tod - hier haben sie ungleiche Kräfte. Ich kann die junge Mutter nur festhalten. Worte des Trostes fallen mir nicht ein.

Der Widerstand wird bestraft

Noch schienen sich die politischen Lager ineinander zu verbeißen. Rußland baute neue Serien von Langstreckenraketen, und in Amerika vergeudete man Milliarden für die Entwicklung von SDI, einer Raketenabwehr im Weltall. Bei uns aber setzten sich entschlossene Menschen vor die Zufahrten zu den Pershinglagern. Es gab Seniorenblockaden und Prominentenblockaden, aber vor allem waren es junge Menschen, die sich hier versammelten, in der Passionszeit, am Bußtag, bei jedem Wetter; doch meistens war es kalt. Am originellsten waren mit Sicherheit die „Lebenslaute“, junge Leute aus dem ganzen Bundesgebiet, die mit einem kompletten Sinfonieorchester und mit einem Kammerchor unsterbliche Werke europäischer Kultur gegen den Tod hinter dem Raketenzaun setzten.

Doch wer sich an Blockaden beteiligte, machte sich der Nötigung schuldig. Mit unseren Kindern und ihren Freunden lernte ich nun die Gerichtssäle zwischen Schwäbisch Gmünd und Memmingen kennen. Die Verhandlungen dauerten oft viele Stunden und endeten doch alle gleich: Wer blockiert, verstößt gegen den § 240 des Strafgesetzbuches und wird mit - in aller Regel - 20 Tagessätzen bestraft.

Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch

Meine Vortragsabende in den Gemeinden hatte ich immer mit einem Liedvers

von Paul Gerhard abgeschlossen: „Du, Herr, hast selbst in Händen die ganze weite Welt, kannst Menschenherzen wenden, wie dir es wohlgefällt.“ Dabei habe ich sicher an Herzen in Bonn und in Washington gedacht und zu wenig beachtet, daß im März 1985 in Moskau ein neuer Mann in den Kreml eingezogen war. Eine Reise durch Rußland führte uns zwei Monate später auf den Roten Platz in Moskau. Es war ein sonniger Abend, und wir bestaunten die Wachablösung am Leninmausoleum, als wir unter den Zuschauern einige deutsche Spitzenpolitiker erkannten. „Wir waren nun den ganzen Tag da drin,“ erzählte uns einer von ihnen, „dieser Mann verhandelt eisenhart, aber mit ihm beginnt etwas Neues.“

Der Mann im Kreml hieß Gorbatschow, und schon bald belebten zwei neue Begriffe die politische Landschaft: Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umgestaltung). Gorbatschows Ziele hießen: Innenpolitisch radikale Reformen und nach außen hin Frieden. Statt an der Rüstungspirale weiterzudrehen, sprach er vom Bau des europäischen Hauses. Im Westen fiel es nicht ganz leicht, angesichts des staunenden Volkes, vom „Doppelbeschluß der NATO“ auf die „Doppelte Null-Lösung“ umzuschwenken. Aber niemand konnte sich dem ungeheuren Sog der Abrüstungsoffensive des Michael Gorbatschow entziehen.

So ist zum Schluß zu erzählen, wie an einem sonnigen Junitag im Jahr 1991 die „Lebenslaute“ ihre Notenständer auf die Zufahrtsstraße zum Raketenlager stellten und ihre Instrumente zu einer Freudenmusik stimmten: Das Lager war leer, die Raketen abgezogen.

Was bleibt, ist die Erkenntnis: Es ist unsere Zeit, die einen solchen Wahnsinn hervorgebracht hat, die eine derartige Gefahr für die ganze Welt heraufbeschwor, und niemand kann uns garantieren, daß dies für alle Zeiten das letztmal war. Christa Wolf hat, während sie wie wir im Gleichgewicht des Schreckens lebte, an dem Buch „Kassandra“ gearbeitet. Ihre Mahnung zur Wachsamkeit lautet:

Wann Krieg beginnt, das kann man wissen,
aber wann beginnt der Vorkrieg?
Falls es da Regeln gäbe, müßte man sie weitersagen.
In Ton, in Stein eingraben, überliefern.
Was stünde da? Da stünde, unter anderen Sätzen:
Laßt euch nicht von den Eignen täuschen.

Krieg' dich nicht ein – Friedensdienste

Dr. Christoph Jäger

Eine der frühesten Erinnerungen in meinem Leben reicht zurück in die 50er Jahre. Mein Vater und mein älterer Bruder verfolgten die Bundestagsdebatten um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aufmerksam am Radio und diskutierten ausführlich und lebhaft darüber. Obwohl ich nicht ganz die Tragweite ermessen konnte, spürte ich doch den Ernst des Problems. Meine Schul- und Spielkameraden interessierte das alles offenbar nicht. In ihren Erzählungen spielten sich eher die Kriegserinnerungen der Väter mit ihren Stereotypen: „Der Iwan, der böse und hinterhältige Ruß“, „der feige Ittaker (Italiener), der die Deutschen verraten hatte“. Irgendwann ebenfalls Soldat zu werden, war völlig selbstverständlich, und ich spielte mit meinen Freunden auch Soldat – zum Entsetzen meiner Eltern...

Und ich erinnere mich noch gut an mein Erstaunen, als mir mein Vater erzählte, wie Gandhi allein durch gewaltlosen Widerstand die Unabhängigkeit Indiens gegen die mächtige britische Kolonialmacht durchsetzte.

Sehr eingepreßt hat sich mir in den Folgejahren die Erfahrung, mit diesen Fragestellungen, mit diesen Denkansätzen absoluter Einzelgänger zu sein, das Gefühl, als „Pazifist“ zu einer absoluten Minderheit zu gehören, „absonderlich“ etwas „spinnert“ zu sein. So war ich in meiner Gymnasialklasse der einzige, der den Kriegsdienst verweigerte – und das, obwohl ich damals schon erwog, Theologie zu studieren und also vom Wehrdienst eh befreit gewesen wäre. Ich spürte durchaus etwas von den böartigen Vorurteilen: „Die Bekloppten zu den Bekloppten!“ und hätte damals den Druck von Lehrern und Mitschülern kaum ausgehalten ohne Rückhalt und Unterstützung meiner Familie, einiger weniger anders denkender Lehrer und Freunde.

Friedensdienste allgemein

In den vergangenen 30 Jahren hat sich beträchtliches gewandelt: Rund ein Drittel aller wehrfähigen jungen Männer verweigert den Wehrdienst. Spätestens durch den hervorragenden Film kennen weite Kreise Gandhi und seinen gewaltlosen Widerstand. Und immerhin gibt es in Deutschland seit der „Wende“ eine eigene, originäre kollektive Erfahrung, daß auch ein hochgerüsteter Staat mit einem autoritären Regime und einem effektiven Geheimdienst durch strikt gewaltlose Aktionen in die Knie gezwungen werden kann: das Exempel der DDR.

Als Gegensatzbegriff zu „Kriegs- und Wehrdienst“ hat sich auch der Begriff „Friedensdienst“ herausgebildet. Aber hier droht eine babylonische Sprachverwirrung, was das bedeutet. Seit den Zeiten der „pax romana“ ist erhebliches Mißtrauen angebracht, wenn Politiker groß vom „Frieden“ reden. Allzu oft ist

er nur aus der eigenen Perspektive definiert, umfaßt nur militärische Aspekte oder ist verengt auf das Ruhen der Waffen. Am krassesten erscheint mir die mißverständliche Verwendung des Begriffs „Frieden“ in der Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ der Heidelberger Thesen von 1959. So mißverständlich und fragwürdig diese komplementäre Analogie ethisch ist – immerhin stellen so diese Thesen auch einen wichtigen Schritt in die Richtung dar, Frieden nicht nur als militärisches Problem zu sehen und immerhin war auch eine Aufwertung des „Friedensdienst ohne Waffen“ eine der Folgen dieser Thesen.

Zwei große Bereiche schon verwirklichter „Friedensdienste“ sehe ich heute:

1. Zum einen der vom Bund verantwortete „Zivildienst“, der immerhin nicht mehr „Ersatzdienst“ genannt wird, aber sich vom Makel seiner Entstehung nur schwer lösen kann, daß die damals Verantwortlichen ihn nur eingerichtet haben, um jungen Männern die Wahrnehmung eines Grundrechts (Art. 4, Abs. 3) zu erschweren, ja sie abzuschrecken: Deshalb nach wie vor die längere Dauer und ursprünglich wohl auch die Absicht, diese „Drückeberger“ zu demütigen, etwa durch subalterne Tätigkeiten in Altersheimen und Krankenhäusern (Bettpfannen leeren), Pläne zu einer Kasernierung u. ä. Es ist eine höchst erstaunliche Entwicklung, daß inzwischen der Zivildienst – wohl gegen die Intentionen seiner Erfinder – auch sinnvolle und segensreiche Wirkungen hervorgebracht hat, daß ein Kenner ihn als „Sozialisationsinstanz“ versteht. Immer wieder läßt sich beobachten, daß der Zivildienst für viele junge Männer auch eine gute Erfahrung ist, die wichtige Einblicke in Verhältnisse bringt, die von einem allzu behüteten Elternhaus nicht vermittelt werden. Nicht wenige werden durch diese Erfahrung zu einem sozialen Beruf motiviert. Ein solcher Dienst – gerade im Sozialbereich – kann ein sinnvolles Korrektiv sein zu einer allzu verkopften, nur auf kognitive Lernziele ausgerichteten Schule und zu einem gnadenlosen, vom Leistungsprinzip beherrschten Berufsleben. Ja, durch den verbreiteten Zivildienst im sozialen Bereich scheint sich eine gewisse Veränderung im Männlichkeitsideal und den damit verbundenen Rollenschemata anzubahnen, indem zahlreiche junge Männer Aufgaben in Pflege und sozialer Kommunikation übernehmen, die bisher traditionell als „typisch weiblich“ galten. Allerdings ist der Zivildienst nach wie vor entscheidend belastet durch den Zwangscharakter. Dennoch kann er – davon abgesehen – durchaus auch als Friedensdienst verstanden werden: Der Dienst an Alten, Kranken, sog. „Behinderten“ ist ein Friedensdienst, denn – ganz abgesehen vom finanziell ökonomischen Vorteil der Wohlfahrtspflege – er ist sichtbares Zeugnis, daß auch diese Personengruppen ihren Wert und ihre Würde haben, die zu achten und zu schützen Aufgabe der Allgemeinheit und des Staates ist.

Daneben gibt es – leider nur wenige – Möglichkeiten, seine Dienstpflicht auch im Entwicklungsdienst oder in nicht-staatlichen Organisationen im Ausland abzuleisten.

2. Zum andern gibt es eine erstaunlich breite Vielfalt von nicht-staatlichen, frei-

en Initiativen: Umweltgruppen (z.B. Greenpeace), Friedensinitiativen (z. B. Ohne Rüstung leben), Bürgerinitiativen, im kirchlichen Bereich und außerhalb der Kirche, Mahnwachen, Friedensgebete, ganz klein, ganz groß, mit wenig Geld, mit viel Geld....

Wer mit wachen Augen durch die Natur geht, sieht immer wieder Menschen – oder ihre Spuren – die sich große Mühe geben, daß im Frühjahr Kröten nicht überfahren werden. Freiwillige Arbeitsgruppen kümmern sich um Flüchtlinge und Asylbewerber, engagieren sich für amnesty international, beim Roten Kreuz, der Feuerwehr...

Wer vom inzwischen in der Ökumene erkannten Zusammenhang zwischen “Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung” ausgeht, kann durchaus auch Umwelt-Anti-Kernkraft und ähnliche Gruppen verstehen als Vereinigung von Menschen, die sich um „shalom” bemühen.

So erfreulich diese Entwicklung für mich ist, es stellen sich einige kritische Fragen:

- Bleiben einige nicht im Individualistisch – Unpolitischen stecken?
- Verfallen andere nicht in eine gewisse dogmatische, ja ideologische Verbohrtheit? – aber wer will und wer soll hier urteilen?
- Wie steht es mit der Kommunikation oder Koordination der Initiativen und Gruppen untereinander?

Die bunte Vielfalt dieser Gruppierungen deute ich als eine der erfreulichsten Wandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik und es erscheint mir wichtig, daß es „zivile Friedensdienste” in dieser Breite und Verschiedenheit gibt: Vom bürokratischen Koloß „Zivildienst” bis zur informellen Kröten-Retter-Gruppe.

Neuere Entwicklungen

Seit dem Zusammenbruch des von der Sowjetunion beherrschten „Ostblocks” und der deutschen Einigung ist in der Friedensfrage nichts mehr so, wie es vorher war.

Zu den unbedingt positiv zu bewerteten Tatsachen gehören die endlich auch vollzogenen Abrüstungsschritte, der Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa, die Reduzierung der Panzer, die Verkleinerung der Bundeswehr. Und es war nur eine logische Konsequenz, daß einige Nachbarstaaten der Bundesrepublik – vor allem Niederlande, Frankreich – die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft haben. Seither gibt es eine entsprechende Diskussion auch in Deutschland. Zu dieser Problematik gehört der paradoxe Tatbestand, daß ausgerechnet die große Zunahme der Kriegsdienstverweigerer und der dadurch so enorm ausgebauten Zivildienst die Wehrpflicht am Leben erhalten. Es ist umstritten, ob ohne Zivis unser Sozialsystem zusammenbrechen würde, bzw. unbezahlbar wäre,

wenn die von Zivis übernommenen Aufgaben von nach BAT bezahlten Hauptamtlichen übernommen werden müßten.

Dieses – wirklich oder nur vermeintlich – drohende Debakel führt in logischer Folge zum Vorschlag, statt dem Modell „Wehrpflicht mit dem zur Regel gewordenen Ausnahmefall Zivildienst“ eine allgemeine Dienstpflicht einzuführen, die bei freier Wahl vom Wehrdienst bis zum ganzen Bereich dessen, was heute der Zivildienst abdeckt, alles, ja noch mehr Bereiche umfassen könnte.

Die Argumente pro und contra lassen sich so zusammenfassen:

Pro:

- Der unbestreitbare Bedarf an bezahlbaren Dienstleistungen – vor allem im sozialen Bereich, aber auch im Umweltbereich.
- Die oben ausgeführte Beobachtung, daß der Zivildienst für viele junge Männer auch eine gute Erfahrung ist.
- Ein solcher Dienst – gerade im Sozialbereich – könnte ein sinnvolles Korrektiv bieten zu einer allzu verkopften, nur auf kognitive Lernziele ausgerichteten Schule und zu einem gnadenlosen, vom Leistungsprinzip beherrschten Berufsleben.
- Der Arbeitsmarkt würde entlastet.

Contra:

- Das Grundgesetz verbietet eine „öffentliche Dienstleistungspflicht“ (Art. 12,2), wohl ein Reflex auf den paramilitärischen Reichsarbeitsdienst.
- Gerade Dienste im sozialen Bereich und ein spezifischer Friedensdienst setzen eine freie Entscheidung voraus.
- Eine solche Dienstzeit verlängert Abhängigkeiten und Ausbildungszeiten und verzögert das „Erwachsenwerden“ – vor allem bei akademischen Berufen.

Unklar bleibt, ob diese Dienstpflicht Frauen und Männer erfassen soll.

Ich selber neige zu einem „Nein“, hielte aber einen Ausbau freiwilliger Dienste für sinnvoll; als Anreize könnten eine bessere Bezahlung, bessere Anrechnung beim Rentenalter und „Bonuspunkte“ etwa bei Numerus-clausus-Studiensplätzen hinzukommen.

Zivile Friedensdienste

Abgesehen von diesen hypothetischen Überlegungen haben sich drei Varianten herauskristallisiert, die schon verwirklicht sind, bzw. kurz vor der Realisierung stehen und die auch begrifflich etwas mehr Klarheit schaffen können. Sie unterscheiden sich nach Handlungsfeldern:

Soziale Friedensdienste

Sie werden charakterisiert als ein Lerndienst, der aber freiwillig, vollzeitlich und meist längerfristig wahrgenommen wird. Vorausgesetzt wird Bereitschaft zu sozialem Lernen zur Orientierung in einem neuen kulturellen Kontext. Das Ziel wäre vor allem ein persönlicher Lernprozeß mit sozialen, interkulturellen

und friedenspolitischen Aspekten. Dabei sollte das eigene soziale Umfeld einbezogen werden. Häufig wird an symbolisch bedeutsamen Orten oder Kontexten gearbeitet. Beispiele wären „Aktion Sühnezeichen“ etwa in Auschwitz oder Coventry, Eirene oder Christlicher Friedensdienst. Partner können sein soziale, karitative, friedens-, umwelt- und gerechtkeitsorientierte Einrichtungen im In- und Ausland.

Regionale Friedensarbeit und Konflikttraining

Sie werden ehrenamtlich, alltagsbegleitend bzw. als Fortbildung wahrgenommen und sind natürlich freiwillig. Vorausgesetzt wird Bereitschaft zum Engagement und zur Reflexion des eigenen Konfliktverhaltens. Angestrebt wird, Vorstellungen und Kompetenzen der unmittelbaren, eigenen Lebenswelt angemessener, d. h. bewußt reflektierend verhalten zu können. Beispiele wären der Ökumenische Dienst im konziliaren Prozeß oder Werkstätten für gewaltfreie Aktion. Partnerinnen können sein Kirchengemeinden, Kommunen, kirchliche und staatliche Organisationen.

Friedensfachdienste

Beide bisher erwähnten Modelle orientieren sich ungefähr am Modell „allgemeine Wehrpflicht“, die für eine begrenzte Zeit im Alter von 18 - 25 Jahre greift: also entweder kurz nach dem Abschluß der Berufsausbildung in Industrie und Handwerk oder vor einem akademischen Studium.

Dagegen geht das Modell „Friedensfachdienst“ (z.B. die Initiative „Ziviler Friedensdienst“ (ZFD) davon aus, daß gezielte Konflikt-Intervention, also ein qualifiziertes Engagement um den Frieden Kompetenz und Qualifikation braucht, am besten also sowohl eine Ausbildung in einem Erstberuf als auch eine spezielle Vorbereitung erfordern. Auch er ist nur freiwillig denkbar, erfordert allerdings ein kurz- oder besser mittelfristiges vollzeitliches Engagement. Es sind vor allem Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien und in ähnlichen Konflikten, die nach einem solchen speziellen Friedensdienst verlangen. Nahezu alle Berichte aus diesen Ländern stellen fest, daß – wie nach dem Dayton-Abkommen – Truppen zwar offene Kampfhandlungen verhindern können, daß aber alle Konfliktparteien unversöhnt und unversöhnlich nur darauf warten, in neuen Kämpfen wiederum Gebiete zu erobern und wiederum ethnisch zu „säubern“. Erschwerend kommt dazu, daß weite Teile der Bevölkerung von den verantwortlichen Politikern nichts erwarten, aber auch keine Möglichkeit sehen, sich politisch zu engagieren.

Diese enorm schwierige Lage legt den Gedanken nahe, einen Zivilen Friedensdienst einzusetzen, nicht nur für die notwendige technische, humanitäre Hilfe, sondern für einen besonderen Versöhnungsauftrag.

Wie aber könnte die Qualifizierung für diese Aufgabe aussehen?

Zunächst – das wird genannt – braucht man genaue Kenntnisse der Sprachen,

Kultur, Geschichte, Wirtschaft, Politik der in die Konflikte verwickelten Länder und Ethnien. Unabdingbar wäre für mich auch eine Einsicht in die eigene historische Verwicklung in den Konflikt, den zu lösen man antritt. Etwa geschichtlich im Falle Jugoslawien die deutsche Rolle im ersten und zweiten Weltkrieg, in Ländern der sog. „Dritten Welt“ ein Wissen um die Zusammenhänge zwischen unserem Lebensstil in Deutschland und der Armut und der Ungerechtigkeit in den betreffenden Ländern. Also auf keinen Fall die Einstellung: „Wir wissen Bescheid, wir haben die Lösungen!“ Oder gar „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!“

Die Haupttugend sehe ich im geduldigen Zuhören und Beobachten aller Beteiligten. Notwendig wäre eine kritische Auswahl unter den Bewerbern und ich denke, es müßte noch eine spezifische Selbst-Erkenntnis und Selbsterfahrung dazukommen, denn es ist ja offenbar gerade nicht möglich, die tiefsitzenden Haßgefühle rational aufzuheben:

- Ein Wissen – oder besser noch eigene Erfahrung – über psychische Mechanismen wie Projektion, die etwa Feindbilder so hartnäckig am Leben erhalten. Das würde für mich auch eine Erfahrung mit dem eigenen „Schatten“, dem eigenen Aggressionspotential, der eigenen Überheblichkeit, den eigenen Vorurteilen, dem eigenen Nationalismus, dem eigenen sublimen Rassismus, voraussetzen.
- Weiterhin scheint mir wichtig ein Wissen um die eigene Begrenztheit und daraus erwachsend die Kraft, Mißerfolge, Scheitern, Ohnmacht aushalten zu können.

All das klingt nach analytischer Erfahrung, die durchaus auch in einer Gruppe einer entsprechenden Ausbildung vorkommen könnte und ist auch so gedacht. Allerdings bin ich überzeugt, daß es nicht die einzige Möglichkeit dazu ist. Es gibt auch in unserer christlichen Tradition Vorbilder, Wege und Möglichkeiten, sich in diesem Sinne selber kennenzulernen.

Sowohl die Vertreter der Rüstung und speziell der Nachrüstung als auch die „Friedensbewegung“ können für sich in Anspruch nehmen, an dieser Änderung beteiligt gewesen zu sein. Zwei Kriege – der sog. Golfkrieg und die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien – haben das Bewußtsein wiederum gewandelt.

Friedensbewegung als Teil der Ökumene

Wolf-Dietrich Hardung

Ausgangspunkt der ökumenischen Bewegung war die Scham über die Zerrissenheit des Leibes Christi. Dieses Bewußtsein entstand im 19. Jahrhundert und führte zu internationalen Bibelgesellschaften und Missionskonferenzen, auch zu Friedensbemühungen und Friedensorganisationen. Im ersten Kriegsjahr 1914 entstanden der Internationale Versöhnungsbund und der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen. 1895 war schon der Christliche Studentenweltbund gegründet worden.

Dietrich Bonhoeffer nimmt 1932 an der Weltbundarbeit in der CSSR (Bad Schwarzenburg) teil. Sein Berliner Dekan Drestel kann nicht teilnehmen und schickt ihn. Thema: „Die öffentliche Meinung und der Weltfrieden“. Aber Bonhoeffer fragt in einem später berühmten Vortrag nach der Theologie der ökumenischen Arbeit. Seine These: Die gibt es bisher nicht! Bonhoeffer rügt die Grundsatzklärungen der Kirche. Entweder sie sollte schweigen oder sie sollte konkret werden. Nicht Prinzipien, sondern Gebote sind gefragt, zum Beispiel: „Geh nicht in diesen Krieg!“. Die Kirche kann irren. Aber dann steht sie unter der Vergebung. Bonhoeffer erwartet also von der Kirche das prophetische Wort. Dieses spricht er als Jugendsekretär des Weltbundes in Fanö 1934 in einer wegweisenden Predigt. Sollte Gott gesagt haben, das sei die Frage der Schlange, Todfeind des Gehorsams gegen Gott? Er fährt wörtlich fort: „Sollte Gott nicht die menschliche Natur besser gekannt haben und wissen, daß Kriege in dieser Welt kommen müssen wie Naturgesetze? Sollte Gott nicht gemeint haben, wir sollten zwar vom Frieden reden, aber so wörtlich sei das nicht in die Tat umzusetzen? Sollte Gott nicht doch gesagt haben, wir sollten wohl für den Frieden arbeiten, aber zur Sicherung sollten wir doch Tanks und Gift bereitstellen?“ Und dann das scheinbar Ernsteste: „Sollte Gott gesagt haben, du sollst dein Volk nicht schützen? Sollte Gott gesagt haben, du sollst deinen Nächsten dem Feind preisgeben? Nein, das alles hat Gott nicht gesagt, sondern gesagt hat er, daß Frieden sein soll unter den Menschen, daß wir ihm vor allen weiteren Fragen gehorchen sollen, das hat er gemeint. Wer Gottes Gebot in Frage zieht, bevor er gehorcht, der hat ihn schon verleugnet.... Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit... Friede ist das Gegenteil von Sicherheit. Sicherheiten fordern heißt Mißtrauen haben, und dieses Mißtrauen gebiert wiederum den Krieg. ... Kämpfe werden nicht mit Waffen gewonnen, sondern mit Gott. Sie werden auch dort noch gewonnen, wo der Weg ans Kreuz führt. ... Die Stunde eilt. Die Welt starrt in Waffen. Wir wollen reden zu dieser Welt, kein halbes, sondern ein ganzes Wort, ein mutiges Wort, ein christliches Wort. Wir wollen beten, daß uns dieses Wort gegeben werde – heute noch – wer weiß, ob wir uns im nächsten Jahr noch wiederfinden.“

Diese Rede enthält nicht nur das prophetische Wort, das Bonhoeffer selbst an-

fordert, sondern auch jenen unbedingten Gehorsam gegenüber dem Wort Gottes, wie er es hörte, der ihn zum Märtyrer machte.

Die Friedensarbeit und die Friedensbewegung waren also von Anfang an Bestandteile der Ökumene. Aber sie überschritten jeweils ihre Organisationsformen durch prophetische Eruptionen. Diese waren jeweils geboten durch politische Ereignisse. Sie erschienen nicht durch ihre Trägerorganisationen, sondern durch Persönlichkeiten mit Kerygma in der Öffentlichkeit.

Auf Grund der Erfahrungen im deutschen Kirchenkampf entstand nach dem zweiten Weltkrieg aus den beiden Organisationen der Ökumene für „Praktisches Christentum“ und für „Glauben und Kirchenverfassung“ 1948 in Amsterdam der Ökumenische Rat der Kirchen. Die Organisationen hatten schon vorher unter Kriegsgefangenen, Flüchtlingen und in kriegszerstörten Gebieten gewirkt. Sie hatten erkannt, daß praktisches Tun und Glaube zusammengehören in einer Kriegswelt mit schließlich 55 Millionen Toten. Die herausragende Persönlichkeit für diese Entwicklung war schon nach dem ersten Weltkrieg - mit immerhin 17 Millionen Toten - der Erzbischof aus Uppsala, Nathan Söderblom, der die Bewegung für Praktisches Christentum gegründet und 1930 den Friedensnobelpreis erhalten hatte.

Der niederländische Theologe Willem Visser't Hooft war seit 1924 Sekretär des Weltbundes des CVJM, seit 1931 Sekretär des Christlichen Studentenweltbundes und von 1948 bis 1966 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf. Auch er erhielt einen Friedenspreis, den des Börsenvereins des deutschen Buchhandels. Söderblom und Visser't Hooft waren durch die ungeheuren Kriegereignisse christliche Sendboten des Friedens geworden und haben in diesem Sinne die Organisationen des ÖRK überragt.

Der erste farbige Generalsekretär, Philipp Potter, war in seiner Herkunft schon ein Friedensprogramm, nämlich: Frieden durch Gerechtigkeit in der Dritten Welt. Sein gesellschaftspolitisches Handeln war demgemäß umstritten, auch in unserer Landeskirche. Er wirkte in Genf seit 1966 und war zwischen 1972 und 1984 Generalsekretär.

In Deutschland waren nach dem zweiten Weltkrieg drei Personen für die Friedensbewegung maßgeblich: der Schweizer Theologe Prof. Karl Barth und die von ihm theologisch beeinflussten Männer Gustav Heinemann und Martin Niemöller. Martin Niemöller war während des Krieges ein – wenn nicht der leitende - Kopf der Bekennenden Kirche, der Gründer des Pfarrernotbundes 1933, 1938 in KZ-Haft, von 1947 bis 1964 Kirchenpräsident in Hessen. Er war Pazifist und als Prediger und politischer Sprecher ein prophetisch wirkender Mann. Er war Gegner der Wiederbewaffnung in Deutschland. Heinemann war Jurist und Politiker, Mitglied der Bekennenden Kirche, nach 1945 Präses der EKD-Synode. Er tritt als Minister wegen der Wiederbewaffnung der Bundesre-

publik zurück und verläßt die CDU (1950). 1966 bis 1969 SPD-Justizminister, 1969 bis 1974 Bundespräsident. Sein Thema: Versöhnung der Deutschen mit den Nachbarn. Auch sein Leben trägt durch seine kirchlichen und politischen Entscheidungen prophetische Züge im Sinne von Bonhoeffer.

Neben und durch solche herausragenden Persönlichkeiten gab es immer wieder politische Anlässe, zu denen die Friedensbewegung in Deutschland in Erscheinung trat. Die christliche Friedensbewegung tat dies im Zusammenwirken mit politischen Kräften, so 1968 im Widerstand gegen die Notstandsgesetze: Einschränkung der freiheitlichen Ordnung im Kriegsfall und Notfall (Atomunfall); Proteste aus der Studentenbewegung und den Gewerkschaften.

Der bisher bedeutendste Schub der Friedensbewegung in Deutschland und darüber hinaus innerhalb Europas entwickelte sich in den 70er Jahren. In der fünften Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im November 1975 in Nairobi wurde ein Wort verfaßt, welches im Blick auf die beiden Weltmächte und Völkerblöcke Sowjetunion und USA formuliert war. Darin hieß es unter anderem: „Die Christen müssen der Versuchung widerstehen, sich mit einem falschen Gefühl von Machtlosigkeit oder Sicherheit abzufinden. Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben, und bedeutungsvolle Initiativen ergreifen, um auf eine wirksame Abrüstung zu drängen. Die Kirchen, die einzelnen Christen und die Mitglieder der Öffentlichkeit aller Länder sollten bei ihren Regierungen darauf drängen, daß die nationale Sicherheit ohne den Einsatz massiver Zerstörungswaffen gewährleistet wird.“

Der Zentralausschuß wurde aufgefordert, entsprechende Konsultationen durchzuführen. Wieder war ein gewichtiger Anlaß gegeben, nämlich der weltweite Rüstungswettlauf der beiden Supermächte bezüglich Atomwaffen. In Europa wurden diese Waffen entlang des sogenannten eisernen Vorhangs stationiert. Mit den taktischen Waffen von großer Reichweite bedrohten die beiden Supermächte sich gegenseitig. Die strategischen Waffen hätten im Falle eines Angriffskrieges in Minuten ganz Mitteleuropa und Westeuropa ausgelöscht.

Die Vollversammlung von Nairobi formulierte deshalb: „Der Zentralausschuß sollte sicherstellen, daß Abrüstung ein Hauptanliegen des Ökumenischen Rates der Kirchen ist.“ Auch die katholische Kirche meldete sich 1976 in einer Stellungnahme vor den Vereinten Nationen zu Wort. Darin heißt es: „Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit; er muß verurteilt werden als eine Gefahr, als ein Akt der Aggression gegen die Armen und als ein Wahnsinn, der nicht die Sicherheit geschaffen hat, die er verspricht.“

Im Oktober 1981 kommt es zur bisher größten Friedensdemonstration. In Bonn versammeln sich etwa 300 000 Menschen für Frieden und Abrüstung. Organisiert wird die Demo von der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste“ und der „Aktionsgemeinschaft für den Frieden“. Beide stehen der evangelischen Kirche

sehr nahe. Obwohl sich viele Organisationen anschließen, verläuft die Veranstaltung ohne Zwischenfälle. Die Generation der führenden Persönlichkeiten wechselt nun. Hauptredner auf der Veranstaltung ist der Schriftsteller Heinrich Böll.

In Süddeutschland - Stuttgart - entsteht schon 1977 der Arbeitskreis von Pro Ökumene „Ohne Rüstung leben“ (ORL). Er wächst bis zur Demo in Bonn auf 18.000 Unterzeichner an. Zur Selbstdarstellung im Taschenbuch GTB 1049 schreibt Bischof Kurt Scharf das Vorwort. Die Gruppe beruft sich auf den Satz von Nairobi: „Die Kirche sollte ihre Bereitschaft betonen, ohne den Schutz von Waffen zu leben“. Die Selbstverpflichtung lautet demgemäß: „Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird.“ Da diese Gruppierung aber auch pazifistische Positionen vertritt, geht die Württembergische Landeskirche auf Distanz. Denn im Augsburgen Bekenntnis, auf das diese Kirche gegründet ist, steht in Artikel 16: „daß Christen ... rechtmäßig Kriege führen ... können und daß diejenigen verdammt werden, die lehren, daß dies unchristlich sei.“ Dennoch wird ein Friedensausschuß eingesetzt, in dem zwei Vertreter von ORL mitarbeiten. Und einer von ihnen arbeitet in der Synode mit. Der Initiator dieser Bewegung ist Pfarrer Werner Dierlamm. Der heutige Leiter des Büros ist Paul Rußmann, ein katholischer Theologe.

Im Oktober 1983 - der Regierungswechsel SPD zur CDU hat inzwischen stattgefunden - kommt es zu Demonstrationen gegen die Aufstellung der Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Etwa 1,3 Millionen Menschen beteiligen sich an Kundgebungen in Hamburg, Bonn, Berlin und an einer Menschenkette von Stuttgart nach Ulm (200 000). Auch im Ausland (England) finden Großkundgebungen statt. Dennoch beschließt der Bundestag mit 286 gegen 226 Stimmen die Aufstellung der Raketen (Pershing II und Cruise Missiles, insgesamt 464 Marschflugkörper). Dies geschieht gemäß des Nato-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979. Daraufhin bricht die UdSSR alle Rüstungsverhandlungen in Genf (START) ab. Erst mit dem Machtwechsel im Kreml zu Gorbatschow hin im Jahre 1985 werden die Abrüstungsverhandlungen wieder aufgenommen. Zum Abschluß des Genfer Gipfels im November 1985 heißt es unter anderem: „Nach einer Diskussion haben die Seiten (USA und UdSSR) für die Aufrechterhaltung des Friedens darin übereingestimmt, daß ein Atomkrieg niemals gewonnen werden kann und niemals ausgefochten werden darf. In der Erkenntnis, daß jeder Konflikt zwischen der UdSSR und den USA katastrophale Folgen haben könnte, betonten sie die Bedeutung einer Verhütung jeglichen Krieges zwischen ihnen.“

In Württemberg wurde bis zum Abzug der Raketen in Mutlangen demonstriert, allerdings nicht mehr von weiten Teilen der Bevölkerung, sondern vom Kern der Friedensbewegung. Zu den Sprechern dieser Bewegung gehörten in der Öffentlichkeit die evangelischen Theologen Helmut Gollwitzer, Heinrich Albertz und Dorothe Sölle. Freilich sind noch immer auf einem deutschen Militärflug-

hafen A-Bomben gelagert, und deutsche Piloten werden an Trägerflugzeugen ausgebildet. Bedenken muß man auch, daß es in der Welt vermutlich an die dreißig Staaten gibt, die A-Bomben haben oder sie herstellen können. Dennoch war die Bewußtseinsschärfung der Öffentlichkeit in aller Welt durch die ökumenische Friedensbewegung gewiß nicht umsonst. Sie war und ist vielmehr ein wichtiges Element im Ringen der geistigen Mächte um die Erhaltung unserer Heimat, der Erde, vor einer wahnwitzigen Zerstörung eines menschengemachten Tags des Zornes.

Die Friedensbewegung im Schoß der Ökumene hat sich derweil einem neuen Thema zugewendet. Es entstand durch den Krieg auf dem Balkan. Dort hat internationaler Druck mit bewaffneten Verbänden durch die Abkommen von Dayton einem jahrelangen haßerfüllten Kampf ein vorläufiges Ende bereiten können. Aber was geschieht, wenn das Militär wieder abrückt? Viele Menschen kehren als Flüchtlinge in eine weitgehend zerstörte Heimat zurück. Sie finden ihre Grundstücke besetzt von Fremden; oft von Fremden der verhaßten feindlichen Volksgruppe.

Deshalb haben sich viele Freiwillige aus zahlreichen europäischen Staaten in Friedensorganisationen aufgemacht, um Helferinnen und Helfer gegen Armut, Haß und Unrecht zu werden. Sie nennen sich Friedensarbeiter und werden dafür gesondert ausgebildet. Spendengelder der Friedensbewegung fließen nun zunehmend solchen Projekten zu. Noch schwieriger sind wohl die Verhältnisse in Zaire/im Kongo in Afrika. Helferinnen und Helfer, die dorthin gehen - auch als Gesundheits- und Aufbauhelfer (DRK, THW), müssen auch für sich selbst mit lebensgefährlichen Einsätzen rechnen. Es besteht auch die Gefahr, daß Unterstützungsgelder, Lebensmittel und Geräte in die Hände von Kriegsführenden fallen.

Diese Probleme wurden schon in Südafrika aus Anlaß des Antirassismusprogramms vor mehr als einem Jahrzehnt erörtert. Die Ökumene in Genf hatte sich entschieden - mit Vorkehrungen gegen Mißbrauch - dennoch zu helfen. Und zwar nicht nur einheimischen Kirchen, sondern auch einheimischen und politischen Hilfsorganisationen. Das gab in evangelikalen Kreisen einen heftigen Widerstand gegen den Weltkirchenrat, auch in unserer Kirche. Eine eigene Hilfsorganisation, „Hilfe für Brüder“, wurde aufgebaut. Besonders unter der Ägide von Generalsekretär Philipp Potter wurden Vorwürfe erhoben. Ernest Lefewer hat in dem Buch „Weltkirchenrat und dritte Welt - Ökumene im Spannungsfeld zwischen Theologie und Politik“ diese Vorwürfe ausgebreitet. Aber eine strikte politische Neutralität läßt sich um der Armen willen nicht aufrecht erhalten. Es hat sich herausgestellt, daß „Hilfe für Brüder“ und „Brot für die Welt“ letztlich ähnliche Projekte unterstützen.

Daß Frieden etwas mit Gerechtigkeit zu tun hat, wird aber an diesem Streit deutlich. Die Friedensbewegung wird am Ende dieses Millenniums nicht nur gegen Vernichtungswaffen, sondern auch gegen vernichtende Verhältnisse und Menschenverachtung anzutreten haben.

ÖKUMENE

Dem Osten näherkommen

Adelheid Reininghaus und Miroslava Holubová

im Gespräch in Prag

Vorbemerkung von Adelheid Reininghaus:

Als ich den Titel „Dem Osten näherkommen“ für die Vorbereitung dieses Beitrags in meinem Herzen bewegte, wurde mir klar, daß ich für dieses Thema die Form des Gesprächs wählen möchte, weil dieses Näherkommen nur sehr bedingt allein und einseitig möglich ist: Die eigenen Schritte sind auf Resonanz angewiesen.

Miroslava Holubová, Mirka, ist eine der Personen, wo ich diese Resonanz und das Interesse am Gespräch erlebt habe.

Adelheid Reininghaus:

Mirka, wie findest Du den Titel „Dem Osten näherkommen“ als Leitmotiv für unser Gespräch, in dem wir versuchen wollen, einige unserer Erfahrungen und Einsichten zu formulieren, die für einen gemeinsamen Weg in Europa bedeutsam sind?

Mirka Holubová:

Osten? Als erstes fällt mir ein, daß viele Menschen im Westen von uns tatsächlich meinen, daß wir hier in Osteuropa leben, Balkan oder so ... eine Vorstellung, die auf geographischer, historischer und kultureller Unkenntnis beruht!

Adelheid Reininghaus:

Ich selbst bin dafür ein Paradebeispiel: Als ich 1986 zum ersten Mal in die Tschechoslowakei gefahren bin, machte ich mich auf den Weg in ein „fernes“, fremdes Land, in den Osten. Die Ostblockgrenze hatte die geographische Entfernung psychologisch vervielfacht.

Als ich – nur vier Jahre später – 1990 zusammen mit meinem Mann nach Prag zog, um mich dort als postgraduale Studentin an der Evangelisch-Theologischen Fakultät mit dem Land, seiner Geschichte, seinen Kirchen im allgemeinen und speziell mit der Situation von Frauen in Kirchen und Gesellschaft zu beschäftigen – und um ökumenische Kontakte zu knüpfen, war das ein Umzug in eine andere Welt. Die Ostblockgrenze gab es zwar schon nicht mehr, und ich hatte dort seit 1986 auch Freundinnen und Freunde gewonnen ... aber schon beim Erlernen der tschechischen Sprache merkte ich deutlich, daß einige Mühe aufzubringen war, um dieser Welt näherzukommen.

Die Sprache ist übrigens – wie ich inzwischen gelernt habe – eine der eher wenigen Dimensionen hiesigen Lebens, die eindeutig in Richtung Osten weisen: Das Tschechische ist eine Sprache, die der großen slawischen Sprachfamilie angehört, zu der mehr als ein Drittel der europäischen Bevölkerung gehören.

(Andersherum gesagt: Je besser ich tschechisch kann, desto besser verstehe ich slowakisch, etwas von den südslawischen Sprachen, polnisch, weißrussisch, ukrainisch und sogar ein paar Brocken russisch, was schon weiter entfernt ist!) Und noch etwas anderes: Gerade bei dieser Sprache, die mir am Anfang wie Chinesisch vorkam, ist es so, daß ich mehr und mehr die Verwandtschaft mit dem Deutschen entdeckte, die europäische Verwandtschaft, und auch, daß im Alltag jede Menge sogenannter Germanismen verwendet werden, die ich natürlich nicht im Tschechischunterricht gelernt habe, sondern nur mitbekomme, wenn ich mit Menschen normal rede: fussekle, šroubovák, špajs, knedlíky ... Eine der vielen Spuren, die das jahrhundertelange Zusammenleben von Tschechen, Deutschen und Juden hier hinterlassen hat.

Ansonsten habe ich mehr und mehr realisiert, daß ich keineswegs in Osteuropa angekommen war, sondern genau in der Mitte Europas, wo es viel mehr geschichtliche, kulturelle, politische und nicht zuletzt auch kirchliche Beziehungen mit dem Westen als mit dem Osten Europas gab – und seit 1989 wieder gibt. Dies ist noch in vielen Traditionen erkennbar, die aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammen. So hat manches, was mir fremd erschien, eher mit dem zeitlichen Abstand zu tun als mit unterschiedlichen Kulturen. Und die Ähnlichkeiten sind noch mehr in der Zeit unserer Groß- und Urgroßeltern zu finden als – gestern.

Von Anfang an war meine Vision, den Belastungen und Zerstörungen in der Vergangenheit, der „Entfernung“ eine Alternative entgegenzusetzen: Kontakte und Freundschaften, Kommunikation und ökumenische Zusammenarbeit. Und auch: Genauer zu erkunden, warum es in Mittel- und Osteuropa nicht gelungen ist, einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht aufzubauen. Insofern war mein Schritt in die Mitte Europas in ein Land des ehemaligen Ostblocks schon ein Bemühen, „dem Osten näherzukommen“.

Mírka Holubová:

Habt Ihr den Ostblock für sozialistisch gehalten?

Adelheid Reininghaus:

Ich habe – als Epigonin der Studentenbewegung – den Ostblock bei meiner Suche nach sozialistischen Modellen zunächst pauschal abgelehnt – und ihn nicht für wert gehalten, mich damit auseinanderzusetzen. Später – Ende der siebziger Jahre – habe ich erkannt, daß es wichtig ist, mich damit auseinanderzusetzen: überhaupt zu wissen, was dort passiert – und inwieweit das mit den häßlichen Bildern in meinem Kopf übereinstimmt ... und auch Deformationen zu begreifen – angesichts dessen, daß es in den Ländern des ehemaligen Ostblocks viele ernstzunehmende Menschen gab, die sich in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg durchaus für den sozialistischen Weg eingesetzt haben. Ich bin bis heute der Meinung, daß es kein historischer Luxus ist, sehr tief zu erkennen, warum es nicht gelungen ist, in den Ländern Mittel- und Osteuropas einen Sozialismus, der es verdient, so genannt zu werden, zu entwickeln.

Mirka Holubová:

Ich habe hier in den sechziger Jahren bei der Studentenbewegung mitgemacht – und habe zum radikalen Flügel gehört. Für uns war das, was wir hier hatten, kein Sozialismus: Es war ein normaler Staatskapitalismus mit allumfassender Staatsmacht.

Wir haben uns damals mit theoretischer Literatur beschäftigt – mit Marx, Lenin, Marcuse und anderen ... und unser Ideal war Lenin – und seine Idee vom Absterben des Staates. Wir haben viel diskutiert mit Amerikanern, Franzosen ... Aber dann habe ich etwas anderes erkannt, und zwar dank der Wende 1989: Damals haben wir wieder in der Národní třída demonstriert, wir die ehemaligen Studierenden der sechziger Jahre – dieses Mal mit unseren Studierenden zusammen ...damals habe ich erkannt, daß das Modell der Zivilgesellschaft auf der Tagesordnung steht. Und nicht zufällig war der erste Ausdruck dieser neuen Gesellschaft das Bürgerforum, das die Losung hatte: Parteien sind für Parteimitglieder, das Forum ist für alle!!

Wir hatten das Ideal, daß es möglich sei, eine Zivilgesellschaft aufzubauen – auf der Grundlage des Dialogs aller mit allen. Und noch in der ersten Regierung 1989 bis 1992 waren viele unserer Freunde. Die Akzente dieser Regierung sprachen uns an: Ökologie, Menschenrechte ... Nur: Wir haben in unserem eigenen Ghetto gelebt, im Ghetto der Diskussionen unter uns. Das wurde zum Beispiel deutlich, als Präsident Havel in einer seiner ersten Amtshandlungen sich bei seinem Besuch in Deutschland für die Vertreibung der Deutschen entschuldigte. Wir, die wir darüber diskutiert haben, haben natürlich zugestimmt. Und für uns war es ein furchtbarer Schock, als wir feststellten, daß der Großteil der Bevölkerung dem nicht zustimmte – absolut nicht. Da habe ich schon angefangen, darüber nachzudenken, ob wir uns nicht doch wo ganz anders befinden als wir eigentlich dachten. Und es gab noch mehr solcher Anzeichen. „Lidové Noviny“, unsere Zeitung, die wir noch als „Samizdat“-Ausgabe kannten, ... auf einmal fingen da gewisse „Säuberungen“ an. Jan Urban ging weg, weil er zu links war: Er schrieb z.B. über Nicaragua und eröffnete für uns TschechInnen einen weltweiten Horizont, während hier die Leute eher davon träumten, mit einem Schlag reich zu werden – wie die Deutschen, Engländer. Das war nicht unser Problem. Wir wußten, daß es in diesen Ländern genügend Problematisches gab, was wir hier nicht unbedingt einführen wollten. Und so haben wir zugeschaut, wie politische Parteien entstanden, die wieder Hierarchien ausprägten, – blieben ihnen fern und pflegten unser reines Gewissen! Und so ist es uns passiert, daß wir unseren Einfluß eingebüßt haben und in der Marginalität gelandet sind: bei NGOs (Non Government Organisations - Nichtregierungsorganisationen) und ähnlichen Nischen. Die Reflexion dieser Erfahrung hat mich zu der Einsicht gebracht, daß es nur möglich ist, von einer Zivilgesellschaft zu reden, wenn eine starke Mittelschicht existiert, die diese Werte verkörpern kann, genau diese Mittelklasse-Werte, die wir so stark kritisieren.

Und um einen Sprung zu machen: Ich habe mich in allen möglichen Ecken und Enden der Gesellschaft umgesehen, gesucht, Leute darauf angesprochen – und ich habe mir als eine Plattform die Kirche herausgesucht. Genauer gesagt war es eigentlich so, daß ich mich in Frauenfragen engagiert habe – und über den Weltgebetstag Kontakt zur Kirche bekommen habe, wo ich seither, d.h. seit vier Jahren, viel mit Vera Lukášová zusammen mache. Ich war zwar getauft ... aber mein gründliches Mißtrauen allen Institutionen gegenüber hatte zur Folge, daß ich auch die Kirchen skeptisch betrachtete – und wegblieb. Aber seit ich mitarbeite, sehe ich, daß es dort Raum gibt, daß dort bereits Raum existiert, den andere sich unter mühseligen Bedingungen erst aufbauen müssen – und oft schon daran scheitern. Das ist eine ungeheure Chance für die Gesellschaft – und für das Evangelium.

Ich persönlich denke, daß Kirchen und Gemeinden hier die Gemeinschaften sind, die für Probleme am sensibelsten sind. Vor allem die Frauengruppe im Ökumenischen Rat, aber auch andere: Gemeinden und die Ökumenische Akademie ... Und es ist kein Zufall, daß gerade hier in der Gemeinde der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder in Prag-Vinohrady der erste EINE-Welt-Laden entstanden ist!

Natürlich kann niemand erwarten, daß so etwas schnell geht, solche Entwicklungen brauchen Zeit. Mit Sicherheit kann ich sagen, um ein Bild zu gebrauchen, daß kirchliche Aktivitäten zu den Inseln am Körper gehören, die helfen, den Körper zu heilen, der dritten Grades verbrannt ist.

Auch was den direkten Rückbezug zu unserem Thema „Dem Osten näherkommen“ betrifft, so sind es ja gerade auch Kirchen und viele Gemeinden, die vielfältige Kontakte haben ...

Adelheid Reininghaus:

Und oftmals entstehen aus mehr oder weniger zufälligen Besuchen intensivere Kontakte, neue Ideen, Projekte...

Ich will hier einen Gesichtspunkt einbringen, der für mich im Zusammenhang mit dem Engagement um Verständigung und Annäherung zentral geworden ist: der Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit.

Das fängt schon bei diesen sogenannten zufälligen Besuchen an, wo z.B. eine kirchliche Gruppe aus Deutschland eine Gemeinde in Prag (oder besser: außerhalb Prags!) besuchen will. Auch solche Kontakte haben eine andere Qualität, wenn es nicht beim Hineinschauen, beim Touristischen bleibt, sondern wenn der Gesichtspunkt der Gegenseitigkeit ins Blickfeld rückt: Das erfordert dann schon ein intensiveres Wahrnehmen und Verstehen dessen, was möglich ist.

Im Zusammenhang mit den Stichworten Verantwortung und Gegenseitigkeit ist dies wahrscheinlich eine geeignete Stelle, unseren Arbeitstitel, der uns im Gespräch bis hierhergebracht hat, umzuformulieren, vielleicht so: Gemeinsame Anknüpfungspunkte suchen, um einander näherzukommen?

Darin ist auch noch einiges enthalten, was ich aus der Reflexion meiner eigenen

Schritte des Näherkommens loswerden möchte. Und da sind mir auch noch die Steine auf dem gemeinsamen Weg wichtig – oder auch die Fragezeichen: Ich erinnere mich z.B. genau daran, als Professor Trojan, der Dekan der Evangelisch–Theologischen Fakultät, meinen Mann und mich einlud, nach den ersten drei Jahren noch länger an der Fakultät mitzuarbeiten– und ich zurückfragte: „Was wollen Sie von mir? Und wo kann ich hier mit meinem Engagement bleiben?“ Ich habe den Eindruck, daß alles, wofür ich mich engagieren will, hier unerwünscht ist: Zweidrittelwelt, Ökumene, Frauenbewegung ..., und ich habe während meines seitherigen Aufenthaltes auch gelernt, warum das so ist – und respektiere das. Ich will hier niemandem etwas aufdrängen, aber auf der anderen Seite will ich mich für das engagieren, was mir wichtig erscheint ...

Mirka Holubová:

„Deine“ Themen brauchen Zeit! Entweder sind sie durch die Vergangenheit belastet – wie Ökumene und Frauenbewegung – und/oder ist die Zeit dafür noch nicht gekommen.

Damals waren die meisten damit ausgelastet, sich auf sich zu konzentrieren – und so ihre eigene Identität zu suchen. Oder wie ich schon erwähnt habe: Sie waren am schnellen Geld interessiert.

Wir machen einen langen Prozeß von einer geschlossenen zu einer offenen Gesellschaft durch.

Adelheid Reininghaus:

Ja, das hatte ich begriffen – und dachte deshalb, daß es richtig ist, mich damit abzufinden, daß meine Schritte des Studierens, Verstehens, Näherkommens an einer Grenze angekommen waren, wo ich sie ohne Gegenseitigkeit und Gemeinsamkeit nicht unbedingt fortsetzen wollte – damals (1993).

Mirka, noch ein anderer Aspekt: Du warst ja auch schon als Gastarbeiterin im Ausland! Kannst Du das nachvollziehen, wenn ich sage – aufgrund von Erfahrungen hier: Maßstab für Kontakte und Zusammenarbeit ist für mich, daß das, was uns verbindet und wofür wir uns engagieren, stärker ins Gewicht fällt als die Tatsache, daß ich Ausländerin bin?

Mirka Holubová:

Damit bin ich bei einem meiner Hauptthemen, an denen ich z.Zt. arbeite: Beziehungen versus Institution.

Mir ging es in den USA tatsächlich so, daß ich mich wohlfühlte, wo ich mit anderen gleichgestellt war, in der Nachbarschaft, mit den Eltern von Ondrejs Klassenkameraden, in Projekten. Und es hat mir wirklich etwas ausgemacht, daß ich in der Schulhierarchie zu spüren bekam, daß ich Ausländerin bin.

Aufgrund dieser Erfahrungen kann ich auch bestätigen und betonen, daß die Gegenseitigkeit von Kontakten etwas Elementares für das Sich–Näherkommen ist. Die Möglichkeit, den anderen kennenzulernen, beeinflußt auch das Verhalten der Menschen in ihrem Alltag: Sie verhalten sich anders, wenn sie einen weiteren Horizont haben, sie sind auch im eigenen Kontext sensibler. Und da-

mit bin ich wieder bei den Kirchen – und auch Eurer Fakultät – und ihren vielfältigen Begegnungsmöglichkeiten.

Adelheid Reininghaus:

Mir persönlich sind auch Orte wichtig, wo die gemeinsame Perspektive Teil des Programms ist, Netzwerke wie das Ökumenische Forum Christlicher Frauen in Europa, Frauen in der Einen Welt, die Europäische Gesellschaft von Frauen in Theologie und Forschung oder z.B. die Konferenz Europäischer Kirchen.

Obwohl gerade da zum Teil die historisch bedingte Westlastigkeit besonders spürbar ist, bieten sie doch Rahmenbedingungen – ähnlich wie Du es von den Gemeinden und Kirchen hier berichtet hast –, wo Leidensdruck und Kommunikationsdefizit benannt werden können und eine gemeinsame Perspektive „eintragbar“, thematisierbar, diskutierbar ist.

Bevor wir in der Schlußrunde noch zu unseren Perspektiven und Utopien kommen, noch einmal einen Blick zurück zu Steinen auf dem Weg: Es ist wirklich ein Stein, wenn in Begegnungen Leute aus dem ehemaligen (oder immer noch existierenden?) Westblock oftmals so stark mit sich beschäftigt sind, daß sie gar nicht wahrnehmen – im etwas anspruchsvolleren Sinn, daß „Neulinge“ aus Mittel- und Osteuropa dazugekommen sind, die mitmachen wollen. Sie kennen weder deren Situationen noch Sprachen.

Mirka Holubová:

... und gerade deshalb kommen sie oft, um uns „das Heil“ aus dem Westen zu bringen, um uns mit – zumindest innerlich – erhobenen Zeigefinger zu sagen, was wir tun sollen. Ich habe westliche Feministinnen zum erstenmal 1990 bei einer Konferenz, die von der East-West-Women-Network in New York veranstaltet wurde, in Dubrovnik getroffen.

Da wollten sie uns mit ihren Vorträgen beibringen, wo wir leben. Sie hatten schon ihre festen Vorstellungen, wie sich die Situation bei uns entwickeln würde. Die Osteuropäerinnen waren ruhig. Immerhin waren die Veranstalterinnen ja unsere Sponsorinnen.

Ich war ganz schön wütend: Die Frauen sind gleich alt wie ich, wir haben uns zum letzten Mal 1968 getroffen. Damals engagierte ich mich im akademischen Studentenrat der Philosophischen Fakultät, und sie kamen zu uns aus Berkley, New York, aus Deutschland... und wir waren für sie Helden!

Dann kamen die Russen, der Käfig wurde geschlossen, der Eiserne Vorhang erneuert. Und siehe da: Niemand von ihnen tauchte mehr auf!! Wir waren für ihre Diskussionen als Partnerinnen und Partner nicht mehr genügend qualifiziert. Die Studentenbewegung ging ohne uns ihren Gang. Aus der Studentenbewegung entstand der Feminismus, eine neue Entwicklung kam in Gang.

Aber für uns kam ein zwanzigjähriges Moratorium, wir mußten alle unsere Kräfte darauf richten, die innere Integrität der Gesellschaft zu erhalten – und wir konnten uns dabei keine Aufspaltung erlauben. Denk z.B. an die Charta 77: Da waren alle Regimegegner und –gegnerinnen in einer Organisation vereinigt

... von den allerkonservativsten bis zu den liberalsten Geistern ... Die Situation entwickelte sich hier einfach anders.

Aber um zu diesem Treffen in Dubrovnik zurückzukommen, wo ich mich mit diesen – ja eigentlich meinen Freundinnen und Kolleginnen gestritten habe. Und sie hatten nichts Besseres zu tun, als mir „weise“ Ratschläge zu geben: you should, you shouldn't! Und wie sie uns alles Mögliche prophezeiten – in großzügiger Ignoranz unserer Situation.

Adelheid Reininghaus:

Leider kann ich solche Begebenheiten auch zur Genüge bestätigen. Aber ich denke, die Kommunikationsbarrieren haben auch auf mittel-ost-europäischer Seite ihre Gründe, die m.E. damit zusammenhängen, was Du über das Erbe der Unmündigkeit gesagt hast – und mit meiner Erwartung, daß Annäherung ggf. ein beidseitiger Prozeß sein muß. Die Frustrationen, die durch die dominierende Westseite verursacht werden, sollten nicht davon ablenken, daß auch die mittel-ost-europäische Seite Verantwortung für den gemeinsamen Kommunikationsprozeß, für den gemeinsamen Weg übernehmen muß: z.B. genauso die andere Seite kennenlernen, ihre Geschichte, ihre Hintergründe, sich Klischees bewußt machen, sich aktiv auf den Diskussionsprozeß einlassen, Fehler riskieren, ... Viele bringen die Erwartung mit – oder verhalten sich zumindest so, daß sie – wie früher – „versorgt“ werden. Und falls das nicht zufriedenstellend ausfällt, bleibt nur die Möglichkeit, sich bitter zu beklagen.

Ich habe jetzt natürlich ein bißchen überzogen! Aber in dieser Richtung will ich schon meine Erwartungen an Mittel- und OsteuropäerInnen formulieren – für den gemeinsamen Weg. Du ... erfüllst natürlich schon diese Erwartung, aber Du bist da – meiner Erfahrung nach – eher eine der erfreulichen Ausnahmen! Laß uns zum Schluß noch sagen, was Ausblicke sind, die uns Mut machen, und etwas über die nächsten gemeinsamen Schritte, auf die wir uns freuen!

Mirka Holubová:

Perspektivreich ist die Arbeit mit Jungen, mit Studierenden. Pädagogische Arbeit, die ihnen hilft, mündig zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Da haben wir beide wirklich Chancen – an unseren Fakultäten, Du an der Theologischen noch mehr als ich an der Technischen! Ich weiß, daß es bei Euch auch schwächere Leuchten gibt, aber Ihr habt doch einen hohen Prozentsatz von motivierten Leuten bei Euch!

Adelheid Reininghaus:

Ich freue mich schon auf die Zusammenarbeit im LYDIA-Projekt, einem Leadership-Training für Frauen aus Mittel- und Osteuropa, das im September zum zweiten Mal hier in Prag stattfindet – mit Fortsetzung in England im nächsten Sommer: Ein Raum, wo wir zusammen Civilcourage basteln – und Netze ökumenischer Zusammenarbeit spinnen werden!

Zusammenspiel des ganzen Spektrums

Beate Schäfer

Ungarn an einem heißen Sommertag. In einem Dorf mit unaussprechlichem Namen suchen wir, geführt von einer ungarischen Freundin, eine schöne, alte Kirche, von der wir gehört haben. Die Tür der Kirche steht offen, eine Baustelle erwartet uns, hier wird renoviert. Leute aus dem Dorf sind an der Arbeit. Sie wenden sich uns freundlich zu, erzählen vom Denkmalschutz und was alles zu tun ist. Und dann kommt die Frage: „Wart Ihr schon in unserer katholischen Kirche? Habt Ihr unsere orthodoxe Kirche gesehen?“ Voll Stolz erzählen sie uns, daß alle Kirchen im Dorf von den Angehörigen aller drei Konfessionen zusammen renoviert wurden. Die letzte gemeinsame Aufgabe sei nun das reformierte Gotteshaus.

Nachdenklich, aber auch beglückt, fahren wir weiter. Wir haben ein Stück Ökumene erlebt, wie man es selten findet. Ist es nicht so, daß in unserem ökumenischen Miteinander unter Kirchengemeinden die Verschiedenheiten der Traditionen mehr als Last statt als Reichtum erkannt werden? Fremdheitsgefühle, Kritik, Ablehnung, Unverständnis versucht man zwar zu überwinden, aber die andere Prägung wird letztlich als Hindernis empfunden.

Für mich, zum Beispiel, sind es ganz tiefsitzende Erinnerungen, die ich schon aus meiner Kindheit mitbringe. Bei dem Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ mußte man am Reformationstag in der Kirche aufstehen. Es war das „Bekenntnislied“. Und bei „...nehmen sie den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib“ gingen mir immer die vielen Geschichten über verfolgte Protestanten und böse Katholiken, die ich im „Kinderfreund“ gelesen hatte, durch den Kopf.

Vernünftig, wie ich zu sein hoffe, habe ich das längst ad acta gelegt. Aber in dem Moment, wo die Verständigung mit der anderen Konfession Schwierigkeiten bringt, ist alles wieder da. Und ich denke, so oder so ähnlich geht es vielen von uns. Da macht sich Resignation breit.

In der ökumenischen Basisbewegung arbeiten Menschen aus verschiedenen Konfessionen und Denominationen eng miteinander. In diesen Zusammenhängen ist mir die konfessionelle Verschiedenheit nie als ein Problem begegnet. Hier gibt es etwas, was uns zusammenbindet, nämlich der gemeinsame „Widerstand gegen die dämonischen Mächte des Todes in Rassismus, Sexismus, wirtschaftlicher Ausbeutung, Militarismus und im Mißbrauch von Wissenschaft und Technologie“, wie es im Aufruf von Vancouver 1983 heißt, aber darüber hinaus auch das Ja, was hinter dieser Verweigerung steht, die Vision, das Bild eines neuen, für alle lebbar Lebens. So werden wir frei, die Traditionen, aus denen unsere Freunde kommen, als neue Möglichkeit, neuen Ausdruck für unseren gemeinsamen Glauben zu erfahren. Ich muß nicht alles übernehmen,

aber ich kann es stehen lassen, weil die Tradition nicht das ist, was unsere Gemeinschaft begründet, sondern die Vision vom Shalom Gottes.

Die ökumenischen Versammlungen von Erfurt und Graz zeigen uns überdeutlich den Weg, auf dem Ökumene wachsen kann und muß. Der konziliare Prozeß, in dem Christen, getragen und unterstützt von ihren Kirchen und Gemeinden, sich einmischen und mitgestalten im öffentlichen und kommunalen Leben, Verantwortung übernehmen für die Schöpfung, für Fremde, für Benachteiligte, sich wenden gegen Kriegsvorbereitungen und Waffenexport, ethische Grundsätze gegen die uneingeschränkte Machbarkeit verteidigen, ist der Wegweiser in unsere ökumenische Zukunft. Unsere verschiedenen Traditionen, in denen wir zu Hause sind, werden zur Wegzehrung, die wir mitbekommen, um sie unterwegs miteinander teilen zu können.

Das unaussprechliche Dorf in Ungarn zeigt mir eine Vision von Ökumene, wie ich sie mir für Europa wünsche. Nur im Zusammenspiel des ganzen Spektrums in all seiner Leuchtkraft entsteht der Regenbogen, das Zeichen des Shalom.

Die Theologie der Befreiung – noch längst nicht am Ende

Ralf Häußler-Ebert

Allgemein spricht man davon, daß die Theologie der Befreiung an ihr Ende gekommen sei. In Fachzeitschriften wird nur noch wenig über sie publiziert. Die Faszination, die von ihr einst nach Europa ausging, scheint erloschen. Auch in Lateinamerika hat sich einiges verändert: Die Misa popular, die Messe des einfachen Volkes, die zur Zeit des Erzbischofs Romero zur Grundlage vieler katholischer Gottesdienste in El Salvador gehörte, wird kaum noch gefeiert. Oft sind die alten, traditionellen Liturgiebücher wieder aus dem Schrank geholt worden. Ist die Spiritualität des Volkes Gottes, das sich auf den Weg der Befreiung aus der Knechtschaft macht, erloschen? Sind die Träume diesseits und jenseits des Ozeans gestorben?

Vor 25 Jahren machte der Theologe Gustavo Gutiérrez mit seinem Buch „Theologie der Befreiung“ diesen neuen Ansatz von Kirche und Theologie in Europa und Nordamerika bekannt. Damals schrieb er: „Die vorliegende Arbeit versucht, eine Reflexion zu entwerfen, die zugleich vom Evangelium und von den Erfahrungen der Männer und Frauen ausgeht, die sich in diesem von Unterdrückung und Beraubung beherrschten lateinamerikanischen Kontinent dem Prozeß der Befreiung verpflichtet haben. Es handelt sich um eine theologische Reflexion, die aus dieser Erfahrung entsteht, denn sie teilt das Bemühen, die gegenwärtige, von Ungerechtigkeit gekennzeichnete Lage zu beseitigen und eine andere, freiere und menschlichere Gesellschaft zu schaffen...Daraus werden wir dann zu schließen haben, daß die bis heute traditionellen Betrachtungsweisen erschöpft sind und daß man anfangen muß, neue Fahrten theologischer Reflexion zu suchen...Alles dies wird uns zu erkennen geben, daß die Frage nach der theologischen Relevanz der Befreiung in Wirklichkeit eine Frage nach dem Sinn des Christentums und nach der Sendung der Kirche ist.“ (Gutiérrez, Theologie der Befreiung, S.2-4).

Im folgenden sollen einige Stationen der 25-jährigen Geschichte der Theologie der Befreiung, im besonderen aus der Sicht von Mittelamerika, beschrieben werden. Einer der bekanntesten Theologen in Mittelamerika, Pablo Richard, der in Costa Rica lehrt, meint dazu: „Die Theologie der Befreiung hat sich vollkommen geändert. In den 70er und 80er Jahren war ihr Thema die Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung. Diese Befreiung wurde oft mit der Hoffnung gleichgesetzt, die Hauptstädte unserer Länder zu erobern, die Großgrundbesitzer zu vertreiben und die Macht im Land zu übernehmen. Es hat sich herausgestellt, daß dies eine unerreichbare Utopie war.“ In El Salvador wurde der Bürgerkrieg durch Verhandlungen beendet. Die ersten Wahlen gewann die rechtsradikale ARENA-Partei. In Nicaragua wurden die Sandinisten

durch Wahlen wieder aus der Macht gedrängt. Jetzt ist die Theologie der Befreiung viel bodenständiger geworden. Es geht nun um Strategien des alltäglichen Überlebens. Es geht um die Eroberung von Freiräumen, die eine eigenständige Entwicklung auf dem Land und in den Armenvierteln der Großstädte ermöglichen. Ein Beispiel dafür ist der regionale Aufstand der Indigenabevölkerung in Chiapas in Mexiko.

Als ich Mitte der 80er für zwei Jahre in Mittelamerika studierte und in dortigen Kirchen und Gemeinden arbeitete, beobachtete ich folgende Aufgabenfelder und Herausforderungen für die Theologie der Befreiung: Nach den Jahren des Aufbruchs in den 70er und der damals herrschenden Kreativität des theologischen Denkens und in der gemeindlichen Praxis war nun der Zeitpunkt gekommen, in der dringend nach einer Systematisierung der bisher gemachten Erfahrungen und der theologischen Ansätze gefragt wurde.

Eine neue Spiritualität der Landbevölkerung

Die Kirchen lebten von der Spiritualität ihrer Mitglieder. Erzbischof Oskar Arnulfo Romero sprach davon, daß er – als Bischof! – von den Armen evangelisiert worden sei. Der Vorgang der Evangelisation wurde damit vom Kopf auf die Beine gestellt: Die Armen evangelisieren ihren Bischof, indem sie ihm die Augen öffnen über die wahre Situation im Land, über die Unterdrückung und den aus USA und Europa unterstützten Staatsterrorismus. Als erstes ging es also darum, Klarheit darüber zu erlangen, von welcher Realität her die Kirche ihre Aufgabe und Mission bestimmen muß – die Realität der Reichen oder die Realität der Armen. Diese Realität eröffnet dann den Zugang zur Bibel.

Der in Europa so oft zitierte garstige Graben der Geschichte, der uns von der Welt der Bibel trennt und die Exegese erfordert, wurde durch die Theologie der Befreiung nicht zugeschüttet. Die Kirchen Lateinamerikas entdeckten aber, daß die Akteurinnen und Akteure der Bibel oft aus einer ähnlichen wirtschaftlichen und politischen Situation stammten. Da die Unterdrückung und Ausbeutung in den ländlichen Gegenden Mittelamerikas oft am extremsten war, verwandelte sich die Landbevölkerung in ein Subjekt der Exegese, und zwar der progressiven fortschrittlichen Exegese. Die Bewegung Jesu hatte ihren Ausgang auch auf dem Land, führte in die Hauptstadt Jerusalem und nahm dort ihr bekanntes Ende.

Politische Spiritualität

Ein weiterer wichtiger Punkt war die politische Spiritualität, wie sie z.B. bei den lutherischen Gemeinden in El Salvador deutlich wurden. Viele der Gemeindemitglieder waren gleichzeitig Mitglied der kommunistischen Partei in El Salvador. Dies war kein Gegensatz, sondern es trat vielmehr ein Synergieeffekt auf. Der politisch-militärische Kampf der Befreiungsbewegung FMLN und der Ansatz der lutherischen Kirche schlossen sich nicht aus, sondern befruchteten sich gegenseitig. Die Befreiungsbewegungen, die oft noch von europäischem

Gedankengut ausgingen, wurden bereit, sich mit den kulturellen Wurzeln der Bevölkerung, ihren Werten und weltanschaulichen Symbolen auseinanderzusetzen und diese ernst zu nehmen. Die dominierende westliche Kultur, kam damit an ihr Ende.

Gleichzeitig gab die Analyse der kapitalistischen Gesellschaft durch Karl Marx und besonders der italienische Kommunist und Philosoph Antonio Gramsci den lutherischen Christinnen und Christen das Handwerkszeug, ihre Situation soziologisch und wirtschaftspolitisch zu verstehen. „Armut ist alles andere als gottgegeben“ – darin stimmen Karl Marx, die Propheten der Bibel und Jesus überein.

Natürlich gab es Brüche. So erzählte mir ein baptistischer Pfarrer in Nicaragua, daß es immer wieder vorkam, daß sandinistische Soldaten, die Mitglieder der baptistischen Kirche waren, im Krieg gegen die Contras gezwungen waren, zu töten und dies nicht mit ihrem Glauben und der Einhaltung des 5. Gebotes in Einklang bringen konnten. Der Konflikt blieb offen. Die Kirche konnte ihren Mitgliedern in dieser Gewissenfrage, vor der wohl auch christliche Vertreter des Widerstandes gegen Hitler gestanden waren, nicht helfen.

Theologie der Befreiung - ein neues Modell von Kirche?

Ist die Kirche aus ihrer Mitte heraus reformierbar? Dieser Frage stellten sich viele Gemeinden und TheologInnen der Befreiungstheologie. Dabei ging es letztendlich um eine Überlebensstrategie. Würde es gelingen, das neue Modell von Kirche, das in den christlichen Basisgemeinden entstanden ist, zum allgemeingültigen Modell der Kirche zu machen, oder würde die Mutter Kirche ihre eigenen Kinder verschlingen?

Viele Priester, Katechetinnen, Bischöfe in ganz Lateinamerika bekannten sich zu dem neuen Modell der Kirche. Es schien also tatsächlich möglich, den Gang der Kirche zu verändern, obwohl in Rom mit Kardinal Ratzinger und dem Papst mächtige Gegner standen.

Rom versuchte seit Mitte der 80er Jahre durch eine gezielte Personalpolitik, die Abberufung fortschrittlicher Kräfte und die Einsetzung von Bischöfen, die dem Militär und den Großgrundbesitzern nahe stehen, den Reformprozeß zu ersticken. Zumindest auf der Ebene der kirchlichen Hierarchien in Lateinamerika ist dies weitgehend gelungen.

Die Option für die Armen differenziert sich aus

Schon Mitte der 80er Jahre wurden die Fundamente einer Entwicklung gelegt, die in den 90er Jahren immer wichtiger wurde: die Ausdifferenzierung der sozialen Klasse der Armen in spezifische Gruppen, z.B. die Schwarzen, die Indigena-Bevölkerung, die Frauen.

Letztlich war die Theologie der Befreiung ebenso wie die Befreiungsbewegungen zu Beginn von der nordatlantischen Theologischen Systematik und dem

Entwicklungsmodell der Industrienationen bestimmt – auch wenn sie sich kritisch davon absetzten. Die Sandinisten hatten zu Beginn ihrer Regierungszeit den Fehler gemacht, die Besonderheiten der Indigena-Bevölkerung, der verschiedenen Völker, die in den Urwäldern und der Atlantikküste Nicaraguas lebten, nicht wahrzunehmen. Ihre eigenständige Kultur wurde dem Entwicklungsmodell, das in der Hauptstadt Managua entworfen worden war, unterworfen. Das war ein wichtiger Ansatzpunkt für die USA-Regierung und die Contras. Es war ihnen gelungen, bei der Indigena-Bevölkerung die Hoffnung auf mehr Selbstbestimmung und eigenständige Entwicklung nach einem Sieg über die Sandinisten zu wecken.

Die eigene Kultur zu entdecken wurde auch in den evangelischen Kirchen Guatemalas immer wichtiger. Mitte der 80er Jahre begannen presbyterianische Gemeinden damit, in den Gemeindeversammlungen und Gottesdiensten nicht die Sprache der Eroberer, nämlich Spanisch, zu benutzen, sondern die des jeweiligen Volkes. Dies hatte auch zur Folge, daß die Frauen sich stärker in die Gemeindegemeinschaft einbringen konnten. Sie waren gegenüber den im Spanischen besser bewanderten Männern in den Gemeindeversammlungen oft ins Hintertreffen gekommen, da sie sich auf spanisch schlechter artikulieren konnten. Gottesdienst und das gemeindliche Leben wurden Schritt für Schritt auf die Kultur der Indigenas umgestellt. Die Abendmahlsfeier, die bislang mit Oblaten und Wein gefeiert wurde, wurde Schritt für Schritt auf Tortillas und Kaffee umgestellt

Frauen organisieren sich

Mitte der 90er Jahre treten die Frauen und ihre konkrete, soziale und wirtschaftliche Situation, in den Vordergrund. Die Gesellschaften haben sich geändert. Friedensverträge in Nicaragua, El Salvador und Guatemala haben die Kriege beendet. Das verschafft den Frauen Freiräume, so wie es ihnen gleichzeitig Freiräume nimmt.

Durch ein Ende der vom Krieg bestimmten Situation können sich die Frauen in Kirche und Gesellschaft mehr Gehör verschaffen. Auch die Befreiungsbewegungen waren militärisch organisiert und damit männerorientiert. Gleichzeitig mußten die Frauen immer ihre Interessen den Gesamtinteressen des Befreiungskampfes unterstellen. Das ändert sich nun. Gleichzeitig kommen aber die Männer von den militärischen Strukturen zurück und verdrängen Frauen, die durch den Krieg in Leitungsfunktionen gekommen waren.

Globalisierung - nicht nur negativ

Von den 150 000 industriellen Arbeitsplätzen in El Salvador sind heutzutage mehr als die Hälfte Frauenarbeitsplätze in den sogenannten Maquiladoras. Das sind Fabriken, die in Freihandelszonen vieler Südländer entstehen und in denen Textilien und Stoffe für den Weltmarkt hergestellt werden. Sie sind national und international in die Schlagzeilen geraten, weil die Menschenrechte in ihnen eklatant gebrochen werden. Arbeiterinnen sind gestorben, weil sie we-

gen mangelnder Erlaubnis, den Arzt zu besuchen, ihr Kind auf der Toilette der Firma zur Welt bringen mußten.

Während nun der Widerstand gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen und die Leitlinien der gewerkschaftlichen und betrieblichen Organisation früher aus der Gewerkschaftszentrale kamen und dann in die Betriebe hineinwirken sollten, geht die Entwicklung jetzt gerade andersherum. Den Frauen gelingt es, ihre eigenen Interessen vor Ort und die Formen ihrer Organisation zu bestimmen.

Die traditionelle Gewerkschaftsarbeit ist keine Antwort auf die Probleme, vor denen die Frauen in den Betrieben stehen. Sie führte oft nur dazu, daß die Betriebe in andere Länder abwanderten. Frauenorganisationen versuchen nun, gezielte Bewußtseinsarbeit in den Betrieben zu machen, um die Arbeiterinnen zu ermutigen, stärker für ihre Interessen einzutreten und betriebliche Verbesserungen zu erreichen.

Andererseits sind die Frauen an den Arbeitsplätzen sehr interessiert, weil sie eine Alternative zur Arbeit als Straßenverkäuferin oder als Saisonarbeiterin in den Kaffeeplantagen ist. Ein wichtiger Aspekt für die Frauen ist auch die Aufwertung gegenüber dem Ehemann, da sie nun oftmals die einzigen Mitglieder in der Familie sind, die ein festes Gehalt beziehen.

Diese Frauen bringen – selbstbewußt geworden – ihre Fragen und Probleme in die Kirchen ein. Was für diese nicht ganz einfach ist, denn die lateinamerikanischen Kirchen müssen sich – wie die europäischen auch – erst noch die Instrumente erarbeiten, um Entwicklungen wie Globalisierung und Neoliberalismus zu interpretieren und Handlungsstrategien entwickeln zu können, die den Herausforderungen der Frauenarbeitsplätze in den Textilfabriken entsprechen.

Bewahrung der Schöpfung - eine soziale Aufgabe

Die ökologische Frage bekommt in den Kirchen Lateinamerikas zur Zeit eine immer größere Bedeutung. Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch ist dabei nicht ein isoliertes Thema, sondern die ökologische und die soziale Fragestellung werden zusammengebracht. Die Reichen können sich sauberes Wasser kaufen. Den Armen muß daran gelegen sein, das öffentliche Wasserversorgungssystem und die Wasserqualität der Flüsse zu verbessern.

Neue Bewegung in den Pfingstkirchen

In Guatemala nehmen die Pfingstkirchen bereits 30 Prozent der Bevölkerung ein – mit steigender Tendenz auch in den anderen Ländern Lateinamerikas. Es ist jedoch nicht hilfreich, diese neue evangelische Bewegung nur als Handlanger nordamerikanischen Fernsehprediger, des CIA und als Ausdruck der Entfremdung zu betrachten, obwohl viele Analysen gerade aus dem Bereich der Theologie der Befreiung in diese Richtung weisen.

Die Pfingstbewegung darf aber nicht so verkürzt betrachtet werden. Exemplarisch deutlich wurde mir dies am Beispiel eines pfingstlerischen Predigers im Slum der Hauptstadt San Jose von Costa Rica. Die Gemeinde befindet sich in einem Flußbett, das geschaufelt wurde, damit die oberhalb in einem Vulkan lagernden Wassermassen bei einem Erdbeben nicht die Hauptstadt unter sich begraben, sondern kanalisiert werden. Genau in diesem Kanal hatten sich die Armen angesiedelt. Der Prediger sprach über die Arche Noah und identifizierte die Arche Noah nach pfingstlerischer Lesart als Beispiel der Rettung durch Gott aus der Welt. Mitten in der Predigt vollführte er jedoch eine Kehrtwendung um 180 Grad: Gerade noch sprach er davon, daß Gott die Arche Noah schickt, um sein Volk aus den Wirrnissen der Welt zu befreien – einer Welt, die dem Untergang geweiht ist. Plötzlich stellt er den Bezug zur Wirklichkeit, in der die Menschen zwischen den Dämmen leben, her. „Gott will nicht, daß wir in den drohenden Wassermassen umkommen. Wir müssen bei der Stadtverwaltung dafür kämpfen, daß wir Grund und Boden für unsere Hütten außerhalb dieser Falle, in der wir uns befinden, bekommen.“ Die soziale Wirklichkeit hatte den Prediger eingeholt, und der erste Schritt zu einer Bibelauslegung, die nicht entfremdet, war getan.

Neue Formen der Solidarität

Die Theologie der Befreiung wandert nach unten. Die Bischöfe und die Theologinnen und Theologen verlieren an Bedeutung. Durch die Globalisierung besteht jetzt gleichzeitig die Chance, eine wirklich gleichberechtigte Solidarität der Gemeinden und der einzelnen Christinnen und Christen zu entwickeln. Überall in der Welt wird das Modell des Neoliberalismus verwirklicht: Der Staat wird immer weiter abgebaut. Die Privatisierung von staatlichen Unternehmen, wie der Bahn oder der Telekommunikation, ist nur ein Schritt hin zur Privatisierung aller sozialen und gesellschaftlichen Dienstleistungen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus El Salvador werden gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Deutschland, Indonesien und Südafrika ausgespielt.

Die weltweite Entwicklungsspirale hat ihre Richtung um 180 Grad gedreht. Während früher gesagt wurde, daß sich die Gesellschaften in den armen und ausgebeuteten Ländern in einer Art nachholender Entwicklung in Richtung des Nordens entwickeln, das Modell der Industrienationen also ihre Zukunft ist, ist es nun gerade umgekehrt: Die Länder des Südens sind unsere Zukunft. Wer also wissen will, wie die Gesellschaften in Europa sich in 20 Jahren organisieren werden, kann dies jetzt schon am Modell von z.B. Chile studieren.

„Heute lautet der radikale Gegensatz STERBEN - LEBEN. Der Kapitalismus gibt seine Politik der Reform und Entwicklung für die gesamte Dritte Welt auf. Heute finden seitens des Kapitalismus nur noch in wenigen Sektoren in der Dritten Welt Reformen und Entwicklung statt, und das nur dort, wo es unmittelbar kapitalistischen Interessen dient. Sie findet sich völlig aufgegeben und dem Sterben überantwortet, sie ist nicht mehr abhängig, sie existiert einfach nicht mehr.

Vom Stadium der Abhängigkeit nun in das des Nichtvorhandenseins!
Wir sind nicht einmal mehr die Dritte Welt, wir sind die Letzte Welt, die Nicht-Welt, die verwünschte Welt der Ausgegrenzten und zum Sterben Verurteilten. Deshalb ist es heute revolutionär und befreiend, Reform und Entwicklung zugunsten aller in der Dritten Welt zu suchen. Der Kapitalismus will nur das Leben von wenigen erhalten und nimmt dafür das Sterben der vielen hin. Aber können wir das hinnehmen? Die wahre Alternative ist einzig und allein das Leben für alle, denn das Leben für die wenigen ist nicht um den Preis des Sterbens der vielen zu haben. Ihr Tod wäre der Tod aller. Die Entscheidung für Entwicklung und Befreiung, für die Armen, wird in der gegenwärtigen Situation zu einer Entscheidung für das Leben. Die Theologie der Befreiung wird zu einer Theologie des Lebens.

Das Leben – Leben für alle und Leben für den ganzen Kosmos - wird das neue Argument, die neue Logik, die neue Kultur, die neue Ethik, Spiritualität und Theologie, die sich in der jetzigen Situation dem Kapitalismus radikal entgegenstellen.”(Pablo Richard, Jahrbuch Mission 1992)

Kirche sein – Gemeinschaft werden

Dr. Irmgard Kindt-Siegwalt

„Wie würdest du dein Verhältnis zur Kirche beschreiben?“ Auf eine solche Frage hätte ich früher sicher ohne zu zögern geantwortet: „Als kritisch!“ Damit hätte ich zum Ausdruck bringen wollen, daß ich mich zwar zugehörig zur Kirche fühlen konnte und wollte, daß ich dankbar war für das, was ich in der Kirche erlebte, für das, was sie mir bedeutete, was sie in mir angesprochen und ausgelöst hatte und immer wieder ansprach. Es war mir auch keine Frage, daß ich den Gottesdienst, die Predigt, die Gemeinde brauchte und daß ich selber mitarbeiten wollte, daß ich Pfarrerin sein und im Auftrag der Kirche arbeiten wollte.

Und doch hätte ich mich nicht vollständig mit ihr identifizieren wollen. Eine Redeweise wie die: „Wir sind die Kirche“ hätte ich als anmaßend empfunden. Was wußten wir von der Kirche, von der Kirche, wie Jesus sie haben wollte, abgesehen von dem, was im Neuen Testament steht? Mußten wir in der Kirche nicht ständig auf der Suche nach seiner Kirche, nach der Kirche sein? Auf diese Weise mußte Kirche in meiner Vorstellung eigentlich selbst wesentlich kritischer sein, wenn sie dem Willen Christi entsprechen wollte. Sie mußte sich auseinandersetzen, prüfen, fragen, sich Problemen stellen, eventuell widerstehen. Und so wollte auch ich mir bei allem Engagement erlauben können, gegebenenfalls Kritik an dem zu üben, was ich in der Kirche vorfand.

Daß die Frage des Kirche-Seins aber gar nicht von der jeweiligen subjektiven Befindlichkeit abhängt, sondern viel tiefer ansetzt, weil Christus uns die Zugehörigkeit von sich aus zuspricht und schenkt, diese Einsicht verdanke ich meinen ökumenischen GesprächspartnerInnen.

Im katholisch-evangelischen Gesprächskreis, der sich übergemeindlich in Tübingen gebildet hatte, begegnete mir zum erstenmal die positive und ganz selbstverständliche Identifizierung mit der Kirche. Offenbar konnte man sich ganz unbekümmert an der Kirche freuen und fraglos zu ihr gehören: Leib Christi - Kirche, natürlich sind wir das! Auf das gleiche Selbstverständnis traf ich auch in den ökumenischen Kommunitäten, die ich kennenlernte. Jedesmal empfand ich stärker, wie einseitig, wie eindimensional meine „kritische“ Haltung war. Die tiefsten Eindrücke habe ich in dieser Hinsicht gewiß von den orthodoxen Schwestern und Brüdern empfangen, die ich im Zusammenhang mit meiner Arbeit am Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf kennenlernte.

Ich hatte von 1987 bis 1991, während vier Jahren Gelegenheit, in der Abteilung für Glauben und Kirchenverfassung mitzuarbeiten, in einer Einheit also, die sich hauptsächlich dem theologischen Gespräch zwischen den christlichen

Konfessionen widmet. In den Diskussionen während der Arbeitstagen, im persönlichen Gespräch, aber vor allem während der Gottesdienstfeiern erfuhr ich in einer bislang nicht gekannten Unmittelbarkeit, daß Kirche-Sein vor allem „Sollen“ ein Beteiligt-Sein-Dürfen sein konnte, das nicht hinterfragt werden mußte. Kirche war da als das objektive Geschenk Gottes. Kirche nach orthodoxem Verständnis „veranstaltet“ ja nicht nur, sie feiert, und darin „ist“ sie die „Göttliche Liturgie“, die immerwährende Anbetung des Heilsereignisses, das den Kosmos erfüllt und von keiner irdischen Wirklichkeit mehr angefochten werden kann. Ich begann in den Ikonen, in den liturgischen Handlungen, in der Musik etwas von der Teilhabe an Christus zu ahnen. Das grundsätzliche Selbstverständnis von Kirche als Liturgie ist dasselbe in allen orthodoxen Traditionen, die ich kennenlernte, griechische und slawische, die alte syrische oder die afrikanische und schließlich die moderne französische. Welcher Unterschied zu den protestantischen Gottesdiensten!

Allerdings fehlten mir in den orthodoxen Gottesdiensten in der Predigt und im Fürbittengebet nicht selten der Bezug auf aktuelle Ereignisse. Aber ich werde auch nicht die Erregung eines russischen Theologen vergessen, der mich nach einer Andacht, die ich für unsere Konferenz gehalten hatte, fragte, woher ich das Recht und die Freiheit nähme, die Gebete selbst zu formulieren. Das seien ja meine Gebete und nicht die der Kirche! Aus demselben Grunde stützen orthodoxe Gesprächspartner ihre Beiträge, wenn möglich, darum ja auch durch den Hinweis auf die Kirchenväter der ersten Jahrhunderte. Solche Zitate konnte ich anfangs aus historischen Gründen zwar interessant finden, aber sie schienen mir den Gedankengang der Diskussion zu unterbrechen, und ich wartete gespannt auf das Wort zur gegenwärtig verhandelten Sache. Dessen aber bedurfte es in den Augen meiner Partner oft gar nicht mehr. Hatte Basilius der Große nicht schon gesagt ...?

Eine entsprechende Lernerfahrung machte ich, als uns im Zusammenhang mit dem Studienprojekt „Die Einheit der Kirche und die Erneuerung der menschlichen Gemeinschaft“ bewußt wurde, daß orthodoxe Christen den Begriff „Erneuerung“ nie auf die Kirche selbst anwenden könnten. Eine „reformierte“, eine erneuerte Kirche, wäre das nicht notwendig eine andere als die von Christus ein für allemal gestiftete? Die Kirche, wie sie sie verstehen, kann sich nicht wandeln, und sie darf sich auch gar nicht ändern, wenn sie Kirche bleiben will. Immer sind wir Menschen es, die zu den Anfängen zurückfinden müssen, die sich neu ausrichten und in der ursprünglichen Wahrheit neu bewähren müssen! Obschon indirekt, so schwangen kritische Töne den reformierten Kirchen gegenüber mit, wie ich sie auch aus Gesprächen mit katholischen Partnern kannte. Und hier wie da begegnete mir gelegentlich die Erwartung, daß wir es seien, die „zurückkehren“ müßten.

Freilich, wenn es sich bei dem Kirche-Sein nicht doch um einen Werdeprozeß handelte, hätten sich die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates und nach

dem 2. Vatikanischen Konzil auch die Katholische Kirche nicht so intensiv an den interkonfessionellen Gesprächen beteiligt, die gerade unsere Abteilung veranstaltete. Vor langen Jahren hatte die Kommission in ihre Satzung das Ziel ihrer eigenen Arbeit, aber im Grunde das Ziel der ganzen ökumenischen Bewegung formuliert: die „Einheit der Kirche Jesu Christi“ im Sinne „der sichtbaren Einheit in einem Glauben und einer eucharistischen Gemeinschaft“. Die Kirchen waren sich nicht nur des „Ärgernisses“, sondern auch des „Widerspruchs“ bewußt, der darin liegt, daß es „einerseits nur eine Kirche Christi geben kann und daß es andererseits doch so zahlreiche Kirchen gibt, die den Anspruch erheben, die Kirche Christi zu sein und dabei doch nicht in einer lebendigen Einheit zusammenleben“ (Toronto-Erklärung des Zentralausschusses, 1950).

Durch die Mitarbeit bei „Glauben und Verfassung“ durfte ich also mein Teil dazu beitragen, daß es eines Tages nur die eine Kirche Christi gab! Was für ein Privileg! Im Laufe der Zeit wurde mir allerdings vor allem die Langwierigkeit und die Mühsal bewußt, die dieses Tun in erster Linie bedeutet. Was auf großen und kleineren Tagungen von den Delegierten der Kirchen – es sind gegenwärtig 120 offizielle VertreterInnen – gemeinsam erarbeitet und zu Papier gebracht wird, wird den Kirchen nochmals mit der Bitte um ihre Stellungnahme zugesandt. So vollzieht sich das Nachdenken in einem fortwährenden Meinungs- und Befragungsaustausch in der Hoffnung, daß man am Schluß in der Lage ist, eine Erklärung abzugeben, die als das von allen gemeinsam gesprochene Zeugnis verstanden werden kann. Nicht nur im Blick auf den Inhalt, sondern auch im Blick auf die Formulierung sollen sich alle am Arbeitsprozeß Beteiligten wiederfinden können. Auf diese Weise waren 1982 in Lima die sogenannten „Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt“ verabschiedet worden.

Als ich begann, lagen die meisten der 179 offiziellen Antworten der Kirchen bereits vor, und ich war mit ihrer Auswertung betraut. Bei der Lektüre der Reaktionen hatte ich mich selbstverständlich auch mit dem Limapapier selbst immer wieder auseinanderzusetzen. Die unterschiedliche Lesart der Kirchen aber machte mich darauf aufmerksam, als wie wenig eindeutig offenbar auch dieser Text noch empfunden worden war. Und dennoch war die Initiative von fast allen begrüßt worden. Noch heute gilt das Limapapier als das ökumenische Dokument, das die größte Verbreitung gefunden hat und in über zwanzig Sprachen übersetzt worden war. Die größte Resonanz hatte es freilich doch in den westlich geprägten Kirchen gehabt. Sie waren mehrheitlich diejenigen, die geantwortet hatten, während sehr viele asiatische, afrikanische und lateinamerikanische Kirchen fehlten. Woran lag das?

Hier tauchte ein Problem auf, auf das ich während meiner Genfer Zeit immer wieder gestoßen bin und das sich in letzter Zeit auf verschiedene Weise immer stärker zu Gehör bringt. Es ist das Problem der kulturellen Prägung, die sich in Sprache und Denkformen ausdrückt. In den nicht-westlichen Kirchen, in de-

nen Christen in der Minderheit umgeben von anderen Religionen und Traditionen leben, wird die abendländisch-theologische Sprache zunehmend als fremd empfunden. Stattdessen vermissen sie in den von Genf her verschickten Texten die Resonanz ihrer eigenen Kultur.

Asiatische Theologinnen und Theologen, zu deren Studienseminar ich 1990 in Korea eingeladen worden war, brachten ganz offen ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß die „third-eye-theology“, wie C.S. Song sie entwickelt hatte, in Glauben und Kirchenverfassung und auch im „Limatext“ ganz unberücksichtigt geblieben war. Sie wußten sehr wohl, daß die abendländische Theologie von antiken Denkkategorien geprägt war und verlangten Recht und Geltung auch für ihre Hermeneutik.

Entsprechend stellte Frau Chung dann auf der Vollversammlung in Canberra 1991, die unter dem Gebetsruf stand: „Heiliger Geist, erneuere die ganze Schöpfung!“, eine unmittelbare Verbindung zum Geistverständnis des Schamanismus her, von dem sie bekannte, für ihren christlichen Glauben und für ihre theologische Arbeit entscheidende Impulse bekommen zu haben. Ihre Darbietung löste bei vielen große Unruhe aus und trug ihr den Vorwurf der Religionsvermischung ein. Sie hat ihn selbstbewußt und zu Recht an die westliche Theologie zurückgegeben. Denn ohne Zweifel waren auch in der abendländischen Theologie ursprünglich heidnische Elemente christianisiert worden, um Menschen die Botschaft des Evangeliums nahezubringen.

Aufmerksamkeit und Sensibilität für die besonderen kulturellen Prägungen und Eigenarten der Kirchen, um die unterschiedlichen geschichtlichen Bedingungen wahrzunehmen – würde das heißen, das Bemühen der Kirchen um die Einheit aufs Spiel zusetzen? Dieselbe Frage stellte sich mir noch von einem anderen Ergebnis her, das die Auswertung der Antworten der Kirchen erbracht hatte. Zwar hatte das Limadokument vielen ins Bewußtsein gerufen, daß sie in einer großen Gemeinschaft stehen, daß sie einander verpflichtet und aufeinander angewiesen sind. Aber gleichzeitig hatte es auf die Art Rekonfessionalisierung hervorgerufen, Kirchen hatten auf die besonderen Merkmale der eigenen Tradition zurückgegriffen und sie sich erneut bewußt angeeignet. Und so traten eben auch die klassischen Lehrunterschiede wieder in Erscheinung, vor allem die Differenzen im Sakramentsverständnis sowie im Blick auf die Anerkennung eines gemeinsamen Lehramtes und das Verhältnis von Schrift und Tradition.

In dieser Hinsicht war also keine Konvergenz zu erreichen gewesen. Aber hätte man nach einer vergleichsweise kurzen Zeit von interkonfessionellen Gesprächen denn erwarten können, daß jahrhundertealte Lehrstreitigkeiten auszuräumen waren? Wie sollten wir nun mit diesem Befund umgehen? Bis zu welchem Maße waren Gegensätze für die Einheit im Glauben, für die Einheit der Kirche ertragbar? Konnten sie überwunden, mußten sie ausgeglichen werden? War das Ziel in unserer Arbeit ein widerspruchsfreies Lehrsystem? Oder ging es nicht

auch hier darum, daß wir die geistesgeschichtliche Entwicklung, die den Konfessionen Profil verliehen hatte, in ihrem Eigengewicht ernstzunehmen hatten? Wie aber stand es dann um die Wirklichkeit der Einheit der Kirche? Konnte sie über Lehrgegensätze hinweg „sichtbar“ gemacht werden? Mußten wir dafür eventuell unser Verständnis von „Einheit“ erweitern? Diese Fragen haben mich während der ganzen Genfer Zeit umgetrieben und seither nicht losgelassen. Allerdings, das theologische Streitgespräch gehörte zur Methode unserer Arbeit. Und auch, wenn sich die Geister schieden, hatten die Konflikte etwas Stimulierendes. Sobald die Trennungslinien dagegen im gottesdienstlichen Beieinandersein deutlich wurden, war das in besonderer Weise schmerzhaft.

Gerade während der Vollversammlung in Canberra, wo alle Kirchen, Konfessionen und Traditionen in die Gestaltung des Gottesdienstes einbezogen waren, wo sich Vielfarbigkeit, Vielstimmigkeit und Begeisterung unmittelbar mitteilten, prägte sich das ein. Die politischen Gegensätze, die in der Diskussion um den Golfkrieg, der sich während der gleichen Zeit ereignete, aufgebrochen waren, konnten immerhin in das gemeinsame Gebet vor Gott gebracht werden. Aber die Mahlfeiern offenbarten noch viel tiefere Gegensätze. Die so oft beschworene eucharistische Gastfreundschaft war nicht, war noch nicht zu verwirklichen. Während ich mich im Gottesdienstzelt der großen Schar der Kommunizierenden anschloß, blieb meine Genfer Kollegin und Freundin, eine katholische Schwester, sitzen und weinte. Einen Tag später in der orthodoxen Liturgie fühlte ich mich ebenso ausgeschlossen wie sie.

Beide Male aber mußte ich an eine Situation denken, in der ein katholischer Priester während der Meßfeier in einer kleinen Arbeitsgruppe seine Hostie mit mir geteilt hatte, weil er sah, daß der Zelebrant mich übergangen hatte. In Harare wird es gemeinsame Gottesdienste, aber ohne Eucharistiefeyer geben. Einheit der Kirche – ist sie nicht doch auch da, wo sie sich nicht sichtbar gezeigt hatte, und obwohl sie sich noch nicht gezeigt hatte? – Hängt sie nicht mehr von Christus als von unserem Urteil, unserem Glauben und der ihm entsprechenden Möglichkeit in unserem Verhalten ab?

Immer wieder kam ich darauf, daß es nicht von ungefähr ist, daß Jesus Gott selbst um die Einheit bittet (Johannes 17, 21), daß er sie nicht unserer willentlichen Anstrengung und unserer eigenen Aktion empfiehlt. Ich fürchte daher, daß wir uns täuschen, wenn wir hoffen und glauben machen, mit nicht nachlassender Kraft könnten wir selbst das Ziel erreichen. Ist Einheit nicht allein Gottes Tat und Geschenk? Ist sie nicht der Kirche als eschatologische Gabe schon gegeben, aber auch noch vor uns und immer wieder neu vor uns? Unser Wille aber, unsere moralische Kraft, unsere Anstrengung, werden sie nicht zutreffender durch den Begriff „Gemeinschaft“ ausgedrückt? Ist es nicht die Gemeinschaft, für die wir etwas tun können und müssen? Im Begriff „Gemeinschaft“ steckt das internationale Moment, das uns in Anspruch nimmt und in Bewegung setzt. Zu der „einander verpflichteten Gemeinschaft“, wie 1961 die Voll-

versammlung in Neu Delhi formuliert hat, müssen sich die Kirchen, müssen wir alle uns in der ökumenischen Bewegung immer neu bekennen, wir müssen sie „werden“. Die Qualität solcher Gemeinschaft wird davon abhängen, inwieweit wir in der Lage sind, die realen Lebensumstände, die Vielfalt der Ausdrucksformen des Glaubens, die Unterschiede, die tatsächlichen Spannungen und Konflikte, die Widerstände auszuhalten oder auch stehen zu lassen. Wie gut wir über Differenzen streiten können, ohne auseinandergehen und uns trennen zu müssen, weil wir sie wie die Übereinstimmungen nicht als statische ein für allemal feststehende Größen begreifen, sondern der Entwicklung und der Veränderung öffnen können. Oder schließlich, wo uns das Gut der Beziehung, die Christus zu den anderen ebenso wie zu uns hat, um so vieles größer und wichtiger erscheint als die Gegensätze, die wir sehen.

Ist es ein Zufall, daß der Begriff der Gemeinschaft, um den es ebenfalls schon in Neu Delhi ging, seit Canberra wieder neu aufgenommen und ins Zentrum gerückt wurde? Ich meine die Erklärung „Die Einheit der Kirche als Koinonia: Gabe und Berufung“, die inhaltlich von unserer Abteilung vorbereitet worden war. Das Verständnis von Einheit wird hier durch den Begriff der Gemeinschaft bestimmt. Und diese Gemeinschaft erhält, wie uns orthodoxe Christen gezeigt haben, Sinn und Bedeutung aus ihrer engen Beziehung zur göttlichen Dreieinigkeit.

Kirche dürfen wir schon „sein“ – Gemeinschaft müssen wir „werden“. Daß sich in unserem Jahrhundert so viele Kirchen in der ökumenischen Bewegung zusammengefunden haben, weil sie wissen, daß sie nicht für sich allein, daß sie nur mit anderen zusammen die Kirche sein können, ist nach den jahrhundertelangen Alleingängen an sich schon ein Wunder. Aber es ist noch beeindruckender, wenn sie „festhalten an der Gemeinschaft“, wie es in der Apostelgeschichte heißt (Apostelgeschichte 2, 42).

Der Appell an die Gemeinschaft kann von oben, vom ÖRK und von den anderen großen Weltorganisationen gewiß angeregt und gefördert werden. Erfahren und beglaubigt werden kann Gemeinschaft nur im konkreten Glauben und Leben der Kirchen und Gemeinden selbst. Das glaubwürdigste Zeugnis unseres Kirche-Seins legen wir ab mit unserer Gemeinschaftsfähigkeit. Sie erneuert sich da, wo sie ihren Ursprung hat: in der Integrationskraft Christi, in seinem Sein für uns und seinem Festhalten an uns.

BIBEL

Gotteswort in Menschenmund

Klaus Sattler

Die Bibel ist nicht fehlerlos vom Himmel gefallen. Menschen haben sie geschrieben. Die alte Kirche hat die Bibel in ihrem jetzigen Umfang festgestellt. Seitdem haben wir den Kanon (= Regel, Richtschnur). In der Bibel haben wir keine fehlerlos inspirierten Texte vor uns. Die Geschichtlichkeit der Überlieferung schließt ein, daß wir nur durch Menschen hindurch von Jesus und Gott etwas wissen. Es ist ein Stück Inkarnation (= Fleischwerdung) Gottes, daß wir sein Wort in den irdenen Gefäßen von fehlbaren Menschen haben.

Weil Menschen bei ihrer Abfassung beteiligt waren, haben die biblischen Schriften ihre Schwerpunkte, ihre Theologien und ihre Fehler.

Die Verfasser der Evangelien z. B. haben zwar alle denselben Aufriß ihres Evangeliums, von Jesu Stammbaum bzw. Präexistenz bis zu seiner Auferstehung. Also die Erzählung eines Lebens Jesu. Bei näherem Zusehen jedoch sind die Evangelisten in ihrem Stil und in ihren Akzenten sehr verschieden, je nachdem, an wen sie sich mit ihrem Evangelium wenden, je nachdem, wer sie selber sind. Oder: Wegen Micha 5, 1 muß Jesus als Messias in Bethlehem geboren sein. In Wirklichkeit aber ist Nazareth seine Heimat. Manche Züge der Überlieferung stammen nämlich nicht aus der Erinnerung, sondern aus dem Postulat des Schriftbeweises. Der Alten Kirche war sehr wichtig, daß die alttestamentlichen Verheißungen im Neuen Testament in Erfüllung gegangen waren.

So bejahen wir die historisch-kritische Bibelauslegung mit deren Textkritik, Literarkritik, Sachkritik und Formgeschichte. Diese Schriftauslegung, wie sie etwa R. Bultmann (geb. 1884) und seine Schüler betrieben haben und betreiben, hat die Eigenart und Vielfalt der Bibel deutlicher gemacht. Sie trieben und treiben eine Theologie von unten, vom Menschen her. Im Gegensatz etwa zu K. Barth, (geb. 1886), der eine Theologie von oben, von Gott her betrieb.

Vor der geistesgeschichtlichen Epoche der Aufklärung, also auch für die biblischen Schriftsteller, waren historische Wahrheit und mythologische Wahrheit eine Einheit. Wir, nach der Aufklärung, können gar nicht anders als unterscheiden und trennen zwischen geschichtlicher und mythologischer Wahrheit. Wir müssen fragen: Wie war es historisch? Das wissenschaftliche Prüfen der Tradition ist für uns geistiges Schicksal und unausweichliche Aufgabe. Wir können nicht fliehen in ein Dogma von der Unfehlbarkeit der Bibel oder des Kanons. Wir würden so zu der Autorität der Kirche flüchten, die Dogma und Kanon gebildet hat. Ich bin z. B. davon überzeugt, daß die Kirche das etwa am Jesusbild weggelassen hat, was ihr nicht gefiel.

Die älteste Gestalt des biblischen Kanons bildete sich etwa in den Jahren 140 - 200 nach Christi Geburt heraus. Das Kriterium für das kanonische Ansehen einer biblischen Schrift war ihre (vermeintliche) Abfassung durch einen Apostel oder einen Apostelschüler. Bei der Festsetzung des Kanons ging es sehr menschlich zu. Im einzelnen liegt über der Entstehungsgeschichte z. B. des Neuen Testaments ein tiefes Dunkel. Der zweite Teil des neutestamentlichen Kanons blieb bis ins 4. nachchristliche Jahrhundert umstritten (Jakobus, 2. Petrus, 3. Johannes, Hebräer, Offenbarung). Spitz formuliert kann man sagen: Wir glauben nicht an die Bibel als womöglich bis ins letzte Komma hinein unfehlbares Wort Gottes, sondern an Gott, der uns in diesem Wort entgegentritt. Die historisch-kritische Bibelauslegung, hebt die Kanonizität der Bibel vorübergehend auf und erklärt sie wie ein Stück Profanliteratur. Sie überläßt es dem Geist Gottes, ob sich der Text als Kanon des Glaubens und Handelns erweist und durchsetzt. Jedes historische Detail, das uns z. B. den geschichtlichen Ort schärfer erfassen läßt, hält uns ab von unbegründeten Spekulationen.

Uns ist bewußt, daß diese Art von Schriftauslegung (etwa eines R. Bultmann) die Gefahr einer individualistischen Engführung in sich birgt, und z. B. das „Volk Gottes“ leicht aus dem Blick verliert.

Wir glauben nicht an diese Methode als allein seligmachende. Aber wir kennen hier keine bessere zur Zeit. Wir halten auch davon nichts, daß sie für alle Zeiten das Wahre wäre. Jede Methode ist nur ihrer Zeit die Wahrheit schuldig. Wir glauben, daß trotz aller Methode der Bibelauslegung Gott selbst uns in den Texten der Bibel entgegentritt. Wenn einer seiner Boten, überzeugt von seiner Botschaft, uns mit dieser anspricht und packt, ist das vernommene Wort Gottes Wort für uns. Nur im voraus wissen wir nicht, daß Gott spricht, so, wie sich bei dem Problem wahre und falsche Prophetie auch erst im Nachhinein erweisen wird, wer recht hatte, wer Gottes Stimme vertrat (Jeremia 23, 6 ff.). Wir folgen nicht Gottes Auftrag, weil wir die Bibel als unfehlbares Wort Gottes vor uns haben, sondern weil ihr Inhalt uns trifft. Wahrheit enthält die Bibel, soweit sie überzeugt. Sie überzeugt, so sie uns ergreift, unser Gewissen bindet und unseren Willen prägt. Offenbarung muß sich erweisen, sie steht nicht von vornherein fest. Die historisch-kritische Wissenschaft kann das Wagnis des Glaubens und Handelns weder verringern noch gar beseitigen. Bibelkritik meint nie Kritik an Gott.

Der Inhalt der Bibel besteht grob in der Geschichte des Volkes Israel, seinem Ungehorsam gegen Gottes Gesetz, Gottes Erbarmen mit seinem Volk (AT), Gottes Versuch, mit Jesus Christus unsre Welt zu erlösen (NT).

Wichtig ist, daß wir diesen Inhalt ernst nehmen, die biblische Wahrheit über uns gelten lassen, gleichgültig, welche Auslegungsmethode wir anwenden. Entscheidend ist, daß wir dann nicht ausweichen, wenn wir Gottes Wort vernommen haben. Wir müssen aufpassen, daß wir sensibel werden oder bleiben für

das, was Gott von uns will. Die Gefahr des Verdrängens ist groß. In der Bibel kommen Erfahrungen und Verhaltensweisen zu Wort, werden Lösungen von Problemen gezeigt, Gott selbst kommt zur Sprache. Darum ist uns der biblische Text und seine sachgemäße Auslegung wichtig.

Wir verurteilen niemanden, der anders denkt. Wir brechen über niemanden den Stab, der/die eine andere Methode der Bibelauslegung anwendet. Vielmehr möchten wir auf die Tradition schauen, in der er oder sie groß geworden ist. Woher er/sie kommt. Je nachdem wird auch das Bibelverständnis sein. Und letzten Endes kommt es nicht auf die Methode der Schriftauslegung an, sondern auf die Vollmacht und Autorität, mit der uns eine Person oder ein Text trifft und in Beschlag nimmt. Wir wollen unser Profil zeigen und gleichzeitig tolerant sein gegenüber den Leuten, die eine andere Schriftauslegungsmethode, eine andere Theologie vertreten als wir selbst in dem Bewußtsein, daß Methoden und Theologien relativ sind. Entscheidend wird sein, daß wir Gottes Zuspruch und Anspruch aus der Bibel herauslesen oder – hören und tun, was wir als Gottes Wort vernommen haben. Wenn ein Mensch das tägliche Schriftwort im Losungsbüchlein liest und von der historisch-kritischen Methode der Bibelauslegung keine Ahnung hat – in Ordnung. Er oder sie muß nur in die Tat umsetzen, was er/sie verstanden hat. Von uns aber, die wir dies Buch und andere gescheiterten Schriften lesen, wird anderes erwartet und verlangt. Nämlich: die bestmögliche Bibelauslegung zu suchen, zu finden und anzuwenden. - Aber, wie gesagt, wir möchten diese Methode nicht für alle Zeiten verabsolutieren oder/und unser jeweiliges Gegenüber zum willenlosen Objekt machen oder vergewaltigen.

Die Geister scheiden sich quer durch alle theologischen Lager hindurch. Ein toleranter Moslem ist mir lieber als ein Christ, der kein Verständnis für einen anderen Standpunkt hat.

Schatzsuche

Vom Gewinn, die Bibel feministisch-kritisch zu lesen

Eva-Maria Agster

Vor einiger Zeit wurde ich kurzfristig von einer Gruppe älterer Frauen eingeladen, zu ihnen zu kommen und eine Bibelarbeit zu halten. Den Text konnte ich selbst bestimmen. Ich kannte diese Frauen nicht näher, aber so weit hatte ich einen Eindruck von ihnen, daß ich mir sicher war, daß sie allem Feministisch-Theologischen abgeneigt waren. Was für einen Bibeltext sollte ich mit ihnen bearbeiten?

Ich beschäftigte mich gerade mit der Frage nach dem Opfer und seiner Bedeutung für die Religion und war in diesem Zusammenhang auf eine namenlose junge Frau im Alten Testament gestoßen, die ein Opfer unter anderem des Gottesbildes ihres Vaters wird. Das ist Jefta, ein Soldat, von dem berichtet wird, daß er Gott ungezwungenermaßen einen Eid schwört, das erste, was ihm bei seiner Rückkehr über die Schwelle des Hauses entgegenkommt, zu opfern, wenn er eine für ihn entscheidende Schlacht gewänne. Das erste war sie: Seine Tochter, die ihm mit Pauken und Siegestanz, fröhlich über seinen Erfolg, entgegenkommt. Die Geschichte nimmt letztlich den Lauf, den sie nehmen muß. Die Tochter Jefthas wird das Opfer ihres bis ins Mark erschütterten Vaters, der der festen Überzeugung ist, seinem Gott die Erfüllung des Eides nicht schuldig bleiben zu dürfen. Das einzig Schöne an dieser grausigen Geschichte ist das, was sich zwischen der Rückkehr des siegreichen Vaters und dem für die Tochter tödlichen Ende von Jefthas Opfereid ereignet. Die Tochter erkennt realistisch, daß sie keine Chance hat, dem von ihrem Vater unbewußt für sie Bestimmten zu entgehen. Aber sie ist nicht bereit, das einfach passiv hinzunehmen. Sie will ihren eigenen Platz in ihrer (Lebens-) Geschichte finden, sogar oder gerade angesichts des Todes. Sie erbittet sich von ihrem Vater zwei Monate, in denen sie mit Gefährtinnen in den Bergen für sich sein kann, um ihre „Jungfrauenschaft“ zu beweinen. Zwei Monate – zwei Zyklen im Leben der jungen Frau, in denen sie mit anderen jungen Frauen ihre weibliche Identität bewußt lebt. Berge gelten seit alters als Orte des Heiligen. An einem solchen Ort, vom Heiligen berührt, vom Heiligen umarmt, will sie in der erbetenen Zeit zu sich, zu ihrem religiösen, selbst-bewußten Frausein kommen, „das nie einen Mann erkannt“ hatte (Richter 11, 29-40).

Nicht ohne eine gewisse Bangigkeit machte ich mich mit dieser Geschichte auf in den Kreis der Frauen. Die Frauen hatten von dieser Geschichte noch nie etwas gehört. Sie waren sehr bewegt von dem Geschehen und auch davon, daß von dieser angesichts des Todes um ihre Selbstbewußtheit ringenden Tochter im Gegensatz zu ihrem Vater kein Name überliefert ist. Wir stellten fest, daß wir ihren Namen und damit ihre Identität nicht wieder für uns sichtbar machen konnten, aber wir stellten auch fest, wie in der Beschäftigung mit dieser jungen

Frau, wie in dem Versuch uns dem anzunähern, was da in ihr vorgegangen sein muß, zweierlei geschah: Wir sprachen auf dem Hintergrund unserer eigenen Erfahrungen, manchmal nur in Andeutungen, weil es schwer ist auszusprechen, wo wir selbst zu „Opfern“ geworden sind. Einige Frauen sprachen auch darüber, wo sie - ohne es es zunächst zu wissen oder zu wollen - andere zu Opfern gemacht hatten. Es ging lebhaft und nachdenklich zu. Die Tochter Jeftas nahm unter uns, wenn auch nicht einen Namen, so doch vorstellbare Züge an. Und dann geschah noch etwas: Fragen wurden laut. Fragen an den Vater, Fragen an seine Vorstellung von Gott, wie er dazu gekommen war, einen solchen Schwur abzulegen, ihn über die Leiche seiner Tochter gehend einzuhalten. Auch da schwang sehr viel persönlich Erlebtes mit.

Später kam eine Frau aus diesem Kreis zu mir und erzählte mir ihre persönliche Opfergeschichte, und daß diese alte biblische Erzählung sie ermutigt habe, danach zu suchen, wie auch angesichts einer ohnmächtig machenden Erfahrung um Selbstbewußtsein gerungen werden kann.

„Warum haben wir von diesem Text noch nie etwas gehört?“, fragten die Frauen, „warum werden uns solche Texte vorenthalten, warum hat die Tochter keinen Namen und und und?“ Kritische Fragen, die immer kommen, wenn Bibel-Frauen in einer Bibelarbeit Gestalt annehmen, die vorher blaß erschienen oder gar nicht wahrgenommen worden waren.

Die Frauen aus dem Frauenkreis wollten die Bibel weiterlesen unter dieser Fragestellung: Wo sind Spuren von Frauen, die wir noch nicht entdeckt haben und von denen wir abschauen können, daß wir nicht ohnmächtige Opfer zu sein brauchen, sondern in unsere ganz eigene Frauengeschichte kommen können. Obwohl viel Schweres in unserer Bibelentdeckung lag und aus dem Unbewußten heraufkam, gingen die Frauen fröhlich auseinander. Das erlebe ich sehr oft, wenn ich mit Frauen so die Bibel lese: Daß wir miteinander fröhlich werden, weil wir das Gefühl haben, dadurch in unser Eigenes zu kommen.

Das ist für mich einer der wesentlichen Gewinne, die Bibel mit dem spezifischen Blickwinkel einer Frau, also feministisch zu lesen, daß Frauen sich auf die Spurensuche ihrer eigenen Geschichte machen können, ihrer Geschichte in der Religion des Judentums und des Christentums. Frauen wurde ihre eigene Geschichte vorenthalten. Da haben die christlichen Frauen Anteil an der Geschichte aller Frauen: Daß uns unsere Geschichte durch die Gesetzmäßigkeiten des Patriarchats verlorengegangen ist. Frauen selbst müssen sie suchen und - das ist der Gewinn feministischen Bibellesens - wir können die Erfahrung machen, daß sie auch Stück um Stück gefunden werden kann. Diese Spurensuche ist manchmal mühsam. Gerade darum macht es mir großen Spaß zu sehen, mit welcher Energie und Klugheit Frauen in den letzten zwei Jahrzehnten eine Vielzahl von Spuren zusammengetragen haben. Sowohl Frauen, die in der Wissenschaft und Publizistik arbeiten - wie schön, daß die Titel feministisch - theo-

logischer Literatur mittlerweile kaum mehr zu überblicken sind - als auch Frauen in unzähligen Frauengruppen unserer Kirche. Auf der Spurensuche nach den verschwiegenen und schweigenden Frauen in der Kirchengeschichte begriffen unzählige Frauen die Notwendigkeit, mündig zu werden, Frauen-Geschichte mit den sie bedingenden Strukturen öffentlich zu machen: Viele Frauen sind nicht unter sich mit ihren Erkenntnissen geblieben, sie sind damit an die Öffentlichkeit gegangen. Das führte zu heftigen Kämpfen, die noch lange andauern werden, weil patriarchale Interpretationshoheit gefährdet wird. Dadurch, daß die Frauen nicht unter sich bleiben mit dem, was sie bei ihrer Spurensuche entdecken, geben sie das Gewonnene in den geschichtlichen Prozeß zurück. Frauen zeichnen ihre Entdeckungen in die Geschichte ein und bereichern damit die Geschichtsschreibung entscheidend.

Sie gewinnen zudem die Aufmerksamkeit der kritischen Frauen „am Rande“ oder schon außerhalb der Kirche. In einem (nicht-kirchlichen) Seminar sagte eine Teilnehmerin, die aus der Katholischen Kirche ausgetreten ist, nach einer Kurseinheit über feministische Theologie zu mir: „Sie haben es fertiggebracht, daß ich zum ersten Mal in dieses dicke Buch geschaut habe“.

Nachdem nicht mehr aufzuhalten war, daß Frauen die Bibel feministisch-kritisch lesen und der historisch-kritischen Lesart damit eine weitere wesentliche hinzugefügt war, ist die Frage nach der Entstehungsgeschichte der Bibel, nach dem, wie wir sie „richtig“ lesen, wie auch die Frage nach der verborgenen „Frauen-Schicht“ der Kirchengeschichte gestellt. Die feministisch-kritische Lesart der Bibel hat einer Erkenntnis, die in der ökumenischen Theologie und in den neueren Entwicklungen der Missionswissenschaften sowie in der Praxis moderner Missionarbeit längst erkannt war, erneut Gewicht und Gehör verschafft: Jede Aussage, auch eine biblische, ist zunächst aus ihrem je eigenen Zusammenhang (Kontext) zu verstehen. Zu diesem je eigenen Zusammenhang gehört dann auch der Kontext der Lesenden. Die Bibel ist nicht zu verstehen, ohne daß wir Erkenntnisse der historisch-kritischen Methode ernst nehmen. Ihre lebensklärenden und dadurch lebensbefreienden Aussagen sind aber durch diese Methode dem Leben nicht zugänglich zu machen. Dazu gehört, daß wir die Erfahrungen von uns Lesenden mit dem Erfahrungshintergrund derer, die aufgeschrieben haben und von denen die Geschichten der Bibel handeln (z.B. Frauen, die selbst nicht schreiben konnten) in ein Gespräch bringen. Zu unseren Erfahrungen gehört die ganze Wirkungsgeschichte, die diese biblischen Texte gehabt haben. Auch und gerade die frauenunterdrückende Wirkungsgeschichte. So stellt das feministisch-kritische Lesen der Bibel die doch immer wieder notwendige und erfreuliche Herausforderung an die Theologie zu klären, wie sich die Bibel und unser Leben in einen sinnvollen, dem Leben dienenden Dialog bringen läßt.

Wenn wir die Bibel feministisch lesen, tritt einerseits Frauenunterdrückendes hervor. Dies zu erkennen, hat viele Kirchen-Frauen in Wut versetzt, hat uns

klagen lassen über das, was uns in unserer religiösen Identitätssuche dadurch vorenthalten ist. In der Wut und in der Klage stecken zu bleiben, ist allerdings nicht Anliegen feministisch-kritischen Bibellesens. Unsere Klage kann oft in Freude verwandelt werden, denn wer sorgfältig liest, wird andererseits auch - wie schon in der Geschichte von Jettas Tochter - auf das frauenbefreiende Erbe in der Bibel stoßen. Für die Frauen, die auf der Suche nach ihrer religiösen Identität als Frau sind, eine unverzichtbare Spurensuche. Nun gewinnen wir ja Identität nicht allein aus der Frage nach unserer Herkunft oder gar darin, daß wir die Vergangenheit konservieren oder sie für „das Eigentliche“ erklären. Ohne Verwurzelung jedoch in dem Boden, der uns trägt, kann religiöse Identitätssuche nicht gelingen. Zu diesem Boden gehört die „Kirchengeschichte“ der Frauen. Und diese Kirchengeschichte der Frauen, der verschwiegenen und selbst schweigenden, gehört nun allerdings auch zur Kirchengeschichte der Männer. Auch sie müssen sich verorten auf einem Boden, zu dem gehört, daß Frauen verschwiegen wurden, Frauen schweigen mußten oder sollten. Wenige Männer reagieren auf diese Erkenntnis so wie jener, der in einem mehrteiligen Seminar zur feministischen Theologie in helle Empörung ausbrach über die Kirchengeschichtsschreibung, die ihm da begann, deutlich zu werden. Er fing wie besessen an, feministisch-theologische Literatur zu lesen und war mit Feuereifer dabei, sich auf Spurensuche zu begeben. Am nächsten Seminarabend kam er mit einem Stapel neuer Bücher von Christa Mulack, Elisabeth Moltmann-Wendel und anderen. Ich hatte den Eindruck, er habe sein Sparsbuch geplündert und er war in seinem Entdeckungseifer durch nichts – auch nicht durch die Skepsis der anderen anwesenden Männer – zu bremsen. Er sagte, er sei heilsam erschüttert, und die Welt sei nicht mehr, was sie vorher war.

Religiöse Identität zu gewinnen, bedeutet für viele Frauen, nicht dabei stehen zu bleiben, Spuren von „damals“ aufzusuchen und sich daran zu freuen, daß es unglaublich starke, kluge, beredete und liebesfähige Frauen in unserer religiösen Vorgeschichte gab. Zur Mündigkeit feministischen Bibellesens gehört, kreativ mit den Entdeckungen umzugehen und sie dadurch der Gegenwart zugänglich zu machen: Malend, tanzend, musizierend, schreibend, (Theater-) spielend, Gottesdienstsprache neu prägend. Mündigkeit heutiger feministisch-bibellesender Frauen besteht darin, dem, was sie entdeckt haben, vielfältig und leidenschaftlich Ausdruck zu geben. Die Kirche gewinnt dadurch an Eros. Das halte ich für einen Gewinn. Eine Kirche ohne Erotik, ohne erkennbare Leidenschaft fürs Leben, ist für mich ein Ärgernis, dem zu wehren gilt. Mittlerweile sind Frauen auch darin mutig geworden - obwohl sie sich noch immer vielen Demütigungen aussetzen, wenn sie es wagen - mit diesen Ausdrucksformen nicht unter sich zu bleiben, sondern anderen Kirchenfrauen und Kirchenmännern daran Anteil zu geben.

Darin liegt ein starkes politisches und ökumenisches Potential: Wo frauenunterdrückendes und frauenbefreiendes Erbe zum Vorschein kommt, kann Spiritualität politisch und kämpferisch werden. Dann, wenn Frauen ihre Entdeckungen

nicht für sich genug sein lassen, sondern miteinander darüber nachdenken, in welchen Bezug das Erbe zur Gegenwart gesetzt werden kann und welche frauenbefreiende Ziele daraus heute für Christinnen und Christen formulierbar sind. Da zeichnen sich Frauengeschichten von heute in alte Geschichten ein, und die alten Geschichten werden zu den Geschichten von heute. Die Frauenforen des Kirchentags begannen schon früh damit, das erlebbar zu machen. Es spannt sich ein neuer Bogen um die Welt, ein ökumenischer Bogen: Frauen aus völlig unterschiedlichen soziokulturellen Erfahrungshintergründen begeben sich auf Spurensuche und setzen das Gefundene in einen Bezug zur Gegenwart. Sie decken unterdrückende Strukturen auf, formulieren Hoffnungen und Ziele. Zum Beispiel beim Weltgebetstag. Er macht die Früchte dieser Spurensuche öffentlich und nennt - in unterschiedlicher Deutlichkeit - klare Ziele, für die es zu kämpfen und zu beten gilt.

Wer vom Gewinn redet, sollte um der Redlichkeit willen nicht verschweigen, daß es auch Verluste gibt. Ich habe sie bewußt nicht in den Mittelpunkt gestellt, weil das, was gewonnen wird durch feministisch-kritisches Lesen der Bibel, für mich gewichtiger ist, als das, was verloren geht. Das heißt nicht, daß die Verluste in der einzelnen Biographie nicht sehr einschneidend und schmerzlich sein können und die Fähigkeit, trauern zu lernen, schmerzhaft herausfordern. So ähnlich, wie es Elisabeth Moltmann-Wendel in ihrer Selbstbiographie beschreibt, ist es vielen gegangen, die begeistert sich auf den neuen Weg gemacht haben: „Schmerzlich war es, wenn frühere enge theologische Gefährten nicht mehr mitgehen zu können meinten. Unser Berner Freund, der alte Kämpfer in der Bekennenden Kirche, Karl Kampffmeyer, sah mich nach einem Vortrag, den ich in der Kirchlichen Hochschule Wuppertal gehalten hatte, lange enttäuscht an und sagte schließlich: „Ja, das ist wirklich ganz anders.“ Und Eberhard Bethge bekannte mir nach einer Veranstaltung in Bad Godesberg traurig, daß er so viele theologische Wandlungen in seinem Leben durchgemacht hätte, aber die nicht mehr mitmachen könnte.“ (Wer die Erde nicht berührt, kann den Himmel nicht erreichen, Zürich 1997, S. 228).

Es ist ein Verlust für die, die den Grund des Theologietreibens in Frage gestellt sehen. Und es ist ein Verlust für die, die nicht mehr teilhaben können an einer Art Selbstverständlichkeit, mit der theologisch geredet oder in der Kirche „verkündet“ wird. Diesem Verlust steht jedoch letztlich ein Gewinn an selbstbewußter Eigenverantwortlichkeit gegenüber.

Wer den feministisch-kritischen Zugang zur Bibel für unabdingbar für die Zukunft unserer Kirche hält, wird sich auch Einsamkeitserfahrungen aussetzen müssen. Diese Einsamkeitserfahrungen haben etwas mit Trennungen zu tun. Menschen entfernen oder trennen sich voneinander, auch Frauen trennen sich von Frauen. In der Theologie – noch nie einheitlich – trennt sich etwas, wird etwas unterscheidbar und dadurch auch klarer. Die feministische Weise, die Bibel zu lesen, hat zu einer Krise in der gewohnten Männer-Theologie und

Männer-Kirche geführt. Diese Krise ist längst nicht ausgestanden. Auch nicht die durch die tiefenpsychologische Lesart ausgelöste. Es wird spannend bleiben, kommende Entwicklungen mitzuerleben.

Ich freue mich oft darüber, für wieviele Menschen die Entdeckung der Möglichkeit, die Bibel feministisch-kritisch zu lesen, zu einer Neuentdeckung der Bibel wird. Wie die Bibel für sie plötzlich das wird, was sie auch für mich ist: Ein Buch voller Schätze.

Dieses Buch ist ein Schatz. Das neu und lebendig zu erkennen, dazu hat das feministisch-kritische Lesen der biblischen Texte einen noch gar nicht zu ermessenden Beitrag geleistet. Feministisch-kritisches Bibellesen ist Schatzsuche. Schatzsuche: Zauberwort seit Kindertagen. Ein Schatz ist anziehend, geheimnisvoll, will gesucht, entdeckt, in- und auswendig als einmaliger Schatz erkannt werden. Er läßt das Herz höher schlagen, Lebendigkeit pulsiert. Was als Schatz erkannt ist, sollte bewahrt und sorgsam gepflegt werden. Nicht, indem wir ihn irgendwo zur Ansicht auslegen oder aus Ängstlichkeit irgendwo verschließen und nicht mehr an ihn rühren, sondern indem wir die Berührung mit ihm suchen und ihn so immer erneut zu unserem lebendigen Schatz machen. Andere mögen daran vorübergehen, obwohl ihnen das gleiche vor Augen ist. Aber die, die Augen haben zu sehen, dahinter zu sehen, tiefer zu sehen, als das, was zunächst vor Augen ist, die führen ein reiches Leben, ein Leben reich an Schätzen, nach denen stets neu zu suchen sich lohnt.

Ich bin der festen Überzeugung, daß es notwendig ist, daß wir in der Kirche zu einer Gemeinschaft der feministisch-lesenden SchatzsucherInnen werden. Die Kirche lebt in der Nachfolge dessen, der das Reich Gottes in den Mittelpunkt seiner Verkündigung und seines Lebens stellte. Jesus lebte das Reich Gottes in einer Weise, die Frauen nicht verschwieg. Frauen kamen bei ihm über Wesentliches zu Wort. Er lebte dieses Reich Gottes mitten unter den Menschen seiner Zeit so, daß frauenunterdrückende Strukturen kritisiert und nicht unterstützt wurden. Frauen konnten in dieser Bewegung ohne Angst Schwachheit zum Ausdruck bringen, konnten stark sein oder stark werden, ihre ganz eigene Geschichte leben. Kirche ist nicht Kirche Jesu Christi, wenn sie nicht eine Gemeinschaft mündiger, gleichberechtigter Frauen und Männer ist, die sich ihrer jeweiligen Würde und Identität als Christinnen und Christen bewußt sind.

Das feministisch-kritische Lesen der Bibel leistet auf dem notwendigen Weg dorthin einen unverzichtbaren Dienst und wird aus einer solchen Gemeinschaft nicht mehr wegzudenken sein. Darum ist es ein Gewinn für uns alle, für die Kirche Jesu Christi.

Frauen – Gott – Macht

Renate Ganzhorn-Burkhardt

Was habe ich mir den Kopf heißgelesen, heißgehört und heißgeredet über das Thema „Frauen und Macht“ während meiner Zeit als Pfarrerin der Frauenarbeit unserer Landeskirche. Heiß diskutiert in den verschiedensten Zusammenhängen und Zusammensitzungen. Aber kopfig ist es geblieben für mich, oft: heißer Kopf und kalte Füße. Dann habe ich Frauen und Gott und Macht erlebt (und warm wurde es mir dabei, vom Kopf bis zu den Zehenspitzen): auf einer Tagung von Frauen zum Thema „Macht haben – mächtig sein“. Das Gleichnis von den anvertrauten Talenten oder dem anvertrauten Vermögen (Mt.25, 14ff.) war dafür Grundlage und wurde bibliodramatisch ins Lebens-Bild gesetzt. Daß Macht (laut Kluges etymologischem Wörterbuch) von der Wurzel her nicht mit machen, sondern mit mögen/vermögen (auch groß geschrieben!) zusammengehört, ist mir seit dieser Tagung klar. Damals formulierte ich zum Schluß-Gottesdienst, was für mich sechs Jahre später immer noch stimmt:

„Ich habe auf dieser Tagung viele Impulse bekommen. Neue Fragen, neue Möglichkeiten, dem Gleichnis von dem anvertrauten Vermögen als Lebens-Bild nachzudenken: zu fragen, was es bedeutet für mich, meine Erfahrung als Frau in dieser Gesellschaft, meine Erfahrung mit Gott.

Ich habe gestaunt darüber, wie im Bibliodrama aus dem Herrn und seinen Knechten eine Mutter mit ihren Kindern wurde und auch eine Chefin mit ihren MitarbeiterInnen, die genauso unerbittlich nach dem Erfolg fragt und zum Bilanz-Ziehen auffordert wie der Herr in Mt.25. Die dann aber auch mithilft, nach dem Vergrabenen zu suchen, statt nur auf die Bänker hinzuweisen...“

Von diesen Erfahrungen aus sehe ich Mt.25, 29 neu, sozusagen als Bild-Unterschrift unter das Gleichnis vom anvertrauten Vermögen, von unserer Macht: „Denen, die haben, wird gegeben werden, und sie werden die Fülle haben. Von denen aber, die nicht haben, wird auch, was sie haben, genommen werden.“

Im Blick auf unser Thema heißt das:

„Den Frauen, die Macht haben, wird Macht gegeben werden:

Sie werden Macht in Fülle haben.“

Ein ermutigender Satz.

Denn wir Frauen haben Macht:

Lebensmacht,

schöpferische Macht.

Macht, uns zu öffnen und mitzuteilen,

Gastfreundschaft zu gewähren und Heimat zu sein,

Macht, uns von eingefahrenen Geleisen zu lösen,

Macht, „Nein“ zu sagen.

Macht, Ohnmacht auszuhalten, ohne zu resignieren.

Macht, uns zu engagieren, neue Wege zu entdecken und andere mitzunehmen oder uns anderen anzuschließen dabei: also auch (kirchen-)politische Macht.

Verschieden sind unsere Machtbereiche, verschieden auch unsere Zugänge zu unserer Eigen-Macht. Aber das Wort Jesu macht uns Mut: „Die da hat, der wird gegeben werden, und sie wird Fülle haben.“

Da ist kein kleinlicher Neid: „Daß de au jo net zviel kriagsch!“ Kein mahrender Zeigefinger: „Immer schön bescheiden bleiben!“. Da ist eine restlose Bejahung der Fülle. Und ich sehe uns Frauen wirken in dieser Fülle und unsere Talente entfalten und wissen: Gott ist kein Neider und Unterdrücker. Gott schenkt und mehrt die Macht des für uns und für andere und füreinander Lebendigseins.

„Von denen aber, die Macht nicht haben, wird auch, was sie an Macht haben, genommen werden.“

Ein zunächst unlogischer Satz: Was ich nicht habe, kann mir auch nicht genommen werden. Eingeleuchtet hat er mir im Zusammenhang mit dem Gleichnis: Die Macht, die tief in der Erde vergraben ruht, im Dunkel, die uns nicht (mehr) bewußt ist, die kann uns tatsächlich genommen werden, weil sie nicht zu uns gehört, wir sie uns nicht angeeignet haben.

Also geht es darum, zu graben, zu ent-decken:

- Kenne ich meine Kraftquelle(n)?
- Kenne ich meine Macht in der Welt, die mich umgibt, und den Menschen gegenüber, die mir wichtig und anvertraut sind?
- Kenne ich die Macht der Frauen, die jahrtausendlang - auch in unserer christlichen Tradition - unterdrückt wurde: ihre Macht des Lebens für viele, nicht nur für leibliche Kinder?

Da sehe ich auch mich manchmal in der Gestalt des dritten Knechts (im Gleichnis) bzw. der dritten „Mitarbeiterin“ (im Bibliodrama):

Wenn es um die Frage nach unserem Frausein und unserer Eigen-Mächtigkeit (und damit auch unserer Bedeutung für unsere Kirche) geht, dann habe ich keine Eile, das verborgene Vermögen auszugraben.

Da kenne ich die Angst zu gut, die mich lähmt:

- die Angst vor den Augen und Stimmen der andern („Ja isch dia jetzt au so exdrem?“)
- die Angst davor, lästig zu werden („soo penetrant..“)
- die Angst vor unüberwindlichen Widerständen („Aber Sie wissen doch, daß wir heute global denken müssen...“)
- die Angst vor dem Müdewerden und dem Versagen.

Und dann weiß ich nicht, wie ich vom NICHTHABEN zum FÜLLE HABEN kommen kann.

Ich stelle mir vor, daß Gott (ob als Herr oder Herrin, Vater oder Mutter, Freund oder Freundin, Richter oder Richterin) mich nicht fragt: „Wieviele Predigten hast du gehalten, wieviele Sitzungen übersessen, wieviele Tagungen geleitet?“, sondern:

„Lebst du deinen Lebensentwurf?

Trägst du dazu bei, daß andere ihren leben können?

Hast du dich entdeckt in deiner Lebensmacht – mit deinen Licht – und Schattenseiten?“

Da komme ich leicht ins Erröten.

Dann erinnere ich mich an die Frau, die als Herrin im Bibliodrama sagte:

„Laß uns gemeinsam graben - nach dem, was im Verborgenen da ist.“

Sechs Jahre ist das nun her. Und immer noch mächtig in mir. Und reizt mich zum Weitergeben:

Frauen. Gott. Macht. Und Matthäus 25,14-29.

MENSCHENWÜRDE

Abschiebung des Gewissens

Werner Baumgarten

In der Nacht vom 3. auf 4. Juni 1997 brannte es in der staatlichen Sammelunterkunft Friedrichshafen lichterloh. Nominell haben 400 ausländische Flüchtlinge in dieser ausrangierten Kaserne auf viereinhalb Quadratmetern Nettowohnraum zurechtzukommen, in der Brandnacht waren es etwa 300. Aufgestapelte Plastikbehälter, in denen die Essensrationen angeliefert werden, hatten sich entzündet. Der 26jährige kurdische Flüchtling Bektac Cansu erstickte elendiglich in den Flammen.

53 Menschen wurden mit z.T. schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht. Einer der sechs besonders Schwerverletzten erzählte im Ravensburger Krankenhaus, er sei aus dem dritten Stockwerk gesprungen, um zu verhindern, daß andere Mitbewohner im Obergeschoß zurückbleiben, sondern animiert werden, auf den rettenden Hof nachzuspringen.

Das Gedankenspiel sei erlaubt: Für die 300 Menschen sind die Türen der Gemeindegänge aufgegangen. Sie haben einige Wochen eine liebevolle Betreuung und Pflege von diakonisch geschulten Haupt- und Ehrenamtlichen erhalten. Eine bewegende Welle der Hilfsbereitschaft hat sich über ihnen ergossen. In den Gottesdiensten ist der verängstigten Flüchtlinge und des Verstorbenen angemessen gedacht worden und zusammen mit demokratischen Parteien und Gewerkschaften ist eine würdige Feier geplant, organisiert und durchgeführt worden.

Die Wirklichkeit sah anders aus: Ein Häuflein aufrechter asylengagierter Frauen und Männer kämpfte zusammen mit dem Roten Kreuz gegen das übermächtige Elend an und tat sein Bestes. Die sogenannte „linke Szene“ zog das Gedenken und Demonstrieren an sich. Die wenigen Aufrechten konnten nur noch Schadensbegrenzung betreiben und sich um eine angemessene Trauerform bemühen. Bei der breiten Bevölkerung verfestigten sich die gängigen Vorurteilmuster. Die Gelegenheit wurde versäumt, diese Vorurteile aus Respekt vor dem bitteren Schicksal der sichtbar geschädigten und traumatisierten Flüchtlinge aufzubrechen. Verfaßte Kirche verzichtete darauf, christliche Grundtugenden unspektakulär zu leben, als die Hilfeschreie aus dem Brandhaus erschollen.

Diese Brandkatastrophe und ihre Rezeption kann wohl als Paradigma für den Umgang mit Asylsuchenden in den letzten anderthalb Jahrzehnten in Staat und Kirche herangezogen werden. Die nach Jesus Christus benannte und an seinem Anspruch zu messende Kirche stolperte über eigene bürgerliche Betulichkeit und Begrenztheit am Zufluchtsuchenden vorbei und verpaßte – analog zum

Gleichnis vom barmherzigen Samariter – den richtigen Augenblick, zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Die Mauer der eigenen Vorbehalte, Vorurteile, Vorwände und Ängste versperrte den Weg zum Erkenntnisstritt, Mitleid zu entwickeln, hinzugehen, Öl und Wein auf die Wunden zu gießen und sie zu verbinden.

Es ist daran zu erinnern, daß wir an keinen Gott der ängstlichen Hasenfüßigkeit und schwammigen Profillosigkeit glauben, sondern an den gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus, der auszog, um für Schwache, Ausgegrenzte und Arme da zu sein. Pfarrer der württembergischen Landeskirche sind auf diesen sperrigen Jesus Christus ordiniert, der im Dasein für Ausgegrenzte aufging und deshalb durch einen Urteilsspruch der damaligen Justiz draufgehen mußte.

Der allgemein geschätzte Dietrich Bonhoeffer führte in seiner Ethik im Kapitel „Stellvertretung“ aus, die christliche Gemeinde stehe an der Stelle, an der die Welt stehen sollte; insofern diene sie stellvertretend der Welt, sei sie um der Welt willen da. ... Die Gemeinde sei die neue Schöpfung, die neue Kreatur, das Ziel der Wege Gottes auf Erden. In dieser doppelten Stellvertretung stehe die Gemeinde ganz in der Gemeinschaft und Nachfolge ihres Herrn, der gerade darin der Christus war, daß er ganz für die Welt und nicht für sich selbst da war (Ethik Seite 318).

Der larmoyant beklagte Traditions- und Werteverfall wird in der Asylpolitik virulent: Dort werden Verfassungsgrundsätze mit rabulistischen Verbiegungen wie das christliche Edelgestein des Doppelgebots der Liebe unter dem Diktat der tagespolitischen Zwänge über Bord geworfen. Die offizielle Flüchtlingspolitik betreibt, wie im Folgenden zu beschreiben sein wird, in der Praxis exakt das Gegenteil dessen, was Christen in den Schriften des Alten und Neuen Testaments für den Umgang mit Fremdlingen aufgetragen worden ist.

Im Verlauf der langen Geschichte der Kirche seit der Konstantinischen Wende im Jahr 312 dürfte es kein Novum sein, daß die Mächtigen anderes wollen und praktizieren, als es die biblische Botschaft vorgibt. Anfrage an das Christentum allein bleibt der Umstand, daß sowohl an der Kirchenbasis als auch an der Kirchenspitze die staatlichen Abschreckungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen höchstens auf halbherzige Bedenken stießen. Unter dem sachlich falschen Eindruck, die meisten der weltweit geschätzten 50 Millionen Flüchtlinge würden in die Bundesrepublik „strömen“, wurde 1993 der Asylkompromiß grundsätzlich mitgetragen. Damals kamen als absolute Höchstzahl 438 191 Asylbewerberinnen und Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland. Die Befürworter verweisen seither auf die Erfolgsbilanz der gesunkenen Zugangszahlen von 322 599 Flüchtlingen 1993 über 127 210 im Jahr 1994, 127 937 im Jahr 1995 und 116 367 im Jahr 1996. Sie verschweigen dabei, daß weltweit

die Zahl der Flüchtlinge dramatisch angewachsen ist. Die Kritik der verfaßten Kirche beschränkt sich seither auf Unzulänglichkeiten und vereinzelte Härten der Asylgesetzgebung.

In der Asyларbeit wurde der Asylkompromiß als negativer Höhepunkt und Finale von mehr als 30 Asylrechtsänderungen seit Ende der 70er Jahre gewertet und kritisiert, daß die neuen Asylgesetze nur noch schwer mit demokratischen und menschenrechtlichen Standards vereinbar seien.

Im einzelnen ist zu bemängeln, daß gegen die fiktive Annahme sogenannter „Sicherer Drittstaaten“ keine Widerlegungsmöglichkeit besteht. Das Bundesverfassungsgericht hat stattdessen den Begriff der „normativen Vergewisserung“ eingeführt, der eine Prüfung im Einzelfall ausschließt und zum Alibi für staatliche Machtausübung und staatliche Handlungsspielräume wird. Denn das Bundesverfassungsgericht geht davon aus, daß in allen „Sicheren Drittstaaten“ ein ausländerrechtlicher Abschiebungsschutz besteht. Der Vertrauensschutz in die Rechtsstaatlichkeit der „Sicheren Drittstaaten“ wurde höher bewertet als der individuelle Flüchtlingsschutz.

Auch die Festlegung „Sicherer Herkunftsstaaten“ wurde als verfassungsgemäß eingestuft. Anstatt eng an die Einhaltung der Menschenrechte geknüpfte Kriterien zu entwickeln, wurde dem Gesetzgeber großer Entscheidungs- und Ermessensspielraum zuerkannt. Ghana durfte deshalb entgegen aller vorgetragenen Bedenken „Sicherer Herkunftsstaat“ bleiben. Als Begründung wurde ausgeführt, es komme allein darauf an, ob politische Verfolgung drohe.

Beim umstrittenen Flughafenverfahren, das die Zurückschickung potentieller Flüchtlinge vor der Asylantragstellung erlaubt, wurde die Antragsfrist zur Begründung des Asylantrags um vier Tage verlängert. Es wurde konzidiert, daß bislang die Strukturen für einen effektiven Rechtsschutz im Flughafenverfahren fehlen, aber es liege im öffentlichen Interesse, wenn der Staat Maßnahmen ergreife, um so früh wie möglich unberechtigte Asylverfahren abzuschließen.

Insgesamt muß deshalb der Asylkompromiß mit seinen drei Säulen „Sichere Drittländer, Sichere Herkunftsstaaten und Flughafenverfahren“ als Rückschlag für den Flüchtlingsschutz und den individuellen Grundrechtsschutz gewertet werden; Staatsräson rangiert nun vor dem Schutz des Einzelnen.

Dennoch ist gegen alle Schwanengesänge auf das Grundrecht auf Asyl zu betonen, daß der alte Wortlaut von Artikel 16 erhalten geblieben ist: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Allerdings bleiben Flüchtlinge aus per Gesetz festgelegten „Sicheren Herkunftsländern“, zu denen viele der früheren Ostblockländer gehören, und Flüchtlinge, die über „Sichere Drittstaaten“ eingereist sind, von seinem Genuß ausgeschlossen. Trotz dieser Einschränkung wurden 1995 rund 18 000 und 1996 14 398 Asylbewerber als Asylberechtigte aner-

kannt, erhielten nach § 51 Ausländergesetz 1995 5 300 und 1996 9 611 Flüchtlinge Abschiebeschutz.

In einer Pressemeldung vom 8.1.1997 verdeutlicht der Bundesinnenminister unmißverständlich seine politische Zielvorgabe, wenn er ausführt:

„Die Zahlen für das Jahr 1996 verdeutlichen, daß sich der mit der Asylrechtsreform 1993 eingeschlagene Weg bewährt hat. Die strikte Anwendung des neuen Asylrechts muß unverändert konsequent fortgeführt werden. ... die Zahl derjenigen, die Monat für Monat in Deutschland Asyl beantragen, ist noch immer zu hoch. Es muß alles getan werden, um sie weiter zu verringern.“

Das bedeutet, daß auch in Zukunft mit weiteren Restriktionen und einem weiteren substantiellen Abbau des Flüchtlingsschutzes zu rechnen sein dürfte.

Die Hoffnung vieler im Asylbereich Engagierten auf einen Einhalt dieser Tendenzen durch das Bundesverfassungsgericht trog. Nach Einschätzung vieler Beobachterinnen und Beobachter markiert die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Mai 1996 den Abstand zwischen Staatsräson und Menschenrechten, die Kluft zwischen Recht und Humanität.

Der ai-Asyl-Referent Wolfgang Grenz konstatiert nüchtern: „Das Verständnis des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts, seine Entscheidungen unter verfassungspolitischen Gesichtspunkten mit dem Ziel zu treffen, den inneren Frieden in der Asylfrage zu bewahren, macht deutlich, daß die Befürworter eines weitergehenden Asylrechts gesellschaftspolitisch für nicht bedeutend genug eingeschätzt worden sind, um ihre Positionen in den Entscheidungen wenigstens teilweise berücksichtigen zu müssen.“

Der „Spiegel“ vom 20. Mai 1996 warnt: „Das Asylurteil hat die Bürger kaum in Aufregung versetzt: Es betrifft, so scheint es, nur Ausländer. Welch ein Irrtum.“ Die „Woche“ vom 24. Mai 1996 präzisiert diese Warnung und Befürchtung mit dem Kommentar: „Der einzelne Mensch zählt nichts mehr, ist kein Individuum, nur Bestandteil einer Masse, die es zu quantifizieren und zu bewältigen gilt. ... Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts legitimiert nicht nur einen Niedergang von Rechtsstaatlichkeit zu Lasten der betroffenen Ausländer, sondern einen Verlust an humanen Empfindungen, der für die Deutschen nicht ohne Folgen bleiben kann. (...) Im Hinblick auf Asylbewerber ist nun im Rechts- und Volksempfinden verankert, daß das Individuum keinen Wert aus sich heraus hat. Unter dem Diktat ökonomischen Effizienzdenkens droht humanen Grundauffassungen auch auf anderen Feldern die Kündigung.“

Die Asylthematik greift somit von ihrer inneren Logik auch auf andere umstrittene Felder der Gesellschaft über und stellt die Frage nach dem Wertekern der Gesellschaft. Theologisch kann sie nicht als einmaliger Sündenfall verharmlost werden, der sowieso eine überwiegend nicht-christliche Menschengruppe und somit nicht die eigentliche Gemeinde betrifft. Der angemessene Umgang mit Flüchtlingen könnte als Maßstab zur Überprüfung des eigenen Selbstverständ-

nisses herangezogen werden.

Die anerkannten Standards des internationalen Flüchtlingsrechts, Normen der Genfer Konvention und die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten können zudem gegen die beschriebenen Tendenzen auf den Plan gerufen und eingeklagt werden. Denn selbst das Bundesverfassungsgericht gesteht zu, daß die Forderung nach einer europäischen Asyllösung gestellt werden muß, einer europäischen Gesamtregelung der Schutzgewährung für Flüchtlinge mit dem Ziel einer Lastenverteilung. Flüchtlingsorganisationen fordern dabei Mindestgarantien für ein faires Asylverfahren und schlagen vor, daß Asylsuchende, die aus Schengen- und späteren Dublin-Staaten nach Deutschland kommen, hier auch Zugang zum Asylverfahren erhalten. Sie erwarten, daß eine asylrechtliche Beratung beim Flughafenverfahren eingeführt und Ausnahmen für einzelne bedrohte Flüchtlinge beim Konzept sicherer Drittstaaten eingeräumt werden. Schließlich wird der Aufbau von Flüchtlingsstrukturen in den „Sicheren Drittstaaten“ des früheren Ostblocks angeregt.

Bis zur Umsetzung dieser kurz angerissenen Standards für ein „Minimalasylrecht“ muß jedoch mit großen Abschiebemaßnahmen gerechnet werden. Um effizient abschieben zu können, sind mit Staaten wie Algerien, der Föderation Bosnien-Herzegowina oder der Bundesrepublik Jugoslawien sogenannte „Rückübernahmeabkommen“ geschlossen worden. In Baden-Württemberg bestehen zwei Abschiebehaftanstalten in Mannheim und Rottenburg für 150 zur Abschiebung anstehende Menschen. Wer termingerecht nach negativ abgeschlossenem Asylverfahren nicht ausgereist ist, kann in Abschiebehaft genommen werden. Setzt sich ein Flüchtling bei einer Abschiebemaßnahme zur Wehr, hat er mit polizeilichem Zugreifen zu rechnen, das in der Konkretion als problematisch zu bewerten ist. U.U. wird der Abschiebevorgang mehrmals wiederholt. Die psychische Belastung der Flüchtlinge ist immens. Viele befinden sich in heller Verzweiflung. Statistisch werden mindestens fünf Flüchtlinge pro Tag über den Stuttgarter Flughafen abgeschoben. 1996 wurden bundesweit 13 000 Flüchtlinge gegenüber 21 000 Flüchtlingen im Jahr 1995 abgeschoben. Der Verbleib von vielen liegt im Ungewissen. Von einzelnen ist bekannt, daß sie in erneute Verfolgung gerieten.

Weil viele Asylengagierte Probleme haben, umstrittene Abschiebemaßnahmen tatenlos hinzunehmen, hat sich vor allem nach dem Asylkompromiß von 1993 die Arbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ gebildet.

Die christliche Beistandspflicht wird dort so verstanden, daß als „ultima ratio“ abschiebegefährdeten Flüchtlingen vorübergehender Schutz in kirchlichen Räumen gewährt wird, bis ein erfolgversprechendes Asylfolgeverfahren eingeleitet worden ist oder humanitäre Abschiebegründe von den Behörden akzeptiert worden sind. 70 Prozent der bisher gewährten Kirchenasyle gingen erfolgreich aus. Nach einer Untersuchung der Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“ wurden mindestens 232 Kirchenasyle gewährt. Die Untersuchung selbst

basiert auf 124 Kirchenasylen. Sie zeigt auf, daß 40 Prozent der Kirchenasyle nach drei Monaten, 60 Prozent nach einem halben Jahr und 80 Prozent nach einem Jahr eine akzeptable Lösung gefunden haben und somit beendet worden sind. Insgesamt deutet die Kirchenasylbewegung an, daß es unerschrockene Menschen in Kirche und Gesellschaft gibt, die das Gewissen höher einordnen als eine restriktive Asylpraxis des Staats. Asylengagierte treten somit dem Werteverfall entgegen und halten beispielhaft die Schutzwürdigkeit des einzelnen hoch. Wie wichtig dies für die Zukunft der Gesellschaft sein kann, deutet die Analyse des Rechtsradikalismusforschers Professor Wilhelm Heitmeyer, der festhält:

„Je mehr Freiheit in der kapitalistischen Gesellschaft, desto weniger Gleichheit; je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz; je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität; je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung; je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung; je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.“

Der praktizierte Altruismus vieler Asylfreundeskreise versucht, diesem fatalen Trend entgegenzuwirken. Witwen, Waisen und Fremdlinge werden genauso ernstgenommen wie Menschen, die durchsetzungsfähiger und privilegierter sind. Es ist deshalb anzuraten, die Asylfreundeskreise stärker in kirchliche Strukturen hereinzulassen und ihnen die vorbehaltlose Unterstützung und Anerkennung zukommen zu lassen, die ihrem Engagement entspricht. Ein Weg ist zu suchen, der eine faire Arbeitsaufteilung für Schutzsuchende zwischen verfaßter Kirche, freiem ehrenamtlichem Engagement und Diakonie verspricht.

Bisweilen werden unbequeme Asylengagierte wie die Asylsuchenden selbst kirchliche Kreise stören und aufschrecken. Ziel des Redens und Handelns für Zuflucht suchende Menschen ist jedoch nicht das Stören, sondern das Retten gefährdeter Menschenleben. Dazu benötigt der einzelne wie die gesamte Kirche Mut. Nach Bonhoeffer kann Zivilcourage aber nur aus der "freien Verantwortlichkeit des freien Mannes" erwachsen. Wir Deutschen würden aber erst heute anfangen zu entdecken, was freie Verantwortung heiße. Sie beruhe auf einem Gott, der das freie Glaubenswagnis verantwortlicher Tat fordere und der dem, der darüber zum Sünder werde, Vergebung und Trost zuspreche (Widerstand und Ergebung, Seite 15).

Das Wagnis Asylengagement bedarf wegen seiner Komplexität und Angefochtenheit breiter Rückendeckung. Es bewegt sich auf schmalen Grat. Es kann wie alles Leben scheitern. Aber dieses Wagnis will Leben retten und Gewissen wachrütteln. Es will vermitteln, daß aus der deutschen Geschichte und der christlichen Tradition die Verpflichtung erwächst, Fremdenfreundlichkeit zu kultivieren und den Schutz des einzelnen Flüchtlings höher zu bewerten als die Abwehr vermeintlicher anonymer Flüchtlingsmassen. Alle Maßnahmen des Staates, die Flüchtlinge zur Durchsetzung einer bestimmten Politik instrumentalisieren,

sollten aufgedeckt und benannt werden. Dazu gehören die beschriebenen Asylgesetzveränderungen, die aufwendige Sicherung der Außengrenzen oder die Kürzung der Sozialhilfe für alle Flüchtlingsgruppen auf drei Jahre hinaus. Auch dem Staat darf geschildert werden, wie anstrengend es ist, eine Flüchtlingsabwehrmaske zu tragen.

„An meiner Wand hängt ein japanisches Holzwerk
Maske eines bösen Dämons, bemalt mit Goldlack.
Mitfühlend sehe ich
Die geschwollenen Stirnadern, andeutend
Wie anstrengend es ist, böse zu sein.“
(Die Maske des Bösen, Bertolt Brecht)

Konzertierte Aufgabe von Flüchtlingsgruppen und verfaßter Kirche könnte sein, im mutigen Eintreten für bedrohte Menschen bedrohte Werte zu retten und der Gesellschaft den Weg für eine menschen- und fremdenfreundlichere Zukunft zu erschließen.

Arbeiten darf er, bleiben nicht.

Renate Lück

Mahmut Bekler wartet auf der Straße. Er raucht eine Zigarette nach der anderen. Oben in dem einen Zimmer, das er mit seiner Frau Fatima bewohnt, geht das nicht. Eine knarrende Holzterrasse führt hinauf zum zweiten Stock. Fatima grüßt freundlich und setzt sich mit auf die Couch. Er behält seinen schwarzen Wollmantel an, wie als Schutz. Er hat Angst. Er hat immer Angst. Seit zehn Jahren kämpft er um seine Daseinsberechtigung in Deutschland, und das macht müde. Nun sollen er und seine Frau wieder zurück in die Türkei, in das Land, in dem er gefoltert wurde, weil er einer kommunistischen Partei angehörte. Alle seine Brüder gehörten der TKP-ML an, der Türkischen Kommunistischen Partei der marxistischen-leninistischen Linie.

Mahmut Bekler arbeitete als LKW-Fahrer in Marasch, rund hundert Kilometer von der syrischen Grenze entfernt. Eines Tages wurde er vom Militär abgeholt. Man warf ihm vor, Terroristen Unterschlupf gewährt zu haben. „...Sie kamen mit Gewalt ‘rein“, erzählt der 45jährige, „banden mir die Augen zu und brachten mich weg.“ Zweimal ist das passiert, einmal wurde er drei Tage verhört und einmal fünf Tage. Wer ihn verhört hat, kann er nicht sagen, weil die Augen immer verbunden waren. Das war aber auch das einzige, was bedeckt war. Mit Schlägen überall auf den Leib, wie’s gerade trifft – er zeigt eine verfärbte Stelle auf der Schulter – und mit einem harten Wasserstrahl versuchten seine Peiniger, etwas über seine Kameraden und die Partei herauszubekommen. Er sagte nichts. Sie schlugen ihm die Fußsohlen blutig und ließen ihn in Salzwasser gehen. Er sagte nichts. Dann ließen sie ihn eine Weile in Ruhe auf dem nassen Betonboden hocken und probierten es in der nächsten Runde wieder: an den Füßen aufhängen und mit Gummiknüppeln drauf. Er schwieg beharrlich. Da ließen sie ihn nach Hause. „Wenn sie mich nochmal verhaftet hätten, hätten sie mich umgebracht“, ist Mahmut sicher. Er spricht stockend. „Ich habe mitgekriegt, wie Freunde von mir nach der Folter gestorben sind.“ Das wollte er nicht abwarten. Er kaufte Flugtickets nach Spanien und trampelte und lief mit seiner Frau über Frankreich nach Deutschland, wo schon sein Bruder Adem mit seiner Familie um Asyl gebeten hatte. Der dritte Bruder kam zwei Jahre später und wurde als erster anerkannt. „Letztes Jahr im August hat man unseren Vater mitgenommen, wegen uns“, sagt der Älteste traurig. „Am 15. Oktober ist er an inneren Blutungen gestorben.“ Mahmut hat 6000 Mark für die Beerdigung an seine Schwester geschickt.

Er verdient gut in einer Landschaftsgärtnerei in Stuttgart. Für das eine Zimmer und die Benutzung der Gemeinschaftsküche und des Gemeinschaftsbads im Obdachlosenasyl in Sindelfingen zahlt er 493 Mark. Er könnte sich auch eine richtige Wohnung suchen, aber die Motivation fehlt. Auch auf die hohe Kante legt er nichts, weil er nicht weiß, wie es weitergeht. Er vertröstet sogar seine

Frau, die einen Deutsch-Kurs besuchen will, von einer Verwaltungsentscheidung zur nächsten, immer hoffend, daß sie die Basis für die Zukunft bringen wird. Fatima lächelt unsicher, als er das sagt. Sie versteht offensichtlich eine ganze Menge, redet aber nicht. Mahmut fährt Baumaschinen und verlegt Platten. Bei seinen vier deutschen Kollegen ist er beliebt, und sein Chef ist sehr zufrieden mit ihm. Er würde ihn bis zur Rente beschäftigen. „...Herr Bekler ist mit dem Kopf dabei, ihm muß man nicht lange ‘was erklären’, sagt Elmar Braun. Und: „Wir haben endlich geschafft, daß er eine unbefristete Arbeitserlaubnis bekommen hat. Früher mußte er alle sechs Monate zum Arbeitsamt.“

Das alles nützt nichts, wenn ihm die Richter nicht glauben, daß er in der Türkei gefährdet ist. Wenn es schon nichts gilt, daß sie Aleviten sind – das Bild mit Ali und den zwölf Imamen hängt über der Tür –, die wegen ihrer liberaleren Auffassung des Islams von den Fundamentalisten verfolgt werden, so sollten sie doch wenigstens glauben, daß die Namen der drei Brüder auf der Geheimdienstliste stehen. Mahmut und Fatima haben sich natürlich für das kurdische Volk eingesetzt – auch auf Demos in Deutschland. Da klingt der Brief des Ausländeramtes wie Hohn, in dem steht: „Wie das Verwaltungsgericht in seinem Urteil vom 26.1.96 weiter ausführt, liegen in der Person der Kläger keine Umstände vor, die eine besondere Nähe zum kurdischen Volkstum erkennen lassen. Vielmehr sei die Annahme berechtigt, daß sie in der Westtürkei eine menschenwürdige Existenz finden können.“ „Der sieht so kurdisch aus, wie nur was“, platzt der türkische Dolmetscher heraus, den Mahmut zur Sicherheit eingeladen hat, falls ihm die Worte fehlen sollten. Und er erzählt, daß er mit seiner Mutter kurdisch gesprochen hat. Als sie starb – da war er sechs Jahre alt – hat der Vater angeordnet, daß nur noch türkisch gesprochen wird, damit sie nicht auffallen. Denn in der Schule schlug der Lehrer alle, die kurdisch redeten. Mahmut ist als Zwanzigjähriger schon einmal geflüchtet, nach dem sogenannten Marasch-Fall, als das Militär an die Türen der Aleviten rote Kreuze pinselte, damit die Scharfschützen nicht lange suchen mußten. Auch damals wurde er nicht anerkannt und kehrte freiwillig zurück.

Nun setzten seine Frau und er alle Hoffnung auf die „Härtefallregelung für ausländische Familien mit langjährigem Aufenthalt“. Sie gilt für Familien mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern, die vor dem 1. Juli 1990 einreisten, und für Alleinstehende und Ehegatten ohne Kinder, die vor dem 1. Januar 1987 kamen. Mahmut und Fatima reisten im September '87 ein und haben keine Kinder. Die sechzig Mark, die sie für den Antrag im Ausländeramt bezahlten, sind umsonst ausgegeben. Die Leiterin sagte ihm: „...Es tut mir leid. Sie sind neun Monate zu spät gekommen.“ („...Sindelfinger Zeitung“, 11.3.97) Es sind lauter solch verrückte Geschichten, die die Asylkreise vor Ort nun noch beschäftigen. Vom Bruder Mahmut Beklers verlangte der Richter zum Beispiel ein türkisches Führungszeugnis. Da fragt man sich verzweifelt, was die Entscheider sich dabei denken, war der Vater doch schon wegen der Flucht der Söhne gefoltert worden. Wenn man sich jahrelang mit den Schicksalen der Flücht-

linge beschäftigt – und die Richter tun das ja auch – lernt man Dinge, die im ordentlichen Deutschland nicht üblich sind, jedenfalls nicht zu Friedenszeiten bei normal situierten Mitmenschen. Um zu sehen, daß in vielen Ländern ohne Schmiergeld nichts läuft und mit viel Geld so ziemlich alles zu haben ist (außer Führungszeugnisse für Flüchtlinge), dafür muß man nicht erst bis in die Türkei fahren. Aber es ruft in deutschen Amtsstuben immer noch ungläubiges Kopfschütteln hervor.

Was mir als unbedarfter Bürgerin vor acht Jahren bei einem Vortrag über Sri Lanka nicht in den Schädel wollte, war, daß nicht die Menschen, die vor den Schüssen und Folterungen der indischen Soldaten flohen, sondern die Tamil Tigers in Deutschland anerkannt wurden, weil sie von der Regierung verfolgt werden - die anderen nicht. Entsprechend gilt bei den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Libanon, wie ich später lernte: Wo keine funktionsfähige Regierung ist, da kann auch niemand von ihr verfolgt sein. Die Kurden, die gerade im Irak vom türkischen Militär abgeknallt werden, sind auch nicht von ihrer Regierung verfolgt, nehme ich mal an. Das sind Dinge, die ich weder mit meinem Kopf als gesetzestreue Staatsbürgerin noch mit meinem Herzen als Christin verstehe. Und so geht es vielen. Deshalb rutscht man aus der anfänglich rein humanitären Hilfe ganz automatisch ins politische Geschäft. Als ich zum Sindelfinger Asylkreis, der im Frühjahr 1987 vom Kirchengemeinderat der Johanneskirche gegründet worden war, stieß, kamen mir die Besprechungen immer wie Geheimtreffen vor. Draußen tobte der ausländerfeindliche Sturm. Aber mit jeder Aktion wird man mutiger. Für andere läßt es sich auch besser streiten als für sich selbst. Ich bin ein DDR-Flüchtling und habe nie vergessen, wie man sich als unerwünschte Nicht-Bürgerin in einer Kaserne im „fremden“ Land (es war Deutschland) fühlt: „...Wenn ihr nichts ausgefressen hättet, hätten ihr ja zu Hause bleiben können.“ Das sitzt.

Als die Eßpakete-Aktion für die einjährigen Asylsuchenden gestartet werden sollte, erinnerte ich mich an die fünf Portionen Romadur, die wir damals in Bayern bekamen und die wir vors Fenster hängten, weil wir sonst in dem Zimmer nicht hätten schlafen können. Aber wir kannten den Käse, und wir bekamen normales Brot. Wenn die Kantine – in einem anderen Land – nur Fladenbrot oder fettes Hammelfleisch ausgegeben hätte, wäre das Heimweh neben der Angst um Anerkennung und den verbalen Unfreundlichkeiten der Dorfbewohner noch viel größer gewesen. Das haben auch andere Mitglieder in den Asylkreisen verstanden, als kurz vor Weihnachten, am 19. Dezember 1993, der Sozialdezernent des Landkreises Böblingen alle amtlichen und ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuer zusammenrief, um die Austeilung der Essenspakete an die Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu organisieren. Es gab einen Aufschrei der Ehrenamtlichen. Am nächsten Tag trafen sich Mitglieder fast aller Asylkreise im Kreis, von Herrenberg bis Leonberg, von Magstadt bis Holzgerlingen, in der Johanneskirche in Sindelfingen. Wichtigster Punkt: Die Pakete verhindern. Wir haben es geschafft – wahrscheinlich nicht mit dem Argument, daß

man den Menschen den letzten Rest an Eigeninitiative und Würde nimmt, sondern damit, daß es viel teurer ist.

Durch unsere weiteren Treffen konnten wir verfolgen, wie unterschiedlich in den verschiedenen Gemeinden mit Kundenkontenblättern umgegangen wurde und wie rigoros Verkäuferinnen die Flüchtlingsfamilien beim Einkauf mit Kleidergutscheinen traktierten. Wir haben gemeinsam aufgepaßt und nachgefragt, wenn Familien in Sammelunterkünfte zurückgeschickt wurden, und uns über Kirchenasyl informiert. Es war eine tolle Zusammenarbeit, angewandtes Christentum sozusagen. Dadurch, daß wir uns untereinander kannten, die verschiedenen Schwerpunkte wußten, konnten wir uns bei Familien aus bestimmten Ländern gegenseitig mit Informationen unterstützen. Wir haben nicht allen Flüchtlingen helfen können, was oft wehgetan hat. Aber wir haben es immer versucht. Zurück bleiben nun die ungelösten „Fälle“, Wut über manche Ablehnungsbegründungen (besonders bei vergewaltigten Frauen) und Trauer, wenn Betreute (die oft Freunde geworden waren) in ein unmenschliches Leben zurückgeschickt wurden oder jetzt wieder werden. Zurück bleibt auch viel Wissen über andere Länder, das Leben und die Kultur dort. Es bleiben die Erfahrungen der Gastfreundschaft und des Vertrauens der Menschen, die wir durch diese Arbeit kennengelernt haben. Und es bleibt immer noch die Fassungslosigkeit, daß das Grundgesetz von Parteien, die sich christlich, liberal und sozial nennen, geändert wurde, damit Menschen in großer Not uns nicht belästigen können.

„Unseren Glauben kann uns niemand nehmen...“

Horst Oberkampf

1997 – ein wichtiges Jahr für unsere OFFENE KIRCHE! Sie wird 25 Jahre alt – das ist wenig und viel! 1997 – ein wichtiges Jahr für den Tur Abdin „Berg der Knechte Gottes“, Heimat der syrisch orthodoxen Christen, an der syrisch irakischen Grenze gelegen im Südosten der Türkei: Das Kloster Mar Gabriel, geistliches Zentrum der syrischen Kirche wird 1600 Jahre alt, feiert Geburtstag, blickt auf einen langen Weg mit vielen Höhen und Tiefen zurück.

Ein ehemals christliches Gebiet

Der Tur Abdin gehört zum „Urgestein“ der ökumenischen Bewegung weltweit und ist eines der ältesten Zentren unseres christlichen Glaubens. Die Sprache dieser Christen ist ein Dialekt des Aramäischen, der Muttersprache Jesu. Die Landschaft ist bergig und steinig, der Boden ist trocken und karg, daher der Name „Berg der Knechte“. Dieses Gebiet war einst das Land der Klöster. In der Blütezeit soll es über 80 Klöster gegeben haben; heute sind es nur noch sechs, die erhalten und bewohnt sind. Die Kirchen und Klöster in den Dörfern stammen aus dem 5. bis 7. Jahrhundert. Der Tur Abdin war einst ein rein christliches Gebiet. Ethnisch, kulturell und sprachlich gehören diese Christen zum alten Kulturkreis der Assyrer und Aramäer. Die syrischen Christen sind eine religiöse und ethnische Minderheit mit einer leidvollen Geschichte. Der traurige Höhepunkt war der Völkermord 1914/ 1915 an den Armeniern, dem auch Zehntausende syrischer Christen zum Opfer fielen. Verursacht wurde er von den nationalistisch eingestellten „Jungtürken“, die die gesamte Türkei von ihren vielen ethnischen Minderheiten befreien, also „türkisieren“ wollten. Seit Mitte der 70er Jahre haben die Menschenrechtsverletzungen in dieser Region wieder erheblich zugenommen. Die Christen im Tur Abdin werden als Minderheit diskriminiert; ihre Menschenrechte werden nicht geachtet; sie genießen keinen hinreichenden Schutz, um sich religiös, ethnisch und kulturell entfalten zu können. Eines der dunkelsten Jahre für den Tur Abdin war das Jahr 1993. Christen wurden überfallen und ermordet, entführt und vertrieben.

Unser Herz weint...

Hassana, ein Dorf an der irakischen Grenze mußte im November 1993 auf Anordnung des türkischen Militärs geräumt werden. 1991 besuchte ich dieses blühende Dorf zum letzten Mal. Eine alte Webtradition war dort lebendig, die es nur in diesem Dorf gab. Wasser gab es genügend, auch Gärten und Felder. Die Aktion „Brot für die Welt“ und der „Weltrat der Kirchen“ hatten erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt, um dieses Dorf zu entwickeln. Heute kann man dieses Dorf nicht mehr besuchen. Im November 1993 mußten die Christen nach einem Ultimatum des türkischen Militärs und trotz vieler internatio-

naler und kirchlicher Proteste ihr Dorf verlassen. Es wurde ethnisch „gesäubert“. Warum? In der Nähe des Dorfes befand sich ein großes PKK-Lager, das vom türkischen Militär zerschlagen werden sollte. Denn so sieht gegenwärtig die Realität aus: Im Südosten der Türkei herrscht Bürgerkrieg zwischen türkischem Militär und PKK. Die Christen von Hassana waren im Weg und sie sind es immer wieder. Sie mußten gehen. Das Dorf ist heute vermint und gehört zum Sperrgebiet; die Häuser sind ausgeraubt, zerfallen und zerstört. Das Dorf mit seiner reichen Kultur, mit seiner alten Kirche und seinen alten Häusern steht nur noch auf dem Papier; es gehört der Vergangenheit an. Wieder haben die Christen im Tur Abdin eines ihrer alten Dörfer verloren, ohne daß sie sich wehren konnten! Der Pfarrer, Abuna Thomas, den ich einige Monate später im Kloster Mar Gabriel traf, sagte mir mit Tränen in den Augen: „Uns wurde alles genommen. Wir haben alles verloren. Unser Herz weint. Aber unseren Glauben kann uns niemand nehmen!“

Hassana macht deutlich, daß die Christen gleichsam zerrieben werden wie zwischen zwei großen Mühlsteinen. Das türkische Militär und die Dorfwächter – eine paramilitärische Schutztruppe, die vom türkischen Militär bezahlt wird –, die PKK und die „Hisbollah“, die „Gottespartei“, eine aggressive, fundamentalistische Strömung des Islam, alle vier Gruppen bedrängen die Christen, bedrohen sie und wollen sie in ihrer Andersartigkeit nicht leben lassen. Und wenn Menschen schutzlos werden und anderen ausgeliefert sind, fliehen sie, auch wenn sie damit ihre Heimat aufgeben, in der sie als Minderheit schon lebten, bevor sie Christen wurden. Die zunehmenden islamistischen Tendenzen in der heutigen Türkei, vor allem auch im Südosten des Landes, sind beunruhigend. Wo sollen die Minderheiten bleiben, wenn die Islamisten weiter an Einfluß gewinnen? Werden sie auch weiterhin in dem Land leben können, in dem sie schon seit Jahrtausenden leben, längst bevor es eine Türkei gab?

Hoffnung wurde ausgelöscht

Es war im September 1995; mit Freunden besuchte ich Killit – ein Dorf in der Nähe von Mardin. Diese Stadt ist bekannt wegen seiner NATO Station; es ist die östlichste Station überhaupt. Die Türkei ist Mitglied der NATO und reagierte als NATO-Partner immer wieder sehr empfindlich und gereizt, wenn Menschenrechtsverletzungen an Kurden und Christen angeprangert und beim Namen genannt wurden. Das sei eine Einmischung in innere Angelegenheiten, hieß es dann. Und die Türkei will doch Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft werden – vermutlich ist das aber noch ein weiter Weg bis zu diesem Ziel !

Die Sonne brannte heiß vom Himmel. Vögel zwitscherten; in der Ferne: Laute eines Autos; auch Stimmen von Soldaten, die Killit bewachten. Die Straße war nicht ungefährlich. PKK-Kämpfer sorgten immer wieder für Unruhe; sie haben sich ins Gebirge zurückgezogen und halten die Menschen in Atem, die dort noch leben. Es war still geworden und Trauer lag über diesem Dorf. Im September 1992 wurde der Bürgermeister ermordet. Die PKK hatte ihn erschossen ,

als er nach Hause kam. Circis Yüksel war eine Autorität im Dorf und ein aufrechter Christ. Er kümmerte sich um die Belange des Dorfes und war auch Inhaber einer Weinkellerei. Er gab den Menschen Mut und Zuversicht. Sein Grab liegt gleich neben der syrisch-orthodoxen Kirche. Dort hat er jetzt seine letzte Ruhe gefunden. Er verlor sein Leben viel zu früh.

Einige Jahre sind inzwischen vergangen. Killit war einst ein reiches Dorf. Alles war vorhanden, was zum Leben notwendig war: Wasser und Bäume, Weinfelder und Häuser und vor allem auch Menschen, die in diesem Dorf wohnten. Die Gemeinschaft der Christen war groß; sie stärkten sich gegenseitig. Heute leben nur noch wenige Familien von ihnen in Killit. Viele sind geflohen und ausgezogen; die Angst ist gewachsen; der politische Schutz fehlt und deshalb auch der Friede – innerlich und äußerlich. So lag das Dorf da in der Mittagshitze an einem Tag im September 1995. Kaum ein Lebenszeichen war vorhanden. Die einst schönen und großen Häuser fallen langsam zusammen; die Türen sind verschlossen – Zeichen dafür, daß das Leben ausgezogen ist aus diesen Häusern, und Menschen ihrer Heimat den Rücken gekehrt haben, weil sie den Druck und die Angst nicht mehr aushalten konnten. In einer der Kirchen ist die Decke herabgebrochen. Der blaue Himmel schaut in die Kirche, in der einst Gottesdienste gefeiert wurden. Die Lieder sind verstummt, die Gebete steigen nicht mehr zum Himmel, das Mahl der Versöhnung wird nicht mehr gefeiert. Menschen versammeln sich nicht mehr, um Kraft aus der Liturgie zu schöpfen. Es war still geworden. Nur die Vögel zwitscherten – mal fröhlich, mal traurig.

Andere wollten ihn nicht leben lassen

Anschließend: Weiterfahrt auf den Friedhof des Klosters Abraham in Midyat, der größten Stadt im Tur Abdin mit seinen sechs alten Kirchen und der Bischofskirche, Sitz des Erzbischofs Timotheos Samuel Aktas, der gegenwärtig vom Kloster Mar Gabriel aus seine pastorale Verantwortung als geistliches Oberhaupt vom Tur Abdin wahrnimmt. Ich stand am Grab von Dr. Eduard Tanriverdi, den ich von früheren Besuchen her kannte. Ich erinnerte mich: Mitternacht, vierter Advent 1994 – ein Mann wurde erschossen, der sich für das Leben anderer eingesetzt hatte. War es der türkische Geheimdienst, waren es beauftragte Killer der türkischen Regierung, waren es PKK-Kämpfer oder noch andere? Wir wissen es nicht. Wir werden es nie erfahren. Es wird nicht aufgeklärt werden. Die türkische Regierung hat kein Interesse daran. Es wird vertuscht und soll vergessen werden, wie leider so vieles. Erschossen wurde Dr. Eduard Tanriverdi; er war der letzte christliche Arzt in Midyat. Er wollte Brücken bauen zwischen den ethnischen und religiösen Gruppen; er wollte helfen – ohne Unterschied und Ansehen der Person: Kurden und Türken, Moslems und Christen – weil Nächstenliebe keine Grenzen kennt, sondern nur Menschen, die in Not sind. Er suchte Wege für die Menschen, die sich haßten und andere nicht gelten ließen, die aus religiösen und ethnischen Gründen nicht miteinander leben wollten und konnten. Als Christ ging er den Weg, der den Andersdenkenden ernst nahm, weil er genauso Geschöpf Gottes ist wie er selbst. Er wollte Men-

schen dazu anstiften – auch wenn sie anders denken und fühlen – stets das Ebenbild ihres Schöpfers im anderen zu sehen und ihm in Ehrfurcht zu begegnen. Dieser Mann wurde nun selbst ein Opfer der Gewalt, die er bekämpfte. Ist es Utopie oder Realität oder beides, was Jesus im Neuen Testament sagte und lebte? In seiner „Bergpredigt“ heißt es: „Glücklich sind alle, die den Frieden bauen, denn sie werden Kinder Gottes sein“ (Matthäus 5,7) . Sie helfen mit, daß Gottes Schalom allen gilt und Gottes Reich sich ausbreitet – gewaltlos, mitten in einer bedrohten Welt.

Und während ich in Gedanken an diesem Grab stand, erinnerte ich mich auch an den zermürbenden Briefwechsel, den ich mit dem deutschen Außenminister nach dem Tod des ermordeten Arztes über ein halbes Jahr hinweg führte. Ich setzte mich dafür ein, daß die Familie ein Einreisevisum für die BRD bekommt. Die Angehörigen wollten nicht mehr in dem Land leben, in dem der Mann und Vater brutal umgebracht worden war. „Es liegen keine dringenden und humanitären Gründe vor“, hieß es schließlich im dritten Brief aus dem Außenministerium. Unmenschlich fand ich diese Antwort. Es lag sogar ein Gutachten vor, daß die Ehefrau des ermordeten Arztes in Todesangst lebte. Ohnmacht und Zorn empfand ich damals, als ich diesen Brief las; und ich dachte: Was muß denn noch passieren, bis Politiker, die auch Christen sind, offen sagen: Hier muß aus Liebe und Mitgefühl gehandelt werden, auch wenn es mit dem Gesetz nicht im Einklang steht! Anmerkung: Ich bin froh, daß die Familie seit Frühjahr 1996 in der Bundesrepublik lebt – Freunde haben ihr einen anderen Weg geebnet. Gott sei Dank!

Wir sind keine Türken

Am Grab des ermordeten Arztes ging mir soviel durch den Kopf. Ich dachte auch an jenes Gespräch, das ich ein Jahr zuvor im Dorf Hah geführt hatte. Der Weg in dieses Dorf hatte seine besonderen Gefahren. Sehr schnell konnte es passieren, daß man als Ausländer zu einem Sympathisanten der PKK gemacht wurde - so hatte ich es selbst erlebt im September 1994. Denn Ausländer, die sich in dieses Gebiet „verirren“, müssen Freunde der PKK sein, so der Orginalton eines sehr unfreundlichen Offiziers damals. Abuna Jakob von Hah erzählte mir, daß die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner in den letzten Jahren immer wieder unter Überfällen zu leiden hatten, die manchmal sogar tödlich ausgegangen sind. Der angesehene Bürgermeister Hanna Aydin starb im November 1993, als sein Auto auf eine Mine fuhr. „Warum lassen sie uns nicht im Frieden leben?“ fragte Jakob mich eindringlich. „Wir wollen nur Frieden und Schutz und unsere Rechte; wir sind doch auch Menschen genauso wie die anderen. Wir sind keine Türken und keine Kurden; wir sind Angehörige einer alten Minderheit mit eigener Sprache, mit eigener Kultur und Religion “. Und dann deutete er langsam mit dem Finger auf seine wunderschöne Kirche aus dem 5. Jahrhundert und sagte: „Schau dir unser Gotteshaus an und die alten Symbole dort oben ...“! Und nach einer Pause fuhr er fort: „Siehst du dort oben die Taube, dieses alte biblische Zeichen, das uns auf den Heiligen Geist Gottes hin-

weist? Seit vielen hundert Jahren erinnert uns diese Taube an die Gegenwart Gottes, der uns Kraft und Mut zum Leben schenkt, auch Hoffnung, obwohl wirklich oft vieles dagegen spricht. Und doch: Wir bleiben, wir halten durch. Unser Glaube hält uns. Dies ist unsere Heimat, in der unsere Wurzeln stecken. Wir werden mit der Gefahr leben müssen. Aber Mut gibt uns, daß wir nicht vergessen sind, daß Menschen uns besuchen, uns unterstützen und für uns beten”.

Besuche geben Kraft

Gegenwärtig leben im Tur Abdin nur noch etwa knapp 2500 Christen. In den letzten zwanzig Jahren haben Tausende den Tur Abdin verlassen und sind als Asylsuchende ins westliche Ausland geflohen. Solange für die Christen im Tur Abdin eine faktische Rechtlosigkeit besteht, die Menschenrechtsverletzungen anhalten und kein effektiver Minderheitenschutz gewährt wird, solange ist das Leben von Angehörigen dieser religiösen und ethnischen Minderheit immer wieder großen Gefahren ausgesetzt. In der Zwischenzeit leben in Deutschland über 40 000 syrische Christen und in Europa sollen es insgesamt 70 000 sein. Der Tur Abdin scheint in die Diaspora verpflanzt und europäisiert worden zu sein. Aber die Wurzeln liegen immer noch im Tur Abdin. Daran erinnert 1997 das 1600 jährige Jubiläum des Klosters Mar Gabriel!

1993 haben wir die Solidaritätsgruppe Tur Abdin gegründet. Es ist eine ökumenische Initiative. Sie setzt sich seit Jahren für den Erhalt des Tur Abdin als eines der ältesten Gebiete der großen christlichen Familie und für einen gesicherten Verbleib der Christen in ihrer Heimat ein. Sie informiert die kirchliche und politische Öffentlichkeit über neue Entwicklungen, vor allem auch über Menschenrechtsverletzungen. Sie unterstützt Projekte und macht auf den kulturellen Reichtum dieser Christen aufmerksam. Gegenwärtig fordert sie nachdrücklich die Aufnahme des Tur Abdin auf die UNESCO-Liste der Weltkulturdenkmäler. Im September 1997 wird sie zusammen mit Kirchenvertretern einen offiziellen ökumenischen Besuch im Kloster Mar Gabriel machen, um unsere Verbundenheit mit den Christen im Tur Abdin zum Ausdruck zu bringen. Dabei muß man sich immer wieder klar machen: Eine religiöse und ethnische Minderheit, die nach der bisherigen Interpretation des Lausanner Vertrages von 1923 in der heutigen Türkei eigentlich nicht existent ist, ist doch existent und wird international und ökumenisch wahrgenommen! Zu viele FreundInnen im Ausland gibt es in der Zwischenzeit, die die politisch Verantwortlichen auf das Schicksal dieser Minderheit hinweisen und protestieren, wenn die Rechte dieser Menschen verletzt werden. Eine heilsame Unruhe geht von dort aus und gibt den Christen im Tur Abdin das Gefühl von Solidarität. Gegenwärtig ist es relativ ruhig im Tur Abdin; sogar so ruhig, wie schon lange nicht mehr. Hoffentlich trägt diese Ruhe nicht.

Kleine Hoffnungszeichen

Neben den vielen deprimierenden Ereignissen und Erfahrungen gibt es zum

Glück auch kleine Hoffnungszeichen, die deutlich machen, daß die Christen , die noch im Tur Abdin leben und dort bleiben wollen, einen starken Lebenswillen haben. Die Lehrer haben sich zusammengeschlossen und organisieren für sich gemeinsame Kurse für ihre Ausbildung, um den Jugendlichen ihre Muttersprache, den christlichen Glauben und ihre Kultur weitervermitteln zu können. Jugendliche haben sich an einen Tisch gesetzt, um ihre Belange und Perspektiven zu diskutieren. Sie haben Kontakte mit syrischen Jugendlichen im Ausland aufgenommen und hoffen auf ihre Unterstützung. Viele Dörfer wurden mit Wasserleitungen und Brunnen versorgt; etliche Straßen wurden gebaut, um die Dörfer besser erreichen zu können und um die Gefahr der Minen zu reduzieren. Ein „Sozialfonds“ wurde eingerichtet, damit unbürokratisch und schnell in Notsituationen diakonisch gehandelt und eine finanzielle Unterstützung angeboten werden kann. Im Kloster Mar Gabriel wurde ein neuer Brunnen gebaut, der so viel Wasser gibt, daß um das Kloster ein kleiner „Garten Eden“ angelegt und sogar Wasser an Kurden aus umliegenden Dörfern abgegeben werden konnte. Fast jedes Dorf ist mit Telefon versorgt, so daß die Kommunikation untereinander und zu den Angehörigen im Ausland wesentlich verbessert wurde. Häuser wurden renoviert, damit junge Familien eine Bleibe haben und eine Existenz aufbauen können. Auch die noch vorhandenen Klöster wurden zum Teil sehr gut saniert. Im Kloster Mar Melki hat sich sogar mit dem dortigen Abt und einigen jungen Mönchen ein neues spirituelles Leben entwickelt, das auf die umliegenden Dörfer ausstrahlt. Die Klosterschule im Kloster Mar Gabriel wurde mit vielen Spenden – u.a. auch aus Kirchengemeinden unserer Landeskirche – in den letzten Jahren von Grund auf renoviert, damit die Schüler aus den umliegenden Dörfern gut untergebracht sind und nach dem staatlichen Unterricht in Midyat ihren ergänzenden christlichen Unterricht bekommen können. Viele kleine Zeichen – und die Aufzählung könnte noch fortgesetzt werden - die etwas vom Bleiben und vom Überleben in einer gefährdeten Umgebung erzählen.

„Schau nach deinen Brüdern, ob es ihnen gut geht“, so heißt es in der Davids-geschichte in 1. Samuel 17,18. Auf heute übertragen heißt dies: „Schau nach deinen Geschwistern, ob es ihnen gut geht“, genauer übersetzt: „.... ob der Schalom Gottes bei ihnen ist“. Dies ist der bleibende Auftrag von uns Christen heute: Menschen zu besuchen – in der Nähe und in der Ferne – vor allem dann, wenn sie in Not sind und unter Gefahren leiden, und nach ihnen zu schauen, ob der Schalom Gottes unter ihnen ist.

Christen im Nordirak

Der Weg wird weiter gehen – in den Nordirak , nach irakisch Kurdistan. Dort leben fast in der Nachbarschaft zum Tur Abdin, nur durch eine unüberwindbare Grenze getrennt, etwa 100 000 assyrische und chaldäische Christen. Sie leben in jener Schutzzone nördlich des 36. Breitengrades, die von den Alliierten am Ende des furchtbaren zweiten Golfkrieges für Kurden und Assyrer – es sind die beiden zahlenmäßig stärksten ethnischen Minderheiten in dieser Regi-

on und im gesamten Irak – eingerichtet wurde und die bis heute noch besteht. Die Leiden der zurückliegenden Jahrzehnte, verursacht durch die rücksichtslosen Kriege des irakischen Diktators Saddam Hussein, durch immer wieder aufflammende gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den beiden großen kurdischen Parteien KDP und PUK mit ihren Führern M. Barzani und J. Talabani und durch ständige Übergriffe des türkischen Militärs zur Bekämpfung und Zerstörung der PKK, haben dieses alte Kulturvolk der Assyrer in ganz schwierige, fast ausweglose Situationen gebracht: Viele Familien leben am Rande des Existenzminimums; viele Häuser und Dörfer sind zerstört; viele alte Kirchen und Klöster wurden dem Erdboden gleichgemacht; viele Schulen haben keine Bücher zur Ausbildung der Jugendlichen; viele sind geflohen; die Menschen, die in ihrer Heimat ausharren, sind von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten. Solidarität ist gefragt. Erste Ansätze und Versuche von hiesigen Kirchengemeinden und Landeskirchen gibt es. Persönliche Kontakte wurden in der Zwischenzeit über assyrische Freunde geknüpft. Die Württembergische und Bayrische Landeskirche kümmern sich seit einigen Jahren um diese fast vergessenen Assyrer, die alle zur Familie der Christen gehören. Ein erster offizieller Besuch ist noch für 1997 geplant. Es ist der dritte Anlauf. Zweimal schon hat die Türkei in den zurückliegenden Jahren kein Einreisevisum in den Nordirak gewährt. Man muß wissen: Die Türkei bestimmt, wer in den Nordirak darf und wer nicht. Frage: Ist das nicht auch eine eklatante Verletzung der Menschenrechte, über die Einreise in ein Land zu entscheiden, für das man politisch nicht verantwortlich ist?! Der dritte Versuch soll über Syrien und über den Tigris in den Nordirak gemacht werden, um die vergessenen Christen zu besuchen und um auf ihr Schicksal hier aufmerksam zu machen. Hoffentlich gelingt es!

„Schau nach deinen Geschwistern, ob der Schalom Gottes unter ihnen ist“ – das ist Aufgabe der OFFENEN KIRCHE heute und ganz bestimmt auch in den nächsten 25 Jahren.

Wie war das doch damals mit dem Südafrikaboykott?

Fragen an Marie Dilger von Renate Lück

Renate Lück: Sie haben beim Südafrika-Boykott der Evangelischen Frauenarbeit Deutschlands (EFD) mitgemacht, von 1977 bis 1992. Denken Sie noch manchmal daran?

Marie Dilger: Ja, donnerstags. Donnerstags wache ich immer noch anders auf als sonst.: „Wie wird das Wetter?“ Denn donnerstags war allemal unser Südafrika-Tag. Da bauten wir in der Fußgängerzone den Info-Stand auf; wir spielten Straßentheater gegen das Engagement der deutschen Banken in Südafrika; in den letzten Jahren hielten wir Mahnwachen für politisch gefangene Männer, Frauen und (viele!) Kinder. Oft war es sehr kalt. Der wollene Unterrock meiner Großmutter und die Stricksocken liegen immer noch in der Schublade. Donnerstags.....Da sehen Sie mal: Ich komme bereits ins Schwärmen wie so ein alter Kriegsveteran.

Südafrika-Boykott in der Familie, auf dem Markt, in der Schule, in der Zeitung, Südafrika-Boykott auf dem Kirchentag, in den Synoden, in den Aktionärsversammlungen der Großbanken, auf den Tourismus-Börsen, im Europaparlament.....15 Jahre lang war er für viele Frauen das Freizeitthema. Wir haben diesen Boykott geredet, gesungen, geschrieben, gemalt, gegessen, getrunken, geträumt, gelebt.

Renate Lück: Und wie fing das Ganze an?

Marie Dilger: Es begann damit, daß die EFD am 19. Oktober 1977 zu einem Boykott südafrikanischer Früchte aufrief, in Solidarität mit dem Bund schwarzer Frauen, der – neben 18 anderen Organisationen des Widerstands gegen Apartheid – eben verboten worden war. Die Generalsekretärin Hildegard Zumach schrieb damals: „Wir dürfen nicht aufhören zu beten und müssen mit Aktionen anfangen.“

Dieser Aufruf stieß auf eine enorme Resonanz. Empörte Aufschreie aus Wirtschaft und Politik (wir merkten daran erst, wie groß die Apartheid-Lobby in der BRD war), „brüderliches Abraten“ aus den Kirchenleitungen, Skepsis bei der politischen Linken („Das bringt doch nichts.“) Aber zustimmendes Interesse bei Weltläden und Frauenkreisen.

Renate Lück: Und was haben Sie konkret getan?

Marie Dilger: Also in Ulm: Bei einem Treffen der Frauenhilfe berichteten zwei Weltladenfrauen vom Einführungsseminar der EFD. Von den etwa 60 Frauen wollten 30 mitmachen und in ihren Gruppen zum Boykott aufrufen. Begeistert

waren sie nicht, es war eher so die Stimmung: Das ist klar, das muß erledigt werden. – „... aber die Einzelhändler müssen es wissen.“ So suchten wir im Telefonbuch die Adressen aller Lebensmittelläden heraus, etwa 200. Wir schrieben an alle einen höflichen Brief und besuchten sie die Woche drauf, immer zu zweit. Viele Wege, viel Niederkämpfen des inneren Schweinehundes. Und dann der große Frust: Jeder sagte, er könne da gar nichts machen, für ihn werde der Einkauf zentral erledigt! – Es war das erste und nicht das letzte Mal, daß wir fanden, eine dumme Aktion Wasserschlag gemacht zu haben.

Aber dann tranken wir Tee und gaben nicht auf. Es zeigte sich, daß Ulm von sechs Ladenketten versorgt war. Eine Frau kannte die Frau eines der Chefeinkäufer, eine andere hatte eine Tochter in einem der Büros. Nach langem Herumtelefonieren hatten wir endlich die Namen aller sechs Verantwortlichen herausgetüftelt. Gut! Mit einem höflichen Brief luden wir sie zu einem Gespräch ein. Sie sagten alle sofort ab. Da taten wir etwas,...naja: Wir telefonierten gleichzeitig den Einkäufern der beiden größten Ketten: „...Meinen Sie nicht, Sie könnten wenigstens einen Vertreter schicken? Der Herr von der anderen Firma kommt selbst...“ Da sagten sie zu; und daraufhin die anderen vier auch. Jetzt aber! Im gemütlichsten Gemeinderaum deckten wir den Tisch weiß, Blumen, Kaffee, Butterbrezeln. Und sie kamen, etwas verlegen, laut, ironisch, jovial. So, nun sei er doch mal bei der Kirche zu Gast, sagte einer, die wolle ja sonst nichts von ihm wissen. Nein, ergänzte ein anderer, für die Kirche seien Leute wie er nichts als Ausbeuter und Profitmacher. Die Pfarrer! Bei denen komme jeden Ersten das Gehalt – von unseren Steuern! Die hätten ja keine Ahnung vom Wirtschaftsleben, ein Kampf aller gegen alle sei das, wie z.B. sie, die kleinen Einkäufer, von den Chefs schikaniert würden, wie knapp sie kalkulieren müßten und das ganze Risiko tragen...Darüber habe noch kein Pfarrer gepredigt!

Wir erschrakten über diesen Kriegsschauplatz „Handel“ und über die Bitterkeit gegen die Kirche. Erst nach langem Zuhören wagten wir es doch, den Boykott zu erklären, kurz und klar. „Aber wir haben die Ware für den Winter doch schon längst geordert“, sagten sie. Damit schien das Gespräch beendet. – „Ach was“, rief plötzlich einer, „Sie hatten so viel Verständnis für uns, und wollen diesen Leuten helfen. Ich werde natürlich Obst aus Südafrika anbieten, aber ich verspreche Ihnen, ein Jahr lang keine Werbung und keine Sonderangebote für „outspan“ und „cape“ zu machen. Das kann ich.“ Damit schaute er die anderen an, worauf sie das auch zusagten. Sie hielten Wort, und der Umsatz an südafrikanischem Obst ging tatsächlich zurück.

Lück: Also hat sich die Mühe gelohnt?

Dilger: Und machte eben auch Spaß. Von da an wuchsen wir als Gruppe eng zusammen. Freilich, wenn wir eine Kosten/Nutzen-Rechnung aufstellen wollten und etwa zählen, wieviel Zeit, Lächeln, Hartnäckigkeit und Butterbrezeln

wir in diesen Boykott investierten....? Aber was kostet Befreiung und wie wiegt man sie?

Renate Lück: Aber solche Einzelerfolge helfen wohl nicht viel . Waren Sie landesweit organisiert?

Marie Dilger: Ja, bei der Frauenhilfe. Dorothee Widmann, die Leiterin, hatte ja die örtlichen und Bezirksfrauenkreise zu einem demokratischen Delegierten-system umgebaut, so konnten sie klare Beschlüsse fassen. Und Dorothee Margenfeld, die Theologin der Frauenhilfe, mit ihren ökumenischen Erfahrungen, die hielt uns die ermutigenden Predigten. So wurde der Boykott in vielen Gemeinden Württembergs bekannt.

Renate Lück: Und die Kirche?

Marie Dilger: Die EKD lehnte den Boykott ab, da er Unruhe in die Gemeinden bringe. Stimmt ja auch. In einem Brief an alle leitenden Geistlichen wurde untersagt, Gemeinderäume für diese Aktion zu öffnen. ...Wissen Sie, daß wir auf der Straße angespuckt und vor den Banken angeschrien wurden, das war nicht so schlimm, aber daß unsere eigene Kirche so mies mit uns umging, das war nicht leicht zu schlucken.

Renate Lück: Na ja, die Kirche kauft keine Apfelsinen.

Marie Dilger: Von der Landeskirche erwarteten wir auch was anderes. Erstens: Sie förderte mit Geld und Pfarrern die Deutsche Lutherische Kirche in Namibia, eine eindeutige Apartheidkirche; das sollte sie beenden. Zweitens: Sie sollte ihre Konten und Rücklagen bei den Banken kündigen, die Südafrika Kredite gaben.

Renate Lück: Und das wollte sie nicht?

Marie Dilger: Die Herren redeten gar nicht mit uns über Inhalte. Aber als wir z.B. mal vor der Synode Flugblätter verteilten, da sagte einer zu Dorothee Widmann: „Sie sind kirchliche Angestellte. „Sie dürfen sowas nicht in Ihrer Dienstzeit machen!“ Sie lächelte: „Ich feiere Überstunden ab.“ Und nach der Beharrlichkeitsversammlung ...

Renate Lück: Beharrlichkeitsversammlung?

Marie Dilger: Ach so: Nach zehn Jahren Boykottarbeit sagten wir: „Wir machen weiter“ und hielten dazu auf der Wiese vor dem Oberkirchenrat eine Beharrlichkeitsversammlung ab mit vielen Liedern, Reden , Postern und so weiter. Auf einem stand: AUCH FÜR OBERKIRCHENRÄT IST'S ZUR BUSSE NIE ZU SPÄT. Zeitungen und Fernsehen waren da. Das trug uns sogar eine Rüge aus

der EKD in Hannover ein. Denn wissen Sie: Wir konnten Briefe schreiben, protestieren, boykottieren und was weiß ich, aber lachen? Lachen, das geht einfach zu weit, das nahmen die Herren übel.

Renate Lück: Also nach dieser Versammlung?

Marie Dilger: ...wurde Dorothee Widmann angewiesen, die Namen der beteiligten Frauen und ihrer Ehemänner für den Oberkirchenrat aufzulisten. „Da schreiben Sie mal meinen Namen auf“, sagte sie. „Das ist nicht ratsam für Sie“, sagte der Mann. – So war damals die Stimmung, eisig.

Renate Lück: Und die OK?

Marie Dilger: Die beiden Dorothees gehören ja zur OK.

Renate Lück: Und der Gesprächskreis stand hinter ihnen?

Marie Dilger: ...Ich bin nicht Mitglied der OK, weiß nicht, wie der Boykott intern diskutiert wurde. Jedenfalls kam meines Wissens nie ein Antrag dazu in die Synode. – Wissen Sie, heute ist es harmlos, heute kann man sich über den Erfolg freuen, aber damals, damals war es sowas Verrücktes: Dadurch, daß ich keine outspan-Orangen kaufe, soll ein mächtiger Staat zusammenbrechen! Natürlich stimmte das so nicht. Wir wollten damit nur den eigentlichen Befreiungskampf in Südafrika unterstützen. – Und nebenbei trete ich damit all den guten Firmen, Daimler, Siemens und Bosch auf die Zehen! Und dann: die Banken! Heute stehen die Thyssen-Arbeiter gegen sie auf der Straße, aber damals, da galten Banken etwa als so honorig wie Kirchen. Wir waren wohl die Ersten, die öffentlich am gottähnlichen Image der Banken kratzten. Also einen „...Wählerauftrag“ hatte die OK ganz sicher nicht für diese Sache.

Außerdem war die OK eine Minderheit in der Synode. Einer von ihnen erklärte mir damals: „Wissen Sie, ein Gesprächskreis ist keine politische Partei. Wir sehen in den anderen keine Feinde. Wir wollen Gemeinsamkeiten mit den anderen suchen, Vertrauen schaffen, das Positive fördern ...“ „...und dazu gehört der Südafrika-Boykott nicht“, dachte ich, und dann dachte ich noch „Blöde OK!“ So war das damals, leider.

Renate Lück: Meinen Sie, die OK hätte den Mut nicht gehabt, ein heißes Eisen anzufassen?

Marie Dilger: Es ist, glaube ich, ungerecht, jetzt im Nachhinein darüber urteilen zu wollen. – Es war zudem eine ausgesprochene Frauensache, und das war damals auch noch nicht üblich. Und außerdem, also ich weiß es nicht, aber ich vermute, daß unsere Aktionen für viele aufgeklärte, zurückhaltende, differenziert denkende Leute zu „missionarisch“ waren, und „missionarisch“ ist z.Z. so viel wie ein Schimpfwort. Wer wird sich denn so ereifern, wer wird denn ein

Plakat umhängen und auf der Straße stehen?! Das war einfach nicht der Stil von ordentlichen, bürgerlichen, aufgeschlossenen Christen. – Und tatsächlich fanden sich unter den Boykott-Leuten auffallend viele frühere Missionare oder ihre Frauen. Es hat mich auch immer wieder gewundert, daß wir auf der Straße - besonders bei einer dreitägigen Fastenaktion, wo wir auch die Nächte auf dem Schloßplatz zubrachten – auf Gott und unseren Glauben angesprochen wurden. Da mußten wir halt sagen, was wir denken, ohne dogmatische Spitzfindigkeiten.

Renate Lück: Das ist eben das imperialistische Image der Mission aus der Kolonialzeit.

Marie Dilger: Aber warum gibt man sich mit diesem Image so zufrieden? Es gehört endlich mal frisch geputzt.

Renate Lück: Ja, die Mission. Aber das ist ein Thema für später. Wollen Sie noch etwas zu Südafrika sagen?

Marie Dilger: Nein, denn das gäbe nochmal zwei Seiten in Ihrem Buch. Ich will lieber ein Denkmal setzen. Ein Denkmal für Dora Pfeiffer. Sie war wohl unsere älteste Boykottfrau. Sie hatte schon als junges Mädchen zur Zeit der Judenverfolgung mit dem Fahrrad Kurierdienste getan zwischen den Familien, die Juden versteckten. Sie war ganz oft bei unseren Mahnwachen dabei. Am 18. Juni 1987 ließen wir die Stuttgarter Mahnwache vor dem südafrikanischen Konsulat ausfallen, weil wir beim Kirchentag mitarbeiteten. Sie blieb daheim, sie sei zu alt. Da hörte sie im Radio, daß die drei jungen politischen Gefangenen, für die wir die letzten Wochen Mahnwache gestanden hatten, an diesem Tag gehenkt würden. Sie kaufte einen Strauß Rosen, hängte sich das Plakat mit den Namen um und stellte sich damit vor den Eingang des Konsulats, stundenlang, allein. Das war Dora Pfeiffer.

Vom Wert der Arbeit

Bärbel Danner

1960 schrieb Hanna Arendt in der Einleitung zu ihrem Buch „Vita Aktiva“: „Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“

Die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt scheint Hanna Arendt recht zu geben – die Arbeitslosenzahlen werden 1997 auf (geschätzte) 10,7 Prozent ansteigen; die Zahl der Arbeitsplätze auf (geschätzte) 34,3 Millionen sinken; die Langzeitarbeitslosigkeit wird sich weiter festigen. Freilich sagen solche Zahlen zunächst einmal wenig. Gehe ich durch die Betriebe und rede mit Menschen mit und ohne Arbeit, habe ich den Eindruck, daß sich die Arbeit selbst völlig verändert hat. Menschen in Betrieben leiden unter ihrer Arbeit. Sie klagen darüber, daß es immer mehr Arbeit für immer weniger Leute gibt. Der Streß wird dadurch größer, das Betriebsklima schlechter und der Umgangston rauher und unfreundlicher. Die Wirtschaftskrise hat sich auch als Krise der Menschlichkeit am Arbeitsplatz und in den Betrieben niedergeschlagen, nicht zuletzt deshalb ist Mobbing, das heißt das gezielte Anpöbeln und Fertigmachen von Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitswelt allgegenwärtig.

Menschen ohne Arbeit leiden gleichfalls. Wie das Zuviel-arbeiten-müssen ist auch das Nicht-arbeiten-dürfen eine Last. Aus dem Verlust des Arbeitsplatzes wird oft eine tiefe Sinnkrise: „Ohne meine Arbeit fühle ich mich so wertlos. Ich weiß ja gar nicht, was ich anfangen soll mit mir und meiner Zeit.“ Die Zwangspause Arbeitslosigkeit verursacht also gleichfalls Leiden. Daß diese Leiden gemildert werden, ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Angesichts von Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsplatzabbau versagt die Politik. Kürzungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit verschärfen sogar noch die Krise, vor allem für arbeitslose Menschen.

Die Auswege von Wirtschaft und Politik sind zweifelhaft. Mehr oder weniger wissenschaftlich verklausuliert kommen lokale Standortstrategen und globale neoliberale Wirtschaftswissenschaftler zu demselben Ergebnis: Arbeitsrechtliche Regelungen und Sozialleistungen („Besitzstände“) müssen abgebaut werden, damit die Lohnkosten niedriger werden; diese rechnen sich dann betriebswirtschaftlich als Produktivitätssteigerung, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen; diese wiederum steigert den Export, führt zu Wirtschaftswachstum und kurbelt damit die Binnennachfrage an; schließlich und endlich sollen dann Arbeitsplätze entstehen.

Freilich hat sich diese Art Wachstumsideologie als Trugschluß erwiesen. Statt neuen Arbeitsplätzen verfestigt sich Massenarbeitslosigkeit und weiterer Raub-

bau an Natur und Umwelt. Im Zuge neuer Beschäftigungsmöglichkeiten im Handel durch erweiterte Ladenöffnungszeiten erodieren Normalarbeitsverhältnisse, das heißt, sie spalten sich auf in viele ungeschützte 610-DM-Jobs. Innerhalb der Erwerbstätigen ist eine neue Klasse entstanden, die „Working poor“. Das sind Menschen, die mehrere Jobs brauchen, um sich ein Existenzminimum zu erwirtschaften. Der Graben zwischen Reich und Arm ist gewachsen. Nur ein Beispiel für das Ausmaß der sozialen Polarisierung: Von 1980 bis 1992 hat sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger verdoppelt, während sich die Zahl der Haushalte mit einem monatlich verfügbaren Einkommen von über 10000 Mark und mehr fast verfünffacht hat. Reiche und Arme werden mehr. Was wir bisher an ökologischen Zerstörungen und Raubbau an der Natur verursacht haben, wird zur Altlast über mehrere Generationen hinweg. So werden uns unsere Nachkommen neben einer Zerstörung der Ozonschicht (diese wächst kontinuierlich um ein Prozent pro Jahr) und einer Klimaveränderung (bedingt durch Kohlendioxidausstoß) zum Beispiel einen sterbenden Wald (1994 waren nur 36 Prozent der Bäume ohne Schadensmerkmale) zu verdanken haben. Dies ist wahrhaft keine Erfolgsbilanz unseres Arbeitens und Wirtschaftens.

Dringend erforderlich ist daher eine Bestandsaufnahme und Neubesinnung über den Stellenwert unserer Arbeit: was Arbeit ist; wie Arbeit privat und öffentlich organisiert ist, welchen Stellenwert sie im Leben von Einzelnen, Männer und Frauen einnimmt; wie und ob Arbeit Versorgung gewährleistet.

Unter Arbeit wird heute gemeinhin Erwerbsarbeit verstanden. Sie steht in den modernen Industriegesellschaften im Zentrum menschlicher Existenz, das wird deutlich in vielen Gesprächen mit Menschen mit und ohne Arbeit. Diese zentrale Stellung hat sie nicht ohne Grund. In der Erwerbsarbeit wird in der Regel der Lebensunterhalt, die Existenzgrundlage erwirtschaftet. In unserer Gesellschaft ist es notwendig, über Geld zu verfügen. Wohl gibt es keinen Zwang zur Arbeit, jedoch ist die Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft eng mit der Höhe des Einkommens verknüpft, das in der Erwerbsarbeit erwirtschaftet wird. Ein hoher Aufwand an Geld ist notwendig, um die lebenswichtigen Dinge zu finanzieren wie Miete, Nahrung, Kleidung.

Nur noch wenige Bedürfnisse werden daher in Eigenarbeit oder im Austausch mit anderen Dienstleistungen getätigt. Schon einfache Reparaturen werden von Profis übernommen und müssen bezahlt werden. Leben ist teuer in einer Industriegesellschaft. Menschen ohne Arbeit spüren diesen Verlust der Existenzsicherung in deutlichen und schmerzlichen finanziellen Einbußen. Oft rührt Arbeitslosigkeit an die materielle Substanz, wenn Menschen vor die Überlegung gestellt werden, ob eine Wohnung noch finanziert werden kann, und ob z.B. Kinder mit ins Schullandheim oder auf Konfirmandenausflug gehen können.

Freilich ist auch deutlich, daß Erwerbsarbeit mehr ist als nur Gelderwerb. Frage ich bei Seminaren und Tagungen der Evang. Akademie die Teilnehmer und

Teilnehmerinnen, weshalb sie arbeiten gehen, kommen zum Gelderwerb noch andere Dinge hinzu: In ihrer Arbeit erfahren Menschen Befriedigung und Stärkung des Selbstbewußtseins und erleben Gemeinschaft. Diese Aussagen treffen sich mit den Ergebnissen evangelischer Sozialethik und katholischer Soziallehre zur Bedeutung der Arbeit im menschlichen Dasein: Arbeit als kreativer Prozeß des Menschen, Arbeit als soziale Beziehung. Was heißt dies im einzelnen? Menschen sind schöpferische Wesen. Von daher ist Arbeit nicht nur Existenzgrundlage, sondern Ausdruck von schöpferischen, kreativen Tätigkeiten, die in einem Arbeitsablauf miteingebracht werden können. Tatsächlich hat dieser schöpferische, kreative Aspekt der Arbeit in vielen Betrieben neue Bedeutung gewonnen: in Form von Umorganisation von Arbeitsprozessen, weg von stumpfer und monotoner Fließbandtätigkeit hin zu größeren Arbeitsumfängen und Gruppenarbeit. Bedauerlich ist daran nur, daß die Entdeckung des kreativen, schöpferischen Menschen in der Arbeitswelt einherging und – geht mit gigantischen Rationalisierungsschüben und Entlassungen. Von daher ist es fast schon ein Privileg, am Arbeitsplatz kreativ und schöpferisch tätig sein zu können. Viele andere müssen diese immateriellen Werte der Arbeit entbehren. Sie sind gezwungen, sich zu verkaufen. Mit der menschlichen Arbeit scheint es dabei das gleiche zu sein wie mit anderen Rohstoffen: Gibt es sie im Überfluß, dann wird sie geradezu „billig wie Dreck“, wie es einmal ein Wirtschaftswissenschaftler bezeichnet hat. Die einen werden eingekauft, und die anderen müssen sich verkaufen.

Die Arbeit unterliegt mittlerweile einer noch stärkeren Ökonomisierung als bisher. Dies bedeutet, die Arbeitskraft ist Ware und muß verkauft werden. Ihr Wert wird bestimmt von Angebot und Nachfrage – und von der Qualität. Was dies heißt, wenn plötzlich alle zu Unternehmern und Unternehmerinnen werden, die sich selbst bzw. ihre Ware „Arbeitskraft“ verkaufen, wird in unserer Gesellschaft deutlich: Die Konkurrenz untereinander wächst – und damit der Graben zwischen Menschen ohne und Menschen mit Arbeit. Diejenigen, die ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen können, weil sie schwach oder krank sind, sind nicht mehr „marktfähig“ und gehören deshalb zum langsam wachsenden Potential der Dauerarbeitslosen, das aus unserer Gesellschaft einfach abgeschoben und verdrängt werden soll. Die Statistiken der Arbeitsämter bescheinigen dies: Für Schwächere – und Ältere ist schon lange kein Platz mehr im Arbeitsleben, der Exodus der Jungen, der Frauen, der Männer über 45 aus der Arbeitswelt ist daher unübersehbar.

Dieser Aussonderungsprozeß im Arbeitsleben ist ein Angriff auf die Würde des Menschen. Menschenrechte und Menschenwürde verlangen, daß jeder Mensch von anderen als Mensch anerkannt und behandelt wird. Der Wert eines Menschen ist einzig und allein durch sein Menschsein gegeben und nichts anderes. Daß im Arbeitsleben nunmehr der Marktwert der Ware Arbeitskraft zählt, macht diese Arbeitswelt inhuman und verletzt die Würde des Menschen. Dementsprechend kommt es zu Fluchten aus einer solchen Welt. Das eigentliche Leben

wird „vertagt“ in den Freizeitbereich oder in die Konsumwelt, in der exzessiver Konsum einen fragwürdigen Ersatz für den Verlust des Sinnes der Arbeit geschaffen hat. Jede Alternative zur derzeitigen Arbeitsgesellschaft steht deshalb vor der Herausforderung, den schöpferischen, kreativen Sinn der Arbeit in das Leben von Menschen einer Gesellschaft so zu integrieren, daß kreative, sinnerfüllende Arbeit nicht nur einer wohlausgebildeten, leistungsorientierten Elite vorbehalten bleibt.

Nun zu der anderen wichtigen Dimension von Arbeit – der sozialen Dimension, beziehungsweise des gemeinschaftlichen Charakters der Arbeit. Arbeit ist ein gemeinschaftliches Werk. Wir beziehen uns in der Arbeit aufeinander und streng genommen ist alle Arbeit Mit-Arbeit, weil sie in der Regel dort anknüpft, wo andere aufgehört haben. Der Betrieb ist deshalb auch ein Ort, an dem, wie auch immer, Gemeinschaft gelebt und erlebt wird. Das Betriebsklima – wie sich dieses Miteinander gestaltet – spielt daher eine wichtige Rolle, wenn Menschen ihre Arbeit beurteilen.

Freilich hat sich auch hier ein Wertewandel vollzogen. Viele Betriebsräte und Betriebsrätinnen fragen zurecht nach Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb bei Entscheidungen, die wesentlich in ihr Leben eingreifen: bei Verlagerungen, Stilllegungen, zunehmend aber auch bei Produkten, die hergestellt werden, und bei der Art und Weise, wie sie produziert werden.

Menschen ohne Arbeit erleben diese soziale Dimension in einem schmerzlichen Verlust, in zunehmender Ausgrenzung. „Niemand besucht mich in meiner Lage, meine Angehörigen nicht und vor allem nicht die früheren Kollegen und Kolleginnen“.

Machen wir uns über die Zukunft unserer Arbeit Gedanken, ist es wichtig, diese soziale Dimension der Arbeit mitzubedenken. Zukünftige Arbeiten, wie immer es auch aussehen wird, ob z.B. mit oder ohne Entlohnung, darf nicht ausgrenzen, sondern muß Gemeinschaft ermöglichen. In einer solchen Gemeinschaft kann das Zusammenwirken von möglichst vielen, Alten und Jungen, Schwachen und Starken zur Geltung kommen. Mitmenschlichkeit und Gemeinschaftlichkeit der Arbeit ist daher auch ein Prüfstein für gegenwärtige und zukünftige Politik in der Wirtschaft und auch in der Kirche. Wird Verantwortung für die soziale Seite der Arbeit wahrgenommen oder nicht – werden z.B. für möglichst viele Arbeitsplätze geschaffen oder sichergestellt? Daran werden sich nicht nur Politiker und Arbeitgeber sondern auch Kirchenleute und Synoden zu messen haben.

In unserer – und in anderen Industriegesellschaften – kommt noch ein anderer Aspekt der Arbeit immer mehr zum Tragen. Positiv ausgedrückt ist dies der naturverändernde und gestaltende Aspekt der Arbeit. In diesem Sinne sind Arbeitende Haushalter und Haushalterinnen Gottes, die für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlage und Ressourcen sorgen. Freilich tritt uns diese Dimension

der Arbeit heute in ihrer Umkehrung entgegen: Statt die Natur zu bewahren, wird ihr der Krieg erklärt. Arbeit verursacht erhebliche Umweltkosten, die nur zu einem sehr geringen Teil von einzelnen Firmen getragen werden. Umweltkosten rechnen sich nämlich in der Regel nicht nach dem Verursacherprinzip, sondern werden nach dem Gemeinkostenprinzip von allen weltweit getragen: in Form von verminderter Lebensqualität durch Boden-, Luft- und Wasserverschmutzung, von Ozonloch und weltweiten Klimakatastrophen. „Produktionssteigernde“ Maßnahmen wie der Einbau von Verschleißteilen in Produkte, die früher erheblich langlebiger waren (Staubsauger, Kühlschränke) sorgen dafür, daß die Umweltbelastung weiterhin steigt.

Wenn wir uns daher unter dem Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit unserer Arbeit Gedanken über die Zukunft machen, ist es unabdingbar, daß sparsamer Energie- und Rohstoffverbrauch zu den Leitbildern einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsweise werden. In verschiedenen Entwürfen zum ökologischen Umbau der Wirtschaft ist dabei das Konzept der Nachhaltigkeit entworfen worden. Dieses Konzept zielt nicht nur ab auf die Produktion von umweltfreundlichen und langlebigen Produkten, sondern auch auf rohstoff- und energiesparende Produktionsabläufe. Durch eine solche nachhaltige Wirtschaftsweise können im Umwelt- und Energiesektor viele Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Bestandsaufnahme macht zwei Dinge deutlich: Arbeit ist wichtig, weil sie eine selbstverwirklichende, eine soziale und eine naturerhaltende Dimension hat bzw. haben kann. Allerdings hat ein Wertewandel in unserem Arbeitsverständnis zu tiefgreifenden gesellschaftlichen und ökologischen Verwerfungen geführt.

Die Arbeitsgesellschaft wie bisher aufrecht zu erhalten, wird daher immer kostspieliger und am Ende unbezahlbar, nicht nur unter materiellen Gesichtspunkten.

Es ist in der Tat eine andere Art des Wirtschaftens erforderlich, um die ins Unermeßliche wachsenden menschlichen sozialen und ökologischen Kosten überflüssig zu machen.

Diese neue Art des Wirtschaftens kann freilich nicht darin bestehen, die Arbeit abzuschaffen, wie der japanische Computerexperte Masuda es träumt. Dafür hat sie eine viel zu große Bedeutung für das Leben Einzelner, für das Leben einer Gesellschaft und mittlerweile auch für eine teilweise schwer geschädigte Umwelt. Von daher halte ich auch Visionen von einer Arbeitsgesellschaft für unmenschlich, die die Menschheit sich spalten sehen, in eine 60:40 - bzw. 80:20 Gesellschaft, in der zwei Drittel oder vier Fünftel der arbeitsfähigen Weltbevölkerung zu Alimentationsempfängern gemacht werden, zu Versorgungsempfängern. Der verbliebene Rest avanciert hochspezialisiert und technisch hochbegabt zu den Leistungsträgern der Gesellschaft.

Arbeit und Menschsein gehören zusammen. Es sollte und müßte daher jedem Menschen offen sein, sich über Arbeit mindestens einen Teil seiner bzw. ihrer Existenz zu sichern und damit gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zu Aufbau und Erhalt der Gesellschaft zu leisten. Im kürzlich erschienenen gemeinsamen Wort der beiden Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ wird daraus ein Menschenrecht auf Arbeit abgeleitet. Dieses Recht ist weniger ein subjektives, einklagbares Recht als vielmehr ein verfassungsrechtliches Programm, das politische Organe und eine ganze Gesellschaft moralisch in die Pflicht nimmt.

Aus zweierlei Gründen ist ein solches Menschenrecht auf Arbeit relevant: Zum einen geht unserer Gesellschaft die Arbeit keineswegs aus. Vielmehr müssen neue ökologisch und sozial nützliche Tätigkeitsfelder erschlossen werden, z.B. in der Behebung von Umweltschäden, im Recyclingbereich, im Einsatz umweltfreundlicher Technologien. Andererseits ist es durchaus möglich, noch weit mehr als es bisher geschieht, Arbeit und Einkommen zu teilen. Arbeit zu verkürzen, daß möglichst viele in Arbeit kommen und jene, die noch in Arbeit sind, entlastet werden. Es wäre allerdings Aufgabe der Politik, in absehbarer Zeit hierfür für zwei notwendige Voraussetzungen zu sorgen: Ein Mindesteinkommen für alle und soziale Sicherheit müßten gewährleistet sein.

Daß aus „Arbeit“ wieder mehr wird als „Erwerbsarbeit“ und „Arbeitslosigkeit“ wäre eine längerfristige Perspektive. Eine „Erwerbsarbeitsgesellschaft“ so umzubauen, daß daraus tatsächlich wieder eine „Arbeitsgesellschaft“ wird, in der viele Formen des Arbeitens und des Tätigseins nebeneinander praktiziert werden können, ohne daß Menschen finanzielle und soziale Verluste hinnehmen müßten, braucht Zeit, ist aber eine lohnende und notwendige Alternative zu vielen Untergangs- und Endzeitphantasien von Politik und Wirtschaft, in denen immer ein Teil der Menschheit kaltgestellt wird.

Im Grunde geht es bei diesem Umbau um die Anerkennung aller Formen von Arbeit, die der Eigenproduktion, der Selbstverwirklichung dienen, und am Gemeinwesen und am ökologischen Gleichgewicht ausgerichtet sind.

Diese Arbeiten, z.B. pädagogische Tätigkeiten, Pflege der Umwelt, Pflege des Gemeinwesens durch Engagement in Initiativen und Treffs hat es immer schon gegeben, und ohne sie würde eine Gesellschaft verkümmern. Sie gilt es aufzuwerten, kulturell und materiell.

Die Zeit ist tatsächlich reif, über die Art und Organisation unserer Arbeit grundsätzlich nachzudenken. Wenn immer mehr Computer und Maschinen immer mehr Menschen überflüssig machen, haben wir doch Besseres zu tun: Beziehungen aufzubauen und zu pflegen, Kinder großzuziehen, für Alte und Kranke Sorge zu tragen, unsere Umwelt zu erhalten.

Endlich könnten wir dann unsere Arbeit wieder als sinnvolles Tätigsein begreifen und leben: Bebauen und bewahren, was uns anvertraut ist.

Grundbausteine des Lebens – Baumaterial für Gentechnologen?

Elfriede Dehlinger

Im Frühjahr 1997 haben sich die Meldungen überstürzt: Da wurde von einem Schaf Dolly berichtet, im schottischen Edinburgh gezüchtet aus der Euterzelle eines anderen Schafes. Kurz darauf meldeten die USA die Geburt identischer Rhesusäffchen, und schon kam die nächste Nachricht: Im US – Staat Ohio sei es gelungen, menschliche Chromosomen künstlich herzustellen, und man sei jetzt bei dem Versuch, ganze Chromosomen in die menschliche Keimbahn einzuschleusen.

Vieles von dem, was da durch die Presse geisterte, war sensationell aufgemacht. Manche Meldung muß daher noch immer überprüft werden. Sicher ist jedoch: In aller Welt wird in ungezählten Laboratorien geforscht, Versuchstiere werden gezüchtet, und was an Tieren geschieht, ist auch beim Menschen möglich, schließlich ist er, biologisch gesehen, den Säugetieren zuzurechnen.

Daß Forscher von der Gentechnologie fasziniert sind, ist verständlich, zumal ihnen die stetig verfeinerten technischen Geräte zu ihrer Arbeit immer bessere Voraussetzungen liefern, so daß sie fortlaufend tiefer in das Geheimnis des Lebens eindringen können.

Besorgnis erregt aber das Tempo, in dem diese Forschung von Erfolg zu Erfolg eilt; es findet so etwas wie ein weltweiter Wettlauf um die ersten Plätze statt. Neue Technologien müssen aber „fehlerfreundlich“ sein, das heißt, korrigierbar, wenn sie sich als schädlich erweisen. Dies zu prüfen kostet Zeit und Geduld, die wir den Gentechnologen abfordern müssen. Schließlich arbeiten sie in einem Bereich, der uns alle existentiell betrifft.

Wie müssen wir uns das Arbeitsfeld der Gentechnologen vorstellen?

Alles, was lebt auf dieser Welt, besteht aus Grundbausteinen, den Zellen. Sie alle haben, trotz äußerer Verschiedenheit – Haut- und Knochenzellen, sowie Zellen der inneren Organe – denselben Bauplan. In ihrer Mitte befindet sich hinter einer Zellmembran der Zellkern. In ihm ein Wirrwarr von Fädchen: Die Chromosomen. Sie können geordnet werden zu einem doppelten Chromosomensatz von 23 Paaren, denn je zwei Chromosomen sind gleich.

Wir können uns die Winzigkeiten, von denen hier die Rede ist, nicht vorstellen. Ein solches Chromosom ist etwa 1/1000 mm groß. Dennoch spricht man von einem Koffer, denn es birgt in sich mehrere Zentimeter des menschlichen Genoms mit vielen verschiedenen Abschnitten, von denen jeder die unterschiedlichsten Funktionen hat. (Schon heute ist z. B. vom Abschnitt 28 des Chromosoms 23 eine lange Liste bekannter Funktionen im Internet abrufbar.)

Reiht man nun alle diese Genomstücke aneinander, so ergibt sich ein – natürlich hauchdünner – Faden von etwa 150 cm Länge. Er hat viele Namen: DNS (Desoxyribonukleinsäure), oder englisch: DNA, Keimbahn, Genom oder Doppelhelix.

Diese Doppelhelix gleicht in ihrem Aufbau einer Strickleiter, deren „Stricke“ aus identischen Zuckermolekülen bestehen. An ihnen sind, wie halbe Sprossen, vier verschiedene Aminosäuren befestigt: Adenin, Thymin, Cytosin und Guanin – in unterschiedlicher Reihenfolge. Durch schwache elektrische Ströme werden diese Halbsprossen in der Mitte zusammengehalten, wobei immer Adenin und Thymin sowie Cytosin und Guanin Paare bilden. Eine menschliche Zelle enthält etwa 3 1/2 Milliarden solcher Paare. Unter dem Lichtmikroskop erscheint diese „Strickleiter“ in sich verdreht und geknäuel.

So also sieht die Grundsubstanz unseres Lebens, das Genom, aus. Es ist zugleich Keimbahn und damit Träger aller unserer Erbanlagen. Forscher sind jetzt dabei, dieses Genom zu entschlüsseln, denn immer drei solcher Halbsprossen ergeben zusammen einen „Text“, der gelesen werden kann.

Von den etwa 100 000 Abschnitten, die Gene genannt werden, sind bis jetzt (April 1997) fast 7000 entschlüsselt. Neben anderen interessanten Erkenntnissen kann man heute schon den Sitz einiger Erbkrankheiten (z.B. Chorea Huntington, Mukoviszidose, eine Form der Alzheimer Krankheit und die erbliche Form von Brustkrebs) auf dem Genom lokalisieren. Das Wissen auf diesem Gebiet vermehrt sich rapide, und es ist abzusehen, bis wann das Genom in seiner ganzen Länge lesbar sein wird. Zur Zeit wird etwa das Jahr 2005 angepeilt.

Es ist also zu fragen: Was fangen wir mit diesem Wissen eigentlich an? Krankheiten, die ihren Sitz auf der Keimbahn haben, stecken ja damit in jeder einzelnen Zelle des Körpers. Somit ist klar: Hier ist ein therapeutischer Eingriff schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Denkbar ist lediglich etwa eine Stimulierung des Immunsystems, eine Veränderung der Lebensweise, um den Ausbruch der Krankheit hinauszuzögern oder eine intensive Beobachtung der gefährdeten Bereiche zur möglichen Früherkennung. Wenn aber die Therapie der Diagnostik nicht nachfolgen kann, so ist in der Regel die Prognose aussichtslos. Deshalb muß jedem Menschen auch ein Recht auf Nicht-Wissen eingeräumt werden.

Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch noch andere Fragen:

► Wer darf die DNA eines Menschen entschlüsseln?

Schließlich ist es nicht besonders schwierig, an das nötige Material, also an lebensfähige Körperzellen, heranzukommen.

► Wer bekommt Zugriff auf die Ergebnisse einer solchen Erforschung?

Sind es die nächsten Angehörigen, vor allem solche, die gemeinsame Vorfahren

haben und somit auch betroffen sein können?

Darf der Arzt informiert werden?

Was ist, wenn die Versicherung Bescheid wissen will, um ihr Risiko einzuschätzen?

Schließlich muß auch mit dem Interesse von Arbeitgebern gerechnet werden. Diese Fragen müssen nicht nur nach allen nur möglichen Richtungen diskutiert werden. Sie schreien geradezu nach einer genauen gesetzlichen Regelung, die jetzt und zukünftig jeden Mißbrauch verhindert.

Grenzen, die gefallen sind – Möglichkeiten, die daraus erwachsen.

Der Wunsch, Menschen zu machen nach eigenen Vorstellungen mag zwar immer wieder in einzelnen Köpfen herumgespukt haben, aber es blieb bei Wunschvorstellungen, solange sich die Befruchtung der Eizelle durch die Samenzelle im Innern des weiblichen Körpers zutrug.

Die Befruchtung im Reagenzglas öffnete den Weg zur Gentechnologie. Im Jahr 1978 wurde das erste Retortenbaby geboren, ein Kind, gezeugt in der Petrischale, aus Ei- und Samenzellen der Eltern. Damit war ans Tageslicht befördert, was seither in völliger Verborgenheit geschah. Zugleich war jetzt der Zugriff auf die DNA möglich, die Arbeit an der menschlichen Zelle vor ihrer unendlichen Vervielfältigung. Die Wissenschaft war dem Eingriff in die Keimbahn ein großes Stück näher gekommen. Seither sind Tausende solcher Kinder geboren, und schon bei jedem Versuch einer solchen extrakorporalen Befruchtung können Embryonen anfallen, die zu Forschungszwecken zur Verfügung stehen. Diese embryonalen Zellen sind anfänglich totipotent, das heißt, es steht noch nicht fest, zu welcher Art von Gewebe sie sich weiterentwickeln werden. Wenn zu diesem Zeitpunkt an der Keimbahn Veränderungen vorgenommen werden, so sind diese vererbbar, haben also Folgen für alle kommenden Generationen.

Mit welchen Möglichkeiten menschlichen Eingreifens können oder müssen wir rechnen?

Einige Beispiele:

Es ist heute möglich, die DNA mit Hilfe von Enzymen in einzelne Abschnitte zu zerschneiden und sie auf diese Weise auch wieder zusammenzufügen. Durch geeignete Temperaturen kann die DNA zur Teilung gebracht werden. Die „Strickleiter“ löst sich dabei der Länge nach auseinander, und an jeder Hälfte bildet sich ein neuer Komplementärstrang. Der Sitz von vererbaren Krankheiten kann nun mit Hilfe von Gensonden aufgespürt werden. Dies ist dann möglich, wenn die kranke Stelle auf dem Genom in ihrer Kombination der vier Aminosäuren (Adenin, Thymin, Cytosin und Guanin) bekannt ist. Die Gensonde ist ein dafür künstlich hergestelltes Gegenstück. Nun kann geprüft werden, ob diese Sonde auf dem Genom ihr Komplementärstück findet, also irgendwo andockt und damit den Sitz der Krankheit anzeigt.

Auch an neuen Kombinationen wird gearbeitet: Es werden Versuche gemacht,

mit Hilfe von Goldkügelchen oder Viren als Träger, Stücke einer DNA in den Zellkern zu „schießen“.

Ganze Chromosomen werden künstlich hergestellt. Dabei werden, wie beim natürlichen Vorbild, Gene mit Zwischen- und Endstücken aneinandergesetzt. Diese künstlichen Chromosomen sollen in die Zellen kranker Organismen eingeschleust werden und dort defektes Erbmateriale ersetzen.

Das Schaf Dolly und die identischen Rhesusäffchen.

Anders als alle übrigen Zellen enthalten Ei- und Samenzellen nur den einfachen Chromosomensatz. Die Doppelung ergibt sich dann bei der Verschmelzung der beiden Zellen.

Die Züchter von Dolly haben nun den Zellkern der Eizelle entfernt und durch den kompletten Zellkern einer lebenden (Euter)-Zelle ersetzt. Wenn sich diese Zelle teilt, so entstehen genaue Kopien des Tieres, das die Euterzelle gespendet hat, ungeachtet welchen Mutterschafen die solchermäßen befruchteten Eizellen implantiert werden.

Dolly ist offensichtlich das einzige Tier, das auf diesem Weg lebend und gesund zur Welt kam. Es schlugen aber weit über hundert Versuche in dieser Reihe fehl. Wären sie geglückt, so existierte jetzt eine Herde mit lauter identischen Tieren. Klonen wird dieses Verfahren genannt, ein Begriff, der seither auf Tierzucht durch Teilung extrakorporal befruchteter Eizellen angewandt wurde. So kamen auch die identischen Rhesusäffchen zu ihren „Zwillingen“. Weil dieses Verfahren die Möglichkeit zu einer Überprüfung der Erbsubstanz und zur Feststellung des Geschlechts bietet und damit auch zu einer Auslese vor der Implantation, ist es besonderer Beachtung wert.

Dolly aber hat immerhin deutlich gemacht: Die ungeschlechtliche Fortpflanzung von Säugetieren liegt im Bereich des Möglichen, denn Dolly hat zwar drei Mütter, jedoch keinen Vater. Die vielen Fehlversuche zeigen aber, daß bei solchen Experimenten der Zufall eine große Rolle spielt. Dolly scheint gesund auf die Welt gekommen zu sein. Doch wieviele Fehlgeburten kamen vor? Wieviele kranke Tiere, Verkrüppelungen aller Art waren der Preis für den Erfolg? Davon wurde nichts berichtet. Dennoch löst dieses Schaf Erschrecken aus, denn wie ein Blitzlicht zeigt es beispielhaft, woran in den Laboratorien gearbeitet wird.

Es geht ja nicht nur um Schafe, denen der Vorgang ihrer Zeugung wahrscheinlich kein Kopfzerbrechen bereitet. Keine vier Wochen nach Bekanntwerden von Dollys Existenz gab ein Franzose die Gründung einer Firma auf den Bahamas zum Klonen von Menschen bekannt. Deutsche Forscher bezeichneten zwar das Projekt als unseriös, und die Bahamas ließen mitteilen, bei ihnen sei das Klonen von Menschen nicht erlaubt. Die Wahl des Ortes läßt trotzdem aufhorchen: Noch braucht jedes Kind eine Mutter, die bereit ist zur Schwangerschaft

und der schmerzhaften Anstrengung einer Geburt. Hatte der Franzose gehofft, die Armut der Frauen auf den Bahamas für seine Zwecke ausnützen zu können?

Alle angeführten Beispiele zeigen, daß sich hier Probleme ungeahnten Ausmaßes auftun. Die Arbeit mit den Grundbausteinen des Lebens geht uns aber alle an. Deshalb müssen wir Fragen stellen und auf ihrer Beantwortung beharren:

- Bleibt bei allem, was hier geschieht, die Würde des Menschen wirklich unantastbar, wie dies unser Grundgesetz fordert?
- Oder rückt mehr und mehr ein Nützlichkeitsdenken in den Vordergrund?
- Was ist zu tun, wenn sich ungebremster Forscherdrang und wissenschaftlicher Ehrgeiz über Grenzen hinwegsetzen?
- Wo kann gesteuert werden, wenn enorme wirtschaftliche Gewinnchancen locken?
- Wer kontrolliert die Macher?
- Wer bedenkt die Folgen ihres Handelns?

Die Bio-Ethik-Konvention des Europarates ist eine erste internationale Vereinbarung, die regelnd eingreift, wo sich zuvor viel rechtsfreier Raum fand. Doch sie hat Lücken, und daher muß an ihr weitergearbeitet werden. Nationale Gesetze sind in Deutschland schon präziser formuliert. So ist z. B. bei uns die Embryonenforschung grundsätzlich verboten. Vielleicht läßt sich hier der oft gebrachte Einwand umkehren: Wenn wir es NICHT tun, machen es die anderen auch NICHT. Doch nahezu unmerklich verschieben sich auch bei uns die Wertmaßstäbe.

Die vorgeburtliche Diagnostik und ihre möglichen Folgen

In den 60er Jahren war das Kinderkriegen noch eine sehr natürliche Sache. Die werdende Mutter nahm, etwa in der zweiten Hälfte der Schwangerschaft, Kontakt zur Hebamme auf. Diese kam dann einige Male ins Haus, prüfte die Herz-töne des Kindes und gab den Erstgebärenden die nötigen Tips. Zur Geburt kam sie mit in die Klinik, oder sie blieb bei Hausgeburten da, bis schließlich Mutter und Kind versorgt waren. Ein Arzt wurde höchstens gebraucht, wenn eine Naht zu legen war.

„Es ist ein Mädchen – oder ein Bub –“ meldete die Hebamme, nachdem das Kind das Licht der Welt erblickt hatte „und es ist alles dran.“ Die Mutter hörte es dankbar und war beruhigt. Nach einer normalen Schwangerschaft war allerdings ihre Freude auf das Kind weit größer gewesen als die Angst, ihr Kind könne irgend einen Schaden haben.

Heute, so scheint es, ist eine werdende Mutter vom Beginn der Schwangerschaft an fest in der Hand des Frauenarztes. Etwa 14 Vorsorgeuntersuchungen sieht der Schwangerschaftskalender vor. Mit Ultraschall wird das Wachstum des Kindes überwacht. Für einen ganzen Katalog von Voraussetzungen, vor allem aber, wenn die Mutter älter ist als 35 Jahre, wird eine Fruchtwasser-

untersuchung empfohlen. Die darin enthaltenen embryonalen Zellen werden dann auf Chromosomenanomalien und Stoffwechselkrankheiten untersucht.

Es findet also eine „Musterung vor der Geburt“ statt. Diese Untersuchung wird etwa in der 12. Schwangerschaftswoche vorgenommen. Bis das Ergebnis da ist, befindet sich die Mutter im vierten Monat ihrer Schwangerschaft. Mit dieser Untersuchung ist auch eine Geschlechtsbestimmung verbunden, für viele sicher eine Verlockung zur Befriedigung der Neugierde, verbunden mit der Bestätigung: Es ist alles in Ordnung. (In einigen Ländern – vor allem in Südostasien – hat diese Untersuchung häufig zur Folge, daß unerwünschte weibliche Nachkommen abgetrieben werden.)

Viele Mütter sind auf die Konsequenzen einer solchen Untersuchung nur unvollkommen vorbereitet, schließlich kann sie ein besorgniserregendes Ergebnis plötzlich in die schlimmsten Konflikte stürzen.

Frau N., 36 Jahre alt, erwartet ihr erstes Kind. Die sehr empfohlene Fruchtwasseruntersuchung zeigt einen Befund: „Da ist irgend etwas, aber wir können noch nicht feststellen, worum es sich handelt“, wird ihr gesagt. Frau N. erschrickt bis tief hinein. Sie ist auch besorgt: Wie wird ihr Ehemann auf diese Nachricht reagieren? Sie selbst empfindet ihr Kind schon so sehr als einen Teil ihres Lebens, daß für sie ein Abbruch der Schwangerschaft nicht infrage kommt. Es ist zu hoffen, daß ihr Mann bereit ist, diese Entscheidung mitzutragen. Die unbeschwernte Freude auf das Kind ist einer bohrenden Sorge gewichen. Noch ist auch ungewiß, wie sich die nächsten Angehörigen, die Eltern der beiden und ihre Geschwister, ihre Freunde und wem sie sonst nahestehen, verhalten werden.

Frau N. ist, in gewissen Abständen, zu weiteren Untersuchungen in die Klinik bestellt und stößt dort, mit jedem Male deutlicher, auf die kaum verdeckte Haltung: „Wie, Sie sind immer noch schwanger?“ Noch ist unklar, wie schwerwiegend die mögliche Schädigung ihres Kindes ist, aber ihr wird mehr und mehr klar: Abtreibung ist zwar verwerflich, wenn ein gesundes Kind betroffen ist, liegt aber auch nur der Verdacht auf eine Anomalie vor, so wird die Bereitschaft zum Abbruch erwartet.

Frau N. ahnt jetzt, daß sie mit ihrer Entscheidung, das Kind zu bekommen, nicht nur die Pflicht zu einem Leben für dieses Kind auf sich genommen hat. Sie muß auch mit dem veränderten Bewußtsein der Menschen in ihrer Umgebung rechnen. Was früher als unausweichliches Schicksal galt und deshalb eher auf Teilnahme und Hilfsbereitschaft stieß, erfährt heute vielfach Ablehnung: „Ein solches Kind muß doch nicht mehr sein!“ Viele empfinden es als Störung, ja, als vermeidbaren Kostenfaktor im Gesundheitswesen. Vorwürfe sind also zu befürchten, „denn man kann doch heute wissen...“ Man weiß heute – und wie wird dieses Wissen die Welt verändern?

Auch die Theologie steht vor einer neuen Herausforderung: Sie muß die Rede von Gott als dem Schöpfer und von Gott, der jeden Menschen als sein Geschöpf liebt, auf diesem Wissenshintergrund neu durchdenken und auf eine neue Weise formulieren.

Wir haben gelernt, den Makrokosmos in unser Denken aufzunehmen. Wir wissen von den fernsten Galaxien und freuen uns dennoch am Himmelsgewölbe über uns. Nun geht es darum, den Mikrokosmos zu erfassen, das unglaublich feine, sehr verletzbare System unseres Lebens – und dennoch den ganzen Menschen als Gottes Geschöpf zu begreifen und zu lieben.

Leben, lieben, Gott loben

Christliche Lebensformen

Christa Maier- Johannsen

Nachdem das Thema „Lebensformen“ in den Jahren 1993 und 1994 heftig und kontrovers diskutiert worden ist, scheint es still darum geworden zu sein. In unserer Landeskirche gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, die sich weiterhin um klare Aussagen bemühen, in der kirchlichen Öffentlichkeit aber haben andere Themen wieder mehr an Bedeutung gewonnen. Vor den Kirchenwahlen im Herbst 1995 allerdings wurden wir Kandidatinnen und Kandidaten bei nahezu jeder Vorstellungsveranstaltung nach unserer Einstellung zum Thema „Homosexualität“ gefragt und haben dies oftmals als ein „auf den Zahn fühlen“ oder gar „aufs Glatteis führen“ empfunden.

Auch während der Aktion Kontakt-Telefon unserer Landeskirche tauchte wohl die Frage nach der Position zu den verschiedenen Lebensformen öfters auf. Dies zeigt, daß Klärungsbedarf besteht. Im März 1996 hat der Oberkirchenrat der Württembergischen Landeskirche im Begleitschreiben zu „EKD Texte 57“ mit dem Titel „Mit Spannungen leben“ darauf hingewiesen, daß ein Diskussionsprozeß auf verschiedenen Ebenen unserer Landeskirche notwendig sei. Die OFFENE KIRCHE hat über die Jahre hinweg in verschiedenen Beiträgen in den OK-Informationen immer wieder Stellung zum Thema Lebensformen genommen. In diesen Beiträgen zeigt sich, daß viele Menschen in unserer Landeskirche von der OFFENEN KIRCHE erwarten, daß sie sich dafür einsetzt, daß gesellschaftliche Minderheiten und Ausgegrenzte in unserer Kirche gleichberechtigte Gemeinschaft erleben, und daß Christinnen und Christen da sind, wo Menschen ihr Leben gestalten und wo Fragen heutiger Lebensgestaltung zur Entscheidung anstehen, wie es auch im Wahlprogramm für die Synodalwahlen 1995 formuliert ist.

Auch die Landessynode wird sich mit diesem Thema wieder befassen müssen. Die Positionen der Konservativen zum Leitbild Ehe und Familie und zu Hetero- und Homosexualität sind bekannt und bieten keine Aussicht auf einen fruchtbaren Diskurs miteinander. Umso deutlicher müssen wir als OFFENE KIRCHE Stellung beziehen und unseren selbstgewählten Verpflichtungen aus dem Wahlprogramm nachkommen.

Ehe und Familie als Leitbild?

„Der Mensch wird am Du zum Ich“, sagt Martin Buber. Menschen leben in Beziehungen, weil sie von ihrem Wesen her auf das Gegenüber eines Menschen angelegt sind. Die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit kann nur im Zusammenspiel mit Beziehungen zu anderen Menschen gelingen.

Neben der herkömmlichen Form des Zusammenlebens in Ehe und Familie etablieren sich mehr und mehr andere Formen des Zusammenlebens, in denen

Menschen in Liebe Verantwortung füreinander übernehmen. Obwohl Kirche und Gesellschaft am Leitbild Ehe und Familie festhalten, kann und darf es keine Rangordnung zwischen den verschiedenen Lebensformen geben. Die Gestaltung und die Stabilität des Zusammenlebens bestimmen die Qualität, nicht die äußere Form.

Kann eine Lebensform weiterhin ohne Einschränkung als Leitbild dienen, die so anfällig und so zerbrechlich geworden ist? Jede dritte Ehe in Deutschland, die wohl in fast allen Fällen in der guten Absicht geschlossen wurde, zusammenzubleiben, „bis daß der Tod euch scheidet“, wird heute geschieden.

Ehen dauern durch die gestiegene Lebenserwartung heute länger als früher und sind damit auch konflikthanfälliger. Durch die zunehmende wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen vom Einkommen der Ehemänner steigt die Bereitschaft, zerrüttete und unglückliche Ehen eher aufzulösen als früher. Unter Umständen sinkt damit aber auch die Bereitschaft, Konflikte und „Durststrecken“ durchzustehen. Ehe kann keine Flucht in die heile Welt sein, sondern heißt, sich jeden Tag neu auseinanderzusetzen, ohne gleich auseinanderzugehen, und eine Ausgewogenheit von Nähe und Distanz zu schaffen.

Dieser Schritt ins „Abenteuer Ehe“ fällt Paaren unter den gegebenen Umständen zunehmend schwer. 1,7 Millionen Deutsche aller Altersgruppen leben ohne Trauschein zusammen. Dennoch möchte ein großer Teil dieser Paare von ihrer Kirche anerkannt werden und erwartet Respekt vor der persönlichen Entscheidung für die gewählte Lebensform.

Immer wieder scheitern Diskussionen an der Uneinigkeit darüber, ob die Bibel der Ehe als Lebensform einen eindeutigen Vorrang gibt. Die genannten Bibelstellen sind uns hinlänglich bekannt; sie werden von kompetenten Theologen und Theologinnen je nach Standort unterschiedlich ausgelegt, so daß ein Konsens kaum möglich erscheint. Außerdem begegnen wir doch auch innerhalb der Bibel verschiedenen Lebensformen. Die Formen des Zusammenlebens hängen und hängen immer von den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen ab. Die Formen dürfen nicht zementiert werden, sondern wir müssen innerhalb der sich wandelnden Formen uns darum bemühen, unser Zusammenleben in welcher Weise auch immer in Liebe und Verantwortung zu gestalten. Heiner Küenzlen schreibt in OK-INFORMATIONEN 3/94: „So entspricht keine Lebensform, auch nicht die gegenwärtige Rechtsform der Ehe, von vornherein eher dem Willen Gottes als eine andere.“

Immer noch erweitert sich in den meisten Fällen die Lebensgemeinschaft von zwei Personen zur Familie. Doch neben dem herkömmlichen Bild von Familie mit Vater, Mutter und leiblichen Kindern gewinnen immer mehr andere Formen des Zusammenlebens an Bedeutung, die wir durchaus als Familie anerkennen müssen. Der Begriff „Familie“ muß neu definiert werden. Im

Positionspapier „Frauen-Leben“ der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland heißt es dazu: „Familie ist eine Lebensgemeinschaft mit Kindern und Hilfebedürftigen, die es zu fördern und zu schützen gilt.“ Entsprechendes muß für die politische Bewertung von Familie gelten.

20 Prozent aller Haushalte mit Kindern in den alten Bundesländern sind Ein-Eltern-Haushalte (in den neuen Bundesländern sind es erheblich mehr). In 90 Prozent dieser Haushalte sind die Mütter die Erziehenden. Diese Frauen leben mit ihren Kindern oftmals am Rande des Existenzminimums und erfahren bei weitem nicht die Unterstützung und Entlastung, die für ein sorgenfreies Familienleben nötig wären. Die unzureichende Wertschätzung und Anerkennung ihrer Erziehungsarbeit macht diese Lebensform für viele Frauen zusätzlich schwer.

Alleinerziehende Eltern dürfen gegenüber Familien mit zwei Elternteilen nicht benachteiligt werden und haben Anspruch auf finanzielle Hilfe, auf bezahlbaren Wohnraum, auf staatliche Hilfe bei der Kinderbetreuung und gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung.

Der schon erwähnte EKD - Text 57 nennt einige Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit Ehe und Familie aus der Sicht des christlichen Glaubens Leitbildfunktion haben können. Betrachten wir diese Bedingungen einmal im Hinblick darauf, inwiefern auch andere Lebensformen ihnen entsprechen können.

Es heißt hier:

- „Ehe und Familie haben aus der Sicht christlichen Glaubens insofern Leitbildfunktion, als sie die Formen des Zusammenlebens darstellen, die von den Ehepartnern in freiwilliger Zustimmung eingegangen werden und darum Ausdruck von Zuneigung und Liebe sind.“

Wir können wohl davon ausgehen, daß gleichgeschlechtlich zusammenlebende Paare, die um Anerkennung ihrer Partnerschaft in Gesellschaft und Kirche ringen, ebenfalls in Zuneigung, Liebe und freiwilliger Zustimmung zusammenleben. Weiter heißt es in dem bereits zitierten Text:

- „... die ganzheitlich sind, also den Menschen als leibseelisches Wesen erfassen.“

Auch homosexuell geprägte Menschen wollen ihre Beziehung ganzheitlich leben, den Partner, die Partnerin als leibseelisches Wesen erfassen. Ist eine ganzheitliche Beziehung ohne gelebte Sexualität vorstellbar? Können wir homosexuellen Paaren eine ethisch verantwortlich gelebte Partnerschaft empfehlen, von der praktisch gelebten Sexualität aber abraten? Einen Menschen ganzheitlich zu lieben heißt, Seele und Körper zu lieben. Sexuelle Enthaltsamkeit kann hier wie auch bei heterosexuellen Paaren nur die Ausnahme sein. Sie darf nur ein freiwilliger Entschluß, nicht aber ein Gebot sein.

- „... verbindlich sind und damit dem menschlichen Bedürfnis nach Verlässlichkeit entsprechen;

- auf Dauer angelegt sind und darum auch für „schlechte Tage“ gelten.“

Auch hier erlebe ich, daß Menschen in allen Beziehungen nach Verlässlichkeit und Dauer suchen und wohl keine Lebensform dies absolut garantieren kann. - „partnerschaftlich gestaltet sind und darum Gegenseitigkeit und Gleichberechtigung zwischen den Ehepartnern ermöglichen“. Auch dies muß doch wohl die Grundlage jeder Lebensgemeinschaft unter erwachsenen Menschen sein. - „als Gemeinschaft von Mann und Frau grundsätzlich die Entscheidung für die Geburt von Kindern eröffnen und - mit alledem einen Lebensraum darstellen, in dem Kinder aufwachsen und sich auf die vielfältigen Herausforderungen, Rollenerwartungen und Aufgaben des Lebens vorbereiten können.“

Dem ersten Teil dieser Bedingung können natürlicherweise wirklich nur heterosexuelle Paare entsprechen, während es durchaus homosexuell zusammenlebende Paare gibt, die sich den Anforderungen, ein Kind in harmonischen Verhältnissen aufwachsen zu lassen und es für die Aufgaben des Lebens vorzubereiten und stark zu machen, durchaus gewachsen fühlen. Wie schon erwähnt, wächst eine immer größer werdende Zahl von Kindern ohnehin mit nur einem Elternteil auf. Wenn dies auch mit Sicherheit keine Idealbedingungen für Kinder sind, so muß ich aus meiner Erfahrung sagen, entscheidend für das Wohlergehen von Kindern ist die Qualität und Stabilität der Lebensform, in der sie aufwachsen.

Wenn es in dem EKD - Text weiterhin heißt, daß vom christlichen Menschenbild her Formen des Zusammenlebens mit wechselnden Sexualpartnerinnen und -partnern nicht als Leitbild dienen können, so gilt dies doch wohl für hetero- wie für homosexuelle Beziehungen.

Homosexuelle Menschen in der Kirche

Homosexuell geprägte Menschen, die ihre Prägung als unveränderbar annehmen, haben Anspruch darauf, daß sie in das kirchliche und gemeindliche Leben integriert werden wie jedes andere Kirchenmitglied. Darüber hinaus sollte die Kirche sich zur Anwältin dieser Menschen machen, wo sie ausgegrenzt oder unter Druck gesetzt werden, und sich für den Schutz und die Respektierung der gewählten Lebensform dieser Menschen einsetzen.

Homosexuelle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Kirche und die besondere Rolle des Pfarrhauses

Unter Pfarrern und Pfarrerinnen sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in anderen kirchlichen Bereichen ist der Anteil der Menschen, die homosexuell geprägt sind, durchaus dem Prozentsatz in der übrigen Bevölkerung gleichzusetzen. Die Bereitschaft, zu dieser Prägung öffentlich zu stehen, mag geringer sein, weil an das Pfarramt und den kirchlichen Dienst offensichtlich immer noch besondere Maßstäbe angelegt werden. Die Frage, ob homosexuell lebende kirchliche Amtsträger und -trägerinnen in ihrer Lebensform ihrem kirchlichen Verkündigungsauftrag widersprechen oder mit ihm vereinbar leben, wird

sehr kontrovers diskutiert. Der Verkündigungsauftrag kann zwar nicht von der Lebensführung der Amtsträger getrennt werden; wenn wir aber das Doppelgebot der Liebe ins Zentrum der Verkündigung setzen, müssen wir die Lebensführung unabhängig von der Lebensform sehen. Wir alle bleiben in unserer Lebensführung dem Willen Gottes und unseren Mitmenschen vieles schuldig. Für die Glaubwürdigkeit kirchlicher Verkündigung ist es wichtig, unser Versagen und Unvermögen nicht zu leugnen und zu erkennen, daß wir, in welchen Lebensformen auch immer wir leben, ständig auf die Vergebung Gottes und unserer Mitmenschen angewiesen sind.

Die Frage, ob die Gefahr der Verführung Minderjähriger durch homosexuell geprägte kirchliche Mitarbeiter größer ist als durch heterosexuell geprägte, würde ich verneinen. Wir können wohl eher davon ausgehen, daß die Sensationslust und der Drang der Medien zur Veröffentlichung von Vergehen kirchlicher Mitarbeiter im homosexuellen Bereich größer ist. Außerdem scheint in der Öffentlichkeit auch die Bereitschaft größer zu sein, Verführung Minderjähriger durch heterosexuell geprägte Menschen eher als „Ausrutscher“ und menschliche Schwäche anzusehen als durch Homosexuelle. Auch hier ist nicht die sexuelle Prägung entscheidend, sondern der Wille und das Bemühen um einen verantwortungsvollen Umgang mit anvertrauten jungen Menschen.

Das EKD - Papier kommt zu dem Schluß, daß es nicht vertretbar sei, das Pfarramt generell für homosexuell lebende Menschen zu öffnen, dieses aber bei Erfüllung bestimmter Kriterien im Einzelfall nach gründlicher Prüfung ermöglicht werden könne. Nachdem die gelebte Sexualität aber in die Privatsphäre eines Menschen gehört, frage ich mich, was hier geprüft werden soll und welche Instanz oder welches Gremium diese Prüfung vornehmen kann und will. Das Pfarrhaus bzw. die Pfarrfamilie stehen zumindest in ländlichen Gemeinden immer noch mehr unter der kritischen Beobachtung der Menschen als andere Familien. Manche Pfarrerskinder können ein Lied davon singen! Hier müssen vielleicht auch die Gemeinden lernen, ein wenig mehr Toleranz zu üben. Ein Pfarrer oder eine Pfarrerin und ihre Familien haben Anspruch auf ein Privatleben wie alle anderen auch. Wenn ein gleichgeschlechtlich zusammenlebendes Paar in einem Pfarrhaus zusammenlebte, wäre es mit Sicherheit noch kritischerer Beobachtung ausgesetzt und würde auch bei einigen Menschen auf offene Ablehnung stoßen. Andererseits könnte diese Situation für eine Gemeinde auch eine Chance sein, sich diesem Problem offen zu stellen und eventuell neue Erkenntnisse zu gewinnen. Vielleicht könnte eine Gemeinde zu dem Ergebnis kommen, daß nicht die Lebensform der Menschen im Pfarrhaus den Vorbildcharakter ausmachen kann, sondern die Lebensweise, die Art, wie die Menschen miteinander und mit anderen umgehen.

Segnung homosexueller Menschen

Das EKD - Papier „Mit Spannungen leben“ nimmt zur Kenntnis, daß in den letzten Jahren verstärkt der Wunsch von Homosexuellen erhoben wird, ihre

Partnerschaften unter den Segen Gottes und der Kirche zu stellen. Die Motivation und die Zielsetzung dieses Wunsches wird in dem Papier kritisch beleuchtet. Man kann und muß aber doch zunächst einmal davon ausgehen, daß ein homosexuell lebendes Paar, das die Segnung seiner Partnerschaft wünscht, damit auch öffentlich und unter dem Segen Gottes dem Wunsch und Willen Ausdruck geben möchte, diese Partnerschaft in ethischer Verantwortung verbindlich und verlässlich führen zu wollen. Genauso wie dies hoffentlich auch die Motivation aller heterosexuellen Paare für den Wunsch nach kirchlicher Trauung ist.

Über die Form einer solchen Segnung muß mit allem Ernst und dem nötigen Respekt voreinander diskutiert werden. Wir werden uns aber nicht davor drücken können, zur Frage der Segnung homosexueller Paare in absehbarer Zeit eine zufriedenstellende Lösung für die betroffenen Paare zu finden.

Es wäre falsch, wenn wir die Spannungen innerhalb unserer Kirche in der Diskussion um die verschiedenen Lebensformen nicht zur Kenntnis nehmen wollten oder versuchen würden, sie zu verharmlosen. Die OFFENE KIRCHE ist hier auch weiterhin gefordert, deutliche Worte zu sagen, auch auf die Gefahr hin, daß kirchenpolitische Gräben hier vergrößert werden könnten. Wir müssen die Lebenswirklichkeit der Menschen respektieren, die Vielfalt der Lebensformen anerkennen und versuchen, neue Leitbilder für das Zusammenleben von Menschen in Freiheit, Liebe und Verantwortung zu konkretisieren.

Schwäche – geistlicher Kraftquell?

Psychologische Beratung als Glaubens- und Lebenshilfe

Dr. Helmut Elsässer

Vor einiger Zeit kam ein Mann Mitte der 50 zu mir in die Beratung; er war beruflich erfolgreich, äußerlich eine eindrucksvolle Erscheinung, in seiner Gemeinde hochgeschätzt als Kirchengemeinderat und engagiertes Gemeindeglied. Er ließ sich mit einem Seufzer auf dem Sessel mir gegenüber nieder. Nach einer Pause sagte er: „Ja, das hätte ich auch nie von mir gedacht, daß ich mal in der Psychologischen Beratungsstelle ende“.

Nochmals eine längere Pause. Dann berichtet er zögernd: „Meine einzige Tochter, 20 Jahre alt, hat sich vor einigen Monaten das Leben genommen. Eigentlich ohne erkennbaren Grund. Stellen Sie sich das vor: Eine hochbegabte junge Frau, nach glänzendem Abitur, mit großen künstlerischen Gaben – ich könnte Ihnen Bilder zeigen, die sie gemalt hat.... Sicher, der junge Mann, mit dem sie befreundet war, der hätte nicht so gut in unsere Familie gepaßt. Darüber gab es schon auch mal Spannungen. Aber sonst – da war nichts Erkennbares. Und was mich total fertig macht: Meine Frau und ich, wir leben uns über diesem Verlust zunehmend auseinander. Anfangs hat uns die gemeinsame Trauer noch fester verbunden. Aber immer mehr entzweien wir uns über dem Verlust unserer Tochter. Wir empfinden so verschieden - ich verstehe das einfach nicht. Nach 30 Jahren Ehe sind wir einer Trennung näher als einer Partnerschaft.“

Und wissen Sie, was das Schlimmste ist: Ich, der ich in meinem Leben so viel bewegen konnte, so vielen Menschen helfen konnte – ich bin jetzt total ohnmächtig und schwach. Ich weiß einfach nicht mehr weiter. Das hätte ich nie von mir gedacht.“

Schwäche – das Schlimmste, was einem Menschen, einem Christen passieren kann? „Das hätte ich nie von mir gedacht, daß ich mal in der Psychologischen Beratungsstelle ende.“

Paulus hat ähnliche Erfahrungen mit sich und seiner Schwäche gemacht. War es eine körperliche Krankheit, von der er im 2. Korintherbrief Andeutungen macht, litt er unter seiner seelischen Schwäche?

Paulus war ein sehr verletzlicher, kränkbarer Mann – wenn er sich angegriffen fühlte, konnte er mit Worten losschlagen, die auch unter die Gürtellinie gingen (Phil. 3,2). Er litt unter seiner Schwäche, er sah dies als Pfahl in seinem Fleisch, als einen Satansengel, der ihn schlug. „Ich habe seinetwegen dreimal zum Herrn gefleht, daß er von mir weiche. Und er hat mir gesagt: ‚Laß dir an meiner Gnade genügen; denn meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.‘ ” (2. Korinther 12,9)

Diese Erfahrung, diese schwere Einsicht, liegt als geistliche Wurzel unter der Arbeit der Psychologischen Beratung unserer Kirche. Unsere Schwachheit kann zu einem Kraftquell werden; wenn wir schwach sind, können wir offen und empfänglich werden für Kräfte, über die wir nicht disponieren können. „In der Schwachheit kommt meine Kraft zur Vollendung“, sagt der auferstandene Herr dem sich schwach erlebenden Paulus. „Glücklich sind die geistlich Armen,“ sagt Jesus in der Bergpredigt, „ihnen gehört das Himmelreich“. Leere Hände sind fähig, zu empfangen. „Geheimnis des Glaubens: Im Tod ist das Leben,“ sagt ein gutes neues Lied in unserem Gesangbuch (EG 585), wenn es den Tod Jesu wie das Sterben des Weizenkorns sieht - als wunderbar gewirkten Neubeginn.

Wir tun uns nicht leicht, mit unserer Schwäche zu leben. Einem Hilfsbedürftigen zu helfen, einen Bettler zu beschenken, gütig mit einem Schuldigen umzugehen – das mag uns gelingen, das mag auch guttun. Was aber, wenn wir selber der Hilfsbedürftige, der Bettler, der Schuldige sind?

„Das hätte ich nie von mir gedacht, daß ich mal in der Psychologischen Beratungsstelle ende.“

Die Menschen in Jesu Nähe waren auf ihre Weise am Ende, sie endeten bei ihm. Die Frau mit dem Blutfluß: Ihr Vermögen hatte sie Ärzten geopfert, sie konnte für deren Bemühungen wenigstens noch Gegenleistungen bieten. Am Ende war sie bei Jesus, nur um ihn zu berühren (Markus 5, 25). Dieses Ende war die Wende. Der Synagogenvorsteher Jairus ging zu Jesus, obwohl das sinnlos erscheinen mußte, nachdem seine Tochter gestorben war. Aber Jesu „Fürchte dich nicht“ (Markus 5, 36) war für Jairus Kraft in der Ohnmacht. In Jesu Nähe konnten schwache Menschen aufleben, Vertrauen, Glauben fassen. In Jesu Nähe konnten Menschen ihrer Schuld ins Auge sehen; aus Schwäche konnte Leben wachsen.

Die Psychologischen Beratungsstellen unserer Kirche sind Orte, an denen Menschen schwach sein, sich fallen lassen, sich anvertrauen können. Insofern sind sie Orte, an denen zentrale Glaubenserfahrungen wachsen können.

Hinter der Einrichtung von Psychologischen Beratungsstellen sah unsere Kirche aber auch den Auftrag und die Bevollmächtigung an die Jünger, „alle Krankheit und alle Gebrechen“ zu heilen (Matthäus 10, 1.8). Die geistliche Wurzel der Beratungsarbeit hat auch einen diakonischen Zweig, nämlich den Auftrag, Not, Leid und Krankheit als Orte zu sehen, an denen die Jünger im Geiste Jesu tätig sein sollen.

Die Anfänge der Psychologischen Beratungsarbeit unserer Kirche waren unscheinbar: In den Nachkriegsjahren häuften sich Seelsorgesituationen, die mit Erschütterungen von Familien zu tun hatten: Männer, die zehn und mehr Jahre

in Kriegsdienst und Gefangenschaft in einer anderen Welt gelebt hatten, trafen bei der Heimkehr auf Frauen und Familien, die allein leben mußten und eigenständig geworden waren. Die parochiale Seelsorge konnte diese tiefgreifenden Familien- und Paarprobleme nicht allein lösen. Wieder einmal war dies die Stunde der Frauen und der Frauenarbeit unserer Kirche: Sie richteten, tatkräftig gefördert von Stadtdekan Issler, in der Sakristei der Stuttgarter Leonhardskirche und in der Teeküche der Gedächtniskirche Orte ein, an denen ehrenamtlich arbeitende Frauen Beratung für Paare und Familien begannen, in der Trägerschaft der Frauenhilfe. Bald stieg der Oberkirchenrat in die Finanzierung dieser Arbeit ein, zunehmend mußte professionelle Mitarbeit von Therapeut/innen und Psycholog/innen hinzugenommen werden. Das Heranziehen humanwissenschaftlicher Erkenntnisse, wie sie in der Psychologie und vor allem in der Tiefenpsychologie vorlagen, legte sich umso mehr nahe, als das Menschenbild vor allem der Tiefenpsychologie sich vielfach mit dem biblischen Menschenbild berührte und die vorbehaltlose Annahme eines Menschen in seinen Verstrickungen und Schwächen, wie sie in der psychoanalytischen Psychotherapie zum Grundansatz gehörte, dem seelsorgerlich-therapeutischen Umgang mit Menschen entsprach, wie er bei Jesus im Neuen Testament durchscheint.

Dieser seelsorgerliche Ansatz entspricht aber auch dem, was die Reformatoren mit Seelsorge meinten: Buße und „colloquium fratrum und consolatio fratrum“ – das Sich-Beraten und Aufrichten der Brüder und Schwestern gehören zusammen. Nicht nur die geweihten Priester spenden das Sakrament der Buße, sondern alle Getauften sind Priester und mit dem heiligen Geist begabt, und das Bußsakrament ist kein Instrument der Kirchenzucht sondern ist Lebens- und Glaubenshilfe. Solche Seelsorge als Auftrag an die Laien wird in der Psychologischen Beratungsarbeit verwirklicht durch wissenschaftlich ausgebildete „Laien“, die nicht durch die Priesterweihe, sondern durch ihre gründliche humanwissenschaftliche Schulung zu Priestern im Sinne des Priestertum aller Gläubigen berufen sind. „Buße“ geschieht in der Psychologischen Beratung „täglich und ständig“, insofern Menschen dort immer auf sich selbst und ihren eigenen Anteil an einem Lebensproblem zurückgerufen werden.

Unsere Kirche hat mit dem Aufbau der Psychologischen Beratungsarbeit nicht irgendeine Arbeit aufgenommen, die andere genauso hätten tun können, sondern sie hat mit der Psychologischen Beratungsarbeit einen ureigenen Auftrag Jesu an seine Jünger aufgenommen. Die Kirche hat diesen Auftrag angenommen und durch wissenschaftliche Forschung und Erfahrung vertieft und verfeinert. Auch der Pietismus nimmt heute in großem Umfang die Hilfe der Humanwissenschaften in der Seelsorge in Anspruch und rückt damit ab von seiner früheren Infragestellung der Psychologischen Beratungsarbeit als Aufgabe der Kirche.

Aus den oben geschilderten kleinen Anfängen in Nebenräumen Stuttgarter Gemeindehäuser ist heute ein Netz von insgesamt 21 Beratungsstellen im Raum

der Württembergischen Landeskirche geworden: Auf Stuttgart (1953) folgten 1963 Ulm, 1964 Tübingen, 1968 Heilbronn und die Landesstelle in Stuttgart, 1972 Reutlingen und Tuttlingen, 1974 Ravensburg sowie kleinere Stellen und Nebenstellen in Albstadt-Ebingen, Bad Mergentheim, Calw, Crailsheim, Freudenstadt, Schw. Hall, Schwenningen, Spaichingen und Wangen. Diese Stellen standen in unmittelbarer Trägerschaft der Landeskirche. 1977, 1979 und 1980 ergriffen Kirchengemeinden (Aalen) und Kirchenbezirke die Initiative und gründeten in eigener Trägerschaft Psychologische Beratungsstellen in Aalen, Esslingen und Bernhausen. Die Stuttgarter Beratungsstelle hatte seit 1961, als sie in die Augustenstraße umzog, zugleich die Funktion einer Landesstelle, bis sie 1968 eine eigenständige Stelle wurde. Die Landesstelle erhielt im Auftrag des Oberkirchenrats die Dienst- und Fachaufsicht über alle Psychologischen Beratungsstellen der Landeskirche. Auch die bezirksgetragenen Stellen wollten die Fachaufsicht durch die landeskirchliche Landesstelle. Ferner wurde die Landesstelle mit Sonderaufgaben wie schulpyschologische Arbeit an den kirchlichen Gymnasien, Beratungsarbeit an Mütterkurheimen und im Frauengefängnis Gotteszell und mit überregionaler Öffentlichkeitsarbeit betraut. Die Landesstelle war zugleich die Verbindung der württembergischen Beratungsarbeit mit der inzwischen EKD-weit entstandenen Beratungsarbeit anderer Landeskirchen. In den 1981 erschienen Leitlinien der EKD zur Psychologischen Beratungsarbeit wurde die Beratungsarbeit in aller Form in den Rang einer zentralen diakonisch-seelsorgerlichen Arbeit der Kirche erhoben. Die Leitlinien schrieben theologische und fachliche Standards für Psychologische Beratung in der Ev. Kirche fest. Heute ist die Psychologische Beratungsarbeit in ihrer hohen fachlichen Qualität auch in der außerkirchlichen Fachöffentlichkeit unumstritten und anerkannt. Von Anfang an lag der Akzent der kirchlichen Beratungsarbeit im Bereich Ehe- und Lebensberatung. Dieser Bereich wurde von den Beratungsdiensten der Städte und Kreise nicht aufgenommen; sie legten ihren Schwerpunkt auf die sog. Erziehungsberatung, die meist als Zweig des kommunalen Sozialdienstes arbeitete. Die kirchlichen Beratungsstellen entstanden von vornherein als integrierte Stellen: Sie umfaßten neben der Ehe- und Lebensberatung auch die Erziehungs- und Familienberatung und konnten so flexibel auf die Anliegen der Ratsuchenden eingehen. Denn in der Praxis gehen Lebensberatung, Paarberatung und Kinder-/Jugendberatung oft ineinander über.

Der tiefenpsychologische Ansatz der Beratungsarbeit war theoretischer und methodischer Schwerpunkt, wurde aber von Anfang an ergänzt durch systemisch-familientherapeutische, gestalttherapeutische und verhaltenstherapeutische Elemente: Das Team der Beratungsstellen ist immer „multidisziplinär“. So schreiben es die Leitlinien der EKD vor, und sie weisen der ständigen gegenseitigen kollegialen Supervision im Team einen hohen Rang zu. Die EKD richtete in Berlin ein Zentralinstitut ein, in dem Mitarbeiter/innen von Beratungsstellen vor allem auch in der hohen Kunst der Paarberatung ausgebildet wurden; daneben bietet es auf vielen Gebieten der Beratungsarbeit Fortbildungen an. Fast alle Mitarbeiter/innen der Beratungsstellen haben dort in Berlin entscheidende Impulse für ihre Arbeit bekommen.

Viele Gemeindeglieder und kirchliche Mitarbeiter/innen nehmen die Hilfe der Beratungsstellen an. Aber auch Kirchenmitglieder, die sonst wenig am Leben der Kirche teilnehmen, nehmen die Beratungsstellen häufig in Anspruch. Dies hat die 1993 erschienene Studie der EKD „Fremde Heimat Kirche“ eindrucksvoll gezeigt. So sind die kirchlichen Beratungsstellen auch Botschafter der Kirche hinein in die Welt der von der Kirche Entfremdeten und Enttäuschten.

Neben der Beratungsarbeit im engen Sinn sind die Mitarbeiter/innen der Beratungsstellen tätig als Supervisor/innen für Pfarrer/innen, Diakon/innen, Erzieherinnen, für Ärzteteams und Lehrer/innen und viele andere Berufe im helfenden Bereich. Beratungsstellen werden angefragt für Gemeindeabende, Pfarrkonvente, Bezirkssynoden; mit ihren Vorträgen, Seminaren und Gruppenangeboten leisten sie vorbeugende Hilfe.

Anfangs der 90er Jahre begann für die Beratungsarbeit unserer Kirche eine schicksalsschwere Zeit. Die seither zuverlässige finanzielle Förderung durch den Landeswohlfahrtsverband im Bereich der Erziehungsberatung wurde zurückgenommen, die Landkreise mußten in einer Zeit knapper werdender öffentlicher Gelder an die Stelle des Landeswohlfahrtsverbandes treten. Es folgten Jahre z. T. schwieriger Verhandlungen mit oft ungewissem Ausgang. Insgesamt blieb die hochqualifizierte Arbeit der kirchlichen Beratungsstellen von der öffentlichen Hand anerkannt. Doch der Sturm der Sparhaushalte der Landeskirche rüttelte kräftig an der Substanz des Personalbestands der Beratungsstellen. Etwa ein Viertel des Personals mußte abgebaut werden, ein schmerzlicher Verlust. Andererseits blieben alle Stellen erhalten. Daran ist bedeutsam, daß die Beratungsarbeit als Fach-Seelsorge unserer Kirche unumstritten blieb und nicht mehr Substanzverlust erlitt als die anderen Dienste unserer Kirche.

Inzwischen kam ein tiefgreifender Strukturwandel in der Beratungsarbeit in Gang: Auf Initiative der Synode und des Oberkirchenrats gab bzw. gibt die Landeskirche als Trägerin der Beratungsarbeit die Beratungsstellen in die Trägerschaft der Kirchenbezirke ab. Damit wird den Bezirken in einer Zeit finanzieller Unwägbarkeiten eine hohe finanzielle und geistliche Verantwortung übertragen. Dieser Prozeß hat in den Bezirken und ihren Synoden und Ausschüssen und in den Gemeinden ein lebhaftes Gespräch über „Psychologische Beratung als Aufgabe der Kirche“ in Gang gesetzt. Diese Diskurse dienen aber letztlich der Qualitätssicherung der Beratungsarbeit: Gemeindeglieder und Mitarbeiter/innen der Beratungsstellen sind herausgefordert, an die Quellen der kirchlichen Beratungsarbeit zu gehen und die geistlichen und fachlichen Wurzeln dieser Arbeit neu zu entdecken und zu stärken.

Die Zukunft der kirchlichen Beratungsarbeit hat damit soeben begonnen: Welchen Platz unter den Teilen im Leib Christi hat diese Arbeit zukünftig? Gemeindeglieder und Menschen, die der Kirche fern stehen, brauchen den Dienst der Beratungsstellen als Fach-Seelsorge für Menschen und Familien in

Krisenzeiten: Sie sind Orte, an denen Gottes Geist, der in unserer Schwachheit neues Leben schafft, wirken kann.

Unsere Kirche braucht die Beratungsstellen für die Mitgestaltung der Gemeindearbeit in Kreisen, Gruppen, Elternabenden. Beratungsstellen sind Orte, die kirchlichen Mitarbeitern, Professionellen wie Ehrenamtlichen, Fortbildung und supervisorische Begleitung geben können. Durch eine fundierte, sorgfältige Ausbildung von Laien für spezielle Seelsorgeaufgaben in Gemeinde, Krankenhäusern, Einrichtungen für ältere und alte Menschen und in Hospizen können die Beratungsstellen ihre Kräfte multiplizieren.

An wenigen Orten unserer Kirche vertrauen sich Menschen so vorbehaltlos mit allen ihren Fragen an wie in den Beratungsstellen: Arbeitslosigkeit, Zukunftsängste, Leben mit unserer Sexualität, Trennungs- und Scheidungsfragen, Schwierigkeiten mit Kindern und Jugendlichen, Depressionen und schuldhaftes Verstricken, Leiden an der Kirche und Erfahrungen von Leere und Sinnlosigkeit: In den Psychologischen Beratungsstellen öffnen Menschen ihr Herz weit und vertrauen damit auch der Kirche viel von ihren sehr persönlichen Erfahrungen an. Damit sind die Beratungsstellen auch Seismographen, die sehr konkret anzeigen, woran Menschen leiden. Unsere Kirche könnte dadurch einen tiefen Einblick in die Fragen gewinnen, auf die Menschen heute und in der Zukunft Antworten und Lösungen suchen.

Erschütterungen und Ohnmacht sind nicht einfach lästige Begleiterinnen des Lebens, sondern Bruchstellen, die unseren Glauben herausfordern. Alle seelischen Probleme sind letzten Endes religiöse Probleme, die Suche unserer Seele nach Antworten auf die Grundfragen des Lebens: Woher komme ich, wohin gehe ich, wer bin ich?

Beratungsstellen sind, in Partnerschaft mit allen in der Seelsorge Arbeitenden, Orte, an denen Leben im Glauben an den Auferstandenen eingeübt wird.

BILDUNG

Hoffentlich heftig mutig – (OFFENE) Kirche und Jugendarbeit

Reinhard Mayr

1. Das Kapitel „Jugendarbeit“ sollte in diesem Buch unter dem Stichwort **„Visionen“** plaziert werden. Denn zumindest in der Geschichte der OFFENEN KIRCHE spielte die Evangelische Jugendarbeit keine sonderliche Rolle im Spektrum ihrer Aktivitäten. Evangelische Jugendarbeit – das war weitgehend eine Domäne des kirchenpolitischen Gegners: der Synodalgesprächskreis LEBENDIGE GEMEINDE war rührende Anwältin der Anliegen des Landesjugendwerkes, in den Programmen der OFFENEN KIRCHE fand die Evangelische Jugendarbeit kaum Erwähnung. Wenn sich dieser Zustand ändern soll, ist das also durchaus eine „Vision“ wert. Denn in ihrer Vielfalt – weit über das Landesjugendwerk hinaus – braucht eine sich evangelisch nennende Jugendarbeit in den Gemeinden und Bezirken, in den kleineren Jugendverbänden, in Betrieben und diakonischen Einrichtungen das Engagement einer OFFENEN KIRCHE. Wie umgekehrt es einer kirchenpolitischen Gruppierung wie der OFFENEN KIRCHE gut tut, wenn man ihre Anliegen und ihre VertreterInnen in der hauptamtlichen Mitarbeiterschaft und unter den Leitungsverantwortlichen der Jugendarbeit zumindest oberflächlich kennt.

2. Um allein also schon Realitäten zu sehen und bewußt wahrzunehmen, gehört bereits der in der Überschrift erwähnte „Mut“. Das gilt erst recht, wenn es darum geht, die Realität zu sehen, in der sich „Kirche“ und „Jugendarbeit“ heute befinden, also jene Selbstinszenierung des modernen demokratischen Kapitalismus als **Supermarkt**, in dem alles, was ist, regelweise als Ware angeboten wird: Dienstleistungen und Werte, Freizeitangebote und Erlebnisse, Konsum und Zerstreuung, religiöse Versatzstücke und Moden,

In diesem Supermarkt ist alles möglich, alles käuflich und alles kombinierbar. Für jede/n und jederzeit, so lautet zumindest die geläufige Ideologie. Daß, wie in jedem Supermarkt, am Schluß die Kasse steht, wird meist verschwiegen.

Auswählen ist in dieser Welt die höchste Pflicht, und entsprechend dem neoliberalen Menschenbild trägt dafür allein das Individuum die Verantwortung. Der Supermarkt versteht sich als Ort individuellster Freiheit. Alles ist möglich, und alles darf es geben – nur den Streit um die Wahrheit nicht! Verpönt ist schon die Frage nach Sinn und Nutzen, nach Folgen und Kosten dieses oder jenes Produkts. Tabu ist die Frage nach den Opfern der Lebenswelt Supermarkt. Heileweltstimmung, Harmonismus und eine als Toleranz getarnte Interesslosigkeit am anderen sind prägende Kommunikationsstrukturen. Und ganz allmählich kommen die ersten Zweifel daran, wie in und mit diesem schönen System die drängenden Probleme der Zukunft gelöst werden sollen.

Und mittendrin, unter den Regalreihen „Freizeitangebote“, „Lebenshilfe“, „Sinn-

stiftung und Orientierung” bieten Kirche und Jugendarbeit Dienstleistungen und Gemeinschaft an – als Anbieterin unter vielen. Und das längst nicht nur in der Stadt.

3. Angesichts dieser Ortsbeschreibung von kirchlicher Arbeit im Supermarkt braucht es einen gewissen Mut, nicht in ganz naheliegende Fallen zu treten. Die eine Falle heißt **„Resignation“**: Hoffnungslos erscheint das Bemühen um junge Menschen, vor allem wenn es, wie im Falle der Jugendarbeit darum geht, eine Zielgruppe in ihrer Freizeit zu erreichen. Doch eine solche Sicht, meist verbunden mit einem generellen Lamento über die heutige Kultur und Zivilisation, ist nicht nur theologisch verfehlt, sondern auch von den Zahlen her nicht zu rechtfertigen: Nehmen doch immerhin 120 000 Kinder und Jugendliche als TeilnehmerInnen Angebote des größten Evang. Jugendverbands (ejw) in Württemberg wahr und über 18 000 stecken als ehrenamtliche MitarbeiterInnen Zeit in diesen Bereich kirchlichen Engagements. Oft werden heute prozentual mehr junge Menschen durch die Jugendarbeit erreicht, als zu den Zeiten der „großen Zahlen“.

Die andere Falle heißt **„Aktivismus“**: Die Tatsache, daß bundesweit letztlich doch “nur” rund zehn Prozent der getauften Jugendlichen durch Angebote der kirchlichen Jugendarbeit erreicht werden, führt bei manchen Verantwortlichen dazu, in einen blindwütigen Aktivismus zu verfallen und alles und jedes anzubieten, was vermeintlich oder tatsächlich „ankommt”, nur um Zahlen zu machen. Gewiß, im Supermarkt muß man wahrgenommen werden. Doch dies geschieht auf Dauer nur durch ein wiedererkennbares und klares *Profil*, also durch Qualität. Vergleichbare Produkte (z.B. Freizeiten) müssen nicht nur so gut sein wie die Angebote anderer, sondern ein qualitatives Mehr bieten. Dieses Mehr, dieses Profil schafft übrigens auch wieder einen Bedarf. Die Orientierung an dem, was gerade ankommt, ist nicht alles.

Und schließlich gibt es da auch noch die Falle **„Wertevermittlung“**: Links wie rechts im politischen Spektrum ist man sich ja schnell einig, daß es „der Jugend” an Werten und Orientierungen gebricht. Gern wird dann der Kirche hier eine Nische der Nützlichkeit zugewiesen, wobei sich das Image der Kirche als Instanz moralischer Orientierung eher den Äußerungen der katholischen Bischofskonferenz (in der Presse meist auch als Inbegriff von „Kirche” gehandelt) und des Vatikans verdankt als der biblischen Überlieferung. In diese Falle zu tappen, hieße nicht nur eine theologische Fehlentscheidung zu treffen und das Evangelium der Freiheit zugunsten eines meist spießbürgerlich verstandenen Gesetzes zu verraten. Es hieße auch, die Realitäten zu verkennen: „die Jugend” verfügt durchaus über Werte und Orientierungen. Sie heißen Freiheit und Individualität, Lebensgenuß und Selbstverwirklichung, Verlässlichkeit von Beziehungen in Freundschaften und in der Familie, Freude am Beruf und an einem angenehmen Lebensstandard, nicht zuletzt Gesundheit und Fitneß. Dies sind Werte, die exakt die Glücksvorstellungen unserer Supermarktgesellschaft spie-

geln und die sich auch in Werbesprüchen und politischen Reden wiederfinden. Es sind dies Werte und Lebensperspektiven der Mehrzahl unserer Bevölkerung. Wer sie als Unwerte und Fehlorientierungen beschreibt (wofür es im einzelnen gewiß Gründe geben mag), der hat nicht mehr von einer Wertelosigkeit der Jugend zu reden, sondern von der dieser Gesellschaft und ihrer erwachsenen Meinungsträger. Gegen noch zu problematisierende Werteinstellungen und Orientierungen hilft aber theologisch gesprochen niemals die Vermittlung neuer oder anderer „Werte“, sondern nur das Evangelium der Freiheit, wie es die biblische Tradition bezeugt.

4. Vielleicht gehört auch für eine OFFENE KIRCHE Mut dazu, evangelische Jugendarbeit nicht als Vehikel dazu zu begreifen, daß junge Menschen rasch missioniert leere Kirchenbänke füllen, gut pädagogisiert angenehmes Sozialverhalten zeigen und lange bearbeitet fleißige MitarbeiterInnen werden sollen. Auch wird sie Abstand von der gottlosen Parole „Wer die Jugend hat, sichert die Zukunft der Kirche“ nehmen, von der kein Segen, allenfalls lieblose Hektik ausgeht.

Das Interesse einer OFFENEN KIRCHE an jungen Menschen im Supermarkt darf getrost von dem ausschließlichen Interesse an der Person geleitet und von der Liebe zu ihnen motiviert sein. Ängstliche Sorge um den eigenen Bestand ist theologisch unangemessen und menschlich blockierend. Eine Jugendarbeit, die Menschen zählt, wird sie verlieren!

Wo Liebe und ein echtes Interesse an jungen Menschen das Handeln der Kirche in Sachen Jugendarbeit leiten, dort kann es gelingen, daß sie zu einer glaubwürdigen Anwältin einer Generation wird, an der schon aus demographischen Gründen zunehmend weniger PolitikerInnen Interesse haben. Möglich, daß ohne Kirche Jugend ganz schön alt aussieht!

5. Wahrgenommen wird eine kirchliche Jugendarbeit nur, wenn sie in der Supermarktsgesellschaft **Profil** zeigt, vor allem in der inhaltlichen Arbeit. Der Kirche selbst kommt dabei die Aufgabe zu, daß dieses Profil nicht hektisch gesucht oder aktionistisch irgendwie „gemacht“ werden muß, sondern daß man sich daran erinnert, daß es schon da ist – in dem Mann aus Nazareth und seiner befreienden Botschaft! Insbesondere eine *OFFENE KIRCHE* wird dazu mithelfen, daß dieses Profil einen gesellschaftskritischen, aber keinesfalls nörglerischen oder miesepetrigen Charakter erhält oder bekommt.

Zugespitzt kann man also sagen, daß eine Evangelische Jugendarbeit so lange Zukunft haben wird, solange es Gott gefällt, daß junge Menschen zu einer neuen Sicht für sich selbst und für diese Welt eingeladen werden sollen. Sich und andere endlich einmal nicht nur durch die Brillen selbstgestrickter Ideologien, Ängste und Sehnsüchte sehen müssen, sondern mit den Augen Gottes sehen zu dürfen – darin liegt das einmalige Angebot des befreienden Evangeliums.

Wenn dies das Profil einer Jugendarbeit ist, braucht sie sich über Zahlen keine Gedanken mehr zu machen. Freilich muß sie sich darüber im Klaren sein, daß ein solches Profil nicht nur eine beglückende Angelegenheit ist, sondern auch anstrengt, weil man sich mit den herrschenden Meinungen einer Supermarktsgesellschaft anlegt.

Zum Beispiel: Aus der Sicht Gottes kommt jedem Menschen eine einzigartige und unverlierbare **Würde und Wertschätzung** zu. Dies findet schon Ausdruck in der Erschaffung des Menschen als Gegenüber Gottes oder in der Beauftragung des Menschen zu einer verantwortlichen Haushalterschaft über die Erde (vergl. 1.Mose 1-3 und Psalm 8,7ff). Mit dem Zuspruch von Würde und Ehre (1.Mose 1,27 und Psalm 8,6) ist der einer ebenfalls unverkennbaren Identität verbunden: „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein“ (Jesaja 43,1).

Damit ist nun eine für die biblische Tradition typische *realistische* und *solidarische* Weise vom Menschen zu reden verknüpft. Realistisch, weil unter der theologischen Chiffre „Sünde“ der Mensch auf seine realexistierenden Kleinkariertheiten und Bosheiten, seine Ängste und Lebenslügen, seinen Neid und sein Mißtrauen gegen Gott angesprochen wird. Solidarisch aber redet die Bibel vom Menschen, weil sie bezeugt, daß Gott eben diesem Menschen treu und liebend verbunden bleibt, wofür sie die Begriffe „Gnade“ und „Vergebung“ verwendet.

Wo eine Kirche und ihre Jugendarbeit eine solche Sicht des Menschen im Supermarkt bekundet, ist sie profiliert und mutig. Legt sie sich doch mit einer ganzen Reihe von Menschenbildern an, die mit ihrer Sicht vom Menschen mächtig im Geschäft sind. Zu denken ist da etwa an die, die vor allem jungen Menschen weismachen, ihr Leben habe nur so lange einen Sinn, solange sie gesund, jung und erfolgreich seien, oder die mit der Botschaft Millionen machen, daß des Menschen Würde darin bestehe, zu produzieren, zu konsumieren und sich möglichst stets zu amüsieren. Entsprechend gestylt werden die Produkte auf jung, schön und dynamisch – egal ob es dabei um Süßwaren, um Freizeit- oder Fortbildungsangebote oder um Modeartikel geht. Einher geht damit die keineswegs harmlose Verdrängung von allem Leidvollen, Konflikthaften, von Scheitern, Krankheit, Behinderung oder Tod. Und von Menschen, die daran erinnern: Arbeitslose, Ausgeflippte, Drogenabhängige, Alte und Sterbende. Mit jeder Freizeit, die eine Evangelische Jugendarbeit für Behinderte und Nichtbehinderte anbietet, mit jeder Aktion, die zu einer Begegnung zwischen Jugendlichen und einer Drogenhilfeeinrichtung oder zu einem Altenheimbesuch führen, wird ein wichtiges Zeugnis abgelegt für die Menschenfreundlichkeit Gottes gegen die säkularen Menschenverächter. Der *diakonische* Charakter wird einer Jugendarbeit Profil verleihen und macht sie zudem eminent politisch.

Der in der Supermarktsgesellschaft üblichen Verwirrung von Identitäten durch den Verkauf von immer neuen Moden und Idolen wird eine kirchliche Jugend-

arbeit ebenfalls widersprechen, weil sie junge Menschen auf ihren *Namen* hin ansprechen wird und durch ihr Interesse an der Person des Einzelnen bezeugt, daß jede(r) von Gott her schon eine Identität hat und diese nicht stets neu suchen oder machen muß. So ist Evangelische Jugendarbeit ein Angebot an junge Menschen, zu erfahren und zu entdecken, wer sie von Gott her sind (jenseits eines üblich gewordenen „Ich bin ok, du bist ok“ – Eiapopeia): Subjekte, Geliebte und Befreite, die ein Recht darauf haben, so angesehen und angesprochen zu werden, wie sie von Gott gesehen und angesprochen werden. Eine solche Jugendarbeit ist immer auch ein Angebot von *Heimat*: ein Ort, an dem man ganz und nicht zerstückelt sein darf. Ein Ort, an dem aber auch die Tabus der Supermarktgesellschaft nicht gelten, wo weder Konflikte außen vor bleiben noch Niederlagen oder sonstige Leiderfahrungen. Wo gibt es ein solches Angebot wenn nicht dort, wo Menschen ihre von Gott verliehene Würde glauben und leben.

Und noch ein Beispiel: In der Ideologie der Supermarktgesellschaft spielen Genußangebote eine große Rolle: **Lebens- und Sinn genuß** werden vermittelt durch den Kauf von Spaß, Zerstreuung und Konsumartikel. Dem widerspricht nur scheinbar die bleibende Faszination apokalyptischer Ängste („Lebensmittelgifte, Killerviren, Ozonloch“), weil auch mit diesen mächtig Mark gemacht wird. Eine mutige Jugendarbeit wird stattdessen eine Lebensfreude und einen Lebensgenuß bezeugen, die den religiösen Festen und Feiern des Alten Israels und den Feiern und Mahlgemeinschaften Jesu mit Frommen und Sündern entsprechen – und die nicht auf Kosten anderer gehen! Gegen eine werbewirksame Beschwörung von Schadstoffen in Essen und Muttermilch und von Virusinfektionen beim Geschlechtsverkehr wird eine Evangelische Jugendarbeit mit ungebremster Lebenslust bekennen, daß der Wein – und nicht das Gletscherwasser – des Menschen Herz erfreut, daß das Öl den Leib schön macht und daß die Sexualität wahrlich ein Hohes Lied wert ist. Kirchliche Jugendarbeit im Supermarkt ist ein Ort *qualifizierter Gastfreundschaft und Lebensgenusses*, wo man, wie Psalm 23 belegt, im Angesicht der Lebensverächter und Miesmacher provokant tippig bewirtet wird. Und sie muß ein Ort bleiben, wo die in den letzten Jahrzehnten entstandene breite Palette religiösen Feierns weiter gepflegt und weiter entwickelt wird: in der musisch-kulturellen Arbeit, in der Pflege kreativer Gestaltung von Gottesdiensten, bei Passahfeiern etc.. Gegen einen erfahrungstötenden Umgang mit Medien wird eine profilierte Jugendarbeit es ermöglichen, eigene Erfahrungen zu machen und zu reflektieren - sei es als Erfahrung der eigenen Kreativität, sei es in der Erfahrung faszinierender Sport- oder Naturerlebnisse.

Jugendarbeit im Supermarkt wird bezeugen, daß echte Genußfähigkeit Ausdruck einer Lebenshaltung ist, die bewußt sehen und nehmen kann, was Gott Gutes schenkt und die auch vor Leid und Konflikten nicht fliehen muß, weil sie sich von Gott gehalten weiß. Eine solche *Genuß- und Konfliktfähigkeit* vermaselt ganz nebenbei all denen das Geschäft, die durch den Verkauf von Drogen

und anderen Mittelchen billiges Glück und sanftes Vergessen anbieten und letztlich das Leben töten.

Gibt es das sonstwo in den Regalreihen, außer bei denen, die es glauben und erfahren haben, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt?

6. Speziell eine OFFENE KIRCHE wird der Jugendarbeit ihrer Kirche mächtig Mut zu **Experimenten** machen, im Bereich der Formen und Methoden, der Strukturen und der Zusammenarbeit mit anderen. Nicht nur inhaltliche Belanglosigkeit, auch methodische Langeweile und stukturelle Überalterung können das Profil einer Jugendarbeit zerstören. Arbeitsformen der Jugendarbeit, die sich nach langen Jahren des Nutzens nicht mehr bewähren, darf man getrost sein lassen (wie etwa an einem Ort die klassische Gruppenarbeit oder wie andernorts eine in die Jahre gekommene Teestube). Gleichermaßen darf auch vor Jahren Abgelegtes wieder neu (aber mit neuer Konzeption!) ausprobiert werden: die getrenntgeschlechtliche Arbeit etwa oder neue Formen bündischer Jugendarbeit, Theaterspielgruppen oder theologische Gesprächskreise. Eine OFFENE KIRCHE wird es sich in diesem Zusammenhang zu ihrem Anliegen machen, alle kirchlichen Träger und Einrichtungen, die mit Jugend zu tun haben, dazu zu ermutigen, ihre Energien darauf zu verwenden, sich gegenseitig wahrzunehmen und zu kooperieren, anstatt sich gegeneinander abzugrenzen oder sich schlicht zu ignorieren. Vielleicht vermag aber auch nur das knapper werdende Geld zu jenen „Runden Tischen“ auf Bezirks- oder Gemeindeebene einzuladen, wo die Verantwortlichen der Jugendarbeit, des Religions- und Konfirmandenunterrichts, der Kindergärten und der Kinderkirche zu sinnvoller Kooperation zusammenfinden.

7. Wenn es wahr ist, daß im Supermarkt nicht die „Wertelosigkeit der Jugend“ das Problem ist, sondern daß über Werte und Orientierungen nicht mehr diskutiert und gestritten werden darf, dann wird eine OFFENE KIRCHE dazu Mut machen, daß Jugendarbeit und „Erwachsenengemeinde“ sich mehr als bisher **gegenseitig in Anspruch nehmen** und es so zu einem generationsübergreifenden Diskurs über Werte und Orientierungen kommt. Junge Menschen brauchen mehr als früher die Begegnung mit erwachsenen Christenmenschen, die sich ehrlich in die Karten sehen lassen und bezeugen können, wie man aus der biblischen Tradition Kraft und Hoffnung gewinnt und wie man im Vertrauen auf Gottes Gegenwart auch durch Leid und Niederlagen reifen kann.

Und umgekehrt: Um als Kirchengemeinde etwas Relevantes zu kommunalpolitischen Fragen, zu diakonischen Aufgaben oder zur Gestaltung des Gottesdienstes sagen oder tun zu können, bedarf sie der Kompetenzen junger Menschen. Ohne Jugend sieht die Kirche in der Tat alt aus! Generationenübergreifende Begegnung und Zusammenarbeit ist der beste Weg für ein gemeinsames Lernen und die beste Weise, die Relevanz christlichen Glaubens im Alltag zu erfahren. Kirchliche Arbeit kann dann freilich nicht einfach an den Fragen und Bedürfnis-

sen junger Menschen vorbei geplant und durchgeführt werden - wie es auch die Jugendarbeit unterlassen muß, die ihr altersmäßig Entwachsenen bis ins Seniorenalter hinein als Teil „ihrer“ Arbeit zu pflegen und zu versorgen. Vereinsmeierei im Sinne einer „Kerngemeindenbetreuung“ oder einer Separierung der Jugend von der „Erwachsenengemeinde“ (über das auf die Formel gebrachte „Selbständig im Auftrag“ hinaus!) ist zu überwinden, um der kirchlichen Arbeit im Supermarkt mehr protestantisches Profil zu geben. Der Mut dazu ist Kirche und Jugendarbeit zu wünschen.

Mut zur Freiheit

- ein Brief zu unserer Praxis der Befreiung -

Michael Hauser

Wir Lehrenden erzählen von einem Gott, der Sklaven aus der Knechtschaft befreit, und von seinem Sohn, der zur Freiheit befreit, und wagen dies alles, weil der Heilige Geist uns von aller Angst befreit. Doch ist der Erfolg dieser Anstrengungen bescheiden. Wir können schon froh sein, wenn sich vereinzelt Menschen finden, die bereit sind, die Arbeit im Dienste der Befreiungsbotschaft in der nächsten Generation fortzuführen.

Einem Grundsatz der Befreiungstheologie folgend, möchte ich zunächst meine Praxis an einem Beispiel reflektieren, bevor ich daraus Schlüsse für eine erfolgreichere Praxis ziehen kann.

Anfang Februar diesen Jahres sollten KonfirmandInnen zweier Gruppen der Heilbronner Friedensgemeinde selbstverantwortlich einen Jugendgottesdienst zum Thema "Befreiung" gestalten. Eine kleine Gruppe ließ sich sogar zur Teilnahme an einer Vorbereitungsgruppe motivieren (die versprochene Pizza hat hier sicherlich etwas nachgeholfen). Während ich mit drei Helfern Teig und Zutaten bereitete, entstanden im Nebenzimmer mehrere Plakatentwürfe für die Eigenwerbung. Sie waren eindrücklich und geschickt gestaltet, nur hatte sich ein kleiner Fehler eingeschlichen: das Thema hatte sich gewandelt zur "Befreiung". Vom Urereignis in der Geschichte Israels, vom Wirken Jesu und den Pfingsterfahrungen hatte es sich zum Fremdwort gewandelt. Den kopierten "Befreiung"spakaten wurde im Konfirmandenunterricht noch Farbe verliehen, dann wurden sie im Stadtgebiet aufgehängt. Einem aufmerksamen Gemeindeglied war dies dann doch der Befreiung (von deutschen Rechtschreibregeln) zuviel, und so erhielt ich eine Kopie der entsprechenden Seite aus dem Rechtschreibduden zugestellt. Der Befreiungsgottesdienst selbst löste dann noch eine weitere Reaktion aus: Das fassungslose Entsetzen der Hausmeisterin, die just in dem Moment auftauchte, als das an den Gottesdienst anschließende "Befreiungsfest" mit Sitzkissenschlacht in vollem Gange war.

Hat dieser Gottesdienst sicherlich nicht nur mir selbst großen Spaß bereitet, so trägt eine schonungslose Analyse des Vorgangs der inhaltlichen Gestaltung weniger zur Erheiterung bei. Das Thema des Gottesdienstes war – entgegen allen Grundsätzen der Befreiungspädagogik – den Jugendlichen von mir aufgezwungen worden, weil es meiner Meinung nach gut zum Unterricht gepaßt hatte. Die Kreativität der Jugendlichen hatte sich in der Gestaltung von Symbolen der Gefangenschaft erschöpft, die inhaltliche Konkretion der Abhängigkeiten war auch im Gespräch schwierig und mußte schließlich von mir übernommen werden. Ganz unsicher waren sich die Jugendlichen, ob eine Befreiung von den

aufgezählten Dingen überhaupt erstrebenswert wäre.

Eine bedürfnisorientierte Verkündigung könnte aus diesem Unverständnis dem Thema "Befreiung" gegenüber die Schlußfolgerung ziehen, daß wir eben auf dieses Thema verzichten sollten (und dies geschieht offensichtlich weitgehend). Dem ist jedoch entgegenzuhalten, daß der Verzicht auf die Vermittlung einer Grundeigenschaft unseres dreieinigen Gottes das ganze Gottesbild und das daraus abgeleitete Menschenbild verfälscht.

Ich frage mich daher zunächst, warum KonfirmandInnen (und andere) so wenig mit "Befreiung" anfangen können. Paulo Freire mußte in seiner Praxis der befreienden Pädagogik bei den Unterdrückten armer Länder eine "Furcht vor der Freiheit" feststellen und Befreiung als "schmerzvollen Geburtsvorgang" kennenlernen. Die Ursache dafür fand er darin, daß Unterdrückte sich mit den Unterdrückern identifizieren. Sie leiden an ihrer Unterdrückung und streben nach dem "Ideal", selbst zu Unterdrückern zu werden. So drohen die Unterdrückten "im ersten Stadium des Kampfes ... fast immer zum Tyrannen oder zum ‚Sub-Tyrannen‘ zu werden, statt um Freiheit zu kämpfen." *Paulo Freire, Pädagogik der Unterdrückten, 1970, seit 1973 beirororo.*

Diese Beobachtungen sind in unserem reichen Land zu bestätigen. Die Jugendlichen, die darunter leiden, daß sich ihre Eltern in Fragen des Haarschnitts, der (Konfirmations-)Kleidung, des Musikstils und anderer kultureller Werte, der Güte und Nützlichkeit von Freundschaften und Partnerschaften und bei Ausbildungsfragen und Berufszielen wertend einmischen und zum Beispiel über Taschengeld(entzug) und Hausarrest Druck ausüben, solche Jugendliche streben danach, einmal selbst Macht über andere ausüben zu dürfen. Sie bewundern ihre Eltern, die es zu etwas - ja oft zu ansehnlichem Wohlstand - gebracht haben, sie verehren Lehrer und Pfarrerinnen, die auf sie Druck ausüben, versuchen diesem "Ideal" nachzueifern und üben sich auch schon darin, Kleinere und Schwächere zu unterdrücken. Für "schwache" Pfarrer, Lehrerinnen und Eltern haben sie nur Hohn und Spott übrig.

Nun liegen die Gründe für die erfolglose Vermittlung der "befreienden" Botschaft nicht ausschließlich bei den Adressaten dieser Botschaft. Wir selbst müssen uns fragen, ob wir die Befreiung unserer Schülerinnen und Konfirmanden, unserer treuen Predigthörer, Bibelkreisfrauen und Ehrenamtlichen überhaupt wollen. Sollen sie sich im religiösen, moralischen und politischen Bereich ihre eigene Meinung bilden und ihnen entsprechende Formen suchen oder ist das (heimliche) Ziel die Übernahme von Überzeugungen und Formen? Vielleicht haben die Lehrenden selbst Angst davor, jemanden freizulassen, weil dies mit dem Verlust der Kontrolle einhergehen kann?

Wenn die befreiende Botschaft Wirkung zeitigen soll, ist sie zunächst als Botschaft ernstzunehmen, die uns selbst Befreiung schenkt, wo wir sie benötigen. In meinem Bereich denke ich an:

- Befreiung vom Zwang, meinen Erfolg an den Heerscharen kleiner Papageien und BefehlsempfängerInnen messen zu müssen, die mir aus der Hand fressen.
- Befreiung vom Druck, anderen gegenüber beweisen zu wollen, daß ich - als Pfarrer - moralisch integrier, frömmer, gescheiter, seelsorgerlicher, redengewandter, einfach besser wäre als sie.
- Befreiung vom Zwang, alles selbst machen zu können oder zumindest unter Kontrolle halten zu müssen.
- Befreiung vom Zwang, nach außen immer lieb und nett sein zu müssen und nirgends anecken zu dürfen.
- Befreiung vom Zwang, Rollenerwartungen gerecht werden zu müssen (das Aussehen, die Kleidung, die Sprache, das Verhalten eines Pfarrers, im evangelischen Bereich die Pfarrfamilie).

Wenn ich selbst diesen Zwängen unterliege, bin ich ein Hindernis auf dem Weg der Vermittlung der (befreienden) Botschaft! Bin ich frei, werden Menschen motiviert, einen Schritt in die Freiheit zu wagen. Ermutigen kann ich darüber hinaus verbal, indem ich zu Beginn eines jeden Arbeitszeitraumes die Bezugsgruppe nachdrücklich darauf hinweise, daß ich eigenständige Beiträge schätze und nichts mehr hasse, als das Nachplappern der von mir bereits geäußerten Meinung. Meine Aufgabe sehe ich darin, mit den Menschen um mich herum die erschreckenden Folgen unterdrückerischer Mechanismen in unseren eigenen Beziehungen und unserem Umfeld zu entlarven und Freiräume zu schaffen, in welchen andere Beziehungen möglich sind, damit die "Wirklichkeit der Unterdrückung nicht als eine geschlossene Welt" *Paulo Freire* erfahren wird, an welche sich ein Einzelner nur anpassen kann. Befreiung wird möglich und vielleicht, aus existentieller Notwendigkeit heraus, einmal zum Wunschthema eines Jugendgottesdienstes.

Wenn ich es wage, als Befreiter zu leben, wird die befreiende Botschaft mit Leben erfüllt. Die Glaubwürdigkeit der Vermittlung nimmt zu, der "garstig breite Graben" zwischen befreiender Botschaft und repressiver Vermittlung wird zugeschüttet. Die Menschen um mich herum entwickeln eigene Kreativität und helfen mit, dem Gott der Freiheit Bahn zu brechen.

„ Zum Gespräch geboren ... ”

Christian Buchholz

1. „Die Menschen sind zum Gespräch geboren”. Mit dieser Erkenntnis hat Philipp Melanchthon einerseits seine humanistische Bildung ausgedrückt, andererseits sein pädagogisches und theologisches Bemühen als Reformator beschrieben. Martin Buber, der große jüdische Religionsphilosoph unseres Jahrhunderts, wird nicht müde, dieselbe Erfahrung und Perspektive immer wieder zu umschreiben: Der Mensch ist auf das Du gerichtet. Wir existieren im **Dialog** und durch den Dialog. Wir lernen im Dialog und wir lernen durch den Dialog. Der Mensch ist als Bild Gottes geschaffen, steht ihm gegenüber, wird sein/e Mitarbeiter/Mitarbeiterin und gewinnt so seine dialogische Existenz (vgl. 1. Mose 1,27 und 2,18).

Annette Brooks-Gerloff hat einen Triptychon zur Emmaugeschichte gemalt, der seit den 80er Jahren im Festsaal der Evang. Akademie Bad Boll hängt: Menschen erschreiten in der Begegnung die Erkenntnis und finden im Dialog die Wahrheit.

2. Niemand kann heute die Welt allein erklären und begreifen – Menschen allein ermutigen und stärken. Hartmut von Hentig beschreibt so die Aufgabe von Bildung: „Menschen stärken – Sachen klären”. Auch die sogenannten Universalgenies vergangener Jahrhunderte vermochten dies nicht. Wir brauchen **andere Menschen** in deren Erfahrung, in deren Erkenntnissen, in deren Traditionen, in deren Wurzeln, in deren Kompetenzen, in deren Visionen ...

In einem Kirchenbezirk findet ein regelmäßiger Gesprächskreis aller Religionslehrer und Religionslehrerinnen an der großen Waldorfschule statt: Alle tauschen ihre Kenntnisse, Gefühle, Hoffnungen aus – also die Vertreter der Christengemeinschaft neben den katholischen Christen und die Lehrer der „freien Religion” neben den evangelischen Christen. Selten erleben die Beteiligten solche intensiven philosophischen, theologischen und pädagogischen Gespräche wie hier – bei keiner theologischen Arbeitsgemeinschaft, bei keiner Fachlehrerkonferenz, bei keiner Klausurtagung.

3. So ist Bildung ein **offener Prozeß**, auf den wir uns gemeinsam einlassen, von dessen Ausgang (wenn es denn einen gibt!?) wir wenig wissen, dessen Wegstrecke wir aber gemeinsam im Vertrauen aufeinander und im Glauben an Gottes Geleit gehen. Bildung ist also Einübung des Dialogs.

In Tagungen für Soldaten und Friedensgruppen wurde in den 80er Jahren der Versuch gemacht, in Form von Rollentausch sich den Erfahrungen des andern/der anderen auszusetzen – sowohl den beruflichen wie den emotionalen Erfahrungen. Die Positionen und Wurzeln, die Hoffnungen und Perspektiven des andern/der andern verstehen lernen, sich ihnen aussetzen – dies war das Ziel dieser Methode, das jedesmal in sehr unterschiedlicher Weise erreicht wurde.

4. Die Offenheit wird auch dadurch gewährleistet, daß Bildung von der **Basis** her bewegt und getragen wird. Also: Eliten sind kontraproduktiv. „Gefährlich ist's, den Laien zu wecken“, so veränderte der unvergeßliche Männerpfarrer und spätere Prälat Hermann Rieß ein Schillerwort, um auszudrücken, daß Bildung (politische und theologische!) von den Betroffenen, von denen, die von Berufswegen und durch Zwänge damit betraut sind, vorangetragen wird.

Es ist keine methodische Spielerei, wenn wir sowohl in den Schulen mit den Schülerinnen und Schülern als auch bei Fortbildungen mit den Betroffenen erörtern, was im Bildungsprozeß im einzelnen zu verhandeln ist: Alles andere wäre aufgesetzt und würde ins Leere laufen.

5. Bildung meint also den „**ganzheitlichen Menschen**“ – mit Herzen, Mund und Händen (Johann Heinrich Pestalozzi): Die verschiedenen Gaben des Menschen sind einzubringen, weil sie wichtig sind und weil sie den Menschen als Person ausmachen (vgl. 1. Korinther 12): Intellektualität, Spiritualität, Emotionalität, Handlungsfelder, Kreativität, Bewegung, Religiosität ...

Am evangelischen Gemeindehaus in Düren (Rheinland) sind Nase, Mund, Ohr, Auge usw. in monumentaler Weise durch den Klinkerstein, der das ganze Haus gestaltet, plastisch geformt: Merkwürdiger Weise fehlt das Herz! Dennoch ist der Anspruch von Bildungs- und Begegnungsarbeit deutlich: Es geht nicht nur mit der Hand, und es geht nicht nur mit dem Kopf. Der ganze Mensch ist gemeint.

6. Freilich bringt jeder Gesprächspartner und jede Gesprächspartnerin seine und ihre spezifische **Gaben und Positionen** mit ein in den Prozeß. Werte, Wurzeln und Identität wachsen im Gespräch. Indem ich mich aussetze, bin ich genötigt, meine eigene Tradition neu zu finden und zu formulieren.

Die EKD hat 1994 in ihrer Denkschrift zum Religionsunterricht die beiden Pole von Bildungsarbeit richtig beschrieben: „Identität und Verständigung“. Identität und Verständigung bedingen einander. Es wäre freilich fatal, Verständigung und Dialog erst dann zu beginnen, wenn vermeintlicherweise Identität gefunden sei. Dies ist ein Trugschluß, weil schon das Kind und der/die heranwachsende Jugendliche seine/ihre Wurzeln nur im Gespräch mit anderen finden und klären kann. Wollten wir Verständigung von Identität abhängig machen, würden wir realistischerweise kaum den Weg der Verständigung gehen können. Denn wer hat schon eine so abgeklärte Identität, daß nur darauf aufbauend Verständigung möglich sei? Wie könnten wir etwa das Gespräch zwischen Christen und Juden und das Gespräch zwischen Muslimen und Christen führen, wenn wir nicht miteinander auf dem Weg wären und auf eigene bisher unentdeckte Traditionsströme wieder stießen?

7. Die Stichworte des **konziliaren Prozesses** (Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung) bleiben wesentliche Ziele von evangelisch verantworteter Bildungsarbeit. Die Zeit wird weisen, ob neue Ziele dazuwachsen oder ob diese verändert werden müssen. Wenn wir zugeben, daß Bildung ein offener Prozeß ist, dann sind auch die für uns jetzt wichtigen Ziele möglicherweise

vorläufig und relativ.

Die Stimmen in der Ökumene werden lauter (die es schon vor zehn Jahren gab), daß die Stichworte des konziliaren Prozesses westlich orientiert und eurozentrisch seien. Die orthodoxen Freunde mahnen mit zunehmender Deutlichkeit Fragen der Spiritualität (Liturgie) an. Zwar ist mit dem Thema der Gerechtigkeit auch der soziale und materielle Frieden in unserem Land gemeint. Aber war vor zehn Jahren die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Situation nicht anders? Die Frage nach dem täglichen Brot ist für viele Menschen in unserem Land zu einer zentralen Frage geworden.

8. Richtig hat schon die württembergische Große Kirchenordnung von 1559 benannt, daß „**Schule für Wohl und Heil**“ zu sorgen haben. Wir wissen heute: Bildung ist mehr als Schule. Aber immer gilt: Bildung ist Gestaltung des ganzen Lebens – von einzelnen Menschen, von Gruppen, von der Gesellschaft. Deshalb haben Religion und Politik miteinander zu tun. Sie bedingen einander, sie bewegen einander, sie sind Felder der Bildung, sind aber sicher auch zu unterscheiden, weil sie unterschiedlichen Gestaltungskräften ausgesetzt sind und unterschiedliche Gestaltungsräume meinen.

Auffallend ist, daß wir seit einigen Jahren sowohl in der Volkskirche wie auch in Schule, Vereinen, Politik und Gesellschaft Riten, Spiritualität und gefühlsbetonte Dimensionen wiederentdecken und ernst nehmen. Martin Luther hat dies bereits beschrieben (an die Ratsherren aller Städte deutschen Lands, daß sie christliche Schul aufrichten und halten sollen 1524): „Nicht allein den Bauch, sondern auch die Seel versorgen.“

9. Wenn die ökumenische Bewegung der 50er und 60er Jahre gefordert hat, Menschen zur Mündigkeit und zur Verantwortung zu befähigen, so stehen wir heute vor einem ziemlichen Chaos in diesen Aufgaben. Zwar wachsen **Mündigkeit und Verantwortung** (wider Erwarten auch bei jungen Menschen). Aber das soziale Gewissen wie auch die „Kultur des Erbarmens“ nehmen gesellschaftlich und in den Kirchen ab. Offenbar sind unsere Anstrengungen in Familie, Schule und Bildungsarbeit von Kirche und Staat ungenügend oder unangemessen. Schule wird oft als Leerort erfahren, Familie als Raum, in dem Kinder überbehütet oder völlig alleingelassen werden, Kirche als nichtssagend und Politik als korrupt.

Im Bildungsgeschehen selber wird dies vielfach praktiziert: Kleine Schritte statt großer Worte! Im Religionsunterricht der Schule lernen Kinder die Botschaft des Propheten Amos kennen: Wo geschieht Unrecht und Recht konkret im Dorf, in der Schule, in der Stadt? Schüler und Schülerinnen setzen Zeichen, lernen an überschaubaren Handlungsfeldern und üben sich im sozialen Gewissen und in der Kultur des Erbarmens. Keine großen theoretischen Projekte, sondern greifbare und erlebbare Schritte der Begegnung, des Kennenlernens und der (vielleicht auch mißlungenen) Praxis. Dabei lernen Schüler und Schülerinnen, daß Recht und Gerechtigkeit ein komplexes Feld sind, weil viele Menschen in unterschiedlicher Weise mit betroffen sind.

10. Deshalb braucht es einen Neuanfang im gemeinsamen Bemühen. Der Weg kann nur gemeinsam gegangen werden – mit allen relevanten Kräften: Also auch und besonders mit den katholischen Freunden und Freundinnen. Das Mindeste, was ansteht, sind „**ökumenische/christliche Bildungsorte**“ in den Städten und Regionen. Konfessionelle Bildungswerke, Akademien, Seminare, Tagungsstätten sind ein Anachronismus. Es ist noch auszuhandeln, ob nicht weitere christliche Religionen und Gruppen oder sogar nichtchristliche Religionen in solche Struktur eingebunden werden müssen.

Bekanntlich nehmen Menschen unterschiedlichster Konfession und religiöser Bindung an den Bildungsangeboten der Kirchen teil. Auch ist erstaunlich, welche positive Resonanz das gemeinsame Friedensgebet von Assisi 1986 in der kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit gefunden hat. Beide Beobachtungen müssen und können Konsequenzen haben. Seit Assisi sind zehn Jahre vergangen. Seit die Akademien und Bildungswerke in überkonfessioneller Weise arbeiten, sind 40 Jahre vergangen. Die Strukturen sind geblieben! Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen bietet sich als Strukturhilfe für solche gemeinsamen Bildungsorte oder Bildungsstationen an. Bildung in christlicher (nicht in begrenzt evangelischer oder katholischer) Verantwortung ist gefordert!

11. **Spiritualität und Weltverantwortung** heißen die beiden Pole einer neuen Bewegung, die von unseren Bildungseinrichtungen ausgehen muß. Wer gemeinsam betet, kann und muß auch gemeinsam lernen und dabei gemeinsam handeln. Der Wurzelboden für gemeinsames Handeln ist vorhanden. Gemeinsame Gottesdienste vor Ort und Versuche gemeinsamen Unterrichts in den Schulen müssen konsequent weiter geplant und gedacht werden.

Die nun bald 50jährige Tradition der Kirchentagsbewegung, die ebenso lange Taizé-Tradition und das Bemühen, thematische Elemente in eine liturgisch angemessene Gestaltung des Gottesdienstes einzuordnen zeigen, daß nur weiter gearbeitet werden muß, was bereits vorbereitet und vorbedacht wurde – nämlich Spiritualität und Verantwortung, „Kampf und Kontemplation“ (Taizé), „beten und arbeiten“ (etwa bei vielen neueren Kommunitäten) zusammenzubinden.

12. Helfen die Prinzipien der ökumenischen Bewegung „**global denken – lokal handeln**“ heute noch? Der lokale Handlungsspielraum wird immer enger, und die globalen Herausforderungen werden immer unübersichtlicher. Wenn die vorgenannten Prinzipien (gemeinsam auf den Weg machen, Bildung von der Basis her, offener Prozeß) gelten, dann ist lokal – global keine Alternative mehr. Bildung muß Aneignung von Raum und Kräften zur Folge haben, also in erster Linie Heimat bieten. Nur so kann Ökumene in den Blick kommen. Wer beheimatet ist, kann sich der Fremde aussetzen – und umgekehrt.

Studienreisen in die weltweite und nahe Ökumene belegen dies: Die genannten Prinzipien der Ökumenischen Bewegung nehmen oft die unmittelbare Betroffenheit hier nicht ernst und verharmlosen die Chancen und Begrenzun-

gen der Individuen. Konkret: Nicht jeder und jede Arbeitslose kann sich die höheren Preise im Eine-Welt-Laden leisten!

13. Auch die Kirche selbst braucht in ihren Strukturen und ihrer Mitgliedschaft Bildung: Wer (ganzheitlich) gebildet und also auf dem Weg ist, weiß (mit allen Sinnen), woran und warum er/sie glaubt. So alleine trägt Mitgliedschaft und innerer (das heißt intellektuell und emotional verankerter) Halt zum „**Bestand**“ der Kirche, zum Wachsen des Leibes Christi bei. Freilich ist Kirche auch unabhängig davon Kirche Jesu Christi.

Die seit einigen Jahren geforderte und vielfach praktizierte Alphabetisierung in Glaubensfragen hat ja nicht nur damit zu tun, daß biblisches, kirchengeschichtliches und religiöses Wissen abhandengekommen sind. Vielmehr suchen Menschen in Glaubensseminaren, im Religionsunterricht für Erwachsene und im Katechismusunterricht für Erwachsene ihren Glauben mit ihrem Verstand in Einklang zu bringen. Auch ist hierbei bemerkenswert, wie Menschen ihre unterschiedlichen Kompetenzen eben auch in den Glaubensprozeß einbringen. Martin Luther hat dies in seiner Schrift „Daß eine christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, alle Lehre zu urteilen“ (1523) so beschrieben und im Großen Katechismus diesen als „Handwerkszeug“ eines jeden Christen bezeichnet.

14. Kirchliche Bildungsarbeit geschieht also auch in einem kollegialen und solidarischen Zusammenspiel mit staatlicher und privater Bildung (Schule, Vereine, Volkshochschulen, Parteien, Industrie und Wirtschaft, Banken, Stiftungen, Hochschulen usw.). Außerschulische Bildung geschieht sehr vielfältig und auf unterschiedliche Weise. Deshalb ist zu fragen, warum etwa in der schulischen Bildung nicht auch das den Sozialstaat tragende **Subsidiaritätsprinzip** verwirklicht wird. Warum hat der Staat heute noch das schulische Bildungsmonopol? Brauchen wir nicht ein anderes Schulsystem? Andere Länder machen uns dies längst vor, wo etwa Privatschulen selbstverständlich und gleichrangig neben den Staatsschulen existieren und finanziert werden.

Kirchliche Bildungsarbeit ist ein Angebot der Volkskirche unter vielen anderen Gruppen: Bedürfnisse werden ernstgenommen und auch (nicht nur) von der Kirche umgesetzt. Dies geschieht in freundlichem z.T. auch konkurrierendem, aber in jedem Fall strukturiertem Zusammenspiel mit anderen Bildungsträgern (Akademien, Familienbildungsstätten, Volkshochschulen usw.).

15. Ein Risiko dieses offenen Weges beschreibt u.a. Johannes 3,30: Dialogische Bildung kann **Selbstaufgabe** bedeuten. Jedenfalls darf das wichtige christlich-biblische Element der „**Hingabe**“ (als Deutung des Todes Jesu) im Bildungsverständnis und im Vollzug der Kirche nicht vergessen bzw. vernachlässigt werden. Wo Kirche sich eingibt und einmischt, muß sie schlüssigerweise damit rechnen, daß sie sich selbst aufgibt - daß eigene Ansätze zurücktreten.

In der Geschichte der Diakonie ist dies nachweisbar. Dieser immanente Aspekt des gesellschaftsdiakonischen Auftrags der Kirche muß auch in der Bildungsarbeit bedacht werden: Arbeitsbereiche, Schwerpunkte und gewachsene Domä-

nen sind nicht sakrosankt – können zur Disposition stehen.

16. Welchen Ort hat in diesem Verständnis der **Religionsunterricht** und darin die Kirche? Es ist vieles im Fluß! Nicht nur wegen des neuen Faches in Brandenburg (Lebensgestaltung/Ethik/Religionskunde) und wegen der allgemein gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland und in Europa. Die denkbare Spannung ist groß: Beibehaltung des konfessionellen Unterrichts (der verfassungsrechtliche und positivistische Standpunkt etwa auch der Großkirchen) bis hin zu einer Zukunftsbeschreibung eines Religionsunterrichts, vom Staat verantwortet. Jedenfalls kann und darf die religiöse Dimension weder aus der Bildung allgemein noch aus der Schule im speziellen verwiesen werden. Die kulturelle Prägekraft und politische Gestaltungsenergie von Religion und Glaube muß jungen (und erwachsenen) Menschen vergegenwärtigt werden – im geregelten und einander ernstnehmenden Dialog. Deshalb kann konfessioneller Religionsunterricht allein nicht mehr gerechtfertigt werden – und auch nicht ein nur von den Kirchen verantworteter. Also zunächst ein christlicher Religionsunterricht auf dem Weg zu einem interreligiösen Religionsunterricht, in dessen Struktur und Inhalten alle religiösen Kräfte und Gruppen angemessen eingebunden sind und der obligatorisch erteilt wird. Die Furcht der ideologischen Fremdbestimmung läßt sich durch angemessene Ausbildungs- und Lehrplanregelungen bannen. Fremdbestimmung kann es auch im konfessionellen Religionsunterricht geben – und bekanntlich auch in anderen Fächern der Schule.

Es ist erstaunlich, wie alle Fraktionen des baden-württembergischen Landtages dies auch sehen: Religionsunterricht muß bleiben. Mit Recht fragt Rudolf von Thadden in der ZEIT: „Wohin mit Religion?“ Selbstverständlich in erster Linie in die Kirchen und in deren vielleicht zu erweiterndes Kasualangebot, aber auch in viele andere religiöse Gruppen und in Sonderheit in einen Religionsunterricht, der junge Menschen in ihrer religiösen Entwicklung nicht alleine läßt.

17. Weil auch kirchliche Bildung Menschen stärkt und die Sachen klärt, und dies ein wichtiger Impuls des Evangeliums ist, darf Kirche auch angesichts knapper Geldmittel hier nicht **sparen**. Bildung in Jugendarbeit, in Tagungsstätten, Schulen und Erwachsenenarbeit muß eher noch ausgebaut werden. Wenn schon gerechnet wird, dann auf Kosten von Neubauten in Gemeinden und unnötigen Renovierungsarbeiten. Menschen sind zu bilden – nicht Gebäude und Mauern. *Es ist in unserer Zeit unerträglich, wenn in Kirchengemeinden Neubauten von Gemeindegeldern, Orgeln und aufwendige Renovierungsarbeiten an Pfarrhäusern und Kirchen finanziert werden. Freilich braucht Bildung Räume. Und Kirche ist auch Kulturträgerin. Aber es geht heute vermehrt um Begleitung und Stärkung von Menschen, deren Lebensräume und Zukunftshoffnungen bedroht sind. „Zum Gespräch geboren ...“: Das Gespräch kann auch in nicht-kirchlichen Räumen geführt werden. Es ist an keine äußere Form und Begrenzung gebunden. Das Gespräch setzt Kräfte frei, weil Menschen sich gegenseitig bereichern und ermutigen.*

Umweltbildung durch praktische Ökologie

Gotlind Bigalke

Die Evangelische Akademie Bad Boll ist bekannt für ihre ökologische Orientierung, eine Adresse zum Nachfragen, wenn man etwas für die Umwelt tun will. Das ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, daß nie mehr als zwei Prozent ihrer Tagungen Umweltfragen behandelt haben. Die konsequent betriebene Umstellung der Tagungsstätte hat der Akademie den besonderen Ruf verschafft, ein Ort der Umweltbildung zu sein. Auf der Verbindung von beidem, von umweltrelevanten Tagungen und umweltgerechtem Wirtschaften, beruht das ökologische Bildungskonzept von Bad Boll. Wo das Wissen um die Probleme eher lähmt, kann der Versuch, „vom Reden zum Tun“ zu kommen, dagegen anregen und anstiften. Statt resignierend vom Tropfen auf den heißen Stein zu sprechen, kann der Umweltbeauftragte der Landeskirche auf die vielen Tropfen verweisen, die den Stein höhlen sollen. Wenn die große Politik ihre Worte von Rio de Janeiro 1992 selbst nicht ernst nimmt, müssen die vielen kleinen Projekte an der Basis die Umstellung im Denken und Handeln angehen und anzeigen. Die ökologischen Leitlinien für die Evangelische Landeskirche in Württemberg wollen den Beweis antreten.

Angefangen hat es mit der Krise. Die Umwelt, in Wortverbindungen mit -verschmutzung oder -zerstörung, wurde in den 70er Jahren ein Begriff. „Die Grenzen des Wachstums“, ein industrielles Nullwachstum, forderte der Bericht an den Club of Rome, 1972 auf deutsch erschienen. Als deutsches Angstphänomen machte „le Waldsterben“ international die Runde, damals eher noch belächelt. Die Verschmutzung von Oberflächengewässern und Grundwasser, der Luft und der Böden blieb aber nicht mehr unbemerkt. Es gab Streit um die friedliche Nutzung der Kernenergie und um den Bodenverbrauch für Großflughäfen. Umweltbewegungen formierten sich als widerständige Alternativen, die nicht nur die Naturzerstörung durch die Industrie anprangerten, sondern auch Vorschläge und Versuche machten, anders zu leben, eine andere Kultur zu entwickeln. Im selben Jahr, als die deutsche Version des Meadowsberichts erschien, machte „Das Ende der Vorsehung“ von Carl Amery in seinem Untertitel „Die gnadenlosen Folgen des Christentums“ die Schuldigen aus. Er forderte eine neue ethische Orientierung, eine Ethik der planetarischen Verantwortung und Askese. Die Herausforderung wurde lange nicht angenommen. Die Bedrohung war benannt, in Zahlen, die Gefahr wurde nicht geglaubt. Das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt, vor allem in China, wurde als bedrohlicher empfunden als die Zerstörung der natürlichen Ressourcen durch die Industriekultur. Auch die linken Parteien und die Gewerkschaften hielten im Interesse ihrer Klientel am Wachstum fest.

Und die Kirchen? Wenn Akademien Seismographen ihrer Kirchen sind, waren sie sparsam in der Aufnahme. Zwei Boller Lehrertagungen beschäftigten sich 1973 mit Umweltfragen; eine nahm den Titel „Die Grenzen des Wachstums“ auf und verhandelte dabei die „Bevölkerungsexplosion“, eine andere „Mensch und Wald“. Das Signal für die Kirchen setzte der australische Biologe Charles Birch bei der Fünften Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen im Dezember 1997 in Nairobi. Er forderte ein neues Verhältnis von Mensch und Natur und von den Reichen, daß sie einfacher leben sollten. Dieser Impuls zog mit der „Aktion e“ und dem Programm „Hunger durch Überfluß“ in die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit der Kirchen ein. Fragen des Lebensstils wurden zur materiellen bis spirituellen Herausforderung des praktischen Alltags von Christen. Die wissenschaftliche Theologie reagierte kaum. Nur in Heidelberg wurde über eine Schöpfungstheologie nachgedacht.

In Bad Boll hieß es 1975 zweimal „Umweltschutz“ und einmal „Umweltkrise“ in den Tagungsprogrammen. Für Biologielehrer gab es eine Tagung zur ökologischen Situation des Oberrheins. Vier von 479 Tagungen. Zehn Jahre später, als der Düsseldorfer Kirchentag proklamierte: „Die Erde ist des Herrn“, widmeten sich 13 Tagungen aus der Gesamtzahl von 341, zwei interne Klausuren und zwei ökologisch orientierte Studienreisen Umweltaspekten in grundsätzlicher Weise oder schon bezogen auf konkrete Anwendungsgebiete. Noch einmal zehn Jahre später hatten sich diese Zahlen so eingependelt, bei fünf Prozent aller Tagungen und Veranstaltungen.

Seit 1986, dem Jahr, als in Baden-Württemberg ein eigenes Umweltministerium eingerichtet wurde, hat Bad Boll „ökologisch umgestellt“. Vorausgegangen war das Projekt „Umweltgerechtes Wirtschaften an Evangelischen Akademien“ des Leiterkreises der Evangelischen Akademien in Deutschland. Der Frühstücksmüll einer umweltpolitischen Tagung war der Auslöser. Im Tagungsraum ausgebreitet brachte er an den Tag, was in der Tagung nebenher so abfiel.

Die ökologische Umstellung veränderte die Arbeitsweise der Hauswirtschaft in hohem Maße. Der weitgehende Verzicht auf vorbereitete und konservierte Nahrungsmittel reduzierte den Verpackungsmüll um vier Fünftel. Kaffeesatz und Pflanzenreste aus Küche und Garten geben eine gute Komposterde. Der Einkauf im Dorf und bei Bauern und Gärtnern der Umgebung verkürzt die Wege und den Energieaufwand, außerdem garantiert er frische Waren von hoher Qualität. In der Hausreinigung wurde auf aggressive Mittel verzichtet. Die Akademie ist trotzdem sauber. So wurde verhindert, daß unnötige und schädliche Reste wieder in den Kreislauf gelangen. Im Park der Akademie kam die Natur wieder zu ihrem Recht. Was als Wiese ausgewiesen wurde, wird spät gemäht und blüht im Frühjahr in vielen Farben. Die Verkehrssicherungspflicht erfordert aber, daß Bäume und Sträucher rechtzeitig geschnitten und ausgeglichen werden, bevor ein Sturm Schäden anrichtet.

Geplante und erforderliche Umbaumaßnahmen gaben die Chance, den Wasser- und Energieverbrauch zu drosseln. Mit der Abwärme des Kühlraums wird das

Wasser in der Küche erwärmt. Aufgefangenes Regenwasser gelangt aus der Zisterne über eine zweite Leitung in die Toilettenspülung. Die neue Wärmedämmung des Bürogebäudes senkt dort den Bedarf an Heizenergie. Solange es ein nacktes Betongebäude mit Flachdach war, hielten es manche in den Eckzimmern nur mit hohen Stiefeln aus. Der Glaspavillon im neuen Café Heuss fängt auch im Winter viel Sonnenwärme auf und läßt zu allen Jahreszeiten die Natur in ihrem Wandel betrachten. Der Zugangsbereich vor dem Hauptgebäude ist immer schneefrei, denn darunter befindet sich ein Blockheizkraftwerk, das durch die Kraft-Wärme-Koppelung gleichzeitig Strom und warmes Wasser erzeugt.

Durch intelligente Technik läßt sich darüber hinaus Arbeitszeit sparen, die in der Küche durch die Zubereitung von frischen Nahrungsmitteln mehr angefallen ist. Solche hohen Investitionen lassen sich bei knappem Budget nur tätigen, wenn ohnehin Baumaßnahmen anstehen oder neue Geräte beschafft werden müssen. Aber sie rechnen sich über kurz oder lang in der Arbeitszeit und im Verbrauch.

Eine Akademie produziert viel bedrucktes Papier. Die Umstellung auf Recyclingpapier mußte an allen Geräten ausprobiert werden und erzeugte aus optischen wie praktischen Gründen viel Widerwillen. Durch die Computerisierung kam ein Rückschlag - es wurde viel mehr Papier benötigt, und man mußte lange suchen bis das geeignete Papier gefunden war. Daß alles leicht und schnell gehen soll, beißt sich oft mit dem Anliegen des Umweltschutzes.

Die Wunschliste ist noch lang. Die Festbeleuchtung ist vielen ein Ärgernis. Ein neues Thema ist Mobilität. Durch intelligentes Fahrverhalten, durch bessere Verkehrsanbindung und mit mehr Kommunikation unter Gästen und Mitarbeitern ließe sich manches einsparen. In vielen Bereichen hat der ästhetische oder praktische Anspruch über den Umweltaspekt gesiegt. Aber er muß bei jeder Veränderung, die ansteht, mit bedacht werden.

Zum Standard wird Umweltschutz durch gesetzliche Vorschriften und internen Konsens. Damit die Mahner und Vorprescher nicht in die grüne Ecke gestellt werden, muß Umweltschutz Chefsache sein. Die Umstellung in der Hauswirtschaft war nur mit einer überzeugten und entschlossenen Hauswirtschaftsleiterin möglich. Auf der anderen Seite steht die erforderliche Akzeptanz bei denen, die im Büro und in der Hauswirtschaft arbeiten müssen, und bei den Gästen, den Endverbrauchern. Am meisten überzeugt, was schmeckt, gut aussieht und nicht unbequem ist. Eine Prise Moral darf dabeisein, aber niemand will missioniert werden. Deshalb ist die Information, auch die augenfällige, die man im Vorübergehen wahrnimmt oder ausprobiert, am eindrucklichsten. Und für die Akademie selber sind es die Rückmeldungen der Gäste, Lob und Tadel, und das Interesse der vielen, die aus anderen Einrichtungen kommen, um sich informieren und anregen zu lassen. Es geht, wenn man ernsthaft will.

SCHRITTE NACH VORN

Geld – solidarisch eingesetzt

Gebhard Böhm

I

Aufs Geld kommt es ja gar nicht an in der Kirche, sondern auf „Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei“ (1. Korinther 13,13) – so meint man doch zu Recht. Das ist das Zentrale.

Aber wenn es im Ernst um „Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei“ geht, dann wird „alles neu“ (Offenbarung 21,5) werden, nicht nur im Zentrum, sondern auch an der Peripherie, nicht nur, was in unseren Herzen ist, sondern auch, was wir in Händen halten; da weht dann ein „neuer, gewisser Geist“ (Psalm 51,12) – und unter dem Wehen dieses Geistes bekommt auch das Geld eine neue Qualität.

Diese grundlegende Erfahrung macht Lukas in seiner Apostelgeschichte anschaulich. „*Geld – solidarisch eingesetzt*“: Ein Herz und eine Seele seien die ersten Christen gewesen und „auch nicht einer sagte von seinen Gütern, daß sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam; und wie viel ihrer waren, die da Äcker und Häuser hatten, die verkauften sie und brachten das Geld und legten es zu der Apostel Füßen; und man gab einem jeglichen, je nachdem einer in Not war“ (Apostelgeschichte 4,32ff). Das war ein *überraschender Nebeneffekt des Glaubens*, aber doch wohl kein willkürlich - zufälliger, sondern ein notwendiger, denn Lukas ist nicht der einzige, der das so sieht. Auch Paulus fordert die Christen in Korinth ausdrücklich zum Teilen mit der verarmten, fernen Jerusalemer Gemeinde auf: „Euer Überfluß diene ihrem Mangel.“ (2. Korinther 8,14) (Heute nennt man so etwas „*ecumenical sharing of resources*“). Und mit dieser Aufforderung zieht Paulus eine sehr kurze Verbindungslinie zwischen der in Christus geschehenen Befreiung (vgl. v9) und der Praxis einer in ökumenischer Solidarität OFFENEN KIRCHE - gerade so wie im Alten Testament die Erfahrung der Befreiung (Exodus) ganz eng zusammengesehen wurde mit dem Gebot der Solidarität (Thora). Dieses Gebot der Solidarität richtet sich freilich zuerst und vor allem an die Wohlhabenderen, an die Reichen, an die Erfolgreicheren, an die Stärkeren und fragt sie nach dem, was sie aus ihrem Glauben machen.

Daß den Armen ihre Armut zu einer demoralisierenden Anfechtung des Glaubens werden kann, ist nicht zu bestreiten und der Bibel wohl bekannt. Doch in dieser Anfechtung dürfen sie auf den Gott hoffen, der sie in ihrem Elend wahrnimmt und ihr Schreien hört und sich auf ihre Seite stellt (2. Buch Mose 3,7). Für den Glauben aber ist von Anfang an die Anfechtung durch den Reichtum wohl die größere und vielleicht schwerer zu bestehende Herausforderung gewesen. Davon konnten Amos, Micha und Jesaja ein Liedchen singen und Jesus

auch, der miterleben mußte, wie nicht nur der reiche Jüngling vor dieser Herausforderung kapitulierte (Matthäus 19, 16ff), weil er offenbar nicht ganz darauf verzichten wollte, seine Hoffnung doch auch auf den Mammon zu setzen. Aber nicht nur für den Glauben des/r Einzelnen mag der Reichtum eine größere Herausforderung sein als die Armut; für den Glauben der Kirche gilt das ebenso: Im Ablaßhandel z.B. war die Kirche des ausgehenden Mittelalters dieser Herausforderung erlegen – darüber ist Luther dann gestolpert. Und nicht wenige seiner Reformvorschläge (z.B. „Ordnung eines gemeinen Kasten“, 1523) zielten eben hierauf: „*Geld – solidarisch eingesetzt*“. Aber Solidarität hat ihre Grenzen. Und die Grenzen damals waren eng. Im Landesherrlichen Kirchenregiment reichte der Horizont so weit, wie der Herzog (und später: der König) etwas zu sagen hatte.

Es brauchte den aus dem Pietismus hervorgegangenen Aufbruch zu Innerer und zu Äußerer Mission, um die Solidarität zu entgrenzen: in der Basler Mission zum Beispiel, durch die zwar vielleicht nicht immer die Württembergische Landeskirche als ganze, wohl aber nicht wenige Gruppen, Kreise und Gemeinden einen weltweiten, einen ökumenischen Horizont gewannen und so zur OFFENEN KIRCHE wurden, in der grenzenlos „*Geld – solidarisch eingesetzt*“ wurde. Bei der vierteljährlichen sogenannten Halbbatzenkollekte wurde – vor allem von vielen „kleinen Leuten“ – gegeben und gesammelt, oft das, was man gerade so erübrigen konnte; und – gegen den immer gegenwärtigen Einwand, man habe doch genug Armut, Elend und Not oder auch nur begründeten und sinnvollen eigenen Bedarf im eigenen Land – wurde aus dem Gegebenen und Gesammelten „Brot für die Welt“, lange bevor es eine Organisation dieses Namens dann gab.

Daß man der Herausforderung des Reichtums (oder auch eines nur bescheidenen Wohlstands) im Glauben begegnen könne, indem der, „der zwei Röcke hat, dem der keinen hat,“ (Lukas 3,11) einen abgibt, das war die Einsicht. Das Instrument der Solidarität war das gespendete Geld, dem der Spender „Lebewohl“ sagt, indem er es völlig aus seinem Eigeninteresse entläßt.

II

Aber das ist – so viel es sein mag, und es ist viel! – nicht genug. Die Herausforderung des Glaubens durch den Reichtum betrifft nicht nur das, worauf man – und sei es als wirkliches Opfer – verzichten kann. Es gibt ja – im persönlichen Leben wie in der Kirche – auch noch Geld, auf das wir nicht verzichten können, das wir zurücklegen, weil wir es morgen oder übermorgen voraussichtlich (nicht unsolidarisch, aber vielleicht auch nicht gerade solidarisch, sondern für unsere eigenen Zwecke) brauchen werden. Zu diesem Geld können wir nicht „Lebewohl“ sagen. Dieses Geld können wir nicht völlig aus unserem Eigeninteresse entlassen. Geld in dieser Weise zurückzulegen, muß nicht Zeichen von Kleinglauben oder Egoismus, es kann auch Ausdruck von Verantwortung, von „Haushalterschaft“ sein. Es bedurfte aber für die reicheren Kirchen der ökume-

nischen Begegnung mit den ärmeren Kirchen, um zu verstehen, welche doppelte Herausforderung für den Glauben damit gegeben ist:

– Die eine Herausforderung besteht darin, konkret zu prüfen, wieviele Rücklagen denn jeweils wirklich sinnvoll und nötig sind. Dies nämlich ist deutlich: Je höher man hier ansetzt, desto weniger bleibt übrig für *Geld*, das als Spende *solidarisch eingesetzt* werden kann; und je geringer der Bedarf an Rücklagen (für die eigenen künftigen Zwecke) ist, umso mehr steht zur Verfügung für die Solidarität mit den Armen.

– Die andere Herausforderung aber ist gegeben in der Frage, was denn mit den Rücklagen geschieht, solange sie angelegt (und eben nicht nur hinter Bett und Kasten als Rücklagen „zurückgelegt“) sind und daher weder Zwecken der Solidarität dienen noch sofort für eigene, dann eventuell doch berechnete Bedürfnisse Verwendung finden. Zumeist fand man hier im Glauben – und das heißt auch: in der Kirche – das für sinnvoll, was man im Unglauben auch für gut hielt: Rücklagen sollten so angelegt werden, daß sie (1) sicher sind, daß sie (2) einen möglichst hohen Ertrag erbringen und daß sie (3) bei Bedarf zugänglich sind. Auf die Frage, woraus der Ertrag denn entstehe, achtete man zumeist nicht, vielmehr freute man sich in eher fragwürdiger Naivität an den Zinsen. Und ein Bedenken, wie es Johann Heermann 1630 formulierte, konnte zwar wohl im Gottesdienst vielfach besungen, in kirchlichen Haushaltsdebatten aber nicht immer bedacht werden: „Willst du mir etwas geben, an Reichtum, Gut und Geld, so gib auch dies dabei, daß von unrechtem Gut nichts untermenget sei.“ (EG 495,5) Im Kontext der Ökumenischen Bewegung, also in einer OFFENEN KIRCHE, sind diejenigen Kirchen, die Rücklagen zu bilden vermögen, durch andere, die nicht in dieser Lage waren, auf die Einsicht gestoßen worden, daß Geldanlagen nicht einfach unschuldig und ethisch neutral sind. Bereits 1938 erklärte die Weltmissionskonferenz in Tambaram (Indien): „Wir möchten die Aufmerksamkeit auf die Art und Weise lenken, wie Kirchen ihre Rücklagen investiert haben. In den alten Ländern sind kirchliche Gelder manchmal in Rüstungsindustrien, in Brauereien oder anderen Unternehmen investiert, welche zwar finanziell ertrageich sind, aber nicht in Übereinstimmung mit den Zielen der Kirchen stehen.“ Als in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts sich die Aufmerksamkeit der Ökumenischen Gemeinschaft auf die großen Bedrohungen des Rassismus, des Militarismus, der Zerstörung der Schöpfung und der weltweiten wirtschaftlichen Ungerechtigkeit richtete, wurde in Kirchen zunehmend bewußt, daß es nicht eine angemessene und ausreichende Reaktion der Kirchen demgegenüber ist, mit Worten nur „nach außen“ zu appellieren, daß vielmehr „nach innen“ die ökonomische Rolle der Kirchen selbst als Mitspielerinnen im ökonomischen Prozeß zu überprüfen sei. Kirchen entdeckten zunehmend sich selbst als nicht nur geistliche Größe, sondern auch als ökonomisches Subjekt – und vor allem: Sie entdeckten, daß ihr eigenes ökonomisches Handeln – und nicht nur das der einzelnen Christen – eine geistlich zu verantwortende Herausforderung ist.

Schon in den 60er Jahren erarbeitete daher der Ökumenische Rat die (im Raum der EKD zum Teil heftig umstrittenen) „Bankenkriterien“, nach denen Kirchen mit Banken, die wesentlich Geschäfte mit Rassismus, Militarismus etc. machen, nicht zusammenarbeiten sollten.

Anfang der 70er Jahre erstellte dann die Kommission der Kirchen für Entwicklungszusammenarbeit (CCPD) des Ökumenischen Rates eine „Investitionsstudie“, die (1) erheben sollte, wo de facto Kirchen Rücklagen angelegt haben, und die (2) Kriterien für kirchliche Geldanlagen entwickeln sollte: „*Geld – solidarisch eingesetzt, d.h. nun: angelegt*“. Damit war die Aufgabe des „ethischen Investments“ gegeben.

Mitte der 70er Jahre führte dieses ganze Bemühen schließlich zur Gründung der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft EDCS (Ecumenical Development Cooperative Society).

III

Die Idee war so einfach wie einleuchtend: Kirchen und kirchenverbundene Organisationen, die dazu in der Lage und genötigt sind, Rücklagen zu bilden, sollten diese (oder Teile davon) – ohne die Erwartung eines größtmöglichen Ertrags und in der Bereitschaft, solidarisch auf maximale Sicherheit zu verzichten und ein gewisses, freilich sehr überschaubares Risiko einzugehen – in EDCS anlegen, damit EDCS aus ihrem Kapital (relativ) günstige Darlehen für produktive, Gewinn erwirtschaftende Entwicklungsprojekte, vor allem in der sogenannten Dritten Welt, zur Verfügung stellen könnte. „*Geld, nun aber eben: Rücklagegeld und nicht nur Spendengeld – solidarisch eingesetzt*“. Das Kapital könnte nach Rückzahlung durch die Darlehensempfänger bei Bedarf an die Anleger zurückgegeben werden oder stünde für neue Darlehen zur Verfügung. Auf diese Weise würden zwei Seiten zusammengebracht: Kirchen und ihnen verbundene Organisationen, die ihre Rücklagen ethisch vertretbar anlegen wollten einerseits, und produktive Genossenschaften in armen Regionen dieser Welt, die für ihre Entwicklung auf faire Darlehen angewiesen sind, andererseits.

Diese Idee leuchtete ein. So beschloß der Zentralaussschuß des Ökumenischen Rates im August 1974 in Berlin, eine Ökumenische Entwicklungsgenossenschaft zu gründen und im November 1975 wurde EDCS in den Niederlanden als Genossenschaft nach holländischen Recht eingetragen. Die Kirchen taten sich freilich mit diesem, ihrem eigenen Kindlein ziemlich schwer. Die Hoffnung, sie würden sich aus ihren Rücklagen an EDCS beteiligen, erfüllte sich zunächst so gut wie gar nicht. So sehr man die Idee einer EDCS als Vision gut gefunden hatte, so sehr fehlte für ihre Praxis die Bereitschaft zu solcher Art von „Offener Kirche“. Hätten sich nicht – zunächst in Holland, dann in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, in Österreich und Italien und inzwischen in mindestens 11 weiteren Ländern – Förderkreise (Support Associations) gebildet, in denen

sich Menschen zusammenfanden, um ihre persönlichen Rücklagen in EDCS zu investieren, EDCS wäre wohl nie zu einem lebensfähigen Unternehmen geworden.

Die reicheren Kirchen haben bis heute überwiegend EDCS noch nicht begriffen als eine Chance für sich selbst, als eine Möglichkeit, der Herausforderung ihres Wohlstandes in christlicher Verantwortung gerecht zu werden. Ihre Beteiligung, wo sie überhaupt erfolgt, hat i.d.R. eher symbolischen Charakter. Es sind meist nicht Prozentbeträge, oft nicht Promillebeträge ihrer Rücklagen, die sie in EDCS investieren.

Auch die Württembergische Landeskirche hat lange gezögert, ehe sie sich zu einer Beteiligung an EDCS entschließen konnte. Ein Antrag der OFFENEN KIRCHE in der Landessynode, die Landeskirche möge sich mit einem Prozent ihrer jährlichen Zinseinnahmen an EDCS beteiligen, hatte zunächst 1986 noch keinen Erfolg. Inzwischen allerdings ist die Landeskirche mit einer Einlage von 117 000 holländischen Gulden (rund 100 000 Mark) direktes Mitglied bei EDCS. Der größte Teil des Kapitals von EDCS (nämlich rund 80 Prozent) wird freilich über die Förderkreise von Gruppen, Kirchengemeinden und vor allem von tausenden von Einzelpersonen aufgebracht.

Der Südwestdeutsche Förderkreis der EDCS, in dessen geographischen Bereich die Württembergische Landeskirche fällt, ist mit 2594 Mitgliedern, die 23,45 Millionen holländische Gulden in EDCS angelegt haben (Stand 31.12.1996) weltweit der zweitgrößte Förderkreis. Die Arbeit der Förderkreise beschränkt sich freilich nicht darauf, Kapital für EDCS zu mobilisieren und neue Mitglieder zu werben. Sie bemühen sich vielmehr auch, in Kirche und Öffentlichkeit die Frage ethisch vertretbaren Investierens zu diskutieren. Und sie sehen es als ihre Aufgabe an, den Weg von EDCS insgesamt kritisch-konstruktiv zu begleiten.

IV

EDCS ist inzwischen eine Wirklichkeit gewordene Vision. Daß aber EDCS eine Hilfe dazu sein könnte, aus in sich geschlossenen Kirchen OFFENE KIRCHE werden zu lassen, in denen das *Bekenntnis* zu der *einen* ökumenischen, d.h. weltweiten *Kirche* die *Provinzialität* kirchlichen *Haushaltsgebarens* aufbrechen und überwinden würde, das ist bis heute großenteils Vision geblieben, eine Utopie, aber immerhin eine immer „konkretere Utopie“.

Das wäre meine Vision einer OFFENEN KIRCHE, daß unsere Landeskirche, daß die Gemeinden, die „Werke“, die Diakonischen Einrichtungen und die vielen, vielen einzelnen Christen einen Teil ihrer jeweiligen Rücklagen in EDCS anlegen und daß so „*Geld solidarisch eingesetzt*“ würde. Es muß ja nicht gleich alles Geld sein – ich weiß, daß auch die richtigen Wege in kleinen Schritten begangen werden. Aber es dürfte auch nicht einfach „nur symbolisch“ sein. Die Bibel schlägt den Zehnten vor für Spenden. Das wäre doch auch ein Vor-

schlag für „ethisches Investment“ in der Kirche: Daß *ein Zehntel der Rücklagen* auf allen Ebenen kirchlichen und christlichen Lebens über EDCS oder vergleichbare Institutionen „*solidarisch eingesetzt*“ wird.

Ich denke, daß Kirchen, Gemeinden und einzelne Christen, die so ihren Glauben Gestalt gewinnen lassen, auf diese Weise selbst keinen geringeren, wohl aber einen anderen Gewinn hätten als die, die solche Solidarität brauchen: Sie könnten mit dem Geld, dem sie nicht „Lebewohl“ sagen und das sie nicht ganz aus ihrem Eigeninteresse entlassen können, lernen, wie es in der Welt wirklich zugeht. Und sie könnten, ohne ihr Eigeninteresse (das englische Wort für Zins ist „interest“!) zu verleugnen, ihr Interesse daran bekunden, daß der Glaube nicht nur im Herzen lebt, auch nicht nur in der individuellen Nächstenliebe Gestalt gewinnt, sondern auch in der ökonomischen Peripherie sichtbar wird und in der Praxis wirtschaftlicher Gerechtigkeit Hand und Fuß bekommt.

Ehrliches Ehrenamt

Heidi Fritz

Mitarbeitergewinnung ist das Zauberwort des Gemeindeaufbaus. Manchmal gelingt sie deshalb so schwer, weil manche meinen, zaubern können zu müssen. Aber es ist keine Zauberei, wenn wir alle denn wirklich und ehrlich ehrenamtliche, frei-willige Mitarbeit wollen. Zur Ehrlichkeit gehört, daß Mitarbeit ein Gemeindeleben so vielfältig macht, so verschieden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Zur Auszeichnung einer Gemeinde gehört, daß kaum ein Mitglied ohne bestimmte Gaben ist. Und zum Kriterium von christlicher Gemeinde gehört, daß wir einander nicht bei unseren Defiziten behaften, sondern bei unseren Kompetenzen: Wir sind „Gottes gesammelte Stückwerke“ (Th. Askani). Im Expertentum der Laien spiegelt sich das Priestertum aller Gläubigen. Die Kultur des Ehrenamts bedarf der Pflege, der Gemeinschaft, der Partizipation und der Kooperation, auch des gemeinsamen Feierns. In einer Zeit zurückgehender Finanzen kann das Kapital der Kirche wachsen, wenn sie das Kapitel ehrenamtlicher Gemeinschaft und Gemeinsamkeit nicht zuschlägt, sondern fortschreibt. Ehrenamtliche sind nicht die „Sparschweine“ der Kirche, sie sind ihr Reichtum und ihre Basis. Wir werden dieses Kapitel noch genauer und immer wieder neu zu buchstabieren haben - von A bis Z, etwa so:

ANERKENNUNG: Ehrenamtliches Engagement braucht - auch öffentliche - Anerkennung. Viele reden davon. Ehrenamtliche erfahren Anerkennung nicht nur im Dank, sondern in der Förderung ihrer Arbeit, indem sie selber zu Wort kommen, indem sie zur Geltung gebracht werden.

BEREITSCHAFT: Beweggründe für ehrenamtliches Engagement können verschiedener Art sein. Nicht nur selbstloses, altruistisches Interesse ist „erlaubt“, sondern auch das Eigeninteresse von denen, die bei einem Projekt, im Gottesdienst, in einem Kreis, in einer Gruppe mitarbeiten. Meistens suchen wir Menschen für eine Aufgabe; wir müssen auch Aufgaben für bestimmte Menschen finden und entwickeln.

CHANCEN: Das Ehrenamt ist die Chance der Gemeinde. Dadurch wird die Gemeinde bunter, vielfältiger, ideenreicher, beweglicher.

DANK: Dank und Anerkennung erfahren gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Nur: Phantasieloser Dank ist fast schon Undank.

EINFÜHRUNG: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen in geeigneter Weise in ihre Arbeit eingeführt und bekannt gemacht werden. Wer mit einer Arbeit anfängt, muß auch „in Würde“ wieder aufhören können.

FRAUEN: Ehrenamtliche kirchliche Arbeit ist in der Gemeinde weithin weiblich. Das muß so nicht bleiben. In jedem Fall sollten aber Frauen und Männer entsprechend ihrer Mitarbeit auch in den Leitungsgremien und Führungspositionen der Kirche vertreten sein.

GABEN: Es gibt kaum Menschen ohne Gaben, aber jede Gabe hat auch ihre Aufgabe. Wie finden Gaben und Aufgaben zueinander? Wo über die Zuordnung von Gaben und Aufgaben nachgedacht wird, geht es auch zugleich um die Neuordnung von Beziehungen, Mandaten und Kompetenzen von Haupt- und Ehrenamtlichen, von Laien und Pfarrerinnen und Pfarrern.

HAUSHALTSPLAN: Ehrenamtliche Arbeit geschieht unentgeltlich, sie ist aber nicht kostenlos. Deshalb muß der Haushaltsplan einer Gemeinde finanzielle Mittel bereitstellen für Auslagenersatz, Fahrt- und Fortbildungskosten. Ehrenamtliche sollen wissen, daß und wieviel Mittel für ihre Arbeit zur Verfügung stehen.

INFORMATION: Ehrenamtliche müssen nicht diffus überinformiert, aber sie sollen auch nicht präzisiert unterinformiert sein. Wie gefragt das Ehrenamt ist, das bemißt sich daran, wie sehr Ehrenamtliche informiert und schon in der Planungsphase gefragt sind.

JA: Wer zur Kirche als einer Gemeinschaft von fehlbaren und irrenden, aber glaubenden und in Dienst gerufenen Menschen Ja sagt, sagt auch Ja zu den Menschen und zu ihren Gaben. Ehrenamtlichkeit in der Kirche ist nicht ein Beiwerk, sondern gehört neben der Professionalität gleichberechtigt und wesentlich zur Gemeinde Jesu. Ehrenamtlich Tätige sind nicht das profane Gegenstück zu den hauptamtlich Professionellen.

KOMPETENZ: Fähigkeiten sind Talente, die nicht vergraben werden dürfen. Nicht nur Naturtalente haben Talent. Kompetenzen können mitgebracht werden, sie können auch erworben werden. Es gibt keine Hierarchie der Gaben, sondern alle sind an ihrem Ort und zu ihrem Teil gleich wichtig. Es ist keineswegs gleichgültig, daß sie deshalb auch gleichberechtigt sind.

LAIEN: Die Gemeinschaft der Laien-Mitglieder macht die Kirche zu einer Volkskirche. Dies ist eine Sache nicht nur von soziologischer, sondern von eminent theologischer Bedeutung. Deshalb forderte Hendrik Kraemer schon 1959 eine „Theologie des Laientums“.

MITBESTIMMUNG: Ehrenamtliche sind keine Ersatzleute für hauptamtliche Arbeit, weder Lückenbüßer noch Erfüllungsgehilfen. Regelmäßiger Erfahrung-, Meinungs- und Ideenaustausch in Dienstbesprechungen, im Mitarbeiterkreis und im Kirchengemeinderat helfen zum Kennenlernen und zum gegenseitigen Verständnis. Ehrenamtliche wollen Anteil an kirchlicher „Macht“ haben, d.h. sie sollen miteinbezogen werden in Entscheidungsprozesse.

NACHWEIS: Der Nachweis über geleistete Mitarbeit macht unsichtbare Arbeit sichtbar und (an-)erkennbar; ein Nachweis ist auch vorweisbar. Im Ehrenamt erworbene Erfahrungen und Qualifikationen können zum Beispiel für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben dokumentiert werden. Durch die Einführung von Nachweisen kann das Bemühen um die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit im Steuer- und Rentenrecht unterstützt werden.

OEKUMENE: Wo manche zum Hindernis ökumenischer Gemeinschaft werden, können Ehrenamtliche oft besser über den Schatten von konfessionellen Mauern springen und so zum Motor ökumenischer Praxis und Offenheit werden und zum Zeichen der Einheit der Christenheit.

PROJEKTMITARBEIT: Ehrenamtliche lassen sich oft am besten für ein sachlich und inhaltlich begrenztes Projekt und für eine zeitlich überschaubare Strecke gewinnen.

QUALIFIKATION: Ehrenamtliche bringen Qualifikationen mit und erwerben sich durch ihre Tätigkeit Qualifikationen. Nicht alle können alles machen, aber viele etwas.

RAHMENBEDINGUNGEN: Gemeinsam abgesprochene Rahmenbedingungen helfen zur Klarheit des Dienstes; dazu gehört: Beschreibung der Tätigkeit, Absprachen im Blick auf den Verantwortungs- und Entscheidungsbereich, inhaltlicher und zeitlicher Rahmen der Mitarbeit, Berücksichtigung individueller Fähigkeiten und Wünsche, praktische Unterstützung und kontinuierliche Begleitung.

SOLIDARITÄT: Ehrenamtliche Mitarbeit braucht loyales Zusammenwirken aller Beteiligten, bedarf der Gemeinschaft von Frauen und Männern. In größeren Arbeitsbereichen oder -zweigen ist eine Vertrauensperson als Anlaufstation und Ansprechpartner/in für Ehrenamtliche wünschenswert. Das Thema „Ehrenamt“ muß wachgehalten werden.

THEOLOGIE: Theologie ist zu wichtig, als daß sie nur den Theologen überlassen werden könnte. Theologische und geistliche Kompetenz gehört zum allgemeinen Priestertum der Gläubigen. Besonders auch ehrenamtlich Mitarbeitende nehmen „priesterliche“ Rechte und Pflichten wahr und erfüllen sie in der Gesellschaft, in Familien, am Arbeitsplatz, in den Vereinen – also überall, wo Christen keineswegs „unter sich“ sind, und wo keine Pfarrerin oder kein Pfarrer präsent ist.

UNTERFORDERUNG und ÜBERFORDERUNG: Beides ist kontraproduktiv – die Vereinnahmung von Ehrenamtlichen mit „Haut und Haaren“ wie ihre Degradierung zu bloßen „Handlangern“. Ämterhäufung kann sich als Verdrängungsprozeß von Gaben auswirken.

VERNETZUNG: Ehrenamtliche müssen voneinander wissen, und sie sollten Gelegenheit bekommen, einander kennenzulernen. Aber nicht nur in der Kirche sind Ehrenamtliche zu Hause und am Werk, auch in den Kommunen, in Vereinen, Parteien, Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen und Selbsthilfeorganisationen und den entsprechenden Gremien. Verbindungen müssen immer neu hergestellt und aktiviert werden.

WERT: Das Ehrenamt hat in unserer Kirche einen hohen Stellenwert. Der Kirche ist das Ehrenamt etwas wert, denn es hat einen Wert, auch einen Eigenwert. Der Wert liegt nicht nur in der Ehre, die die wenigsten darin suchen.

XY: Die Kirche ist (hoffentlich) offen für und neugierig auf Neues. Ehrenamtliche sind Gewährsleute dafür – und manchmal müssen sie sich das auch gesagt sein lassen, daß nicht alles beim alten bleiben muß: Singt dem Herrn ein neues Lied!

ZIEL: Gemeinsame Ziele verbinden und motivieren. Mitarbeit konvertiert von der Last zur Lust: „Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Leute zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen; sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer.“ (Antoine de Saint-Exupéry)

Kirche für Distanzierte

Michael Seibt

Die überwiegende Mehrheit der Kirchenmitglieder hat ein distanziertes Verhältnis zur Kirche. Die Teilnahme am kirchlichen Leben beschränkt sich auf die Kasualien anlässlich der Knotenpunkte des Lebens und – wenn überhaupt – auf wenige festliche Gottesdienste im Jahresablauf. Trotzdem wollen viele dieser Distanzierten aus verschiedenen Gründen Mitglieder der Kirche bleiben.

Diese „treuen Distanzierten“ spielen in den Planungen und in der Praxis der kirchlichen Arbeit immer noch eine viel zu geringe Rolle, obwohl sie mit ihren Beiträgen die gegenwärtige Vielfalt und Breite kirchlicher Arbeit überhaupt erst ermöglichen. Aus kerngemeindlicher Perspektive wird die distanzierte Wahrnehmung der Mitgliedschaft oft als defizitäre Form des Glaubens verurteilt. Man spricht von „Karteileichen“. Die Einsichten, die Kritik und die Lebensformen der Distanzierten sind aus kerngemeindlicher Perspektive nicht wirklich willkommen. Die meisten missionarischen Bemühungen der jüngsten Vergangenheit zielten darauf ab, diesen „defizitären“ Zustand zu überwinden und die distanzierten Kirchenmitglieder an die Lebens- und Glaubensvollzüge und moralischen Vorstellungen der Kerngemeinde oder neuerdings auch von Richtungsgemeinden heranzuführen. Das „missionarische Jahr“, das „Jahr mit der Bibel“, die Aktion „Neu anfangen“, die Evangelisationen „Pro Christ“ und auch z.B. die Konfirmationsagenden orientieren sich mehr oder weniger stark an den Lebensformen der christlichen Kerngemeinden. Fragt man nach den Ergebnissen dieser Bemühungen, muß man feststellen, daß zwar einige Menschen dadurch angesprochen werden und sich für ein „bewußtes“ und „entschiedenes“ Christsein gewinnen lassen, doch am Gesamtbild ändert sich nichts und wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Die meisten Kirchenglieder bleiben distanziert, aber sie bleiben (immer noch) Mitglieder. Es gilt, diesen auf den ersten Blick paradoxen Sachverhalt, ernst zu nehmen und auf seine berechtigten Gründe zu untersuchen. Die distanzierte Mitgliedschaft ist eine akzeptable und für die kirchliche Arbeit unersetzliche Form der Zugehörigkeit, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch weil die Distanzierten eine Wahrheit repräsentieren, die man aus der kirchlichen Binnenperspektive oft nicht anerkennen will. Darüber gleich mehr.

Entscheidend ist, mit welcher Haltung die MitarbeiterInnen der Kirche den Distanzierten begegnen. Ich vermute, daß die unbewußten nonverbalen Signale und manche offen geäußerte Kritik an den „gleichgültigen“, „säkularisierten“, „nicht bekehrten“ Distanzierten oft eine ablehnende Sprache sprechen. Gleichzeitig wird auf der bewußten Ebene versichert, man wolle sich den Distanzierten mit missionarischer Liebe zuwenden. Diese doppelte Botschaft kann nicht ankommen, weil der Widerspruch sofort spürbar ist.

Ein erster Schritt wäre darum, daß sich die kirchlichen MitarbeiterInnen über die Bedeutung von Nähe und Distanz zur Kirche für ihren eigenen Glauben Rechenschaft geben. Wer bei sich selbst beobachtet, daß nicht nur die Nähe, sondern ebenso die Distanz gegenüber kirchlichen Lebensäußerungen wichtig ist, der begegnet den erkennbar „Kirchenfernen“ mit einer verständnisvolleren Haltung als die MitarbeiterInnen, denen dieses spannungsvolle Mit- und Gegeneinander von Nähe und Distanz völlig fremd ist. Da gibt es dann nur noch ein klares „Drinnen“ oder „Draußen“. Die Engagierten scheiden sich von den Distanzierten, und es kommt zu dieser unfruchtbaren Atmosphäre in manchen Kirchengemeinden, die sich vordergründig zwar ganz missionarisch gibt, sich aber bei genauerem Hinsehen als zutiefst widersprüchlich, unfrei und darum letztlich auch erfolglos erweist. Eine positive Beziehung zu den Distanzierten gelingt nur, wenn die kirchlich engagierten Gesprächspartner sich über ihre (unbewußten) Bewertungen des Mitgliedsverhaltens der Distanzierten Rechenschaft geben und wirkliches Interesse an der Person zeigen. Es gilt deshalb, die Beziehung auf Distanz und ihre Hintergründe ernstzunehmen und auf dieser Basis eine Brücke zu schlagen. Ein wachsender Teil der Arbeitszeit der Pfarrerrinnen und Pfarrer ist dieser Aufgabe gewidmet. So verlangt zum Beispiel ein Gottesdienst mit einer Taufgesellschaft, die selten bis gar nie einen Gottesdienst mitfeiert, ein sensibles Eingehen auf diese Situation. Da die Begegnung mit distanzierenden Gemeindegliedern zur täglichen Regel im Pfarramt gehört, investieren die PfarrerInnen an dieser Stelle oft viel Zeit, ohne allerdings sichtbare Ergebnisse für den Gemeindeaufbau vorweisen zu können. Das Engagement innerhalb der Gemeinde nimmt durch diese Kontakte nicht zu. Aber es wird ein Boden für Vertrauen bereitet. Wenn die Engagierten dafür eintreten, daß es kein Christsein ohne Gemeinschaft, keinen Glauben und keine Liebe ohne andere gibt, welche Wahrheit repräsentieren dann die Distanzierten? Distanz ist keineswegs gleichzusetzen mit Gleichgültigkeit oder Entsolidarisierung. Das sind zwar Tendenzen, die uns heute in der ganzen Gesellschaft begegnen und die wohl auch bei manchen Kirchnaustritten eine Rolle spielen. Es wäre jedoch ein großer Fehler, wollte man kirchlicherseits daraus den Schluß ziehen, die Distanzierten müßten erst einmal missioniert und zu einem entschiedenen Christentum bekehrt werden.

Es finden sich die unterschiedlichsten Motive und Gründe für die Distanz der meisten Kirchenmitglieder. Auffallend ist aber, daß ihre Distanz entgegen aller Negativschlagzeilen erstaunlich oft gerade nicht zu einem Abbruch der Beziehung führt, sondern mit einer manchmal diffusen Erwartungshaltung und einer stillen Hoffnung verbunden ist, es möge sich wieder einmal „ereignen“, daß die Kirche und ihre Botschaft für das eigene Leben in einer bestimmten Situation sich als relevant erweist. Dieses „Ereignis“ zu inszenieren und zu ermöglichen, ist eine wesentliche Aufgabe aller engagierten Gemeindeglieder. Wichtig ist außerdem die Beobachtung, daß das Thema der Nähe und der Distanz zur Kirche keineswegs nur die erkennbar „Kirchenfernen“ betrifft, sondern auch viele haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen selbst. Denn auch unter den Engagierten

beschreiben viele ihre Beziehung zur Kirche als distanziert. Das hängt u.a. mit Verletzungen zusammen, die sie im sensiblen Bereich ihrer religiösen Überzeugungen oder ihrer Bereitschaft zum Engagement durch die Repräsentanten einer Institution erlitten haben, die oft immer noch nicht ernst gemacht hat mit der religiösen Mündigkeit der Menschen.

Das menschlich enge Klima in manchen Kerngemeinden, die kleinlichen Streitereien um dogmatische Sätze der kirchlichen Lehre, die Unfähigkeit, mit Konflikten auf eine offene und transparente Art umzugehen und sie zu moderieren, die mangelnde Führungskompetenz kirchenleitender Persönlichkeiten, die sprachliche und geistliche Belanglosigkeit kirchlichen Redens, die bürokratische Schwerfälligkeit des Apparats, das alles kann den, der es erlebt hat, gründlich vor den Kopf stoßen und auf Dauer von kerngemeindlichen Lebensvollzügen Abschied nehmen lassen. Ich kann es auch persönlich formulieren: Wäre ich nicht Pfarrer, so wäre ich wohl auch ein distanzierteres Kirchenmitglied.

Die Distanz vieler Menschen zu ihrer Kirche, bis hinein in die Mitarbeiterschaft, hängt mit einem großen Akzeptanzverlust und einem Verlust an gemeinsamer Sprache zusammen. Was innerhalb der Kirche als Inhalt und Habitus kirchlicher Verkündigung herausgestellt wird, ist oft meilenweit entfernt vom Leben der Menschen. Das bemühte Zugehen auf die Distanzierten entspricht kirchlicherseits oft mehr einer taktischen Notwendigkeit als innerer Überzeugung. Man hat die Zeichen der Zeit erkannt und will die alte Botschaft nur besser und zeitgemäßer vermitteln, an der Botschaft selbst darf sich freilich nichts ändern. Die Verpackung soll modernisiert werden, nicht der Inhalt. Deshalb hat man die Öffentlichkeitsarbeit als bisher vernachlässigtes Stiefkind der kirchlichen Arbeit entdeckt und veranstaltet Kontakt-Aktionen, hängt Werbefahnen an die Kirchtürme, schickt Info-Mobile durchs Land und präsentiert sich beweglich als „rollende“ Kirche „farbig, bunt und fröhlich“. Das Pressehaus vertreibt Fan-Artikel. Man wird die Frage stellen dürfen, ob hier bloß taktisch auf ein Problem reagiert wird, das damit noch lange nicht wirklich auf der Tagesordnung steht: nämlich bewußt Kirche für Distanzierte zu sein und dies auch zu wollen. Bestätigt werden die Kirchen durch Unternehmensberater, die ihnen bescheinigen, das kirchliche Produkt sei gut, nur eben das Marketing schlecht. Dabei bin ich nicht sicher, ob überhaupt Klarheit, geschweige denn Einigkeit darin besteht, was das kirchliche Produkt denn ist. Die Arbeit der Engagierten wird mangels Klarheit in dieser Frage manchmal hektisch und betriebsam, nach dem Motto „Hauptsache, bei uns ist was los.“ Viel fragwürdige Legitimation wird mit diesem kerngemeindlichen Aktivismus gesucht, aber nicht gefunden.

Deshalb nimmt es nicht Wunder, daß sich die Distanz auch unter den Engagierten keineswegs vermindert. Und das aus gutem Grund. Denn erst die Distanz bewahrt vor Überforderung, sie gibt außerdem Zeit zum Nachdenken und sie bewahrt die Kirche davor, zu einem Verein von lauter Engagierten zu werden,

der nichts anderes im Sinn hat, als die Welt mit (sozialem oder missionarischem) Engagement zu beglücken. Die Kirche lebt also keineswegs nur vom Engagement, sondern auch von der Distanz ihrer Mitglieder. Beides muß in ein offenes und von Bewertungen freies Verhältnis gesetzt werden. Aus solcher Distanz wächst manchmal ein Engagement, das anders ausfällt als erwartet. Dann kommt es zum Konflikt.

Nehmen wir ein Beispiel: Das evangelische Bildungswerk am Stuttgarter Hospitalhof gehört zu den seltener werdenden Freiräumen in der Kirche, wo ein vorausgreifendes Denken und Lernen Raum hat. Dort hat man sich im Herbst 1996 entschlossen, gegen geltende Vorschriften des Pfarrergesetzes einen Muslim, einen Buddhisten und einen Juden in einer christlichen Gottesdienstreihe zu Wort kommen zu lassen. Die Resonanz war so beachtlich wie die kirchenamtliche Reaktion typisch. Eine Verbeugung nach links und eine Verbeugung nach rechts, und alles schien im Lot. Natürlich sei der interreligiöse Dialog einerseits wichtig, hieß es, andererseits solle er aber bitte nicht im religiösen Vollzug, also im Gottesdienst stattfinden, wo die Gefahr der „Religionsvermischung“ drohe, sondern nur bei Bildungsveranstaltungen außerhalb der gottesdienstlichen Räume. Der innovative Mut der Veranstalter, der besonders kirchlich Distanzierte ansprach, wurde offiziell nicht anerkannt, und der ansonsten durchaus offene Dekan hatte die undankbare Aufgabe, die kirchenamtliche Linie der Basis zu vermitteln.

Nach diesem Strickmuster läuft es in vielen vergleichbaren Fällen in der württembergischen Landeskirche. Das kirchenpolitisch für notwendig erachtete „Sowohl als Auch“ trägt entscheidend zur Farblosigkeit der Kirche bei, die durch keine Öffentlichkeitsarbeit wett zu machen ist. In dieser Atmosphäre gedeiht immer weniger kreativer Mut. Selbständig denkende und urteilende Menschen finden sich in zunehmende Distanz gedrängt. Wenn ihr Mut und ihre Risikobereitschaft nicht einmal anerkannt, sondern mit christlichen Richtigkeiten im Keim erstickt werden, exponieren sie sich nicht noch einmal. Mit diesem Verhaltensmuster bleibt die Kirche das Spiegelbild einer lethargischen Gesellschaft, die sich vor den Herausforderungen versteckt und ihre wachsten und kreativsten Köpfe an die Kandare nimmt, damit sie nicht zuviel Unruhe stiften. So wird die Kirche zum Lebensraum der Angepaßten, die streng auf die Bewahrung des Herkommens achten und denen der Mut fehlt, künftige Entwicklungen aufmerksam und kritisch zu begleiten. Diese Beobachtung müßte eigentlich alarmieren, tut es aber nicht. Denn eigentlich ist die evangelische Kirche mit ihrer theologischen Grundlage eine Institution der Freiheit, tatsächlich ist sie aus historischen und menschlichen Gründen eine Institution der Unfreiheit geblieben. Wenig deutet darauf hin, daß sie sich in den gegenwärtigen unsicheren Zeiten auf ihre geistliche Freiheitsgeschichte wieder ernsthaft besinnt. Stattdessen gewinnt eine ängstliche Rechtgläubigkeit und die Klage über die säkularisierte Gesellschaft an Einfluß, bleibt die aktive Kerngemeinde weiterhin der Bezugsrahmen, auf den hin sich die Distanzierten orientieren sollen, und

die Menschen, die noch einen Rest an Hoffnung hatten, in dieser Kirche ein Potential an geistlich begründeter Freiheit, an Mut und Gestaltungskraft zu finden, wandern mehr und mehr aus zu den Bürgerbewegungen und Aktionen, die sich allenfalls noch am äußersten Rand der Kirche ansiedeln. Man muß nüchtern sehen, daß es immer nur Einzelne und kleine Gruppen waren, die innerhalb der Kirche etwas bewegt haben, und vielleicht ist es eine Lebensregel, die man erst mühsam lernen muß, daß Institutionen und ihre leitenden Vertreter keine Freiheit gewähren können. Freiheit muß man sich nehmen, manchmal auch gegen den Widerstand der Institution.

Die Wege, auf denen jemand nach oben kommt, werden auch in der Kirche durch den systemkonformen Druck zur Anpassung geebnet. Auf diese Weise kommen nicht die fähigsten Leute in die Verantwortung, sondern die, die am ehesten die Gewähr dafür bieten, daß sie der „Unordnung und dem Ärgeris wehren“ können (Zitat aus dem Ordinationsversprechen der PfarrerInnen). Ordnung und ärgernisfreie Ruhe sind aber keine Zielvorstellungen des Evangeliums. Für eine Kirche, die einmal mit einem geistlich begründeten Ruf in die Freiheit antrat, bedeutet das so etwas wie eine Absage an ihre eigene Grundlage.

Es gibt also genug theologische Gründe, zur institutionellen Kirche auf Distanz zu gehen, gerade um geistlich zu regenerieren und mögliche Alternativen auszukundschaften und damit zu experimentieren. Dabei ist mir klar, daß wir nichts dringender brauchen als eine Institution, die die Freiheit des Evangeliums öffentlich repräsentiert. Denn in den Symbolen, Bildern, Geschichten und Gesängen der Kirche lebt eine große spirituelle und geistliche Kraft. Es geht uns ungeheuer viel verloren, wenn wir mit diesen Schätzen der Kirche nicht mehr im Gespräch bleiben und sie weiterentwickeln, wie das jede Generation getan hat. Der „eindimensionale Mensch“ (nach Herbert Marcuse), der sich ganz systemkonform verhält und keine Widerstandskräfte gegen die seelisch und menschlich zerstörerischen Kräfte unserer Zeit in sich entwickelt, wäre das traurige Ergebnis. Eigentlich wäre es sehr wichtig, daß die Kirche ihre geistliche (und nicht nur die daraus abgeleitete soziale) Aufgabe wieder neu ernst nimmt und dabei noch viel mehr als bisher die „treuen Distanzierten“ im Blick hat, die oft unausgesprochen ahnen, daß die Kirche eine wichtige Wahrheit repräsentiert, aber mit der Art und Weise, wie sie das tut, nicht einverstanden sein können. Deshalb bleiben sie zugleich distanziert und dennoch Mitglieder. Die Distanzierten erinnern daran, daß die religiöse Mündigkeit und die menschlichen Grundrechte fast immer gegen den Widerstand der etablierten Kirchen erkämpft werden mußten. Die verbreitete Skepsis gegen die institutionelle Kirche ist das Ergebnis dieser historischen Verweigerung. Heute wäre es nötig, die religiösen Wurzeln der Freiheit und ihre Bindung an den Glauben wieder zu entdecken, sonst bleiben wir stecken in den neuen Unfreiheiten eines sich verselbstständigenden Fortschritts und einer alternativlosen Konsum- und Geldkultur, die ihren Individualismus zur neuen Religion erhebt. Ich plädiere darum

nicht für die Distanz der Gleichgültigkeit und der Entsolidarisierung, sondern für eine begründete Distanz zur Kirche, die sich selektiv verhält und die autoritäre Mißgestalt der Religion ablehnt, aber ihre vermenschlichende und befreiende Kraft aufnimmt.

Und das zu ermöglichen, muß die Kirche Freiheits- und Begegnungsräume anbieten und organisieren. Die herkömmlichen Arbeitsformen mit ihrer Eins-zu-Viele-Kommunikation reichen nicht mehr aus. Die Distanzierten, also die Mehrheit der Kirchenglieder, lassen sich dafür endgültig nicht mehr gewinnen. Aber wenn wir sie nicht endgültig abschreiben, und uns damit auf den Weg ins gesellschaftliche Getto begeben wollen, müssen wir Religion so präsentieren, daß auch für die Distanzierten eine orientierende Wirkung erkennbar ist. Dabei geht es keineswegs nur um ein taktisches Vermittlungsproblem, das mit mehr Öffentlichkeitsarbeit zu beheben wäre. Nötig ist eine Korrektur bis ins Herz der Theologie und des Selbstverständnisses der Kirche hinein.

Kirche kommunizieren!?

Jan Dreher-Heller

Da gab es doch einst eine Gruppe, die heute noch vorbildhaft für andere eine ganzheitliche Öffentlichkeitsarbeit entwickelte und betrieb. In jeder Stadt, in jedem Dorf machte sie eine Filiale auf. Nicht irgendwo am Rand, nein, immer mitten hinein. Mitten im Zentrum, am Marktplatz, beste Verkehrslage. Nicht nur eine kleine bescheidene Filiale, sondern das größte Gebäude am Ort. Und als ob das nicht genug Promotion wäre, wurde an jede dieser Filialen auch noch ein Turm angebaut, der alles um Längen überragte, was darum herum stand. Von weitem sichtbar. Geniale architektonische Marketingstrategie, doch damit nicht genug. Das Konzept konnte noch mehr: In den Turm wurde das Lautstärkste gehängt, was damalige Beschallungstechnik zu bieten hatte: Glocken. Riesenglocken. Neben der visuellen Beherrschung ganzer Dörfer und Städte, flächendeckend selbstverständlich, wurde so auch eine akustische Beherrschung geschaffen. Und das nicht nur nach außen. Auch im Inneren dieser Filialen herrschte feinste HiFidelity. Modernste Innenbeschallung, durchdringend, in akustisch ausgeklügelter Architektur. Wen nimmt es wunder, daß in diesen Räumen auch nicht mit Lichteffekten gespart wurde? In allen Farben. Bunt, bis zum Grellen. Unter Berücksichtigung des Sonnenlaufs. Alternative Energie. Und da der Mensch nicht nur ein audiovisuelles Wesen ist, wurden auch all die anderen menschlichen Sinne angesprochen. Zusatznutzen. Unique Selling Proposition. Betörende Düfte. Nasse Hände auf zarter Kinderhaut. Vollflächige Körperkontakte. Ekstase. Und immer wieder Speisungen, Essen und Trinken. Gesang. Gemurmelt. Stehen und Sitzen. Gespannte Erwartung. So wurde diese Gruppe zur Initiative. Länderübergreifend. Internationaler Schuppen. Und schließlich zur Institution. Vom Nobody zum Markenartikler. Gesellschafts- und bewußtseinsbestimmend. Hunderte von Jahren.

Ein Leitbild für jedeN ÖffentlichkeitsarbeiterIn, Marketingstrategen, PR-KoordinatorIn, der/die sich fragt: Wie ist das mit der Kommunikation? Nach innen, nach außen? Wie zieht man einen Betrieb derart öffentlichkeitswirksam auf, daß man ganz entspannt erzählen kann: Irgendwann, in den Anfangsjahren – damals, als der Fuhrpark aus einem Esel bestand, und auch der war geleast ...

Aus und vorbei. Die einstige Avantgarde des marktbeherrschenden Öffentlichkeitsbetriebes ist greis geworden. Der Glanz ist verblaßt. Vom Licht der Welt blieb nur ein Schlußlichtgefunkel. Abgewirtschaftet.

Heute kommunizieren die McDonalds, Porsches und Tschibos. Auch andere lernen eben dazu. Überflügeln. Zielgruppenspezifisch, organisiert segmentierend, durchdacht und wahrnehmend. Gesellschaftsrelevant und gewinnoptimiert, wie das einstige Vorbild.

Solange üben sich die Vertreter des einstigen Vorzeigebetriebes in Agonie. Katzenjammer. Kater. Unverstandene. Wie immer. Zu heftig gehaust. Das Mitleid hält sich in erträglichen Grenzen. Und immer wieder der Beschluß: „Es muß etwas geschehen, aber es darf nichts passieren.“

„Kirche kommunizieren“

Von der Mission, über die Reformation, die Agitation, Propaganda, Entdeckung und Erkenntnisse der Massenpsychologie, bis zur Reklame, Werbung und heutigem Event orientiertem Marketing führt ein breiter Trampelpfad. Die einzigen, die das nicht verstehen wollen, sind die Urheber. Die einstigen Marktführer. Das ist kein neues Phänomen. Die Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte waren zu fett für die Monopolistin Kirche. Darüber ging einfach die Wahrnehmung, die Sensibilität, das Interesse für die Anderen, für den Markt verloren. Stagnation. Besitzstandswahrung. Business as usual. Nichts Neues oder Ungewöhnliches also. Ein Marktmechanismus, der überall zu beobachten ist. Am augenfälligsten ist dieser Mechanismus, wenn es nicht um Produkte, sondern um Ideologien geht. So jüngst 1989. Wiedervereinigung lauter "guter Deutscher". Wettbewerb: Wer ist noch deutscher? So wirkt dieser Mechanismus öffentlich einigermmaßen peinlich. Dann stehen die "hohen Herren" in den berühmten Unterhosen da. Nichts hält mehr. Wer einmal lügt. Die allgemeine, daher öffentliche Erfahrung spricht gegen alle Schönrederei. Das Ende einer dogmatisierten, dialog- und lernunfähigen Ideologie.

Gibt das nicht zu denken, wenn es um das Thema „Kirche kommunizieren“ geht? Der vertretenen Botschaft wegen. Unique selling proposition und Zusatznutzen. Die Kleriker nennen dasselbe „Proprium“ und lutschen genüßlich an seiner längst ausgesaugten Hülle: „Andere sollen uns ja gar nicht verstehen.“ Bloße Terminologie, und die Einbildung ihrer Einzigartigkeit verstellt den Blick in die Wirklichkeit. Da schreibt einer sehr typisch mit 70 Jahren: „Ich würde, wenn ich noch einmal entscheiden müßte, wieder Pfarrer werden. Es ist der einzige Beruf, in dem man so viel mit Menschen zu tun hat.“ Wirklichkeitsverlust. Der Mechanismus funktioniert auch hier. Business as usual. Schönrederei, Dialog- und Lernunfähigkeit.

Ich möchte daher an dieser Stelle fokussieren auf eine subjektive Beschreibung. Wie kommuniziert der einstige Vorzeigebetrieb beispielsweise mit einem Vertreter der Generation X, männlich, über 30, unter 50, sozial engagiert, ehemals langhaarig, heute Pauschalreisenverächter, überdurchschnittlich informiert, akademisch gebildet, schweißst dennoch sein Auto selbst?

Nun, subjektiv betrachtet muß ich gestehen, um genauere Aussagen über meine Taufe zu machen, müßte ich eine Videoaufnahme sehen. Eigentlich war ich damals zu jung, um mich zu erinnern. Daß ich im zarten Alter von einem halben Jahr gleichzeitig mein Einverständnis erklärt hatte, mich in die bürgerlichen Steuerlisten zum Zwecke des bequemen Kirchensteuereinzugs eintragen

zulassen, dafür gibt es kein unterschriebenes Dokument meinerseits. Dennoch war es so. Im weiteren Verlauf dieser unerklärten Mitgliedschaft durfte ich dann für mein Einverständnis zahllose Bibel- und Liedverse auswendig lernen und von mir geben. Zum Wohle des christlichen Abendlandes. Diese Übung gipfelte in der Wiederbestärkung Konfirmation. All die glänzenden Augen, für einen Tag. Sicherlich das Schönste, gleich nach der Auferstehung, was einem Christenmenschen geschehen kann. Um diese neugestärkte Mitgliedschaft verantwortlich zu gestalten: Jugendarbeit. Zuständig für alles, was schief geht. Alles was irgendwie kaputtgehen kann. Immer wieder zitiert vor das Tribunal: Kirchengemeinderat. Kirche kommunizieren. Gremien durchwandern. Feststellen: am Ende eines Gremiums kommt wiederum ein Gremium. Ein Neues. Aha-Effekt. Immer freundlich, hinter zusammengebissene Zähne. Unter Brüdern ... Neurosen, blühende Psychosen. Verwunderung: Das ist Kirche? Studium. Auch noch Theologie. Der Sache auf den Grund gehen. Feststellung: Kaum jemand studiert Theologie. Wohl doch zu enthusiastisch. Eigentlich müsste das Fach heißen: Mittlere Verwaltungslaufbahn (Aufstiegsmöglichkeit in beschützte Werkstatt) mit garantiertem Pfarrhaus und Heileweltgarantie. Immer unter der Einstiegsforderung: Wirklichkeitsverlust. Oder andersherum: Wenn wir schon die Wirklichkeit nicht kennen, formulieren wir wenigstens die Wahrheit. Wahrheit ohne Wirklichkeit. "Universitäts"leben? Akademisches "Groß"bürgertum. Kirche kommunizieren. So?

Lichtblicke

Sicher gab und gibt es Lichtblicke. Irgendwo. Dennoch: „Kirche kommunizieren“ muß mit einer Bestandsaufnahme beginnen: Wie kommuniziert Kirche eigentlich? Was kommt wie an? Ohne dauernde Wertung, Rechtfertigung. Eine wahrnehmende Aufstellung. Nicht mehr, aber sicher auch nichts weniger. Schlichte Aufstellung, Analyse, betroffene Betrachtung. Dann kann die verfeinernde, segmentierende Frage gestellt werden: Was kommt, bei wem, wie an? Kirche kommunizieren. Sie kommuniziert ja. Aber was eigentlich mit wem?

Zaghafte Versuche in diese Richtung sind schon geschehen. Imagestudien, Unternehmensberatungsversuche, Mitglieder- und Nichtmehrmitgliederbefragungen. Aber was dann? Eigentlich, so sollte man meinen, wird dann zusammengetragen, ausgewertet, betrachtet. Lernfeld: Neue Fragen entstehen. Müssen gefragt werden. Ein immer differenzierteres Bild entstünde. Basis für eine Strategie. Eine Kommunikationsstrategie: "Hallo, Du unbekanntes Wesen". Schuldeingeständnisse für die Vergangenheit. Veränderung für die Zukunft. Weit gefehlt. An dieser Stelle verschwinden die von Gremien in Auftrag gegebenen Erhebungen in anderen Gremien. Zensur, Selbstbedienung. Kirche kommunizieren, das heißt Gremien kommunizieren. Gremien auf der Suche nach ihrem Selbstverständnis, nach ihrer Existenzberechtigung.

Sieht der Normalbürger/die Normalbürgerin, so es ihn und sie gibt, das dauernde Gerangel zwischen Vereinspräsidium, Trainer, Sponsoren und Mannschaft in

Bundesligavereinen, mit einem wütenden Achselzucken, kann man sich eine ungefähre Vorstellung machen, wie evangelische Kirche in Deutschland kommuniziert. Schließlich gibt es mehr Landeskirchen als Bundesligavereine...

Und wie bei anderen Organisationen auch, hat natürlich die Kommunikation nach außen etwas zu tun mit der Kommunikation nach innen. Und umgekehrt. Wer einmal lügt... Kirche kommunizieren, das wäre eigentlich ein Thema für Menschen, die sich für andere interessieren. Kein berufliches Zwangsinteresse einer ehemaligen Monopolistin. Dialogisch und lernfähig mit einer Botschaft, die nicht nur einfach wahr ist, sondern dazuhin erleb- und begreifbar. Schlicht verständlich. Schließlich leben wir in einer Kommunikationsgesellschaft. Das heißt ein zutiefst menschliches Bedürfnis, eine Grundbasis von Menschlichkeit wird thematisiert: Kommunikation, Beziehung, Für-wahr-halten-können, Vertrauen, Orientierung.

Kirche kommunizieren – dafür müßte die faktische Kleriker-Laien Struktur der evangelischen Kirche aufgebrochen werden. Ob das wahr werden könnte? Ist nicht gerade diese gremiengewordene Struktur spezifisch protestantisch? Kirche kommunizieren – das heißt auch nach 25 Jahren: Kirchenreform. Die Widerstände sind bekannter als damals. Bei den katholischen Brüdern und Schwestern können wir lernen, wie stark sie sein können. Seit beinahe 2000 Jahren. Das macht manche evangelischen Widerstände begreifbar. „Kirche kommunizieren“ – ist das nicht die spezifisch protestantische Aufgabe? Aufgabe annehmen oder aufgeben – das ist der Horizont von „Kirche kommunizieren“. 25 Jahre nach dem Aufbruch – damals auch auf katholischer Seite – entscheiden sich immer mehr Menschen für das, was für sie erfahrbar ist. Sie haben dabei eine Erfahrung von mehreren hundert Jahren. Durch die Generationen. Sie suchen informierter und gezielter im Angebot heraus. Seitdem und weil der ehemaligen Monopolistin Geld fehlt, herrscht die neue Weinerlichkeit als Grundkonstante kirchlicher Kommunikation. „Die haben mir ein Spielzeug weggenommen.“ Wenn alle Spielzeuge weg sind, wird es ernst. Lehrt die Erfahrung. Kirche kommunizieren, ist daher das Thema der Zukunft. Vor 25 Jahren begonnen. Davor vor 50 Jahren (war da nicht was in Darmstadt?). Davor vor 75 Jahren (vermeintlich dialektisch) davor vor...

Tatsächlich begonnen hat es zur Stunde Null unserer Zeitrechnung. Zu ernst, um es dem Lauf der Dinge zu überlassen. Sollte man meinen.

Alles gesehen, aber nichts mitbekommen?

OFFENE KIRCHE in der Mediengesellschaft

Kathinka Kaden

„Kirche in der Gesellschaft“ will die OFFENE KIRCHE (OK) laut ihrem Wahlprogramm sein. In den vergangenen 25 Jahren hat sie sich allerdings noch wenig explizit über die sogenannte „Mediengesellschaft“ Gedanken gemacht, obwohl nahezu alle Haushalte, Unternehmen, Institutionen mit Zeitungen, Radios, (Video-)Fernsehern und CD-Playern versorgt sind, rund ein Viertel mit Computern, rund ein Zwanzigstel mit einem der neuesten „neuen“ Medien, dem Internet.

Beim Einstieg der Landeskirche in den kommerziellen Rundfunk vor rund zehn Jahren ließ sich auch die OK von den verlockenden Versprechungen eines noch unbekanntes neuen Marktes leiten. Das Motto „Hauptsache, überall dabei“ hat sich hier allerdings besonders schnell als zu teuer, die Zusammenarbeit mit den Privatsendern als außerordentlich schwierig erwiesen. Die ersten Jahre hatte der Gesetzgeber zwar den Privatsendern noch – den Verhältnissen bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entsprechend – kirchliche Sendezeiten ins Programm diktiert. Manche Privatsender überließen der Kirche freiwillig noch mehr. Doch die Hoffnung, daß Private irgendwann einmal der Kirche ihre Kosten zahlen würden für die komplett fertig gelieferten Andachten, Berichte, Interviews und Magazin- und Talk-Sendungen, erwies sich als trügerisch. Nicht zuletzt hält mancher kommerzielle Sender kirchliche Angebote eher für Rauschmeißler als für Lockvögel im Programm. Seit dem zweiten Landesmediengesetz von 1994, das den Kirchen keine eigenen Sendezeiten in den Privatsendern mehr einräumte, muß die Kirche mit jedem einzelnen Sender einen eigenen Vertrag abschließen oder aber ihre Beiträge extra anbieten.

Mitte der 80er Jahre erhoffte man sich außerdem noch – auch in der OK – vom dualen Rundfunksystem einen sogenannten „Außenpluralismus“: Die neuen privaten Sender sollten außerhalb der öffentlich-rechtlichen Anstalten zu einer demokratischen Programmviefalt beitragen. Sie sollten damit den öffentlich-rechtlichen „Binnenpluralismus“ bereichern, nach dem die verschiedenen Stimmen der Gesellschaft in den Programmen angemessen zu Wort kommen müssen. 1997 ist von diesem „Außenpluralismus“ kaum eine Spur zu entdecken. Die meisten, vor allem die kleinen Lokalsender, sind eingegangen. Die Sendungen der übriggebliebenen Lokal- und Regionalsender sind bis auf wenige Ausnahmen tatsächlich so seicht geworden, wie viele immer befürchtet haben. Die

im Grundgesetz garantierte Freiheit der Medien muß mittlerweile auch vor rein kommerziellen Interessen von privater Seite geschützt werden, nicht mehr nur vor einseitigen Parteiinteressen.

Etwas reumütig wird daher heute wieder verstärkt der Vorteile des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gedacht: Diese Art der Rundfunkorganisation muß sich zwar heutzutage auch an der Einschaltquote orientieren und über Werbeeinnahmen finanzieren. Aber sie versucht nach wie vor wesentlich mehr als nur bescheidene Informations- und Unterhaltungsbedürfnisse zu erfüllen. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist demokratisch organisiert und kontrolliert. Nach wie vor stellt er den größten gemeinsamen öffentlichen Diskurs her. Auf die private Konkurrenz hat er sich mit neuen Programmen und Angeboten eingestellt. In Baden-Württemberg hören rund 70 Prozent die Hörfunkprogramme des Südwestfunks und Süddeutschen Rundfunks, rund 40 Prozent schalten ARD und ZDF und die dritten Programme ein. Die meisten FernsehzuschauerInnen decken ihren Unterhaltungsbedarf bei den privaten Programmen, ihren Informationsbedarf allerdings bei den öffentlich-rechtlichen Programmen (70 Prozent). Den Kirchen sind hier gesetzlich nach wie vor eigene Sendezeiten garantiert, auch im Staatsvertrag für den kommenden Südwestrundfunk (SWR). Das relativ unkritische Privatfunkengagement der Landeskirche hat viele Medienkundige und MedienkritikerInnen irritiert. Trotzdem sind aus den ersten zehn Jahren Erfahrung mit Privatmedien noch wenige Lehren gezogen worden. Im Gegenteil: Auf die weiteren neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wie Internet oder Satellitenradio wird an nicht wenigen Stellen (auch in der OK) die naive Machbarkeits- und Technikbegeisterung übertragen. Manche meinen immer noch, das Glück für die Kirche liege angesichts der neuen technischen Möglichkeiten in eigenen Programmen und Frequenzen. Dabei zeigt das Experiment eines kirchlich mitfinanzierten, privaten Hörfunk-Vollprogramms auf einer UKW-Frequenz wie „Radio paradiso“ in Berlin: Programme dieser Art haben große Finanzierungsprobleme. Außerdem werten Öffentlich - Rechtliche sie als Versuch einer Konkurrenz, der sie ernsthaft über die Garantie und Berechtigung eigenverantworteter kirchlicher Sendezeiten (das sogenannte Drittsenderecht der Kirchen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk) nachdenken läßt. Doch will die Kirche bestimmte Zielgruppen erreichen, so wird das kaum über eigene Frequenzen geschehen können, mit denen auf dem bereits sehr stark segmentierten Medienmarkt die Gefahr einer Nischenbildung (siehe Evangeliums Rundfunk aus Wetzlar) einhergeht. Die Kooperation mit starken Partnerinnen und Partnern in diesem Bereich verspricht mehr Erfolg.

Auf der Mediensynode im Juli 1997 hat die Synodalgruppe der OK eine EntschlieÙung zur Unterstützung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks initiiert mit dem Tenor: Ein vielfältigeres, allgemein zugänglicheres, niveauvolleres, demokratischer organisiertes Informations- und Unterhaltungssystem gibt es nicht. Daran könnte die OK in Zukunft anknüpfen, wenn es um die Beteiligung der Landeskirche an den Multimedia - Angeboten geht.

Es lohnt sich, dafür einen Blick in die relativ junge Geschichte der Massenmedien zu werfen, die zeigt: Neue Massenmedien verdrängen die alten keineswegs. Das Fernsehen hat weder die Zeitungen noch das Radio noch das Kino verdrängt. Der „Kuchen“ ist heute bereits sehr klein, um den sich die neue Multimedia – Angebote, sei es Internet oder sei es Satellitenradio, streiten müssen.

Es lohnt sich auch, die Medienlandschaft zu betrachten: Rund dreieinhalb Millionen TeilnehmerInnen haben in Deutschland zum Beispiel derzeit potentiell Anschluß an das erste populärere Multimedium Internet, weltweit rund 32 Millionen. Die meisten knüpfen ihre Verbindung über Universitäten oder Unternehmen. Bis zur Jahrtausendwende in Europa rechnet man mit 15 Millionen, weltweit mit 100 Millionen TeilnehmerInnen. Für „neue Telegemeinschaften“ und „neue politische Ordnungen“, gar „neue Demokratien“, die manche aufgrund der weltweiten Vernetzung voraussagen, sind die Beteiligungszahlen also viel zu klein. Die vielen Millionen NutzerInnen sind nicht in Sicht, die Interesse an noch mehr Millionen von Angeboten im Internet oder Satellitenradio oder Cyberspace haben und dafür auch noch bezahlen wollen. Ein hier erhoffter „Außenpluralismus“ wird sich auf wenige Angebote reduzieren, die einE einzelnerE bereit ist zu konsumieren. Unsere hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft wird daher weiterhin darauf angewiesen sein, daß diese Programme professionell (von Redaktionen und JournalistInnen) vorselektiert werden.

Wie gesagt: Das erste Multimedium, das populärer ist, ist das Internet, auch World Wide Web (WWW) genannt. Ton, Bild und Text lassen sich darin noch nicht perfekt miteinander verbinden. Der Seitenaufbau braucht mitunter sehr viel Zeit. Öfters sind auch die Zugänge zum WWW überlastet. Daher reden immer mehr vom „Datenfeldweg“ statt von der „Datenautobahn“ ... Die Bedienungsfreundlichkeit läßt noch mehr zu wünschen übrig: Der Druck einzelner falscher Buchstaben oder ein zu schneller Mausclick führt in die Irre oder zum Absturz. Von einer mündlichen Eingabe der Befehle ist nicht die technische Entwicklung, aber der Markt noch weit entfernt (auf dem aber noch viele Geräte des bisherigen Standards verkauft werden sollen). Des weiteren sind noch viele politische Fragen nicht beantwortet, zum Beispiel: Wie sollen eigentlich die mit interaktiver Vernetzung einhergehenden Tele – Arbeitsplätze gestaltet sein? Welche Arbeit soll nach Hause oder ins Ausland verlagert werden? Billige Schreibearbeit etwa? Wie wird die Arbeit bezahlt, kontrolliert? Wie können sich die ArbeitnehmerInnen zusammenschließen? Arbeitsrechtlich klaffen noch große Gesetzeslücken. Auch ökologische Fragen stellen sich: Was geschieht mit den unzähligen ausgemusterten Geräten? Welcher Hersteller nimmt sie auch zurück? Müssen auf dem Multimedia – Markt die gleichen Fehler machen wie auf dem Automobil – Markt, auf dem die Massenproduktion und Einführung von ökologisch verträglicheren Verkehrssystemen aufgrund übermäßigen marktwirtschaftlichen Gewinnstrebens fahrlässig unterbleibt?

Diese Fragen führen schnell zu einer gewissen Entmythologisierung des Internets. Dennoch locken zweifellos auch hier die Möglichkeiten eines unbekanntes Marktes – und die Möglichkeiten neuartiger Vernetzungen und Selbstdarstellungen. Immer mehr Kirchengemeinden präsentieren sich online und bieten interaktive Kontakte an. Die Landeskirche ist im Internet, genauso wie die Evangelische Kirche in Deutschland und der Ökumenische Rat der Kirchen, von evangelikalen WWW – Zusammenschlüssen ganz abgesehen.

Die OK sollte auch hier Interesse beweisen an einem guten kirchlichen Angebot. Wie bei allen Massenmedien geht es darum, Grundsätze evangelischer Publizistik nicht aufzugeben. Zum Beispiel sich für die einzusetzen, denen sowohl das Geld und die Bildung fehlt, um die nötige Kompetenz zur Nutzung der Medien zu erwerben, als auch die Zeit, um die Multimedien zu nutzen. Es geht darum, nationale und internationale Entwicklungen im Auge zu behalten (Stichwort Zweiklassen – Gesellschaften) und sich im besten Sinn kritisch in die Medienpolitik einzumischen – mit medienethischen Fragestellungen und Hinweisen, zum Beispiel:

- Zuviel “virtual reality” schadet genauso wie die Übernutzung herkömmlicher Medien (von wegen Realitätsflucht, Produktion von Illusionen, soziale Isolierung usw.). Motto: Alles gesehen, aber nichts mitbekommen. Die unüberschaubare Segmentierung der virtuellen Wirklichkeit fördert weder Ganzheitlichkeit noch Werte wie das Verweilen können.

- Der Medienpädagogik gebührt ein viel größeres Gewicht als sie bislang hat. Um die Medienkompetenz zu fördern, bietet es sich an, Projekte wie das Kooperationsprojekt “Multimedia – Camp” zwischen der Evangelischen Medienzentrale, der katholischen Fachstelle für Medien, der Aktion Jugendschutz und der evangelischen Akademie Bad Boll zu fördern. Bei diesen Camps für Eltern und Kinder geht es darum, die neuen Technologien selbst auszuprobieren. Aufgrund der eigenen Erfahrungen wird dann reflektiert, wie die Familie darauf reagiert, ob Männer anders als Frauen mit dem Medium umgehen, welche Konflikte entstehen, welche Technik für wen sinnvoll ist, und wie die Gefahren der neuen Technologien aussehen.

- Der Nutzen des Internets besteht für viele lediglich im Surfen von Web- zu Webseite. Viele nutzen die kreativen und gestalterischen Möglichkeiten dieses neuen Mediums nicht. Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen und die Fachstellen für Medien stehen daher vor der Aufgabe, Bildungskonzepte zu erarbeiten, aufgrund derer Medienkompetenz erlangt werden kann.

- Es wird bereits überlegt, wie das Angebot der Landeskirche im Internet konzipiert und betreut werden kann, wie es professionell und spannend gestaltet werden kann. Wie kann diese Arbeit begleitet werden? Welche Angebote können wie gefördert werden? Was kann für andere Informationstechnologien umformatiert werden? Man kann zum Beispiel fundierte Informationen zu Kir-

che, Tradition, biblischen Auslegungsmöglichkeiten wünschen – als Quelle für ForscherInnen und JournalistInnen. Oder man kann sich sinnvolle Verzeichnis - Zusammenstellungen überlegen, wie möglichst viele die homepages derer empfangen können, die vor Ort für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung kämpfen. Im ehemaligen Jugoslawien wie auch in Lateinamerika informierten Friedensinitiativen beziehungsweise oppositionelle Gruppen übers Internet die Weltöffentlichkeit über ihre Lage und konnten so Hilfe von außen rufen. Nicht von ungefähr versuchen menschenrechtsverachtende Regierungen wie die von China die Zugänge zum Internet streng zu limitieren und anmelden zu lassen.

- Neben professionellen NutzerInnen wie Universitäten, Unternehmen oder JournalistInnen gibt es viele Computerfreaks, zu 90 Prozent Männer, im WWW (daher sein Spitzname: “toys for boys”). Wie kann ein gezieltes Angebot für diese (zahlungskräftigen) Mitglieder aussehen, wie ein spezifisches Angebot für Frauen?

- Andere machen bereits mit den neuen Medien ihre Erfahrungen. Wenn die öffentlich- rechtlichen Sendeanstalten zum Beispiel Pilotprojekte starten, wie zum Beispiel mit dem digitalen Rundfunksystem (Digital Audio Broadcasting (DAB) - Pilotprojekt), dann kann überlegt werden, ob und wie die Kirche sich beteiligen kann.

Wie auch immer: Die Auseinandersetzung mit den (Multi-)Medien sollte die OK nicht allein (oft betriebsblinden) MacherInnen überlassen. „Kirche in der Mediengesellschaft“ sein wollen, heißt, sich medienpolitisch einen Platz zu suchen und medienethisch vorauszudenken. Schlimm wäre, sich als Kirche in falscher Euphorie oder in voreiliger Torschlußpanik auf diesen großen öffentlichen Märkten anzubiedern mit – nicht zuletzt aufgrund der Finanzlage zwangsläufig – billigen Produktionen. Auf die Qualität kommt es an. Weniger ist viel mehr.

Baden - Württembergische Landeskirche

Martin Dolde

In der synodalen Arbeit gibt es viele Themen, die für einen Laien schwer zu fassen sind. Zu oft muß man kirchlicher Insider sein, um mitreden zu können. Da werfen sich Theologen mit wachsender Begeisterung lateinische, griechische oder gar hebräische Wörter zu, nehmen sie mit verständnisvollem Nicken auf und tun gerade so, als ob jedermann diese Sprachen beherrschen würde. Doch gibt es auch andere Ebenen, auf denen sich Theologen tummeln. Da ist z.B. die Frage nach den Bekenntnissen. Lutherisch, (teilweise auch auf der zweiten Silbe betont), reformiert und uniert, sind in dieser Beziehung die wichtigsten Stichworte im süddeutschen Raum. Wie oft habe ich schon Laien, auch Mitglieder der Landessynode, gefragt, was es denn damit auf sich hätte und ob man diese Unterschiede als evangelischer Christ beherrschen müßte? Das Ergebnis hat mich beruhigt. Nur wenige konnten mir die Unterschiede genauer erläutern und dies meist auch nur stammelnd. So beschloß ich, mich über diese Hürden hinwegzusetzen. In meinem Beruf muß man öfters Abstriche machen und Kompromisse eingehen. Unierte Christen zählen deshalb seit langem zu meinen Glaubensgenossinnen und Genossen. Als einer, der Paulus schätzt, halte ich mich an seinen Hinweis, daß wir uns nicht nach verschiedenen Glaubensrichtungen oder Lehrern nennen sollten, da wir ja in Christus eins sind.

Offenbar wird diese Einstellung aber in weiten Kreisen unserer württembergischen Landeskirche und in der Synode nicht geschätzt oder gar geteilt. Oder wie wäre es sonst zu erklären, daß ein Antrag auf Untersuchung der finanziellen Auswirkungen einer engeren Zusammenarbeit (bis hin zur Verschmelzung) zur weiteren Beratung nicht im Finanzausschuß, sondern im Theologischen Ausschuß gelandet ist? Dieser beinahe schon komische Vorgang ereignete sich im Frühjahr des Jahres 1997, nicht im Mittelalter, wie man vielleicht vermuten möchte.

Diese Einleitung war erforderlich, um meine grundsätzliche Position zu kennen, doch nun noch einmal in aller Ruhe.

„Europa und unsere Landeskirchen“

So lautete die Überschrift über die gemeinsame Tagung in Hohenwart im April 1994. Wie schon seit vielen Jahren üblich, hatten sich die Finanzausschüsse der badischen und der württembergischen Landessynode zu ihrem jährlichen Treffen zusammengefunden. Über Europa läßt sich gut reden, da der Weg wahrscheinlich noch recht lange dauern wird. Genau mit diesem Gefühl bin ich damals nach Hohenwart gefahren. Eigentlich wollte ich den synodalen Frieden nicht stören, aber irgendwann während dieses Treffens habe ich begonnen, mich über unsere Heuchelei zu ärgern. „Über Europa läßt sich leicht reden, aber

wäre nicht zuerst das Verhältnis zwischen unseren beiden Landeskirchen zu überprüfen?“ Mit dieser Frage war der Stein losgetreten. Betretenes Schweigen, schüchternes Lachen und spontane Wortmeldungen waren die Reaktion auf diesen Tabubruch. Zu diesem Zeitpunkt war es einfach unfein, dieses Thema offen anzusprechen.

Widerstand reizt mich. Wo es Widerstand gibt, wird es auch Gründe geben, dachte ich und machte mich auf die Suche nach denselben. Die erste interessante Erkenntnis war, daß es vielen Kirchenmitgliedern nicht bewußt ist, daß es in unserem Bundesland zwei evangelische Landeskirchen gibt. Am einfachsten wäre es gewesen, diese Tatsache an den Namen der beiden Landesbischöfe festzumachen. Daß Bischof Engelhardt zugleich aber auch Ratsvorsitzender der EKD war, ließ die Konturen der doppelten Strukturen innerhalb unseres Bundeslandes leider wieder etwas verschwimmen, da sein Name vor allem mit seiner Rolle in der EKD verbunden wurde.

Die zweite eindrückliche Erfahrung machte ich mit den württembergischen Theologen. „Mit den Badenern können wir nie zusammengehen, die haben eine völlig andere Theologie. Viel zu liberal!“, war ein häufiger, aber relativ freundlicher Kommentar. Hier wurde mir erstmals klar, daß gar nicht so sehr die unterschiedliche Geschichte der beiden Länder als vielmehr die unterschiedliche Kirchengeschichte das entscheidende Hindernis werden dürfte. Es gab aber auch andere Zuschriften. Die strotzten geradezu vor Arroganz. Mein Erschrecken über diese tiefen Gräben seitens der Württembergerinnen und Württemberger schlug bald in Trotz um. Sollte es tatsächlich wahr sein, daß nicht nüchterne Überlegungen zur optimalen kirchlichen Struktur diese Diskussion bestimmen sollten, sondern die unterschiedlichen theologischen Auffassungen? Für einen Laien war das völlig unvorstellbar. Da reden wir über die weltweite Christenheit, bedauern den Riß zwischen evangelisch und katholisch, leisten uns aber eine derartige Kleinstaaterei im evangelischen Bereich. Natürlich gibt es gravierende Differenzen im theologischen Denken. Es sei nur an einige Punkte erinnert: Bundeswehr und Rüstung, feministische Theologie, Kreationismus, Ökumene, Kirchentag, Sonntagsblatt usw. Sollte es aber tatsächlich ernst mit den Vorbehalten gegenüber den Badenern Christen sein?

Es geht ums Geld.

Kirchliche Strukturen sind zählebig und schwer zu verändern. Doch fehlendes Geld führt zu erstaunlicher Beschleunigung von Änderungsprozessen, dies gilt auch in der Kirche. So traten in den vergangenen Monaten neben die theologischen Dimensionen einer Baden- Württembergischen Kirche immer stärker die finanziellen Aspekte. Erneut waren es die beiden Finanzausschüsse, die relativ offen dieses Thema angingen. Sie beauftragten die Oberkirchenräte, die möglichen Felder der Zusammenarbeit auszuloten. Das Ergebnis war ernüchternd, aber auch nicht besonders überraschend. Im Herbst 1995, kurz vor Ende der Legislaturperiode, erhielt die württembergische Landessynode einen schriftli-

chen Bericht des Oberkirchenrates. Die Untersuchung endete nach jedem Abschnitt wie mit einem Refrain: „Es bringt nichts und läßt sich auch nicht verwirklichen.“ Wie sollten auch die kirchlichen Gremien unvoreingenommen ihre Auflösung sondieren?

Ein Antrag an die Landessynode

„Was nicht zum Antrag wird, hat keinen Wert.“ Diese synodale Weisheit führte dazu, daß im April 1997 vom Gesprächskreis OFFENE KIRCHE ein Antrag eingebracht wurde, der konkrete Schritte ins Auge faßte. Es sollte eine Unternehmensberatungsfirma beauftragt werden, verschiedene Stufen der Zusammenarbeit zu untersuchen und das Potential auszuloten. Konsequenterweise enthielt dieses Szenario als weitestgehenden Schritt die völlige Verschmelzung der beiden Landeskirchen. Wie tief der Widerstand bei verschiedenen Synodalen gegen diesen Gedanken sitzen muß, läßt sich daran erkennen, daß seitens der LEBENDIGEN GEMEINDE versucht wurde, die grundsätzliche Annahme des Antrages zu verweigern, ein Verfahren, das bisher nur ganz selten zur Anwendung kam.

Wenn auch die Nichtbehandlung dieses Antrages verhindert werden konnte, so ist dieser Antrag nicht im Finanzausschuß gelandet, wo er von der Sache her hingehört hätte, sondern ist an den theologischen Ausschuß verwiesen worden. Damit wurde in aller Öffentlichkeit deutlich: Die Zusammenlegung der beiden Landeskirchen wird primär nicht unter finanziellen, sondern theologischen Gesichtspunkten diskutiert. Ist das nicht eine Ungeheuerlichkeit? Da reden wir von weltweiten Kontakten der Christen, versuchen Brücken zur Katholischen Kirche zu schlagen und lassen im Gegenzug vom Theologischen Ausschuß prüfen, ob man mit den Badenern in eine gemeinsame Kirche gehen könnte.

Es ist an der Zeit, Zwischenbilanz zu ziehen.

Fest steht, daß sich der Zusammenschluß zum Bundesland Baden - Württemberg bewährt hat. Nach großen Widerständen darf die Verschmelzung als gelungen bezeichnet werden. Doch diesem **einen** Land stehen nach wie vor **zwei** evangelische Landeskirchen gegenüber. Das bedeutet, daß alle Aktivitäten, die z.B. den Religionsunterricht oder die kirchlichen Schulen betreffen, zweifach geschehen müssen. Hier findet Doppelarbeit statt, die keinen echten Mehrwert bringt. Es ist deshalb grundsätzlich zu fragen, ob auch weiterhin die vielen Kirchengesetze sowohl in Baden als auch in Württemberg immer wieder neu erfunden werden müssen. Ist es nicht vorstellbar, daß die Kirchengesetze im Laufe der Zeit so angepaßt werden, daß in Baden und Württemberg dasselbe gilt? Würde dann nicht auch **ein** gesetzgebendes Organ ausreichen? Immerhin kostet allein die Arbeit der württembergischen Landessynode beinahe eine Million Mark pro Jahr.

Hat man die Synoden betrachtet, dann ist parallel dazu natürlich auch die Frage berechtigt, ob man die Arbeit des Oberkirchenrates nicht optimieren könnte. Sicher wäre eine Halbierung nicht möglich, aber eine Straffung? Bedenkt man, was ein Oberkirchenrat mit seinem gesamten Mitarbeiterstab kostet, dann kommen wir an Einsparpotentiale, die oberhalb zehn Millionen Mark liegen.

Ob nun die Eigenständigkeiten und die Verschiedenheiten der beiden bisherigen Landeskirchen so stark sind, daß sie von zwei Landesbischöfen repräsentiert werden müssen, sollten vielleicht die beiden „Kirchenvölker“ entscheiden. In Nordelbien gibt es ja sogar drei Bischöfe innerhalb einer Landeskirche. An diesem Punkt muß ein Zusammenschluß also nicht scheitern.

In einem Punkt hätte die Verschmelzung unbestrittene Vorteile: Die Kirchenbezirke in den Grenzregionen könnten optimal geschnitten und dadurch viel Reibung beseitigt werden. Unabhängig vom großen Wurf werden wir daran arbeiten müssen.

Zusammenfassung

Von der Bildung einer Baden-Württembergischen Landeskirche würden die Gemeindeglieder relativ wenig verspüren. Es geht vor allem um die Straffung der kirchenleitenden Gremien, wie Synode, Oberkirchenrat und Landesbischof. Da mit großer Sicherheit davon auszugehen ist, daß sich die finanzielle Seite unserer kirchlichen Arbeit auf lange Sicht nicht mehr entspannen wird, müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die die Arbeit in den Kirchenbezirken und Kirchengemeinden ermöglichen und stärken. Dies kann vor allem dadurch geschehen, daß administrative Ausgaben gekürzt werden.

Im Papier LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN sind die Autoren und die Autorin davon ausgegangen, daß sich bis zu diesem Jahr die Frage nach der Baden-Württembergischen Kirche geklärt hat. Es wäre schön, doch der Zwang zur Eile besteht nicht. Viel wichtiger ist, daß die beiden Landeskirchen möglichst bald und möglichst intensiv zusammenarbeiten. Ob dann der Name im Jahr 2010 oder 2020 geändert wird, ist nebensächlich und soll uns nicht belasten.

Der Prozeß LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN

Vom Unbehagen über die Erstarrung

Albrecht Bregenzer

Eigentlich ist es doch immer schon so gewesen, eigentlich hat sich's doch bewährt, wäre es nicht besser, alles beim alten zu lassen, anstatt sich auf einen ungewissen, ungebahnten Weg in die Zukunft zu wagen? Der Leitungskreis der OK hat sich im Spätherbst 1994 entschieden, Bedenken hintanzustellen und sich an den Versuch gewagt, einen Weg ins Ungewisse zu bahnen. Vor allem deshalb, weil er an keiner Stelle dieser Landeskirche einen erkennbaren Denkprozeß darüber wahrnehmen konnte, was für das Bestehen unserer Kirche als ernstzunehmender Faktor in der Gesellschaft auf dem Weg ins nächste Jahrtausend nötig wäre.

Im Gegenteil, und dies war letztlich der Auslöser, der den nötigen Mut machte: Die amtliche Kirchenleitung, der Oberkirchenrat, richtete sich in völliger Resignation und Kapitulation vor den Zukunftsherausforderungen ein und formulierte dies bei der „Konsultation der Landeskirche“ (19. bis 21. Februar 1994 in Bad Boll) folgendermaßen:

„Der Eindruck war: Die Figur der Kirche ist, wenn nicht ideal, so doch kaum veränderbar.“

„Schwerpunktplanung, Prioritätenplanung so, wie das derzeit in aller Munde ist, von allen Seiten gefordert wird ... ist nicht möglich, ist Zeitverschwendung. Wir müssen uns die ausgebrochene Prioritätenbegeisterung abschminken.“

„Im Ernst: Ich halte inhaltliche Prioritätenplanung, die diesen Namen verdienen würde, also über das beschriebene Schaffen von Spielräumen hinausginge, für unmöglich.“

„Was aber dann? Festhalten am geschilderten Ansatz: Möglichst in allen Haushaltsabschnitten mehr einsparen als unbedingt nötig, um so wieder Spielräume für spätere Schwerpunktsetzung zu schaffen.“

Konzeptionslosigkeit wurde zum Programm, Inhaltlosigkeit zur Leitlinie, Erstarrung zur Vorgabe. Und weder in der Synode, noch bei Werken war Widerspruch offen erkennbar.

In diesen Zeiten finanzieller Engpässe, die viele für vorübergehend gehalten haben, versuchte man sich einzurichten in der Hoffnung, der Rasenmäher werde zunächst mal durch das Vorgärtlein des Nachbarn fahren und das eigene verschonen. Angesichts dieser Befindlichkeiten kam der Leitungskreis der OK zu der verwegenen Auffassung, daß der Weg in eine bessere Zukunft der Kirche über die Diskussion von Prioritäten und damit von Posterioritäten führe. Er formulierte dies mit dem nötigen Selbstbewußtsein in seinem Papier „LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN – Ein Beitrag zur Auseinandersetzung über die

Zukunft unserer Kirche" so:

„Weil die OFFENE KIRCHE für unsere Landeskirche mitverantwortlich ist, hat der Leitungskreis der OFFENEN KIRCHE beschlossen, sich mit Aufgaben und Struktur unserer Landeskirche zu befassen. Diese sieht die OFFENE KIRCHE in Frage gestellt. Jesus Christus hat uns in die Verantwortung gestellt und ermutigt uns zu selbständigem Denken. Daher hat der Leitungskreis der OFFENEN KIRCHE eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Denkmodell zu erarbeiten:

- für die Landeskirche im Jahre 2010 und
- für den Handlungsbedarf von etwa zwei Synodalperioden.“

Der Arbeitsgruppe des Leitungskreises gehörten an: Eva-Maria Agster, Pfarrerin und Psychologische Beraterin - Albrecht Bregenzer, Landesgeschäftsführer der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik – Hartmut Dehlinger, Dekan i.R. – Landessynodaler Martin Dolde, Dipl.-Ing. - Roland Helber, Geschäftsführer der Evangelischen Akademie Bad Boll - Prof. Horst Krautter, Verwaltungswissenschaftler, Stadtplaner – Johannes Kress, Bankfachwirt, Leiter einer Bankfiliale – Fritz Röhm, Industriekaufmann, Personalleiter.

Vom Denken über den Tag hinaus

Dieser Beitrag zur Auseinandersetzung über die Zukunft unserer Kirche sagt thetisch zugespitzt aus der Sicht des Jahres 2010 in sechs Abschnitten auf sieben Seiten „Ja zur Kirche“, „Ja zur Kirche in der Gesellschaft“, „Ja zur Kirche des Gottesdienstes“, „Ja zu notwendigen Diensten einer diakonischen Kirche“, „Ja zu einer diakonischen Landeskirche Zwanzigzahn“ und „Ja zur mündigen Gemeinde Zwanzigzahn“.

Arbeitsmaxime war, daß es kein (!) kirchliches Feld geben dürfe, das aus dieser Zukunftsdiskussion ausgenommen wäre, weil Kirche in Bewegung, auf dem Weg mit dem Auftrag, sich stets zu erneuern (ecclesia semper reformanda), sich und ihr Tun stets kritisch in Frage stellen (lassen) muß. Daraus muß dann auch der Mut erwachsen, Konsequenzen zu ziehen, Liebgewordenes und Gewohntes loszulassen, Aufgaben neu zu erkennen und zu übernehmen.

Das Papier hat zunächst in der OK selbst, aber auch darüber hinaus zu lebhaften Diskussionen geführt. Und obwohl es sich um eine Gesamtsicht von Kirche bemüht, haben viele einäugig auf den Punkt diskutiert, bei dem sie sich und ihr Arbeitsfeld berührt sahen: Religionsunterricht und Kindergartenarbeit, Gemeindeorganisation und -größe, Sonntagsgottesdienst und Proprium, Kirchenverfassung und -vereinigung (Baden und Württemberg), Hauptamt und Ehrenamt.

Die OFFENE KIRCHE hat alle Werke, Einrichtungen und Instanzen der Landeskirche eingeladen, sich schriftlich an dem Diskussionsprozeß zu beteiligen. Dieser Einladung sind etliche gefolgt, und als Produkt dieses Teilprozesses liegt (Mai 1997) eine 70seitige Dokumentation der Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge vor.

Gelegentlich führte der Charakter des Papiers, formuliert aus der angenommenen Sicht des Jahres 2010, zu dem Mißverständnis, es handle sich um einen geschlossenen Zukunftsentwurf. Dies war nicht die Absicht der VerfasserInnen. Vielmehr haben sie Lücken vorsätzlich in Kauf genommen und haben ihre Fragen an die Zukunft thetisch formuliert. Sie haben sich nicht als AntwortgeberInnen der Landeskirche verstanden. In allen Diskussionen kristallisierte sich gleichlautend heraus, daß der Gedanke ans Loslassen von Liebgewordenem oder Gewohntem der schwierigste ist, ob es um Kindergärten, um Sozialstationen, um Religionsunterricht geht. Das Übernehmen neu anstehender diakonischer Aufgaben scheint zunächst engagierten Initiativen einzelner überlassen zu bleiben, weniger dem Engagement christlicher Organisationen : Arbeit mit Asylsuchenden, Obdachlosen, Straßenkindern etc.

Die Vielfalt der Kritik überraschte nicht:

- Das Papier sei zu wenig visionär, zu stark von der aktuellen Finanzdiskussion geprägt.
- Es orientiere sich überwiegend an den bestehenden landeskirchlichen Strukturen.
- Der Begriff „Kirche“ werde zu undifferenziert gebraucht.
- Es ergebe sich aus den Formulierungen die Frage, ob Kirche ein Dienstleistungsunternehmen sei, das sich am Markt behaupten müsse.
- Es sei ein Papier des Rückzugs aus Gesellschaft und Diakonie.
- Das Papier sei hochbrisant, da von seinen Inhalten mindestens 50 Prozent der im kirchlichen Bereich Beschäftigten, ihre Arbeit und ihre Arbeitsplätze tangiert seien.
- Es fehle eine grundlegende soziologische Analyse mit den Fragestellungen nach der Gesellschaft 2010.
- Es fehlten die Konkretionen aus dem Konziliaren Prozeß zu Krieg und Frieden und zur Bewahrung der Schöpfung.
- Evangelium und Theologie kämen zu kurz. Die Frage des Bibelverständnisses bleibe ebenso offen wie die nach dem Menschenbild.
- Offen bleibe auch, was Kirche zur Kirche mache, die Frage nach dem Proprium. Und weil der Aspekt der Ökumene im Wortlaut völlig fehlte, bescheinigte das Evangelische Missionswerk dem Papier „ausgeprägt provinzielle Züge“.

Bei allen kritischen Anfragen, die die OK erreicht haben, hat doch der vielfach ermutigende Grundton motiviert:

- „Sie formulieren Gedanken, die dran sind“
 - „Ausdruck meines hohen Respekts vor dem Vorhaben, über die Jahrtausendwende hinaus zu denken“
 - „Landeskirche Zwanzigzehn ist ein löbliches Papier, es animiert zum Dialog“
 - „... begrüßt das Unternehmen der OFFENEN KIRCHE ... (und) den Grundtenor des Papiers“
 - „Es ist klar, die Initiative für diesen Diskussionsprozeß begrüßen wir sehr.“
- Dabei konnten längst nicht alle durch LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN auf-

geworfenen Gedankenanstöße diskutiert werden, ebenso wie durch die lapidare Form des Wurfs in LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN nicht alles zur Sprache kommen konnte, was in umfassende Überlegungen zu einer zukünftigen Gestalt unserer Kirche und ihr Selbstverständnis hineingehört.

Vom Versuch der Reparatur – Oder hilft nur die Abrißbirne?

Es liegt in der Natur der Sache, daß das Nachdenken über die Zukunft unserer Landeskirche zwingend die Frage nach ihrer äußeren Verfaßtheit aufwirft. Es liegt auf der Hand, daß eine Kirchenverfassung, die in ihrer Grundstruktur aus dem Jahr 1922 und in wichtigen Teilen noch aus dem Königreich stammt, einer Kirche auf dem Weg ins 3. Jahrtausend kaum mehr gerecht wird. Nun gibt es viele, allzuviele, die da sagen: „Ach, laßt doch alles wie es ist. Wir sind bisher noch immer damit zurechtgekommen.“ Viel zu oft mehr schlecht als recht. Diese Erkenntnis scheint, wenn auch langsam, zuzunehmen. Grundsätzliche Fragen an eine Kirche in einer demokratischen Gesellschaft stellen sich: Es geht um Gewaltenteilung, Machtverteilung und Machtentflechtung. Wichtig ist die Klärung der Übertragung von Verantwortung, damit der Legitimierung und der Rechenschaftspflicht. Die bisherige Kirchenverfassung läßt diese zentralen Kriterien der Durchschaubarkeit und Nachvollziehbarkeit und damit der Öffentlichkeit weitgehend außer acht.

Zahlreiche Widersprüchlichkeiten haben sich über die Jahrzehnte erhalten:

- Der Bischof, von der Synode gewählt, kann diese auflösen, er beruft sie ein, eröffnet und beschließt sie.
- Die Mitglieder des Oberkirchenrats berufen aber von niemandem gewählt, wählen gleichberechtigt mit den gewählten Mitgliedern der Synode den Bischof mit.
- Der Landeskirchenausschuß ist einzige kirchengerichtliche Instanz, bei der zudem Exekutive und Jurisdiktion nicht getrennt sind. Es besteht keine Verwaltungsgerichtsbarkeit.
- Die Synode kennt dreierlei Legitimation: direkt gewählte Mitglieder, berufene Mitglieder, von Bezirkssynoden nachgewählte Mitglieder.

Die Liste der Ungereimtheiten ließe sich beliebig verlängern. Die OFFENE KIRCHE ist entschlossen, die überfällige Reform der Kirchenverfassung mit Nachdruck voranzutreiben. Dabei stellt sich die Grundfrage, ob das heruntergekommene Verfassungsgebäude repariert, umgebaut, neustrukturiert werden kann, oder ob ein Totalabriß und damit ein völliger Neubau der bessere Weg wäre.

Dies hieße dann, die Konstruktion unserer Kirche vom Kopf auf die Füße zu stellen, die Gemeinden zu stärken in allem, das sie selbst leisten können, die Kirchenbezirke in die Lage zu versetzen, das zu tragen und zu erledigen, was über die Möglichkeiten einer Kirchengemeinde hinausgeht, und den Oberkirchenrat in seiner heutigen Struktur aufzulösen, der bisher unzählige Einzelfragen zentral und dirigistisch zu lösen trachtet. Er wäre zu ersetzen durch eine

Dienstleistungszentrale mit Supervisions- und Beratungsfunktion in Verwaltungs-, Struktur-, Rechts-, Finanz-, Personal-, Baufragen etc..

Dies wäre ein Kirchenaufbau von unten nach oben, streng nach dem Subsidiaritätsprinzip, das Gegenteil des Gewohnten. Auch wenn für einen solchen großen Wurf derzeit die Kraft fehlen sollte, muß er gedacht und auf eine künftige Tagesordnung gesetzt werden. Es mag eine Überforderung für viele sein, so viel Gewohntes auf einmal hinter sich zu lassen. Man kann sich auch in einem abbruchreifen Haus eine vermeintliche Behaglichkeit einrichten. Nur: Der ofenkundige Renovierungsbedarf wird für viele nicht weniger schmerzlich sein als ein Neubau.

Von der Zuversicht auf das Künftige

„Christus befreit und eint, ermutigt aber auch zur Auseinandersetzung. Das ist für uns der Kern des Evangeliums und zugleich das Fundament der Kirche. Die Verheißung des Evangeliums gilt heute und morgen. Für dieses Evangelium in unserer Welt zu werben, ist unser Auftrag. Ihn hat die Kirche nicht immer genügend wahrgenommen.

Der Auftrag der LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN, die sie dem Evangelium ntnimmt, wird von gleichwertigen Säulen getragen:

- Verkündigung in einer Sprache, die Menschen verstehen,
- Seelsorge und diakonische Dienste, die für die Schwachen und Rechtlosen Partei nehmen,
- Gemeinschaft, die Solidarität fördert und Beheimatung bietet.

Deshalb setzt LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN mit dem Evangelium Positionen und Kontrapunkte im persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben. Sie mischt sich ein und hilft Menschen umfassend zum Leben.“

Mit diesen Worten ist die LANDESKIRCHE ZWANZIGZEHN eingeleitet. Für viele ein Hauptgegenstand der Kritik, theologisch viel zu dünn. Für andere ist damit alles gesagt, was festzuhalten bleibt. Warum aber nur ist statt Mut und Aufbruch soviel Ängstlichkeit und Verzagttheit, soviel Furcht vor Neuem in der Kirche Jesu Christi?

Ermutigend bleibt, daß es trotz aller an Unbeweglichkeit gemahnenden Schwerfälligkeit einer bald 2000jährigen Veranstaltung, genannt Kirche, immer wieder gelungen ist, den Anspruch der ecclesia semper reformanda einzulösen. Warum sollte dies nicht auch heute möglich sein? Die Auseinandersetzung muß geführt werden gegen verzagte Kleingläubigkeit. Dies wird gelingen mit Menschen, die das reformatorische allgemeine Priestertum der Gläubigen ernstnehmen und es gegen die noch immer präsenste zentralistische Katholizität in einer evangelischen Kirche setzt.

Die evangelische Kirche auf ihrem Weg ins 21. Jahrhundert

Dr. Jörg Zink

(Auszüge aus dem Vortrag zur OK - Jahrestagung 1995)

Wir gehen in eine normale Zukunft. Die Zukunft ist, was sie immer war, undurchsichtig. Und sie ist, was sie immer war, ein Weg, den zu gehen möglich ist. Und sie ist, was sie für Christen immer gewesen ist, eine Anforderung an unser Nachdenken und eine vor uns liegende Zeit unter dem Schutz und Geleit Gottes zugleich. Es geht also um ein gemeinsames Nachdenken und um das Vertrauen, daß auch dieser Weg der Kirche unter dem Geleit Gottes stehen wird.

Gleichwohl haben wir Grund, die Veränderungen, die in unserer Zeit vorgehen und die tiefer eingreifen als Veränderungen zu anderen Zeiten es getan haben, einigermaßen genau ins Auge zu fassen, ehe wir speziell über unsere Kirche reden.

Es ist ja bekannt, daß in unseren Jahren eine Epoche zu Ende gegangen ist, die die letzten fünfhundert Jahre umfaßte. Wir bezeichnen sie als die Neuzeit. Sie begann mit Renaissance und Humanismus. Sie erreichte mit Aufklärung und Idealismus ihre Höhepunkte und feierte in der Gründerzeit der Industriegesellschaft im 19. Jahrhundert ihre technischen und wirtschaftlichen Triumphe.

Daß diese Epoche zu Ende geht, ist klar. Weniger klar ist, woran die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen eines solchen Umbruchs erkennen, was da eigentlich zu Ende geht und was heraufkommt.

Bei solchen Brüchen in der Welt- und Kulturgeschichte denken wir etwa an die Erfindung der Landwirtschaft in der Jungsteinzeit. Oder an die Übergänge vom Spätmittelalter zur Neuzeit im 15. oder 16. Jahrhundert oder eben auch, wie gesagt, an den heutigen Übergang von der Neuzeit in eine noch wenig klare, neue Epoche, die man sich angewöhnt hat, die Postmoderne zu nennen, ein Umbruch, der freilich ungleich dramatischer verläuft als je ein anderer Umbruch vonstatten ging. Ungleich plötzlicher.

Den entscheidenden Begriff zur Kennzeichnung dieses Wandels hat ums Jahr 1970 der amerikanische Physiker und Wissenschaftshistoriker Thomas S. Kuhn zum ersten Mal gebraucht: den Begriff des "Paradigmas" und des "Paradigmenwechsels". Was ist ein Paradigma? Es ist ein Modell des Denkens und der Setzung von Werten, ein verbindliches und gemeinsames, für die Menschen

einer Epoche, das sich deutlich von anderen Modellen des Denkens und Wertens unterscheidet. Es ist eine Gesamtkonstellation von Überzeugungen, von Fragestellungen und Lösungsmustern, die für eine bestimmte Zeit charakteristisch sind. So ist jede Wissenschaft eine Erscheinung einer bestimmten Epoche. Ihre Denkweise gilt nicht ewig, sie ist vielmehr immer nur der Versuch von Menschen, mit ihrer Zeit zu gehen, ihre Zeit zu begreifen, die Mittel ihrer Zeit auszuschöpfen, der Entwicklung einer bestimmten Phase einen Durchgang durch das eigene Bewußtsein zu öffnen. Der Jude des Alten Testaments sah die Welt anders als der Grieche der klassischen Zeit, der mittelalterliche Mensch Mitteleuropas anders als der aufgeklärte Denker der Neuzeit. Und wir dürfen annehmen, daß in anderen Kontinenten und Kulturen immer wieder Paradigmenwechsel stattgefunden haben, von denen wir nichts bemerkt haben. Was aber in das jeweils und eben jetzt gültige Paradigma sich nicht einfügt, weil es ihm vielleicht vorausgreift, wird jeweils ausgeschieden, verlacht, verketzert und totgeschwiegen, und zwar auf jedem Lebensgebiet. In das jeweilige Paradigma muß alles passen, was es an Lebensordnungen, Lebensformen, Moralvorstellungen, Kunstformen oder sozialen Abstufungen in einer Kultur geben mag. Nun wird sich auch der christliche Glaube, wie die Geschichte lehrt, in aller Regel mehr oder minder bewußt oder absichtlich in das Paradigma der jeweiligen Epoche einpassen, und er wird sich immer nur in Ausnahmeseinungen auf begrenzte Zeit ihm widersetzen. Seine Bedeutung für eine Zeit wird er immer darin erlangen, daß er es vermag, auf ihre charakteristischen Fragen Antwort zu geben. Es ist darum zu vermuten, daß der Umbruch dieser Zeit von ihm eine Transformation fordern wird, die alles erfaßt, was unter Christen gedacht und geglaubt wird.

Wie wird die Kirche morgen aussehen?

Erstens: Mir scheint, wir gehen auf eine Zeit zu, in der die Kirche kleiner wird. Mir scheint, die Kirche, seit 1600 Jahren ein Instrument zur Volkserziehung in ganzen Staaten, ein Instrument, das den Staat unterstützt und vom Staat unterstützt wird, wandle ihre Funktion. Die Volkskirche wird übergehen in eine kleinere Kirche. Zu Großvaters Zeiten gehörte es zum guten Ton, ein Christ zu sein, und ein Staatsbürger zugleich. Heute trennt man das mehr und mehr, und man findet, das habe wenig miteinander zu tun. Und so gehört es sich auch nicht mehr so selbstverständlich, zu einer Kirche zu gehören. Also tritt man aus. Unsere großen Volkskirchen bestanden schon bisher praktisch aus einem kleineren Kern, uns sie werden künftig deutlicher als bisher aus diesem kleinen Kern bestehen. Und das ist kein Unglück, sondern ein Schritt auf dem Weg zur Redlichkeit.

Etwas zweites: Mir scheint, wir gehen auf eine Zeit zu, in der die Kirche ärmer wird. Auch das ist kein Unglück. Das Kirchensteuersystem wird wohl noch einige Jahrzehnte bestehen, dann wird es fallen. Aber warum soll eine Kirche ohne Kirchensteuersystem nicht leben können? Fast alle Kirchen dieser Welt leben ohne staatlichen Kirchensteuereinzug. Manchmal warten die Pfarrer in

irgendwelchen ärmeren Ländern ein halbes Jahr auf ihr Gehalt, weil ihre Kirche pleite ist. Aber sie können das, weil ihre Gemeinden inzwischen zusammenlegen. Sie bauen keine prächtigen Kirchen und Gemeindehäuser, aber sie feiern ihre Gemeinschaft, hin und her in ihren Häusern und sind dabei eine glaubwürdige christliche Kirche. Auch unsere Kirche wird künftig von denen leben, denen sie wichtig ist. Und wenn es die nicht gibt, dann ist auch die Kirche entbehrlich geworden.

Ein drittes: Mir scheint, daß die öffentliche Bedeutung der Kirche abnehmen wird. Die Kirchen gehören heute noch zu den großen Verantwortungsträgerinnen in Staat und Gesellschaft. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben Anspruch auf Mitbestimmung und Mitrede. Aber ich meine, diese Zeit neige sich, auch in Deutschland, ihrem Ende zu. Das Evangelium hat von sich aus keinen Öffentlichkeitsanspruch, wenn der, der es hört, es nicht hören will. Das Leben und Wirken der Kirche wird sich bald auch bei uns in sehr viel verborgenerem, kleinerem Rahmen abspielen, und die Kirche wird dabei nicht weniger bei ihrer Sache sein. Ich habe mein Leben in den Massenmedien zugebracht, aber ich bin nicht sicher, ob das Fernsehen sich in einigen Jahren noch dafür eignen wird, der Kirche als Instrument zu dienen, wenn die Kirche vor Verderb und Verriß bewahren will, was zu bewahren ihr aufgetragen ist. Ich warne jedenfalls davor, die Sendezeiten der Kirchen ausweiten zu wollen. Das kann nur in die Hose gehen.

Ein viertes: Mir scheint, die einseitige Herrschaft der Männer ende in unseren Tagen auch in der Kirche. Längst zeichnet sich ab, daß am Ende des zweiten Jahrtausends die sechstausend Jahre alte Herrschaft der Männer über die Frauen zu Ende geht. Das hat zunächst nichts mit der Kirche zu tun. Es ist ein allgemeiner Kultureinschnitt. Wohl aber ist die Herrschaft der Männer in der Kirche eine Begleiterscheinung der alten allgemeinen Kultur, in der die Kirche gelebt hat, und die mit dem Evangelium nichts zu tun hat. Man kann das ignorieren, aber eben nur um den Preis, daß man die Stunde, in der man lebt, verkennt. In der Zukunft wird, daß ist etwas vom Gewissesten, das wir heute sehen, in der Kirche nichts mehr ohne die Frauen gehen. Es hat in der evangelischen Kirche erbärmlich lange gebraucht, bis man das begriffen hat, und es wird in der katholischen noch ein paar Jahre länger brauchen. Aber das Pfarramt oder Priesteramt der Frau wird in allen Kirchen irgendwann kommen. Es fragt sich nur, ob man das Künftige verhindern will, und was geschieht, wenn man es zu verhindern versucht. Und niemand soll meinen, dies sei allein ein katholisches Problem. Es sitzt auch noch in vielen evangelischen Köpfen.

Noch eins, ein fünftes: Die Erde wird in unserer Zeit runder. Der Friede auf der Erde wird in einem ganz anderen Maß als bisher auch zu einer Aufgabe der Kirche werden. Wir werden ihm diesen in weit größerer Unabhängigkeit von den Interessen unseres Staates oder anderer Staaten. Und wir werden neue Formen unseres Eintretens für den Frieden finden müssen. Da gibt es bereits beachtliche Anfänge.

Die Gerechtigkeit auf dieser Erde wird sich zu einer der zentralen Aufgaben der Kirche entwickeln. Und auch hier werden wir viel unbekümmerter auch gegen unsere eigenen deutschen wirtschaftlichen Interessen denken und reden und handeln müssen als bisher. Dies alles hier nur als Andeutung.

Ein sechstes: Ich habe immer wieder viele ergreifende oder auch rührende Reden zum Aufstand gegen Hitler am 20. Juli gehört. Es wurde da immer wieder von der Pflicht zum Widerstand geredet und vom Ruhm derer, die ihn geleistet hätten. Heute wünsche ich mir endlich eine Kirche, die auf Seiten derer steht, die den Widerstand gegen staatliches Unrecht auf sich nehmen, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Abschiebung politischer Asylanten.

Natürlich verstößt sie damit immer gegen Gesetze. Denn seine Gesetze macht ja ein Staat zu dem einen Zweck, ihn vor dem Widerstand von außen oder von innen zu schützen. Als wir vor zehn oder fünfzehn Jahren gegen die Nachrüstung demonstrierten, wurden viele verhaftet und verurteilt, auch wenn sie niemanden behindert hatten. Sie verstießen gegen Gesetze und wurden bestraft, aber die Streiterinnen und Streiter nahmen ein in unserer Verfassung verbrieftes Recht wahr.

Und wenn heute davon geredet wird, wenn eine Kirche einen Asylanten bei sich aufnehme, dann verstoße sie gegen das Recht, dann soll die Kirche gegen das Recht verstoßen und damit ihr verbrieftes Recht zum Widerstand wahrnehmen. Und das Urteil gelassen entgegen nehmen, das dann irgendein Gericht gegen sie ausspricht. Denn wohin soll einer noch flüchten, wenn in den Kontinenten die Grenzen aufgehoben werden? Kirchen und Klöster haben dieses Recht durch die Jahrtausende hin in Anspruch genommen. Wohin hätte Konrad Adenauer vor den Nazis flüchten sollen, wenn nicht das Kloster Maria Laach ihn aufgenommen und versteckt hätte? Das Asyl am Altar ist ein uraltes Recht so ziemlich jeder Religion, die es je gegeben hat, und das Kirchenasyl steht nur deshalb nicht in der Verfassung, weil der Staat natürlich kein Interesse an ihm hat, und weil die Kirche nie den Mut hatte, auf ihm zu bestehen. Ich wünsche mir eine selbstbewußtere Kirche, die das Recht, Unrecht zu tun, wenn das Recht bedroht ist, und auf diesen Wege Gerechtigkeit zu schaffen, in Anspruch nimmt.

Und ein letztes, ein siebtes: Ich wünsche mir eine Kirche, in der es erlaubt ist zu träumen. Von Dingen, die noch nicht sind, die aber werden können. Von einem Zustand, den die Kirche nicht hat, den sie aber finden könnte. Ich wünsche mir auch ein Gespräch unter Theologen, das endlich aufhört, allenthalben nach Irrtümern zu fahnden, die fertig gemacht werden können, sondern auch Leute toleriert, die gewagte Sätze sagen, vielleicht sogar falsche, aber Sätze, aus denen vielleicht wahre werden könnten. Ich wünsche mir, daß auch der Streit zwischen den Rechnern und den Träumern in der Kirche zu Ende kommt, zwi-

schen denen, die das Alte pflegen und denen, die das Neue ungeduldig ausprobieren.

Denn was verwalten die theologischen Verwalter anderes als den Traum, den Wahrtraum vom Reich Gottes, den Wahrtraum vom geretteten Menschen, den Wahrtraum von der umstürzlerischen Liebe, die mit Jesus begann? Und was wollen die Träumer anderes, als der Kirche auf dieser Erde ein glaubwürdiges Gesicht zu geben und sie zugleich auf die Zukunft zu verweisen, in der, was sie zu sagen hat, Wahrheit geworden sein wird?

Wenn eine Epoche an ihr Ende gerät, stürzt, was sie maßgebend geprägt hat, in eine Glaubwürdigkeitskrise. In eine Krise seiner Plausibilität. Seiner Überzeugungskraft. Nicht an sein Ende. Was man für Wahrheit gehalten hatte, erweist sich als ergänzungs- und korrekturbedürftig. Was als absolut galt, wird zur Näherung.

Wenn aber im Paradigmenwechsel am Ende des Mittelalters der Protestantismus entstand mit allen Zeichen des neuzeitlichen Paradigmas, dann scheint mir – wie gesagt – ganz offen zu sein, was aus dem Protestantismus am Ende des 21. Jahrhunderts geworden sein wird. Ein Stück neuzeitlichen Museums oder eine neue, treibende Kraft in eine offene Zukunft.

Dabei muß uns klar sein, daß ein Paradigmenwechsel immer eine Art Trauerarbeit mit sich bringt. Worauf müssen wir verzichten? Warum und auf wie lange? Wir ermessen heute kaum noch, was zum Beispiel an Weisheit, an theologischem Wissen und an theologischer Differenziertheit im Übergang vom Spätmittelalter zur Reformation verloren gegangen ist. Und erst in einem zweiten Schritt geht es um die Frage: Was gewinnen wir dabei an Wahrheit, an Einsicht und an Freiheit? Und was gibt die neue Situation uns für Möglichkeiten und Freiheit? Und was gibt die neue Situation uns für Möglichkeiten der Mitteilung, der Deutung und der Klärung? Und vor allem: an neuem Verstehen des Evangeliums?

Man wünschte sich in unserer Zeit gelegentlich einen oder besser gleich mehrere Propheten. Die haben wir nicht. Aber der Kirche ist verheißen, daß ihr Gott als einer ganzen Gemeinschaft immer wieder den Geist senden werde. Und diese Art gemeinsamer Prophetie beginnt mit einer Art Sensibilisierung des Geistes. Mit einem Horchen, das ein Wort erwartet, das noch niemand hat. Sie beginnt mit einem Schauen, das eine Vision erwartet, eine Vision für eine Zukunft, die noch nicht deutlich ist. Prophetie ist eine nüchterne und keine verträumte Sache. Sie setzt Sachkenntnis und Zeitnähe voraus. Sie ist mit viel Mühe und konkreter Verantwortung verbunden. Aber sie geht davon aus, daß Gott ist. Sie horcht, wie man horcht, wenn dieser Gott ein sprechender Gott ist. Sie sieht in die Welt, wie man in die Welt sieht, wenn Gott ein schaffender Gott ist. Sie denkt, wie man denkt, wenn die Gedanken Gottes nachgedacht werden können.

Wie sollten wir noch Hoffnung für diese Welt bewahren können, wenn es das nicht geben soll: Eine inspirierte Phantasie, eine von Gott selbst geweckte Vorstellungskraft, einen von Gott selbst dem aufmerksamen Menschen gezeigten Weg? Vielleicht aber können wir doch dazu helfen, daß wir alle miteinander den Christus zu Gesicht bekommen, der uns aus der Zukunft, gerade aus der gefährlichen, gefährdeten Zukunft, der wir entgegengehen, entgegenkommt.

Daß wir ihm aber, der unsere Zukunft ist, entgegengehen, gemeinsam verantwortlich in einer Gemeinschaft von Christen, die die Verschiedenheit ihrer Kraft und Begabungen aushalten, gemeinsam eintretend für den einzelnen Menschen wie für diese ganze leidende, zerrissene Welt, dazu möge uns Gott und sein Geist helfen.

AutorInnenen-Verzeichnis

Eva - Maria Agster, Langenau

Jahrgang 1951, Pfarrerin und Psychologische Beraterin, Vorsitzende der Offenen Kirche seit 1993. In Verkündigungssendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, literarisch und als Dozentin tätig; als Pfarrfamilienfrau und im Ehrenamt engagiert mit den Schwerpunkten Frauenarbeit, Ökumene, Frieden und Gottesdienst

Werner Baumgarten, Stuttgart

Jahrgang 1950, Studium der Theologie und Germanistik in Tübingen und Heidelberg. Seit 1986 neben dem Pfarramt in der Paulusgemeinde in Stuttgart Sonderauftrag "Asyl". Im Arbeitskreis Asyl Stuttgart und im AK Baden-Württemberg arbeiten mittlerweile 16 haupt-, neben- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen

Godlind Bigalke, Bad Boll

Jahrgang 1948, Studium der Theologie und Sozialpädagogik, Pfarrerin in Täferrot, seit 1989 Direktorin in Bad Boll

Albrecht Bregenzer, Frickenhausen

Jahrgang 1943, Landesgeschäftsführer und Pressesprecher der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Mitglieder des OK - Leitungskreises seit 1992

Gebhard Böhm, Heubach

Jahrgang 1948, nach dem Studium der Evang. Theologie in Tübingen und Göttingen von 1971 bis 1984 im Dienst der Evang. Landeskirche in Württemberg, von 1976 bis 1978 in Ghana, beauftragt vom Evang. Missionswerk; seit 1984 im Schuldienst, zur Zeit Studiendirektor am Schubart-Gymnasium, Aalen. Ehrenamtliche Mitarbeit im Südwestdeutschen Förderkreis der Ökumenischen Entwicklungsgenossenschaft (EDCS), 1. Vorsitzender seit 1991

Bärbel Danner, Balingen

Jahrgang 1959, Industrie- und Sozialpfarrerin der Prälatur Reutlingen, Studienleiterin der Evangelischen Akademie Bad Boll, Mitglied der Landessynode

Elfriede Dehlinger, Ulm

Jahrgang 1931, vier Kinder, Lehrerin an Berufsschulen i. R., Mitglied des Leitungskreises von Anfang an, Vorsitz im Konvent der Akademie Bad Boll, 2. Vorsitzende im Kuratorium der Akademie Bad Boll, Vorstandsmitglied im Seniorenrat der Stadt Ulm, Mitglied im Arbeitskreis "Ethik in der Medizin", Universität Ulm

Marie Dilger, Wolfschlugen

Jahrgang 1938, Missionsfrau in Borneo von 1963 bis 1972, Südafrikagruppe der ev. Frauenarbeit von 1978 bis 1992, Beruf: Hausfrau

Martin Dolde, Stuttgart

Jahrgang 1942, Dipl. Ing. (FH), Leiter der Logistik im Werk Untertürkheim der Daimler Benz AG. Mitglied der Württembergischen Landessynode und Mitglied des Vorstandes des Deutschen Evangelischen Kirchentages (DEKT)

Jan Dreher-Heller, Reutlingen

Jahrgang 1963, Theologe, Kommunikationswirt (GEP), Redaktion der Ok-Informationen seit 1990, selbstständig in Kommunikationsagentur, männliche Pfarrfrau, Hausmann, zwei Kinder.

Dr. theol. Helmut Elsässer, Stuttgart

Pfarrer und Psychoanalytiker (DGPT/DGAP), Geboren 1938 in Stuttgart, Studium der Theologie

in Tübingen, Berlin, Mainz, New York, bis 1979 Gemeindepfarrer, Ausbildung zum Psychoanalytiker am C.G. Jung-Institut in Stuttgart, 1979 Leiter der Psychologischen Beratungsstelle des ev. Kirchenbezirks Esslingen, seit 1990 Leiter der Landesstelle der Psychologischen Beratungsstellen der ev. Landeskirche in Württemberg, freie Praxis als Psychoanalytiker

Heidi Fritz, Leonberg

Jahrgang 1950, Diplom-Pädagogin, verheiratet, vier Kinder. Ehrenamtliche Tätigkeiten: Mitglied der Württembergischen Evang. Landessynode seit 1989; dort im Ausschuss für Kirche, Gesellschaft, Öffentlichkeit und im Landeskirchenausschuss, Ältestenrat; Sprechergruppe des OK-Gesprächskreises. 1. Vorsitzende der Familienbildungsstätte Leonberg e.V. Mitarbeit im Frauenwerk der Evang. Landeskirche in Württemberg (Bezirksteam), Mitglied des landeskirchlichen Arbeitskreises "Ehrenamt"

Renate Ganzhorn-Burkhardt, Tübingen

Jahrgang 1949, Pfarrerin. Während ihres Gemeindepfarramtes in Böblingen kam sie vor allem durch die Kollegen Albrecht Daur und Heiner Küenzlen zur OFFENEN KIRCHE. Von 1989 bis 1995 Pfarrerin der Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Dadurch lernte sie Elisabeth Moltmann-Wendel kennen, die ihr Impulse zum Thema "Frauen lesen die Bibel" (undogmatisch, sorgfältig, quer und liebevoll) gab. Ihr ist darum der Beitrag in diesem Band gewidmet.

Wolf-Dietrich Hardung, Tübingen

geboren 1927 in Gleiwitz, Oberschlesien, mit 17 Jahren Soldat, Studium der Theologie und klassischen Archäologie, Pfarrer in Tübingen, Dekan in Cannstatt von 1973-1989, Mitglied der Landessynode 1983-1995, Mitbegründer der Initiative OHNE RÜSTUNG LEBEN

Dr. Michael Hauser, Heilbronn

Geboren 1960 in Ulm, aufgewachsen in Mössingen bei Tübingen, Studium in Wuppertal, Tübingen, Montpellier und Berlin, Promotion über das "Reich Gottes im Markus-Evangelium", seit August 1995 Gemeindepfarrer in Heilbronn mit Schwerpunkt Jugendarbeit

Ralf Häußler-Ebert, Stuttgart

Jahrgang 1959, Studium der Theologie in Erlangen, Marburg, Tübingen, San José (Costa Rica) und San Salvador (El Salvador). Mitbegründer des Landeskirchlichen Arbeitskreises Lateinamerika im Oberkirchenrat, Stuttgart. Seit 1995 Industrie- und Sozialpfarrer im Regionalbüro der Evang. Akademie Bad Boll in Stuttgart. Schwerpunkte der Arbeit: Globalisierung, Neue Technologien, Regionalpolitik, Banken und Finanzen, Mobilitätskonzepte, Zukunft der Arbeit

Reinhard Hermann, Tübingen

Jahrgang 1923, Dekan in Tübingen von 1970 bis 1986, Mitglied der Landessynode von 1965 bis 1989

Dr. Christoph Jäger, Aichtal

Jahrgang 1948, verheiratet, Pfarrer und analytischer Psychotherapeut, seit 1988 Stadtrat in Aichtal, seit 1996 Pfarrer für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende

Christa Maier-Johannsen,

Jahrgang 1945, verheiratet, drei erwachsene Kinder, pädagogische Mitarbeiterin beim Evang. Kreisbildungswerk Rems/Murr, im Vorstand der Evang. Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (EAEW), im Vorstand der LageB (Zusammenschluß evang. Bildungswerke), Mitglied der Landessynode

Kathinka Kaden, Stuttgart

Jahrgang 1962, Redakteurin, Pfarrvikarin, seit 1986 im OK - Redaktionskreis, seit 1995 beim Evangelischen Landespfarramt für Rundfunk und Fernsehen

Dr. Irmgard Kindt-Siegwalt, Straßburg

Jahrgang 1940, Studium der Theologie und Germanistik in Berlin, Tübingen, Zürich, Chicago, Promotion 1977 zum Dr. theol., 1972 bis 1986 am ev. Heidehofgymnasium in Stuttgart, Telefonsorge, 1986 Ordination als Pfarrerin der Württembergischen Landeskirche, 1987 - 1991 Exekutivsekretärin in der Abteilung für "Glauben und Kirchenverfassung" beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf, 1992 bis 1994 im Dienst der elsässischen Kirchen ERAL und ECAAL, seit 1994 wieder im deutschen Schuldienst in Kehl, lebt in Straßburg

Renate Lück, Sindelfingen

Jahrgang 1942, Journalistin, seit 1993 Mitarbeit in der OK-Redaktion, seit 1989 Kirchengemeinderätin

Reinhard Mayr, Cannstatt

Jahrgang 1956, Studienassistent im Pädagogisch-Theologischen Zentrum, Bezirksjugendpfarrer in Cannstatt von 1988-1996, Vorsitzender der Drogenberatungsstelle "Release" in Stuttgart, zwei Kinder, zur Zeit Hausmann

Horst Oberkampf, Bad Schussenried

Jahrgang 1942, Pfarrer in Bad Schussenried seit 1985, Von 1972 bis 1985 in der Ev. Akademie Bad Boll ("Gemeindebezogene Abteilung" und "Flüchtlinge/Asylrecht"), Mitglied und Sprecher der "Solidaritätsgruppe Tur Abdin", Mitglied der Offenen Kirche seit 1975

Adelheid Reininghaus, Prag

geboren 1951 in Nagold/Württemberg, von 1982 bis 1990 Mitarbeit in der OK-Redaktion, seit 1990 in Prag als Fachassistentin im Ökumenischen Institut der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Karls-Universität Prag, Leiterin der Ökumenischen-Internationalen Abteilung der Fakultät und Miroslava Holubova, Prag

geboren 1948 in Chomutov/Westböhmen, Fachassistentin am Lehrstuhl für Sprachen an der Technischen Universität Prag, Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Gender Studies/Prag

Fritz Röhm, Stuttgart

Jahrgang 1933, Industriekaufmann, Personalleiter i. R., Kirchengemeinderat, Mitbegründer der OFFENE KIRCHE, Mitglied des Leitungskreises seit 1972, stellvertretender Vorsitzender seit 1994

Klaus Sattler, Stuttgart

Jahrgang 1936, Pfarrer in Stuttgart-Häslach von 1978-1990, Dekan in Cannstatt von 1990-1993, Mitglied der Landessynode von 1983-1989

Beate Schäfer, Reutlingen

Geboren 1933 in Hamburg, Studium der Pädagogik und Theologie, verheiratet, drei erwachsene Söhne, Mitglied der Herrnhuter Brüdergemeine und deren Delegierte im Konziliaren Prozeß. Seit Gründung Mitarbeit im Ökumenischen Netzwerk Württemberg (ÖNW), Mitglied im Vorstand der ev. Frauenarbeit in Württemberg

Michael Seibt, Stuttgart

Jahrgang 1955, Pfarrer in Stuttgart-Weilimdorf. Mitglied im Redaktionskreis der "OK-INFORMATIONEN"

Dr. Anne-Lore Schmid, Leonberg

Geboren 1916 in Gütersloh, Chirurgisch-gynäkologische Ärztin, Beraterin bei pro familia in Leonberg von 1973 bis 1988, Landessynodale von 1965 bis 1980, EKD-Synodale von 1973 bis 1985

Dr. Jörg Zink, Stuttgart

Jahrgang 1922, freier Publizist. Aufgewachsen in Ulm. Teilnehmer am 2. Weltkrieg als Flieger, amerikanische Gefangenschaft. Ab 1945 Studium der evang. Theologie. 1952 Lehrer für evangelische Theologie an der Universität Tübingen. 1955-61 Gemeinde- und Jugendpfarrer, danach beauftragt mit der Gestaltung von kirchlichen Rundfunk- und Fernsehsendungen, Autor von Büchern über religiöse Fragen.